



141. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 21. Januar 2010

Mitteilungen der Präsidentin	16401	3 Gesetz über das Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine	
1 Innovation und Solidarität – Schlussfolgerungen der Landesregierung aus den Empfehlungen der Zukunftskommission Nordrhein-Westfalen		Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/9760	
Regierungserklärung		Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Drucksache 14/10118	
Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/10569		zweite Lesung	16463
Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/10570	16401	Clemens Pick (CDU)	16463
Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers ...	16401	Stefanie Wiegand (SPD)	16464
Hannelore Kraft (SPD)	16411	Holger Ellerbrock (FDP)	16466
Helmut Stahl (CDU)	16420	Johannes Rimmel (GRÜNE)	16468
Dr. Gerhard Papke (FDP)	16425	Minister Eckhard Uhlenberg	16469
Sylvia Löhrmann (GRÜNE)	16433	Ergebnis	16471
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart	16439	4 Landesregierung muss ihren Ankündigungen Taten folgen lassen: Mindestlohn für die Leih- und Zeitarbeitsbranche	
Marc Jan Eumann (SPD)	16444	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/10519	16471
Andrea Milz (CDU)	16446	Rainer Schmeltzer (SPD)	16471
Reiner Priggen (GRÜNE)	16447	Peter Brakelmann (CDU)	16473
Ralf Witzel (FDP)	16450	Dr. Stefan Romberg (FDP)	16476
Rüdiger Sagel (fraktionslos)	16456	Barbara Steffens (GRÜNE)	16477
Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU)	16459	Minister Karl-Josef Laumann	16478
Johannes Rimmel (GRÜNE)	16462	Günter Garbrecht (SPD)	16481
Ergebnis	16462	Ergebnis	16481
2 Wahl zum Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit		5 Gesetz zur Modernisierung und Bereinigung von Justizgesetzen im Land Nordrhein-Westfalen	
Wahlvorschlag der Landesregierung Drucksache 14/10514	16463		
Ergebnis	16463		

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/9736	
Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses Drucksache 14/10533	
zweite Lesung	16482
Ergebnis	16482

6 Kultur in NRW – Perspektiven in der Krise?

Große Anfrage 35 der Fraktion der SPD Drucksache 14/9462	
Antwort der Landesregierung Drucksache 14/10120	16482
Dr. Fritz Behrens (SPD)	16482
Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU)	16484
Angela Freimuth (FDP)	16486
Oliver Keymis (GRÜNE)	16488
Minister Andreas Krautscheid	16489
Ergebnis	16492

7 Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika weiter stärken und ausbauen

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/10517	16492
Ilka von Boeselager (CDU)	16492
Angela Freimuth (FDP)	16493
Wolfram Kuschke (SPD)	16494
Sylvia Löhrmann (GRÜNE)	16495
Minister Andreas Krautscheid	16496
Ergebnis	16497

8 Dreizehnter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Dreizehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung Drucksache 14/10436	
erste Lesung	16497
Thorsten Schick (CDU)	16497
Wolfram Kuschke (SPD)	16498
Ralf Witzel (FDP)	16498
Oliver Keymis (GRÜNE)	16499
Minister Andreas Krautscheid	16500
Ergebnis	16500
Nächste Sitzung	16500

Entschuldigt waren:

Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers (ab 15:30 Uhr)
Minister Karl-Josef Laumann (10:00 bis 13:30 Uhr)
Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (ab 16:30 Uhr)
Franz-Josef Britz (CDU)
Manfred Palmen (CDU)
Marc Ratajczak (CDU) (ab 15:00 Uhr)
Inge Howe (SPD)
Wolfgang Jörg (SPD) (ab 14:00 Uhr)
Reinhard Jung (SPD)
Gerda Kieninger (SPD) (bis 13:00 Uhr)
Elisabeth Koschorreck (SPD) (ab 15:00 Uhr)
Annegret Krauskopf (SPD)
Sören Link (SPD)
Dr. Ute Dreckmann (FDP)

Beginn: 10:04 Uhr

Präsidentin Regina van Dinter: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen, der 141. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch den Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **13 Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir treten in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Innovation und Solidarität – Schlussfolgerungen der Landesregierung aus den Empfehlungen der Zukunftskommission Nordrhein-Westfalen

Regierungserklärung

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/10569

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/10570

Der Ministerpräsident hat mir mit Schreiben vom 8. Januar 2010 mitgeteilt, dass er beabsichtigt, heute eine Regierungserklärung zu dem oben genannten Thema abzugeben.

Ich eröffne die Debatte und erteile Herrn Ministerpräsidenten Dr. Rüttgers das Wort.

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, guten Morgen! Im Mai 2008 habe ich die Zukunftskommission Nordrhein-Westfalen ins Leben gerufen. Unter dem Vorsitz von Lord Dahrendorf haben 22 hochrangige Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik ein Jahr lang über die Zukunft Nordrhein-Westfalens nachgedacht. Man hat darüber nachgedacht, wie wir leben werden, vor allem aber darüber, wie wir leben wollen – nicht in einer fernen Zukunft, sondern in zehn, 20 Jahren.

Nordrhein-Westfalen im Jahr 2025 – das war der Horizont dieser Zukunftskommission. Und Nordrhein-Westfalen 2025 ist unser Konzept. Ich sage bewusst unser Konzept, meine Damen und Herren; denn es geht um alle Menschen in diesem Land.

Ich will eine breite öffentliche Debatte um unsere Zukunft in Nordrhein-Westfalen, eine Debatte, an

der sich alle beteiligen können und sollen, weil es alle angeht.

Diese Debatte mit den Berichten der Zukunftskommission anzustoßen, ist – das darf man, glaube ich, so feststellen – gelungen. Wir haben die Abschlussberichte im April 2009 der Öffentlichkeit vorgestellt. In fünf großen Foren zu den Themen Innovation, Integration, Energie, Kultur und Weiterbildung sowie zum Abschlussbericht haben die zuständigen Kabinettsmitglieder öffentlich mit Experten diskutiert.

Mit zwei Wettbewerben haben wir eine breite Öffentlichkeit vor allem junger Menschen in die Debatte einbezogen, nämlich mit dem Wettbewerb für Studierende „Vision 2025“ unter der Leitfrage „Wie gewinnen wir kreative Köpfe für das Land?“ und dem Jugendwettbewerb „Vision 2025 – wie sieht Deine Zukunft aus?“. Denn wir wollen vor allem von den jungen Menschen wissen, was ihnen am Herzen liegt,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Keine Studiengebühren! Kein Turbo-Abitur!)

wie sie ihre Zukunft gestalten wollen. Aus diesem Grund gab es auch ein breites Diskussionsangebot im Internet. Deshalb haben wir auch im März 2009 einen großen, international besetzten Kongress auf dem Petersberg und ein besonderes Forum für junge Menschen aus allen Teilen Nordrhein-Westfalens veranstaltet. Wir wollen dies in diesem Jahr mit der Petersberger Convention unter dem Titel „Zukunft 2.0 – Jenseits der Krise“ und einer weiteren Campusveranstaltung für junge Menschen fortsetzen; denn es ist wichtig, diese Diskussion immer wieder neu und engagiert zu führen. Nur dann kann Politik langfristig orientiert und nachhaltig sein.

(Beifall von CDU und FDP)

Und nur dann kann sie eine erfolgreiche Politik für die Menschen in unserem Land sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, heute will ich Ihnen berichten, welche Schlussfolgerungen die Landesregierung aus den Empfehlungen der Zukunftskommission zieht. Ich verbinde das mit einem herzlichen Dank für die großartige Arbeit, die die Kommissionsmitglieder ein Jahr lang für uns in Nordrhein-Westfalen geleistet haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Als wir den Abschlussbericht der Zukunftskommission im April 2009 vorgestellt haben, lebte Lord Ralf Dahrendorf noch. Am 17. Juni ist er gestorben. Als ich das erfahren habe, war ich erschüttert; denn mit ihm haben wir einen der wichtigen politischen Denker verloren. Es war ein Geschenk, ihn erleben zu dürfen.

Wir haben einen einzigartigen Menschen verloren, einen Menschen, der wie wenige andere die Frei-

heit des Geistes verkörpert hat, einen großen Europäer und Vermittler zwischen den Kulturen. Er war ein Mensch voller Weisheit, Menschlichkeit und Humor. Ich war beeindruckt davon, wie sehr er in seinem Denken und Handeln stets Freiheit mit Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und Solidarität verbunden hat. Innovation und Solidarität gehören zusammen – das war die Kernbotschaft Lord Dahrendorfs in seinem Abschlussbericht.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Eine Gesellschaft, die nur auf wissenschaftliche und wirtschaftliche Innovation setzt, droht auseinanderzufallen. Eine Gesellschaft, die sich mit der Erhaltung des Status quo begnügt und allenfalls Fragen der Verteilung stellt, droht zu erstarren.

(Beifall von CDU und FDP)

Nur wenn Innovation und Solidarität zusammenkommen, hat eine Gesellschaft freier Bürger Zukunft. Beides zu verbinden war immer das Markenzeichen von Nordrhein-Westfalen, von Karl Arnold über Johannes Rau bis heute. Ich will, dass das auch in Zukunft so bleibt.

(Beifall von CDU und FDP)

Als die Kommission vor gut eineinhalb Jahren mit der Arbeit begann, hat noch kaum jemand die globale Wirtschafts- und Finanzkrise vorhergesehen, die ein halbes Jahr später ausbrechen sollte. Seitdem erleben wir eine Wirtschaftskrise, die das Vertrauen in die Marktwirtschaft zu zerstören droht. Der Kerngedanke der Zukunftskommission, Innovation mit Solidarität zu verbinden, hat, so meine ich, durch die Krise noch einmal an politischer Bedeutung gewonnen.

Meine Damen und Herren, die Berichte der Zukunftskommission liefern eine exzellente Bestandsaufnahme der Lage unseres Landes. Wer wissen will, wie es um unser Land heute steht, muss diese Berichte lesen. Sie zeigen die Stärken unseres Landes und seine großartigen Entwicklungschancen, aber auch die Schwächen, an denen wir arbeiten müssen.

Politik beginnt mit der Wahrnehmung von Wirklichkeit. Die Zukunftskommission hat uns eine Agenda für dieses Land mit vier großen Schwerpunkten gegeben: Bildung, Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft.

Niemanden zurückzulassen, gerade die nicht, die keinen Erfolg auf dem normalen Bildungsweg haben, das ist die Kernaufgabe der Bildungspolitik.

Die notwendige Flexibilität mit Sicherheit zu verbinden, ist die Aufgabe für den Schwerpunkt Arbeit.

Wie Innovationen vorangebracht werden können, steht im Mittelpunkt des Konzepts für die Wirtschaft.

Die Einheit der Gesellschaft zu bewahren und dabei vor allem die Integration der Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte voranzutreiben, muss Schwerpunkt der Gesellschaftspolitik sein.

(Beifall von CDU und FDP)

Lord Dahrendorf hat die Befähigung aller Bürger zur Kernaufgabe moderner Bildungspolitik gemacht. Sie ist für ihn – ich zitiere – „der Schlüssel zum Leben in einer freien und offenen Gesellschaft“.

Mit dieser Idee hat Lord Dahrendorf einen mutigen Vorschlag gemacht. Er will den klassischen Bildungsbegriff weiterentwickeln. Die alte Trennung zwischen sogenannter Bildung und praktisch orientierter Ausbildung muss überwunden werden. Stattdessen muss die Befähigung in den Mittelpunkt rücken. Jeder soll befähigt sein, etwas aus sich zu machen, und damit auch die Chance haben, sozial aufzusteigen. Wir brauchen dafür einen neuen, einen umfassenden Begriff von Bildung.

Die Fähigkeit zu abstraktem und analytischem Denken ist genauso wichtig wie die Fähigkeit zu emotionalen Zuwendungen. Künstlerische Talente zu entfalten, ist genauso bedeutsam wie die Fähigkeit, soziale und professionelle Netzwerke aufzubauen und zu erhalten. Das Ideal der Befähigung des Menschen, sich selbst umfassend zu bilden, also das Humboldt'sche Bildungsideal, ist nicht veraltet. Im Gegenteil, es war nie so aktuell wie heute.

(Beifall von CDU und FDP)

Aber das ist heute, im Zeitalter der globalisierten Wissensgesellschaft, keinesfalls einfacher, sondern schwieriger geworden. Das Internet bietet uns heute eine schier unübersehbare Menge an Informationen. Nie war es einfacher, sich Wissen anzueignen – so scheint es.

Aber es gibt keinen Automatismus, dass mehr Information auch zu mehr Bildung führt. Viele Menschen stehen ratlos vor der steigenden Wissens- und Informationsflut der Medien. Es droht die Spaltung der Gesellschaft in diejenigen, die mit dem neuen Wissen umgehen können, und in diejenigen, die damit überfordert sind. Es muss uns gelingen, alle Kinder und Jugendlichen für die Wissensgesellschaft zu befähigen. Deshalb müssen wir, wie Lord Dahrendorf sagt, vor allem denjenigen besondere Aufmerksamkeit widmen, die auf dem normalen Bildungsweg nicht erfolgreich sind. Denn niemand, meine Damen und Herren, niemand darf zurückbleiben.

(Beifall von CDU und FDP)

Bildung umfassend zu denken, heißt auch, Bildung nicht zu ökonomisieren. Ökonomischer Nutzen ist wichtig. Heutzutage gibt es eine ganze Reihe sogenannter Bildungsexperten, die Bildungsziele einzig und allein der Verwertungslogik des Marktes

unterordnen. Ihr Bildungskonzept zielt ausschließlich auf Praxisnähe und Beschäftigungsfähigkeit ab. Das greift zu kurz. Das führt zu kultureller Armut, zu einem zu kurzfristigen Denken. Genau das will Lord Dahrendorf verhindern. Ich teile seine Auffassung. Bildung hat ihren eigenen Wert. Sie trägt ihren Lohn in sich und muss für alle zugänglich und erreichbar sein.

(Beifall von CDU und FDP)

Lord Dahrendorf und die Kommission plädieren für eine verstärkte frühkindliche Bildung, für neue Chancen für Schulabbrecher, für die Modernisierung des dualen Systems und für Weiterbildung. Die Landesregierung teilt diese Auffassung. Jedes Kind hat ein Recht auf Bildung und Entfaltung. Mit dem Ende dieser Legislaturperiode werden wir deshalb rund 2,7 Milliarden € mehr für Kinder, Jugend und Bildung ausgegeben haben als die Vorgängerregierung.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, es geht aber nicht nur um Quantität, sondern es geht vor allen Dingen um Qualität – darum, dass Kinder so viel Zuwendung wie möglich erfahren, darum, dass ihre Talente so früh wie möglich entdeckt und gefördert werden, und auch darum, dass sie vor Armut, Missbrauch und Verwahrlosung geschützt werden. Nur wenn einer Gesellschaft das gelingt, hat sie Zukunft.

(Beifall von CDU und FDP)

Mit unserem neuen Kinderbildungsgesetz haben wir die frühkindliche Bildung deutlich verbessert.

(Lachen von der SPD)

Vor allem die vorschulische Sprachförderung ist ein großer Erfolg, und wir werden sie weiter ausbauen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben die Anzahl der Betreuungsplätze für unter Dreijährige seit Mai 2005 verachtfacht. Bis 2013 werden wir sie auf 144.000 Plätze ausbauen.

(Beifall von CDU und FDP – Frank Sichau [SPD]: Und wer bezahlt das?)

Wir arbeiten mit den Familienzentren daran, dass die Betreuung von Kindern und Eltern noch besser wird. Am 1. August 2010 werden wir 2.818 Familienzentren eingerichtet haben. Bis 2012 sollen es mindestens 3.000 sein.

Besonders am Herzen liegt mir der Schutz von Kindern. Wir kämpfen entschlossen gegen Kinderarmut. Deswegen setzen wir uns für die Ausweitung der Hartz IV-Regelsätze für Kinder ein.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben den Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ eingerichtet. Er kommt in diesem Schuljahr schon mehr als 80.000 Kindern zugute.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben die sozialen Frühwarnsysteme flächendeckend ausgebaut, um Kinder besser vor Verwahrlosung zu schützen. Auch in Zukunft werden wir daran arbeiten, dass jedes Kind in unserem Land eine Zukunft hat. Denn jedes Kind in Armut oder Verwahrlosung ist eines zu viel.

(Beifall von CDU und FDP)

Der Satz „Kein Kind darf zurückbleiben“ gilt auch für Jugendliche. 7 % Schulabbrecher sind 7 % zu viel. Auch dagegen gehen wir mit dem Ausbau des Ganztagsunterrichts vor. Wir liegen schon im Schuljahr 2009/2010 bei insgesamt rund 550.000 Plätzen. Im nächsten Schuljahr kommen noch einmal mehr als 56.000 Plätze hinzu. Bis 2015 sollen mindestens 43 % aller Kinder einen Ganztagsplatz nutzen können. Bis 2025 soll das Angebot noch weiter ausgebaut werden.

Wir wollen, dass in Zukunft die Klassen kleiner werden.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das haben Sie schon beim letzten Mal versprochen und nicht gehalten!)

So stärken wir die individuelle Förderung, die der Schlüssel zum schulischen Erfolg ist. Wir wollen maximale Klassengrößen von 25 Schülern in Grund- und Hauptschulen sowie 28 Schülern in Realschulen, Gesamtschulen und Gymnasien erreichen. Das ist zu schaffen, wenn wir den demografischen Wandel nutzen.

Wir sind optimistisch, dass wir dieses Ziel bei den Eingangsklassen der Grund- und Hauptschulen bis 2015 erreichen können. Denn gerade in den Grund- und Hauptschulen sind kleine Klassen besonders wichtig.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir wollen den Schulerfolg aller Kinder und Jugendlichen in unserem Land. Dafür haben wir – seit Mai 2005 gerechnet – mit dem Haushalt 2010 8.124 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. Das hat den Unterrichtsausfall halbiert. Außerdem reformieren wir die Lehrerbildung und stärken wir die Hauptschulen mit einer Qualitätsoffensive.

(Beifall von CDU und FDP)

Diese Investitionen und Reformen haben schon erste Früchte getragen: 2009 haben wir den niedrigsten Stand an Sitzenbleibern seit Beginn der Erhebung erzielt.

(Beifall von CDU und FDP)

Auch beim Abitur haben wir das beste Ergebnis seit Beginn der Aufzeichnungen erreicht. Darauf können wir stolz sein, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Noch etwas hat uns die Zukunftskommission eindringlich mit auf den Weg gegeben: Wir müssen die Leistungen unserer Lehrerinnen und Lehrer stärker fördern und vor allen Dingen auch anerkennen.

(Beifall von CDU und FDP)

Kaum ein Beruf ist so wichtig für unsere Zukunft, und er muss die öffentliche Anerkennung bekommen, die er verdient. Ich möchte, dass jede Lehrerin und jeder Lehrer in diesem Land sagen kann: Ich bin stolz, in Nordrhein-Westfalen die Verantwortung für die Bildung unserer Kinder zu tragen.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich will, dass er oder sie dafür auch die entsprechende Anerkennung bekommt. Ich meine, das muss unser aller Ziel sein.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, Lord Dahrendorf und die Kommission haben uns auch die Modernisierung der dualen Ausbildung und die Stärkung der Weiterbildung empfohlen. So sollen Flexibilität und Sicherheit in Zukunft auf den Arbeitsmärkten möglich sein. Wir wollen den Menschen Mut machen und ihnen Chancen geben, sich den Veränderungen auf den Arbeitsmärkten zu stellen. Mut haben Menschen aber nur, wenn sie wissen, dass es gerecht zugeht, dass jeder eine Chance hat.

Lord Dahrendorf hat für die Herausforderungen der Zukunft eine, wie ich finde, einprägsame Formel gefunden: Es geht um Beschäftigungssicherheit für alle, statt um Bestandssicherheit für wenige, wie er formuliert hat.

(Beifall von CDU und FDP)

Um zumindest Beschäftigungssicherheit für die meisten zu erreichen, müssen wir bei den jungen Menschen beginnen. Mit unseren Partnern im Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen haben wir 2007 ein umfassendes Konzept zur Berufsorientierung geschaffen. Mit dem 3. Weg in der Berufsausbildung und dem Werkstattjahr geben wir allen Jugendlichen eine berufliche Perspektive. Seit zehn Jahren hatten wir keinen so niedrigen Stand an Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz mehr. Das ist ein großer Erfolg.

(Beifall von CDU und FDP)

Der Erfolg war möglich, weil Arbeitgeber, Handwerker, freie Berufe und Gewerkschaften sowie Politik an einem Strang ziehen. Das wird auch in Zukunft so sein. Kein Jugendlicher darf zurückbleiben!

In der kommenden Legislaturperiode werden wir dafür die gezielte individuelle berufliche Förderung aller Jugendlichen ab der 8. Klasse weiter vorantreiben. Wir haben mit „ILJA“ ein Projekt zur Integration lernbehinderter Jugendlicher in Ausbildung

entwickelt, damit auch junge Menschen mit Behinderungen besonders gefördert werden.

(Beifall von der CDU)

Wir wollen damit alle lernbehinderten Jugendlichen ab der Klasse 8 jeweils individuell fördern.

Meine Damen und Herren, Beschäftigungssicherheit für die meisten heißt aber auch, dafür zu kämpfen, dass junge Menschen nach der Ausbildung eine echte berufliche Perspektive haben. Deshalb haben wir mit unserem Projekt „Jugend in Arbeit plus“ seit 2006 rund 20.000 schwer vermittelbaren arbeitslosen Jugendlichen eine Chance gegeben. Rund 9.000 Jugendliche haben dadurch bisher eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bekommen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir werden dieses Programm, das die Vorgängerregierung abschaffen wollte, im Sinne der Zukunftskommission fortführen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir werden aber auch über den Ausbau von Berufsschulen und Berufskollegs zu regionalen Kompetenzzentren weiter nachdenken. Auch das hat die Zukunftskommission in ihrem Bericht ausdrücklich gefordert. Denn sie sieht ein Problem in der oft nur losen Kooperation zwischen Betrieben und Berufsschulen.

In diesen regionalen Kompetenzzentren sollen alle Bildungsbereiche von der Ausbildungsvorbereitung über die Erstausbildung bis hin zur Weiterbildung vertreten sein. Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Vertreter der Berufsschulen und der Arbeitsverwaltung sollen diese regionalen Kompetenzzentren gemeinsam betreiben. Ich appelliere an alle Verantwortlichen, diesen innovativen Weg mit uns gemeinsam einzuschlagen.

Ganz wichtig ist mir, dass wir auch den Alleinerziehenden bessere Berufsperspektiven ermöglichen. Sie leben mit einem besonderen Armutsrisiko. Viele Single-Mütter oder Single-Väter haben es schwer, Beruf und Familie zu verbinden. Viele haben Teilzeitjobs. Ein Unterhaltsvorschuss wird nur sechs Jahre und nur für bis zu 14 Jahre alte Kinder bezahlt.

Wir müssen die Alleinerziehenden langfristig stärken mit mehr Plätzen für unter Dreijährige, mit mehr Ganztagsplätzen in den Schulen. Wir werden sie gezielt in der Teilzeitausbildung und beim Wiedereinstieg ins Berufsleben unterstützen, gemeinsam mit den Unternehmen, den Berufsschulen und den Weiterbildungsträgern. Wir setzen uns auch für eine Verlängerung des Unterhaltsvorschusses bis zum 18. Lebensjahr analog zur Kindergeldregelung ein.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wer sich für Kinder entscheidet, darf dadurch nicht zur Armut verurteilt werden. Wir brauchen mehr Unterstützung für diese Alleinerziehenden durch die ganze Gesellschaft. Hier sind vor allem die Erfahrung und die Einsatzbereitschaft der Älteren gefragt.

Schon heute gibt es ein sehr erfolgreiches Programm, das das Wissen der Älteren in den Schulen zum Nutzen aller einsetzt. Warum sollten wir das nicht auch in den Kindertagesstätten machen? Warum sollte es nicht ein besonderes Programm für Patenschaften geben, mit dem gerade Alleinerziehenden geholfen werden kann? Wir werden mit entsprechenden Programmen für solche Seniorenpatenschaften werben.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, wir dürfen uns auch nicht damit abfinden, dass ältere Menschen auf Dauer ohne eine Chance auf Arbeit bleiben. Mit unserem Kombilohnmodell haben wir mehr als 12.000 Langzeitarbeitslosen wieder eine Perspektive gegeben. Diese Strategie war so erfolgreich, dass der Bund sie inzwischen übernommen hat. Wir werden diese Strategie auch in den nächsten Jahren weiter verfolgen. Unser Ziel ist es, Menschen nicht nur in Arbeit zu bringen, sondern auch in Arbeit zu halten, insbesondere die Älteren.

Unser Programm der Bildungsschecks für lebenslanges Lernen ist ein ganz großer Erfolg. Über 250.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben sich schon daran erfolgreich beteiligt, und wir wollen, dass es noch mehr werden. Auch hier sind die Sozialpartner gefragt.

Ich appelliere an die Gewerkschaften und die Arbeitgeber, die Vorschläge der Zukunftskommission aufzugreifen und zum Beispiel die Einrichtung von Lebensarbeitszeitkonten zu fördern, damit lebenslanges Lernen möglich wird.

Wir arbeiten außerdem mit Nachdruck daran, die Hochschulen stärker als bisher für beruflich Qualifizierte zu öffnen. Wir haben eine Neuregelung des Hochschulzugangs für Handwerksmeister und für beruflich Qualifizierte auf den Weg gebracht. Ab dem kommenden Wintersemester werden Handwerksmeister die Möglichkeit haben, an Universitäten und Fachhochschulen zu studieren. Und auch diejenigen, die eine Berufsausbildung und Berufserfahrung haben, werden unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit des Hochschulzugangs bekommen. Damit schaffen wir neue Chancen für sozialen Aufstieg.

Neue Chancen für Menschen bekommen wir auch dadurch, dass wir die Übergänge zwischen beruflichen und anderen Lebensphasen erleichtern – sei es Erziehungszeit, sei es Rente. Wir müssen dafür sorgen, dass die Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand flexibler werden. Es muss eine bessere Möglichkeit für eine Teilrente geben, und

die Möglichkeit, leichter als bisher im Alter etwas zur Rente hinzuverdienen zu können, ist auch wichtig.

(Beifall von Ilka von Boeselager [CDU])

Wichtig ist ebenfalls, jetzt die Hinzuverdienstgrenzen für Hartz-IV-Empfänger zu verbessern. Damit wird für sie der Anreiz erhöht, sich eine Beschäftigung zu suchen, die zur Finanzierung des Lebensunterhalts reicht. Kleine Hinzuverdienste müssen unattraktiver, größere dagegen attraktiver gemacht werden.

(Beifall von Ilka von Boeselager [CDU])

Das schlägt übrigens auch der Sachverständigenrat vor. Auch das ist ein Beitrag zu einer Gesellschaft, die dem Leitbild der Beschäftigungssicherheit folgt.

Meine Damen und Herren, die eigenen Stärken stärken und damit Innovationen ermöglichen – das ist die wirtschaftspolitische Kernbotschaft der Zukunftskommission. Wir sind Industrieland, und wir wollen es bleiben.

(Beifall von CDU und FDP)

Hier liegen unsere Kernkompetenzen, hier können und müssen wir innovativ sein, weil wir damit Wachstum und Arbeitsplätze schaffen. Innovationen entstehen in starken Hochschulen. Deshalb haben wir unsere Hochschulen von bürokratischen Fesseln befreit und ihnen finanzielle Planungssicherheit gegeben. Wir werden außerdem bis 2020 rund 8 Milliarden € zusätzlich in die Modernisierung unserer Hochschulen investieren.

Innovationen entstehen meistens durch Vernetzung. Entscheidend ist eine enge Kooperation von Unternehmen mit Wissenschaft und mit Verbänden. Deswegen haben wir unsere Cluster-Strategie entwickelt, die weiter ausgebaut werden soll, zum Beispiel in der Logistik, in der Energiewirtschaft, in der Chemie, im Bereich der Materialwirtschaft, aber auch bei der Telekommunikation und Kreativwirtschaft.

Innovationen werden durch Investitionen in Zukunftsbranchen möglich. Wir haben deshalb seit 2005 gemeinsam mit der Wirtschaft 24 Spitzenforschungsinstitute, Hightechlabore und Denkfabriken neu eingerichtet oder erweitert. Alleine in die Zukunftsfelder Biotechnologie, Nano- und Mikrotechnik, innovative Werkstoffe und Energie- und Umweltforschung fließen bis 2013 für Spitzenforschungsprojekte Landesmittel von jeweils 100 Millionen €. Hinzu kommen weitere Mittel über die Ziel-2-Förderung. Seit 2007 wurden ca. 200 Projekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 2,6 Milliarden € gefördert.

Meine Damen und Herren, Innovationen brauchen Spitzenkräfte. Wir haben in Nordrhein-Westfalen die meisten Studierenden. Noch nie hatten wir so viele Hochschulabsolventen wie jetzt. Die Akademiker-

quote ist seit 2007 um ein Viertel auf 27 % gestiegen. Damit liegen wir über dem Bundesdurchschnitt. Aber die Zukunftskommission hat uns gemahnt, die Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte zu stoppen. Wir dürfen nicht Bildungsexportland werden. Das ist in der Wissensgesellschaft eine Schicksalsfrage.

(Beifall von der CDU)

Entscheidend ist die bessere Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft, von Befähigung, Bildung und Ausbildung. Das neue Hochschulnetzwerk InnovationsAllianz von 24 nordrhein-westfälischen Hochschulen setzt als zentraler Ansprechpartner für die Wirtschaft bereits wichtige Akzente. Wir werden helfen, Hochschulen und Wirtschaft noch enger zu vernetzen, indem wir die Informationskanäle zwischen Wirtschaft und Wissenschaft unterstützen und stärken: durch ein Patentportal im Internet und durch Patentscouts, die helfen, dass neue Ideen der Wissenschaft auch in neue Produkte umgesetzt werden.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Applaudiert doch mal!)

Dafür stellt das Land insgesamt 1,5 Millionen € bereit. Außerdem bauen wir mit Wettbewerben Forschungsk Kooperationen von Fachhochschulen und Wirtschaftsunternehmen mit 28 Millionen € bis 2013 aus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße es sehr, dass Bund und Länder ihre Anstrengungen für mehr Bildung und Forschung noch einmal verstärken. Mit dem neuen Koalitionsvertrag kann Nordrhein-Westfalen mit rund 1,1 Milliarden € an zusätzlichen Bundesmitteln rechnen. Es ist auch ein großer Erfolg, dass unser nordrhein-westfälisches Stipendienmodell jetzt auf ganz Deutschland übertragen wird.

(Beifall von CDU und FDP)

Aber wahr ist auch: Der Staat kann nicht alles machen. Innovationen brauchen auch eine starke Forschung bei den Unternehmen. Das ist bei uns in Nordrhein-Westfalen noch zu wenig der Fall. Die Landesregierung tut, was sie kann, um die Forschung in den Unternehmen zu stärken. Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Bundesregierung jetzt steuerliche Entlastungen zur Forschungsförderung umsetzen will.

Aber wir unterstützen die Unternehmen auch direkt, und zwar gerade und besonders den Mittelstand. Wir werden das Förderpaket für den forschenden Mittelstand mit Innovationsdarlehen, Innovationsgutscheinen und Innovationsassistenten ausbauen. Das Paket hat allein bis 2012 ein Gesamtvolumen rund 32 Millionen €.

Die Landesregierung tut alles finanziell Leistbare, um den Standort Nordrhein-Westfalen zukunftssicher zu machen. Wir haben seit 2005 die Förderung

von Innovationen um ein Viertel auf fast 600 Millionen € gesteigert. Wir haben heute im Bereich Forschung und Entwicklung fast 11 % mehr Arbeitsplätze als 2005. Das ist weit mehr als der Bundesdurchschnitt und der höchste Zuwachs in der Geschichte unseres Landes. Ich finde, auch darauf können wir stolz sein.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass ich Ende vergangenen Jahres Abu Dhabi besucht habe. Ich war damals fasziniert von der visionären Öko-Stadt Masdar City, konzipiert von Sir Norman Foster. Die Stadt soll ohne Autos auskommen, keine Treibhausgase emittieren, keine Müllhalden benötigen; sie soll ihren eigenen Strom produzieren und ohne fossile Brennstoffe auskommen. Das ist eine kühne Vision. Ob sie machbar ist, wird sich zeigen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ein Schritt vor, fünf zurück!)

Bei uns – das kann man allerdings sagen – so schnell sicherlich nicht. Und dennoch weist diese Idee, diese Vision den Weg in ein neues Zeitalter, das Ökonomie und Ökologie nicht mehr als Gegensätze begreift, sondern als Einheit. Hier liegen die großen Innovationen des 21. Jahrhunderts und hier liegt der nächste große Innovationszyklus.

Nordrhein-Westfalen – ich habe es eben gesagt – ist und bleibt Industrieland. Hier liegen unsere Stärken. Ich frage aber: Ist eine ökologische Industrieregion möglich? – Meine Antwort lautet: Ja.

(Beifall von der CDU)

Aber nicht als Ökotoxia. Eine ökologische Industrieregion muss beides verbinden: Industrie und nachhaltiges Wirtschaften,

(Beifall von der CDU)

industrielles und grünes Wachstum. Eine Politik für eine ökologische Industrieregion heißt: Kraftwerke nicht stilllegen, sondern modernisieren.

(Beifall von CDU und FDP – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das reicht mir aber nicht!)

Deshalb ist es richtig, dass wir den Kraftwerkspark erneuern mit Kraftwerken, die bei gleicher Stromerzeugung um rund 20 % effizienter sind als die alten. Wir wollen, dass alte Kohlekraftwerke so schnell wie möglich abgeschaltet werden. Neue werden nur genehmigt, wenn sie den CO₂-Ausstoß deutlich reduzieren und die Energieeffizienz verbessern – so wie in Datteln.

(Beifall von CDU und FDP)

Und deshalb, werte Kolleginnen und Kollegen, muss das neue Kraftwerk da auch gebaut werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Eine Politik für eine ökologische Industrieregion heißt, sich auch zum Chemiestandort Nordrhein-Westfalen zu bekennen: zu einem Chemiestandort mit innovativen Techniken – deshalb brauchen wir auch die CO-Pipeline –, aber auch als Standort zur Weiterentwicklung von sogenannten Überlebens-technologien wie der Wasserwirtschaft oder der Entsorgungswirtschaft. Hier liegen große Potenziale auch für den Weltmarkt. Das Wirtschaftsministerium arbeitet an einer gemeinsamen Strategie zur Bündelung unserer Stärken auf diesem Feld. Eine Politik für eine ökologische Industrieregion heißt auch, die erneuerbaren Energien auszubauen. Auch daran arbeiten wir.

(Beifall von CDU und FDP)

Mit einer umfassenden Klimastrategie wollen wir bis 2020 den Umsatz der regenerativen Energiewirtschaft auf 15 Milliarden € steigern und die Anzahl der Beschäftigten in der Branche auf 40.000 erhöhen. Wir treiben die Energieforschung zum Beispiel mit dem neuen Energieforschungszentrum an der RWTH Aachen und dem weltweit einzigartigen solarthermischen Versuchskraftwerk in Jülich voran.

(Beifall von der CDU)

Bis 2020 wollen wir mit dem „Biomasseaktionsplan NRW“ auch die Strom- und Wärmeproduktion aus Biomasse von knapp neun Milliarden auf fast 18 Milliarden Kilowattstunden verdoppeln.

(Beifall von CDU und FDP)

Damit können 20 % des Strombedarfs und 10 % des Wärmebedarfs der Privathaushalte Nordrhein-Westfalens abgedeckt werden. Unser Ziel ist es, bis 2020 die CO₂-Emissionen in Nordrhein-Westfalen um 81 Millionen t zu reduzieren. Das sind rund 44 % des Einsparvolumens, das die Bundesregierung anstrebt. Das ist ehrgeizig, aber machbar, und es ist notwendig. Wir sind Energieland Nummer eins und wir wissen um unsere ökologische Verantwortung.

Eine Politik für eine ökologische Industrieregion ist eine Politik, die Industrie und Natur zu einem Raum mit neuer Lebensqualität verbindet. Der Umbau der Emscher ist hier vorbildlich. Es ist das größte wasserwirtschaftliche Projekt in Europa. Es ist ein Jahrhundertprojekt, das weit über die wasserwirtschaftlichen Aspekte hinausgeht. Es ist Teil einer Gesamtstrategie zur Renaturierung früherer Industrieanlagen in der Metropole Ruhr. Ich nenne nur Stadtentwicklungsprojekte wie PHOENIX in Dortmund oder Graf Bismarck in Gelsenkirchen. Wir folgen der Vision, dass nicht nur der Himmel über der Metropole Ruhr wieder blau ist, sondern auch, dass ihr Herz wieder grün wird.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Zukunft gehört einer neuer grünen Mitte in der Metropole Ruhr.

Unsere Städte müssen mehr Lebensqualität bekommen. Eine Politik für eine ökologische Industrieregion heißt deshalb, auch Bedingungen dafür zu schaffen, dass Künstler und Kreative hier gerne leben und arbeiten. Schon heute arbeiten bei uns in Nordrhein-Westfalen etwa 160.000 Menschen in der Kreativwirtschaft. Das schafft nicht nur wirtschaftliches Wachstum. Kreative schaffen auch ganz neue Perspektiven für mehr Lebensqualität in der ganzen Region.

Ich will deshalb das Beispiel der Kreativquartiere, die jetzt im Rahmen der Kulturhauptstadt Essen entstehen, nennen. Sie sollen Künstlern und Kreativen aus ganz Europa einen bezahlbaren Wohn- und Wirkungsraum bieten. Durch ihre Arbeit werden sie diese Quartiere verändern. Es wird ein neues kreatives Milieu geschaffen. So entstehen lebendige Stadtviertel. Das ist nicht nur gut für die Künstler, das ist gut für alle Menschen, die hier leben.

(Beifall von CDU und FDP)

Deshalb unterstützt Nordrhein-Westfalen die Kreativquartiere im Rahmen der Kulturhauptstadt 2010 mit großem Engagement. Das Land legt außerdem ein Förderprogramm für Kreativquartiere im Umfang von 15 Millionen € für die Metropole Ruhr auf. Ab 2011 sollen sie im ganzen Land entstehen.

Eine Politik für eine ökologische Industrieregion bedeutet, Mobilität und Klimaschutz nicht als Gegensatz zu verstehen, sondern beides zu verbinden, gleichermaßen als Antrieb für Innovationen und Wachstum. Deshalb setzen wir auch auf die Entwicklung des Elektroautos. Unser Ziel ist: Bis 2020 sollen 250.000 Elektrofahrzeuge auf unseren Straßen rollen. Wir wollen die erste großräumige Modellregion für Elektroautos in Europa werden. Meine Damen und Herren, mit diesem Projekt setzen wir ein Zeichen für unseren Anspruch, Nordrhein-Westfalen zu einem Modellland für nachhaltigen Klimaschutz und innovative Stadtentwicklung zu machen.

Mobilität und Klimaschutz zu verbinden heißt auch, den öffentlichen Nahverkehr zu stärken. Auch das ist ein wichtiger Baustein für eine ökologische Industrieregion der Zukunft. Denn Erfolg braucht Vernetzung, insbesondere in unseren Ballungsgebieten. Das ist eine der zentralen Thesen der Zukunftskommission. Das gilt auch und vor allem für die Verkehrsinfrastruktur.

Meine Damen und Herren, das Kirchturmdenken muss der Vergangenheit angehören. Wir brauchen einen ÖPNV der passgenauen Verbindungen. Anschlüsse im Schienenverkehr und im Busverkehr müssen optimal aufeinander abgestimmt sein. Wartezeiten von mehr als zehn Minuten müssen der Vergangenheit angehören.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Dann fahren Sie morgens mal damit!)

Das ÖPNV-Gesetz fordert und fördert die Kooperation unter den Aufgabenträgern. Die Menschen erwarten zu Recht, dass Kooperation täglich gelebt wird und sich positiv auf ihren Alltag auswirkt. Die Zusammenarbeit der Verantwortlichen in den Kommunen und Zweckverbänden muss besser werden.

(Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

Wir brauchen ein einheitliches Tarifsysteem für das ganze Land. Ich erwarte in punkto Vernetzung von den Betroffenen mehr Engagement.

(Beifall von der CDU)

Aber ich sage auch: Die Landesregierung wird die Kommunen in allem unterstützen, was die Vernetzung der Infrastruktur voranbringt. Nicht nur für die Infrastruktur gilt in Zukunft: Die Städte in der Metropole Ruhr dürfen ihre Stärken nicht gegeneinander ausspielen, sondern sie müssen sie bündeln und ein gemeinsames Profil ihrer Stärken entwickeln.

(Beifall von der CDU)

Ich verspreche mir von der Kulturhauptstadt ein klares Signal für diesen Kurs.

Wir in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren, wissen: Unsere Infrastruktur ist das starke Pfund, das unser Land zum international so gefragten Standort macht. Immerhin haben sich seit Mai 2005 115 neue ausländische Unternehmen bei uns angesiedelt. Ich will, dass es noch mehr werden.

Wir stehen vor großen Herausforderungen. Verkehrsprognosen sagen uns bis 2025 für alle Verkehrswege einen drastischen Anstieg voraus: um knapp ein Fünftel beim Personenverkehr, um über zwei Drittel beim Güterverkehr. 2009 flossen deshalb 1,3 Milliarden € in die Sanierung von Autobahnen und Bundes- und Landstraßen. 300 Millionen € haben die Kommunen erhalten, um die Verkehrssituation in den Städten und Gemeinden zu verbessern. Wir haben die Zahl der Planfeststellungen deutlich erhöht.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Aber Mittel für die Umsetzung gekürzt!)

2004 gab es nur einen einzigen Planfeststellungsbeschluss für den Ausbau einer Bundesfernstraße. Seit 2005 waren es im Schnitt zwölf Planfeststellungsbeschlüsse pro Jahr.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir stärken unsere Häfen. Der Duisburger Hafen ist schon heute der größte Binnenhafen der Welt. Für den Ausbau von logport II werden wir insgesamt 48,8 Millionen € zur Verfügung stellen.

Gemeinsam mit dem Bund und der Deutschen Bahn haben wir uns im Masterplan Nordrhein-Westfalen auf einen umfassenden Ausbau der Schieneninfrastruktur geeinigt. Für die Betuwelinie, die Nordrhein-Westfalen an den Seehafen Rotter-

dam anbindet, wird die Planfeststellung im Frühjahr kommen.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Wie viel Mittel haben Sie denn zusätzlich?)

Auch der Rhein-Ruhr-Express wird kommen.

(Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

Das ist mit der Bahn und dem Bund vereinbart.

(Beifall von CDU und FDP – Achim Tüttenberg [SPD]: Wo ist denn die Finanzierungs freigabe?)

Wir wollen ihn so schnell wie möglich auf die Schiene bringen. Das Projekt hat oberste Priorität.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Aber nur mit Halt in Köln-Mülheim!)

Eine Politik für eine ökologische Industrieregion heißt nicht einfach, Infrastrukturen zurückzubauen, sondern in neue, intelligente Infrastrukturen zu investieren. Das ist unser Ziel.

Seit 2006 haben wir zum Beispiel rund 60 dynamische Verkehrslenkungsanlagen an wichtigen Autobahnkreuzen und rund 100 Zuflussregelungsanlagen eingerichtet.

(Zuruf von der SPD: Wow! – Edgar Moron [SPD]: Das ist ja eine tolle Leistung!)

Solche intelligenten Systeme werden wir weiter vorantreiben, auch durch eine einheitliche Verkehrszentrale, die alle Verkehrsinformationen bündeln soll. Die Zukunftskommission plädiert für einen umfassenden Infrastrukturplan mit klaren Prioritäten und Zielvorgaben in Zusammenarbeit mit den Kommunen und umfassend für Straße, Schiene, Luftverkehr und Häfen. Daran arbeiten wir.

Meine Damen und Herren, wir wollen Vorreiter für ein neues ökologisches Industriezeitalter sein, in dem Industrie und Ökologie eine Einheit bilden. Das kann nicht gleich die totale Ökostadt wie Masdar City sein, aber die Idee einer ökologischen Stadt ist richtig, einer Stadt, die Klimaschutz auf allen Ebenen praktiziert. Wir in Nordrhein-Westfalen haben dafür die besten Voraussetzungen, zum Beispiel mit dem zukunftsweisenden Projekt „50 Solarsiedlungen in NRW“,

(Achim Tüttenberg [SPD]: Deshalb wird jetzt die Solarförderung gekürzt!)

das die Nutzung der Solartechnologie fördert. 29 Siedlungen sind schon im Bau. Nordrhein-Westfalen ist damit europaweit Spitzenreiter bei allen Solarsiedlungen. Oder mit dem Projekt „100 Klimaschutzsiedlungen in Nordrhein-Westfalen“, mit dem CO₂-Emissionen in Wohnsiedlungen konsequent reduziert werden.

Meine Damen und Herren! Wir werden zusammen mit den großen Unternehmen der Energiewirtschaft und mit führenden wissenschaftlichen Insti-

tuten wie dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie an einem Konzept arbeiten, wie die Stadt der Zukunft in einer ökologischen Industrieregion aussehen kann. Wir werden die Kommunen gezielt darin unterstützen, diesem Ziel näher zu kommen.

(Beifall von CDU und FDP)

So sehr es auf Wachstum, auf Bildung, auf Innovation ankommt – ohne die Einheit der Gesellschaft geht es nicht. Auch das ist eine Kernbotschaft der Zukunftskommission, und auch sie ist mir sehr wichtig. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Kluft in unserer Gesellschaft weiter auseinandergeht: zwischen Arm und Reich, zwischen Ausgebildeten und Nichtausgebildeten, zwischen denen, die Arbeit haben, und denen, die arbeitslos sind, zwischen Alten und Jungen, Einheimischen und Zugewanderten.

Lord Dahrendorf spricht davon, dass gerade heute nichts so wichtig ist wie die Stärkung des Gemeinwohls, die Stärkung von Chancen auf Teilhabe, die Stärkung der aktiven, der vitalen Bürgergesellschaft. Denn, ich zitiere: Ohne die Gesellschaft aktiver Bürger geht es nicht. – So sagt es Lord Dahrendorf, einfach und treffend. Der Staat kann sie nicht ersetzen und er soll sie auch nicht dominieren, aber er muss sie unterstützen. Dabei, dass wir mehr miteinander leben statt nebeneinander, dass wir gemeinsame Werte und Ziele haben. Es geht um mehr Lebensqualität in unserem Land.

Das heißt zum Beispiel mehr Lebensqualität für Ältere. Deshalb fördern wir zukünftig auch den Bau von Wohngenossenschaften und Wohnstiften anstelle traditioneller Altenheime. Dort soll jeder alte Mensch eine altengerechte Wohnung, aber auch Gemeinschaftsräume haben. Er entscheidet selbst, welche Hilfe er in Anspruch nimmt. Jeder verpflichtet sich, dem anderen dort zu helfen, wo er kann. Das hat Sinn für diejenigen, die Hilfe brauchen, und für diejenigen, die helfen.

Auch für Heime gilt: Das Heim soll nicht in erster Linie Krankenhaus, sondern Wohnung für alte Menschen sein. In diesem Sinne haben wir das Heimgesetz neu gestaltet: für mehr Selbstbestimmung, mehr Eigenverantwortung und weniger Bürokratie und Bevormundung.

Mehr Lebensqualität für Ältere heißt übrigens auch, dass man gegen Altersdiskriminierung vorgeht. Es kann nicht angehen, dass jemand keine Versicherung oder keinen Kredit für den Aufbau eines Unternehmens mehr bekommt, nur weil er älter ist. Auch das muss sich ändern, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Mehr Lebensqualität heißt vor allem, Altersarmut zu verhindern. Wir setzen uns dafür ein, zum Beispiel mit der erfolgreichen Erhöhung des Schonvermögens für Hartz-IV-Empfänger oder mit dem

Kampf für eine bedarfsabhängige und steuerfinanzierte Mindestrente, die über dem Niveau von Hartz IV liegt. Denn es kann nicht sein, dass jemand, der ein Leben lang gearbeitet hat, am Schluss weniger bekommt als jemand, der kaum gearbeitet hat.

(Beifall von CDU und FDP)

Wichtig ist auch, dass die Älteren der Gesellschaft ihr Erfahrungswissen und ihr Engagement stärker als bisher zur Verfügung stellen können. In einem Generationenatlas werden wir alle zukunftsweisenden Projekte und Erfahrungen im Land bündeln, damit sie Vorbild werden können.

Der öffentliche Dienst wird ein Zeichen setzen mit der Entwicklung eines Mentorenprogramms von älteren Experten für junge Führungskräfte in der Verwaltung. Das Schulministerium wird den Vorschlag der Zukunftskommission aufgreifen und eine Akademie für Führungskräfte gründen, um das Wissen der Schulleiter und vieler anderer Experten für ein besseres Schulmanagement zu bündeln und effektiv zu vermitteln. Erste Gespräche mit Experten und der Stiftung Mercator zur Organisation als Studienkurs oder universitäres An-Institut haben schon begonnen.

In Kürze wird das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration eine Gesamtstrategie für die Gesellschaftspolitik im demografischen Wandel vorstellen: Nordrhein-Westfalen fit für 2025.

Diese Strategie wird viele Vorschläge der Zukunftskommission aufgreifen: für eine neue Solidarität zwischen den Generationen, für die Stärkung der Bürgergesellschaft, für die Stärkung des freiwilligen Engagements der Bürgerinnen und Bürger, für die Anpassung des Bildungssystems an eine alternde Gesellschaft mit mehr Angeboten des lebenslangen Lernens, für den Umbau und Neubau von Wohnungen und ganzen Stadtquartieren, um sie den Bedürfnissen einer Gesellschaft im demografischen Wandel anzupassen. Meine Damen und Herren, es geht darum, Wohlstand zu bewahren und gleichzeitig neue Sicherheit zu schaffen – für alle Menschen in unserem Land.

(Beifall von der CDU)

Natürlich ist eine Schlüsselfrage für die Einheit der Gesellschaft die Integration der Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte, insbesondere der jungen Zuwanderer. Auch daran hat die Zukunftskommission keinen Zweifel gelassen. Die meisten Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte haben sich gut in unsere Gesellschaft integriert. Bei uns leben Menschen aus 170 Nationen, und sie sind eine Bereicherung für unser Land.

(Beifall von CDU und FDP)

Aber noch zu viele, vor allem junge Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte sind in unserer

Gesellschaft leider noch nicht angekommen. Eine vor Kurzem veröffentlichte Studie hat mich alarmiert. Danach wollen nur 24 % der älteren, aber schon 42 % der jüngeren Menschen mit einer türkischen Zuwanderungsgeschichte, die teilweise schon lange bei uns leben, in die Türkei zurückkehren.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Ja, so ist das!)

Der Hauptgrund dafür sei ein stark ansteigendes Gefühl der Ablehnung durch die deutsche Gesellschaft. Das wirft ein Schlaglicht darauf, dass wir noch viel tun müssen, um die Integration der Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte in unserem Land voranzubringen.

Es hat keinen Sinn, meine Damen und Herren, die Wirklichkeit zu tabuisieren oder schönzureden. Zu viele junge Menschen sprechen teilweise schlechter Deutsch als ihre Eltern. Zu viele verfügen immer noch über eine unzureichende Schul- und Berufsbildung. Zu viele finden immer noch keine dauerhafte Arbeit, und zu viele lehnen auch nach wie vor die deutsche Gesellschaft und ihre Grundwerte ab. Das muss sich dringend ändern.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir wollen keine Gesellschaft, in der die Menschen nebeneinander leben, sondern wir wollen, dass sie miteinander leben. Jeder soll seine Chance zur Integration bekommen. Er muss sie dann aber auch nutzen.

Integration heißt: Für jeden, der bei uns lebt, ist das Grundgesetz verbindlich.

(Beifall von der FDP)

Grundlage unseres Zusammenlebens ist für uns die europäische Leitkultur, wie sie im Grundgesetz und in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union festgelegt wird. Zwangsehen und sogenannte Ehrenmorde dürfen nicht als kulturelle Besonderheiten gelten.

(Beifall von CDU und FDP)

Nordrhein-Westfalen 2025 – das muss ein Land sein, in dem es für jeden, der hier lebt, ganz selbstverständlich ist, unsere Sprache zu beherrschen, sich zu unseren Werten zu bekennen und sich entsprechend zu verhalten.

Ich erwarte, dass auch die islamischen Verbände Straftatbestände wie Zwangsehen und sogenannte Ehrenmorde sowie antisemitische Äußerungen und Taten, wenn sie vorkommen, klar verurteilen und mit uns bekämpfen.

(Beifall von CDU und FDP)

Integration heißt aber nicht Assimilation. Auch das hat Lord Dahrendorf betont. Ich stimme ihm zu.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Nordrhein-Westfalen muss ein Land sein, in dem jeder Respekt erwarten kann, egal woher er kommt, welche Hautfarbe er hat und woran er glaubt. Es muss auch ein Land sein, in dem jeder, wenn es nötig ist, gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit vorgeht. An dieser Gesellschaft müssen wir gemeinsam arbeiten.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir in Nordrhein-Westfalen sind wie kein anderes Bundesland bei der Integration vorangegangen – mit einem eigenen Integrationsministerium, mit einem bundesweit vorbildlichen Aktionsplan für ein Land der neuen Integrationschancen, mit einem neuen Schulgesetz, in dem wir als erstes Bundesland die frühe Sprachförderung von Kindern verankert haben, und mit einem bundesweit einmaligen Schwerpunkt auf der Förderung von Kunst und Kultur im Dialog der Kulturen.

Wir wollen auch in Zukunft Vorreiter sein. Wir wollen einen bekenntnisorientierten Islamunterricht in den Schulen unter deutscher Schulaufsicht und mit in Deutschland ausgebildeten Lehrern.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Deshalb haben wir den landesweiten Schulversuch „Islamkunde in deutscher Sprache“ begonnen.

Das Ganze kann erfolgreich sein, wenn die Verbände sich auf gemeinsame Ziele einigen.

Wir wollen mehr Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte im öffentlichen Dienst, insbesondere bei der Polizei oder im Schuldienst.

Außerdem wollen wir einen stärkeren Dialog zwischen allen Partnern.

(Ralf Jäger [SPD]: Am besten eine Kommission!)

Wir werden zu einer Islamkonferenz für Nordrhein-Westfalen einladen und Vertreter von Verbänden, Kulturvereinen und Moscheegemeinden bitten, dabei mitzumachen.

Gemeinsam sollten wir uns dazu verpflichten, noch mehr für eine gelingende Integration insbesondere der jüngeren Generation zu tun.

Als Ergebnis dieses Prozesses brauchen wir ein Integrationsgesetz. Die Förderung der Integration soll auf eine einheitliche gesetzliche Grundlage gestellt werden. Sie soll Fördern und Fordern gleichermaßen umfassen. Alle Menschen, die dauerhaft bei uns leben, müssen in diesem Land eine Heimat haben. Wir wollen, dass jeder von ihnen sagen kann: Nordrhein-Westfalen ist meine Heimat. Hier ist mein Zuhause.

(Beifall von CDU und FDP)

Werte Kolleginnen und Kollegen, der Schlusssatz des Berichts von Lord Dahrendorf lautet: „In der

Verbindung von Innovation und Solidarität liegt der Kern zukunftssträchtiger Entscheidungen.“ Das war und bleibt Kompass für unser Land. Beides zu verbinden, ist unter den Bedingungen der Globalisierung nicht leichter geworden, sondern schwieriger. Vor uns liegt auch ein hartes Stück Arbeit. Wir werden das aber schaffen, wenn wir gemeinsam handeln.

Wir in Nordrhein-Westfalen wollen ein Land, das niemanden zurücklässt. Wir wollen ein Land, in dem Leistung sich lohnt. Wir wollen ein Land, in dem Wohlstand für alle möglich ist. Wir wollen ein Land, in dem sich jeder auf die Solidarität der Gemeinschaft verlassen kann, wenn er sie braucht.

Wir haben allen Grund, optimistisch zu sein. Wir wissen: Es geht allemal mehr, als man denkt. Es geht auch mehr, wenn wir die Ärmel aufkrepeln und gemeinsam anpacken.

Wir sollten viel von uns verlangen. Dann gehen wir auch gestärkt aus der Weltwirtschaftskrise hervor. Dann schaffen wir neue Chancen. Dann bleibt niemand zurück. Dann wird die Einheit unserer Gesellschaft bewahrt.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Ich danke Herrn Ministerpräsidenten Dr. Rüttgers. – Meine Damen und Herren, Sie haben die Regierungserklärung zur Kenntnis genommen.

Wir kommen nunmehr zur Aussprache. Als Erste spricht die Fraktionsvorsitzende der SPD, Frau Kraft.

Hannelore Kraft (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Sie haben in dieser Legislaturperiode erst drei Regierungserklärungen abgegeben. Im Grunde bin ich jetzt froh, dass das so war. Was wir heute gehört haben, war nämlich keine Vision, sondern die Bilanz eines Buchhalters, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wenn das alles so toll ist und Sie in den letzten knapp fünf Jahren wirklich so viel für dieses Land erreicht haben, wie Sie uns hier geschildert haben, dann frage ich mich, warum wir in den Rankings der Bundesländervergleiche feststellen müssen, dass NRW Absteigerland ist und nicht Aufsteigerland.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der SPD: Hört, hört! – Gegenruf von Christian Weisbrich [CDU])

– Das habe ich Ihnen doch in der letzten Haushaltsrede deutlich dargestellt.

Und es ist noch eine Bilanz hinzugekommen, nämlich die der Bertelsmann-Stiftung für den Bildungs-

bereich. Ihr Kommentar dazu ist: Das sind veraltete Zahlen. – Ja, Herr Ministerpräsident, 2006 bis 2008, das sind Ihre alten Zahlen. Das ist jetzt das Problem, was Sie haben.

(Beifall von der SPD)

Das sind Ihre alten Zahlen.

Und wenn das alles so toll ist, wie wir es hier hören: Warum streiken dann die jungen Menschen in unserem Bildungssystem? Warum ist das denn so, Herr Ministerpräsident, wenn das alles so toll ist in unserem Bildungssystem?

(Zurufe von der SPD)

Ehrlich gesagt: Wenn das alles so toll ist mit unserer Infrastruktur in unserem Land – ich meine, die 50 Wegweisertafeln werden uns vorgebracht haben –, dann frage ich mich, warum ich morgens im Stau stehe.

(Beifall von der SPD)

Das frage ich mich jeden Morgen, Herr Ministerpräsident. Ich weiß nicht, wo Sie herfahren.

Meine Damen und Herren, heute möchte ich ausnahmsweise keine Zahlen widerlegen, nicht ins Klein-Klein hineingehen. Ich nehme Ihre Aufforderung entgegen, einmal darüber zu diskutieren: Wie stellen wir uns eigentlich die Zukunft dieses Landes vor? Ich möchte Ihnen gerne meine Vision von Nordrhein-Westfalen schildern. Teilweise gibt es da sicherlich Übereinstimmungen, zumindest gibt es ähnliche Begrifflichkeiten, teilweise ist das allerdings auch sehr konträr. Das fängt schon mit dem Ansatz an.

Meine Vision beginnt damit, dass wir Nordrhein-Westfalen von den Menschen her denken, dass wir Nordrhein-Westfalen von den Menschen her entwickeln. Der Mensch ist ein soziales Wesen. Für mich ist die zentrale Frage: Wie schaffen wir es, dass es in Nordrhein-Westfalen friedlich, gerecht und erfolgreich zugeht, meine Damen und Herren? Das ist die entscheidende Frage.

(Beifall von der SPD)

Dazu gehört, dass wir alle mitnehmen. Denn wenn uns das nicht gelingt, ist unsere Demokratie in Gefahr. Und wenn wir darüber reden, alle mitzunehmen, dann reden Sie viel über Chancengerechtigkeit. Aber dazu gehört, meine Damen und Herren, auch Verteilungsgerechtigkeit, und es gehört dazu, dass wir den Menschen Teilhabe möglich machen. Das ist der Begriff, der für uns oben drüber steht.

(Beifall von der SPD)

Allen Kindern alle Chancen geben, sagen wir, im Zweifelsfall auch die zweite und die dritte Chance, Einstieg möglich machen, Aufstieg verlässlich machen.

Sie reden von neuer Sicherheit, Herr Ministerpräsident. Was heißt das denn? Was bedeutet das denn für unsere Jugendlichen, wenn sie keine sicheren Perspektiven haben, wenn sie keine Fortschritte sehen, wenn sie sich zurückgelassen fühlen, auch wenn wir sie in Warteschleifen unserer Schulsysteme von den Straßen holen und sie dort unterbringen? Was bedeutet es, wenn sie keine klare Perspektive haben?

Ich bin im Augenblick viel im Land unterwegs mit der Tour „TatKraft“. Wir arbeiten in den einzelnen Bereichen, kommen den Menschen, den Bürgerinnen und Bürgern sehr nahe. Sie erzählen mir viel über ihre Geschichte, ihr Leben und ihre Lebenssituation.

Wenn Sie einmal in dieser Weise zuhören würden, wüssten Sie, was es bedeutet, keine Perspektive zu haben. Reden Sie mit jungen Menschen, wie ich es getan habe, die vom Weg abgekommen sind, die wir versuchen, mit Maßnahmen zurückzuholen, bei denen manche kleinen Weichen falsch gestellt worden sind, junge Menschen, die aber trotzdem den Willen und das Ziel haben, ein Leben zu leben, wie sie es sich vorstellen, was ich unter die Überschrift setzen würde: eine „Rama-Familie“: mit einem Job, mit einer Perspektive.

Diese jungen Menschen fühlen sich zurückgelassen, sie fühlen sich nicht aufgehoben. Wenn Sie jemanden erleben, so wie ich ihn erlebt habe, der mit mir bei einer solchen Maßnahme gemeinsam die Wände angestrichen hat, und er Ihnen sagt „Ich habe sogar einen Realschulabschluss, ich habe auch ein ganz gutes Notenspektrum – Zweien und Dreien –, ich habe eine Fünf in Physik, okay, das habe ich nicht besser geschafft, aber ich habe trotz vieler, vieler Bewerbungen überhaupt keine Stelle bekommen, ich habe keine Ausbildung bekommen“. Das Schlimmste für ihn ist: Die Unternehmen, bei denen er sich beworben hat, haben zum größten Teil gar nicht geantwortet. – Den jungen Leuten schlägt Missachtung entgegen. An der Stelle müssen wir aus meiner Sicht ansetzen. An dieser Stelle gilt es, Perspektiven zu geben.

(Beifall von der SPD)

Der Umbau, der dafür erforderlich ist, die Veränderungen, die wir brauchen, können gelingen, sie müssen sogar gelingen, weil beides aus zwei Perspektiven erforderlich ist, einmal aus der sozialen Perspektive, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu schaffen, aber auch aus der wirtschaftlichen Perspektive. Wenn wir uns einig sind, dass die Zukunft Nordrhein-Westfalens nicht in einfacher Lohnfertigung und im Bereich von Dumpinglöhnen liegen kann, wenn gilt, was meine Gewerkschaft wunderbar betitelt hat „besser statt billiger“, dann heißt das: Wir müssen auf Innovation setzen. – Das fand ja auch bei Ihnen Niederschlag.

Aber man muss auch die Rückschlüsse ziehen. „Viele Innovationen“ heißt: Wir brauchen viele Menschen, die innovativ und kreativ sind. Dann lassen Sie uns einmal hinschauen, wie es gelingen kann, dass mehr junge Menschen gute Abschlüsse machen, dass sie kreativ und innovativ sind. Ich sage Ihnen: Dazu braucht es den Mut, Strukturen zu verändern. Und diesen Mut habe ich heute bei Ihnen vermisst.

(Beifall von der SPD)

Ihnen geht es nur um ein Weiter-So.

Dazu gehört aber mehr, als im Klein-Klein zu verweilen. Nein, wir haben einen Kollaps des Wirtschaftssystems erlebt, und wir haben schnell und koordiniert darauf reagiert. Wenn wir nicht heute handeln, wenn wir nicht heute Strukturen nachhaltig verändern, dann wird dieser Kollaps uns auch von der anderen Seite her ereilen.

Wir müssen gesellschaftliche Fehlentwicklungen stoppen. Kein Kind dürfen wir mehr verlieren. Sie sagen: Kein Kind darf zurückbleiben – auch das aus sozialer Perspektive und wirtschaftlicher Perspektive. Aber was heißt das?

Das heißt, wir müssen Eltern früh unterstützen, schon mit Beginn der Schwangerschaft. Wir müssen rankommen, wir müssen Hilfestellung bieten. Wir müssen hingehen in die Familien. Wir müssen umstellen von den Komm-Strukturen, dass jemand in seinem Büro sitzt und Hilfe anbietet, zu dem in der Regel aber nur die kommen, die es nicht wirklich nötig hätten, auf die Strukturen, dass man hinget, dass man direkt in die Familie hineinwirkt und sie unterstützt.

Dieser Umbau der Strukturen, Herr Ministerpräsident, muss auf der kommunalen Ebene stattfinden. Sie haben in Ihren Berichten heute die Kommunen fälschlicherweise überhaupt nicht erwähnt. An dieser Ecke brauchen wir leistungsfähige Kommunen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Herr Ministerpräsident, Sie haben eben gesagt: Politik beginnt mit der Wahrnehmung der Wirklichkeit. Wer wissen will, wie es um unser Land steht, muss diese Berichte lesen.

Ich würde das gerne anders handhaben. Ich glaube eher an Johannes Rau. Er hat 2003 beim Städtetag gesagt: Wer über die Lage der Städte spricht, spricht über die Lage unseres Landes. Am Zustand der Städte lässt sich ablesen, wie es dem ganzen Land geht, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das gehört zur Wahrheit dieses Landes.

Wenn wir über die Zukunft des Landes reden, müssen wir über die Zukunftsfähigkeit unserer

Städte und Gemeinden reden. Da kommen Sie nicht heraus.

(Minister Andreas Krautscheid und Horst Becker [GRÜNE] diskutieren miteinander.)

– Herr Krautscheid, wenn Sie eine Diskussion führen wollen, können Sie nachher gerne in die Debatte einsteigen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Aber Zwischenrufe von der Regierungsbank beherrscht er ja!)

Es wäre nett, wenn Sie nicht durch Zwischenrufe glänzen würden. Das können die Herrschaften auf der Tribüne nicht mitbekommen. Ich würde Ihnen raten, das im Rahmen eines Wortbeitrags zu tun.

(Beifall von der SPD)

Reden Sie doch mit uns über handlungsfähige Kommunen. Dann sehen wir, wie sich die Situation darstellt. Sie wissen doch, dass demnächst 90 % aller Kommunen auf der finanziellen Seite völlig handlungsunfähig sind. Das wissen Sie doch.

Was tun Sie gegen diese Einteilung in freiwillige Leistungen und Pflichtleistungen? Wissen Sie nicht, dass wir endlich mehr in die freiwilligen Leistungen investieren müssen, weil das die Leistungen sind, die am Lebensanfang stehen, damit wir am Ende Kosten sparen, Herr Ministerpräsident? „Strukturen verändern“ heißt die anstehende Aufgabe.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Reden wir über Zahlen. Schauen wir doch einmal, was das kostet. Herr Pinkwart, Sie sind doch Wirtschaftswissenschaftler.

(Zurufe von Sylvia Löhrmann [GRÜNE] – Weitere Zurufe)

Was bedeutet es, wenn bei jungen Menschen die eine oder andere Weiche falsch gestellt wird? – In den schlimmsten Fällen gibt es zwei Varianten.

Die Familie, in der das Kind aufwächst, schafft es irgendwann nicht mehr und das Kind wird aus der Familie herausgeholt. Das nennt man Inobhutnahme.

Ich habe mich schlaugemacht: In Köln kostet eine solche Inobhutnahme eines Kindes pro Jahr 84.000 €. In Köln alleine werden 400 Kinder aus den Familien geholt. Ich kann Ihnen auch die bundesweiten Zahlen nennen. Bundesweit waren es 28.200 Kinder im Jahr 2007. Im Jahr 2008 hatten wir eine Steigerung um 15 % auf 32.300 Kinder. Das sind 2,3 respektive 2,6 Milliarden €, die wir für Reparaturen aufwenden, statt die Strukturen endlich so aufzustellen, dass das Problem gar nicht entsteht. Das ist doch unser Thema.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Statt hier Impulse zu geben und die Konjunktur anzukurbeln, statt diese Strukturen endlich in Angriff zu nehmen, geben Sie Steuergeschenke an Hote-

liers und Erben! Das ist das Fatale, was an der Zielsetzung in diesem Land schief läuft, Herr Ministerpräsident!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wenn wir über kommunale Handlungsfähigkeit reden, reden wir nicht über etwas Technokratisches.

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Wir reden darüber, dass wir lebenswerte Städte brauchen und jungen Menschen Heimat gestalten müssen. Dazu gehören Büchereien. Dazu gehören Schwimmbäder, deren Temperaturen nicht abgesenkt werden müssen, weil kein Geld mehr da ist. Dazu gehören Bibliotheken. Dazu gehören Jugendheime. Das sind alles freiwillige Leistungen. Aber wer hier spart, spart an der falschen Stelle und nimmt in Kauf, dass es hinterher teurer wird.

(Beifall von der SPD)

Lassen Sie mich noch eine Zahl nennen, die mich umtreibt, weil ich in diesen Projekten auch Jugendliche getroffen habe, die schon im Jugendarrest waren. Ihnen liegen die Zahlen von Ihrem Finanzminister vor. Wenn ein Kind irgendwann in der Justizvollzugsanstalt landet, kostet auch dieser Platz nach meinen Informationen – Sie können mich korrigieren – zwischen 70.000 € und 90.000 € im Jahr.

Nein, meine Damen und Herren, wir haben überhaupt keine Zeit zu verlieren. Auch vor dem Hintergrund der Verschuldung und der enger werdenden Finanzspielräume haben wir überhaupt keine Zeit zu verlieren, um diese Strukturen zu verändern. Wir müssen endlich handeln.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Kommunale Handlungsfähigkeit heißt auch, dass wir den Kommunen die Finanzmittel zuweisen müssen. Das ist unser Credo vom handlungsfähigen Staat. Dann kommt wieder Ihr Einwand, die Kommunen hätten mehr Geld denn je. – Der Innenminister ist derzeit nicht am Platz. Ich weiß nicht, wo er herumrennt.

Die Kommunen haben zwar mehr Geld denn je, aber der Minister weiß auch ganz genau: Die Kommunen haben auch mehr Kosten denn je. Lassen Sie uns gemeinsam in Berlin endlich klarstellen, dass die Kosten der Unterkunft nicht mehr in dieser Höhe bleiben können, Herr Ministerpräsident. Lassen Sie uns gemeinsam dafür kämpfen.

(Beifall von der SPD)

Wenn das Solidarpaktfortführungsgesetz in diesem Jahr auf der Agenda steht und es darum geht, wie viele Prozentpunkte die Kommunen in Zukunft noch für diesen Pakt zahlen, lassen Sie uns dafür kämpfen, das auf die Hälfte reduziert zu bekommen, damit wieder Luft zum Atmen da ist und es endlich auch die Finanzspielräume gibt, um solche Strukturveränderungen vorzunehmen.

(Beifall von der SPD)

Sorgen Sie endlich dafür, dass die Kommunen auch eine Perspektive bekommen, was die Schuldenlast angeht. Wir haben einen Vorschlag in Form des Stärkungspakts Stadtfinanzen gemacht. Dieser ist nicht billig, nein. Anders als es in Banken-, Unternehmens- und Managerkreisen der Fall ist, habe ich als Politikerin aber den Anspruch, langfristig zu denken, viel langfristiger. Wenn ich die Gegenrechnung aufmache, wie ich es vorhin getan habe, finde ich: Es ist gut eingesetztes Geld, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Mut zu haben, Strukturen zu verändern, heißt auch, Strukturen im Bildungsbereich zu verändern. Dabei geht es überhaupt nicht um Ideologie. Das unterstellen Sie uns immer. Es geht nicht um Ideologie, nein. Es geht um ganz simple Dinge: Einstieg in Bildung für alle, Aufstieg ermöglichen und Durchlässigkeit.

Herr Ministerpräsident, man muss da ein bisschen größer denken. Ich dachte, ich lese nicht richtig, als ich Ihren Sprechzettel zu der Jahresauftaktkonferenz der Bildungsminister in die Hand bekommen habe. Ich weiß nicht, ob Sie es vorgetragen haben. Darin steht:

Ebenso stieg die Quote der Aufsteiger von der Realschule zum Gymnasium von 0,15 % (absolut: 513 Schüler) auf 0,19 % (absolut: 624 Schüler).

(Zurufe)

Sie reden hier bei 2,7 Millionen Schülern in diesem Land über 111 zusätzliche Schüler, die den Aufstieg von der Realschule zum Gymnasium geschafft haben. Sie haben überhaupt nicht erkannt, wie drängend das Problem der mangelnden Durchlässigkeit im Bildungssystem ist.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir haben den Mut, Strukturen zu verändern. Wir haben auch den Mut, Schwerpunkte zu setzen und deutlich zu machen: Wir müssen in diesen Bereich investieren. Wir haben im Rahmen jeder einzelnen Haushaltsaufstellung gezeigt, dass wir diesen Weg gehen würden – ohne mehr Schulden zu machen als Ihr Finanzminister.

(Zurufe von allen Fraktionen – Ralf Witzel [FDP]: Milchmädchenrechnung!)

– Wir werden noch darauf kommen, wie Ihre Endbilanz aussieht, Herr Minister. Darauf bin ich schon sehr gespannt.

Bildung von Anfang an! Sie schreiben: Kinderbildungsgesetz. Sie schreiben Bildung drüber, aber Bildung ist überhaupt nicht drin.

(Beifall von der SPD)

Heute sagen Sie auch nicht, dass Sie da nacharbeiten wollen. Das heißt, Sie haben dieses Dilemma überhaupt noch nicht erkannt.

Frühkindliche Bildung ist wichtig. Da sind wir seit einigen Jahren schlauer. Wir haben früher nicht alles gewusst, was in den Hirnen passiert, wie die Schaltungen wann verdrahtet werden.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Ah!)

– Haben Sie das gewusst? Sie waren wahrscheinlich schlauer, Herr Linssen. Ich glaube es Ihnen ja.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Er weiß das! – Weitere Zurufe)

Heute wissen wir das aber. Deshalb haben wir über Berlin die frühkindliche Förderung unterstützt. Deshalb haben wir hier versucht, die Ressourcen auszuweiten. Alles richtig und gut!

(Christian Möbius [CDU]: Richtig!)

Aber eines ist doch auch klar: Wenn wir uns einig sind, dass Bildung im Kindergarten beginnen soll, dann müssen auch bitte schön alle Kinder dort sein. Dann muss man Bildung gebührenfrei machen; denn Gebühren sind Hürden, und zwar vom Kindergarten bis zur Hochschule und auch bei der Meisterausbildung.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Aber was mir viel wichtiger ist, das ist der Bildungsbegriff, den Sie verwenden. Da muss man genauer hinschauen. Ich kann noch einmal sagen: Bildung ist für uns – ganz wichtig – mehr als Wissensvermittlung, mehr als das, was verwertbar ist im Sinne von Ökonomie. Das hat etwas mit persönlicher Entwicklung zu tun. Bildung ist deshalb für mich auch mehr als Befähigung. Das ist ja der neue Begriff, den Sie heute benutzt haben. Für mich hat Bildung mit Teilhabe zu tun.

Wenn Sie sich wirklich ernsthaft gegen die Durchökonomisierung unseres Bildungssystems – übrigens nicht nur des Bildungssystems – an unsere Seite stellen wollen, dann packen Sie das Hochschulfreiheitsgesetz in die Tonne! Das ist die logische Schlussfolgerung;

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

denn mit diesem Gesetz haben Sie Hochschulen zu Unternehmen gemacht. Und jetzt denken die wie Unternehmen, nämlich in Quartalsbilanzen. Und das ist fatal für den Bildungserfolg und die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen. Das ist das, was da passiert.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von der CDU: Quatsch!)

Wenn wir über Bildung reden, dann sage ich: Ich glaube, wir haben ein unterschiedliches Menschenbild und unterschiedliche Zielrichtungen.

(Zuruf von Helmut Stahl [CDU] – Gegenrufe)

Für uns zentral ist Vielfalt. Für uns zentral ist der Elternwille. Und für uns zentral ist, dass Kinder auch schon im Schulsystem Demokratie und Mitsprache einüben. Wie sollen aus denen Demokraten werden, wenn Sie die Drittelparität abschaffen und die in Wahrheit an der Fortentwicklung ihrer Schule gar nicht mehr mitarbeiten können? Das passt doch nicht zusammen, Herr Ministerpräsident!

(Beifall von der SPD)

Auch bei dem Thema Bildung muss man von beiden Seiten her denken: von der sozialen Seite und von der Seite des wirtschaftlichen Erfolges.

Besser statt billiger – ich nehme noch einmal diesen Begriff – bedeutet, innovativ zu sein. Das heißt, wir brauchen innovative, kreative junge Menschen, und zwar in großer Zahl. Es bedeutet auch, selbstbewusst zu sein. Das heißt, wir brauchen Querdenker. Wer kreativ sein will, muss oft querdenken. Dafür, Herr Ministerpräsident, muss man Freiräume geben. Dafür braucht man keine Kopfnoten, keine Duckmäuser und keinen Druck im System. Das ist exakt der falsche Weg. Exakt!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist die Grundlage, die uns unterscheidet. Ich glaube, dass wir wirtschaftlichen Erfolg nur dann haben, wenn wir die jungen Menschen mitnehmen, wenn wir ihnen Chancen geben, Perspektiven geben, wenn wir sie nicht unterdrücken, wenn wir nicht nur über Druck agieren.

Ich habe nichts dagegen – ich bin auch eine strenge Mutter –: Es muss Regeln geben, und Regeln sind einzuhalten, auch in der Schule. Aber warum müssen wir über Kopfnoten eine scheinbare Situation erzielen, in der die Qualität eines Menschen oder von jemandem, der eine Arbeitsstelle sucht, zu beurteilen wäre?

(Beifall von der SPD)

Das darf nicht sein. Das halte ich für fatal.

Wenn wir über Strukturen reden, die wir verändern müssen, dann reden wir nicht nur über Bildung – da könnte ich noch vieles hinzufügen; darüber diskutieren wir hier immer wieder –, sondern dann reden wir auch darüber: Was passiert denn auf dem Arbeitsmarkt? Auch da gehen die Dinge, glaube ich, sehr wohl zusammen: von der sozialen Seite und von der wirtschaftlichen Seite. Innovation beginnt in den Köpfen. Innovation heißt, auch langfristig denken.

Ich habe das miterlebt bei meiner Tour durch die Hidden-Champions-Unternehmen im letzten Sommer. Die, die aus dem Mittelstand Weltmarktführer oder Europamarktführer geworden sind, das sind die Familienunternehmen, die nicht jeden Hype mitmachen, die wissen, dass die Innovationskraft in den Köpfen ihrer Mitarbeiter steckt. Die wissen auch, dass Mitbestimmung die Innovationskraft stärkt.

(Beifall von der SPD)

Das haben die sehr wohl verstanden. Das ist bei manchen auf der Seite von CDU und FDP noch nicht angekommen.

Wenn wir darüber reden, wer innovativ ist,

(Christian Möbius [CDU]: Sie nicht!)

abgesehen davon, dass das in einer Ausbildung sicherlich angelegt sein muss, dann reden wir auch darüber, welche Grundlagen es eigentlich braucht, um innovativ und kreativ sein zu können.

(Zuruf)

– Solche Sprüche aus solchen Köpfen braucht das Land jedenfalls nicht, Herr Kollege. Wirklich nicht!

(Beifall von der SPD)

Wenn wir darüber reden, welche Grundlagen dafür erforderlich sind, dann sage ich: Dafür braucht man Sicherheit. Sie reden ja auch über notwendige Flexibilität und Sicherheit. Ich würde das gerne mal mit Ihnen im Detail diskutieren. Was für eine Sicherheit meinen Sie eigentlich? Das klingt ja gut. Aber da muss man in die Details hineingehen. Ich sage: Eine Sicherheit braucht man dringend, damit man, wenn man den ganzen Tag arbeiten geht, am Ende auch von seiner Hände Arbeit leben kann. Das ist für mich die wichtigste sichere Grundlage.

(Beifall von der SPD)

Arbeit hat auch etwas mit Würde zu tun. Das ist ein ganz entscheidender Punkt.

Sicherheit heißt für mich nicht Ausbau des Leih- und Zeitarbeitswesens. Jetzt ist Herr Laumann nicht hier. Der hat hier gestern allen Ernstes behauptet, Schlecker sei ein Einzelfall.

(Lachen von der SPD)

Er hat in seinem eigenen Haus eine Studie machen lassen, mit der er den Zuwachs aufgezeigt hat. Er kennt doch all die Fälle, wie auch ich sie kenne. Bei mir zu Hause war es „real,-“. Die haben wir eingefangen, weil wir großen gesellschaftlichen Konsens geschaffen

(Gisela Walsken [SPD]: Druck!)

und den Druck der Verbraucher aufgebaut haben. Das gelingt nicht überall. Lassen Sie uns doch endlich diesen Auswüchsen, die da aufgekommen sind, einen Riegel verschieben! Es kann doch nicht sein, dass immer mehr normale Arbeitsplätze durch Leih- und Zeitarbeit ersetzt werden. Wo kommen wir denn da hin für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Und wo kommen wir denn da hin, wenn Leih- und Zeitarbeit eben nicht mehr für den Bereich, für den es sinnvoll ist, eingesetzt wird? Wenn es um die

Abfederung von Auftragsspitzen geht, bin ich jederzeit dabei. Aber so wird sie nicht eingesetzt. An vielen Orten wird sie zum Dumping der Löhne eingesetzt und um die Preisspirale bei der Arbeit immer weiter nach unten zu drehen. Das ist inzwischen das Ziel von vielen Leih- und Zeitarbeitsfirmen.

Ganz perfide wird es, wenn ein Unternehmen die eigenen Leute rausschmeißt, selbst eine Leiharbeitsfirma gründet und die Arbeitnehmer zu einem Drittel weniger Lohn zurückkommen können. Das alles habe ich bei meiner Tour durchs Land erlebt.

Was heißt denn Sicherheit, wenn immer noch nicht „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gilt? – Das betrifft übrigens auch Frauen. Über Frauen – außer über Alleinerziehende – haben Sie in Ihrem Bericht überhaupt nichts gesagt. Das finde ich schon bemerkenswert, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Welche Sicherheit, Herr Ministerpräsident, meinen Sie denn, wenn Sie einen Koalitionsvertrag in Berlin mit unterschreiben, der Kettenverträge wieder möglich macht? Da brauchen Sie keinen Abbau des Kündigungsschutzes, weil die Leute demnächst sowieso nur noch mit Zeitverträgen beschäftigt werden.

(Beifall von der SPD – Svenja Schulze [SPD]: Unverschämtheit!)

Ich kann Ihnen vorhersagen, was auf dem Arbeitsmarkt passieren wird: Die prekäre Beschäftigung – 400-€-Jobs – nimmt zu.

Wir stehen für gute Arbeit. Wir stehen für gesicherte Perspektiven. Wir wollen nicht, dass Jugendliche nur in prekäre Arbeitsverhältnisse kommen. Wir wollen nicht, dass sie ein Praktikum nach dem anderen machen und dann, wenn sie Glück haben, irgendwann einen Zeitvertrag bekommen. Dann kriegen sie demnächst wegen der Kettenverträge immer weiter Zeitverträge.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Und die sollen die Kinder kriegen!)

Ich sage es hier nicht zum ersten Mal: Das sind die gleichen jungen Menschen, von denen wir gerne mehr Kinder hätten. Das kann nicht funktionieren; da muss Politik ganzheitlicher denken.

(Beifall von der SPD)

Herr Ministerpräsident, noch einmal: Welche Sicherheit meinen Sie denn? Meinen Sie die Sicherheit, die Sie gerade „verstärken“ – in Anführungsstrichen –, wenn Sie die Gesellschaft auf den Weg in Dumpinglöhne bringen?

Sie sagen, bei Hartz IV müsse man die Hinzuverdienstgrenzen anheben. Herr Ministerpräsident, wenn man das ohne Mindestlohn macht, dann wird

Folgendes passieren: Heute ist es so, dass ein Hartz-IV-Empfänger einen 400-€-Job machen kann, aber nur 120 € behalten darf. Was passiert, wenn die Hinzuverdienstgrenzen – gehen wir einfach einmal davon aus, dass er die ganzen 400 € behalten kann – demnächst angehoben werden? – Dann werden die regulären Arbeitsplätze abgebaut. Die Unternehmer nehmen sich einen Hartz-IV-Empfänger und sagen: Du kannst bei mir die 400 € dazuverdienen. – Und dann zahlt kein Mensch mehr in die Sozialversicherungssysteme ein.

(Beifall von der SPD)

Keiner sorgt mehr fürs Alter vor, und wir drehen die Lohnspirale immer weiter nach unten. Das ist das, was passieren wird.

(Beifall von der SPD – Rainer Schmelzer [SPD]: Der SGB-II-Kreis wird immer größer!)

Sie sagen, das werde nicht passieren, weil es das Verbot sittenwidriger Löhne gebe. Das ist Ihr Gegenargument.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Nein!)

– Doch, das haben Sie auf Nachfrage eines Journalisten gesagt.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Nein!)

– So habe ich es gelesen.

Dann sagen Sie, das Verbot sittenwidriger Löhne sei die Lösung. Ich sage Ihnen: Das reicht nicht aus. Ohne Mindestlöhne wird genau dieser Weg in die 400-€-Job-Gesellschaft, in die Dumpinglohn-Gesellschaft geführt.

(Beifall von der SPD)

Schauen wir uns doch einmal sittenwidrige Löhne an: Im Hotel- und Gaststättengewerbe NRW beträgt der Tariflohn 6,50 € brutto die Stunde. Die Grenze zur Sittenwidrigkeit wären 4,36 €. Ich sage es noch einmal, meine Damen und Herren: Schwarz-gelbe Milliardenentlastung für die Hotelbesitzer und Hungerlöhne für die Frauen, die die Betten machen – das ist die Perspektive Ihrer Politik in Berlin.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Und das Schlimme daran ist: Wenn wir diesen Weg weitergehen, wenn wir ihn nicht stoppen, wenn wir nicht Strukturen verändern, wenn wir nicht den Mut haben, auch Grenzen zu setzen, und wenn wir dafür nicht auch einen handlungsfähigen Staat haben, der das hinkriegt und dafür auch die Finanzausstattung hat, dann laufen wir auf eine Gesellschaft der Altersarmut zu. Das ist das Risiko. Und dann kommen Sie mit Ihren Vorschlägen hinten dran.

Ich möchte nicht, dass die Menschen nur Bezieher von Hilfsleistungen werden. Das ärgert mich an Ihrem Kollegen Koch: sein Menschenbild, das dahintersteht. Der soll mal mit mir zu diesen Hartz-IV-

Empfängerinnen in dieser Nähstube in Duisburg gehen.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Genau!)

Er soll mal mit denen reden, wieso der Job für sie so wichtig ist. Sie gehen für diesen Hungerlohn zusätzlich arbeiten, weil Arbeit etwas mit Würde zu tun hat.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Da geht er mit Nadelstichen raus!)

Diese Frauen sagten zu mir: Gott sei Dank. Ich habe einen geregelten Tagesablauf. Ich werde gebraucht. – Das ist es, was sie wollen.

Natürlich gibt es auch Missbrauch von Hartz-IV-Empfängern, aber verdammt noch mal der größte Teil der Menschen würde lieber heute als morgen arbeiten gehen. Das ist die Verpflichtung, die wir zu erfüllen haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Mut, Strukturen zu verändern, heißt für mich auch, dass wir uns als Politik endlich einmal ehrlich eingestehen, dass es unter den Hartz-IV-Beziehern verschiedene Gruppen gibt. Es gibt Menschen, die auch in Zukunft, auch bei steigender Konjunktur keine Chance haben werden, auf den ersten Arbeitsmarkt zurückzukehren. Das ist so.

Ich habe sie erlebt. Da war eine Frau, die Multiple Sklerose hatte. Die andere hatte als Kind Kinderlähmung. Der Dritte ist kaputtgeschriebener Schreiner gewesen. Er hat es am Rücken und kann kaum noch sitzen. Diese Menschen gibt es. Was machen wir mit denen? Sorgen wir dafür, dass sie finanziell ausgestattet sind, und schicken wir sie nach Hause? Oder bleiben wir bei dem System der 1-€-Jobs, wo sie sich ein oder anderthalb Jahre wieder gut fühlen können und mittendrin dabei sind? Oder schaffen wir nicht endlich einen sozialen Arbeitsmarkt, der keine regulären Arbeitsplätze beseitigt?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich bin nach wie vor der Meinung, dass es in diesem Land genug zu tun gibt. Ich fahre viel durch die Städte und Gemeinden. Lassen Sie uns doch daran arbeiten. Ich wüsste auch ein paar Gegenfinanzierungsvorschläge. Ich habe ja heute ein bisschen Zeit, weil Sie überzogen haben. Deshalb kann ich ein bisschen was dazu erzählen.

Als ich unterwegs war und mir die Menschen vor Ort erzählt haben, welche Weiterbildungsmodule sie mitgemacht haben, dann ist mir dazu nichts mehr eingefallen. Ich habe einen erlebt, der mir von seinem zuständigen ... Wie heißen die jetzt noch mal? Nicht Sachbearbeiter.

(Zuruf von der SPD: Fallmanager!)

– Genau, die heißen jetzt Fallmanager.

Sein zuständiger Fallmanager hat ihn – wissend, dass er alkoholkrank ist –; in eine Weiterbildung zum Kraftfahrer geschickt. Das ist schon ein Ding. Das zahlen wir alle, meine Damen und Herren. Das kann ja mal vorkommen, denke ich. Aber das ist kein Einzelfall. Wenn Sie sich umgucken, werden Sie feststellen, dass das kein Einzelfall ist.

Ich habe einen erlebt, der Anleiter bei einer solchen Maßnahme war, die ich mir angeschaut habe. Er war vorher selber Hartz-IV-Empfänger. Er hat mir erzählt, er sei zur Arge gekommen und habe gesagt: Ich muss wieder was tun. Ich möchte gerne in Arbeit kommen. – Dann wurde ihm gesagt: Dann müssen Sie eine Qualifizierungsmaßnahme machen. – Da sagte er: Ja, welche denn? – Darauf wurde ihm gesagt: Dann machen Sie doch mal einen Gabelstaplerschein. – Da sagte derjenige: Den habe ich schon. – Da sagte der Sachbearbeiter: Ist egal. Dann machen Sie ihn noch mal. – Er hat bis heute drei Gabelstaplerscheine, meine Damen und Herren.

Lassen Sie uns einmal auf dieser Seite schauen. Fördern und Fordern funktioniert immer noch nicht. Wir müssen vernünftig fördern, und wir müssen dafür sorgen, dass es einen sozialen Arbeitsmarkt gibt, damit die Würde der Menschen wieder in den Mittelpunkt gerückt wird.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir brauchen den Mut, Strukturen zu verändern. Ich sage das noch einmal: Dann reden wir auch über Einkommen, über die Entwicklung von Einkommen und über Einkommensverteilung. Auch da werde ich nicht locker lassen.

Ja, wir haben Vorschläge mit Steuererhöhungen gemacht. Ich fand es höchst interessant, dass Ihr Generalsekretär uns dafür rügt, obwohl Sie selbst in den letzten Tagen über die Börsenumsatzsteuer und die Tobin-Steuer philosophieren. Ich finde das hochinteressant. Aber eines ist auch klar: Neben diesen Zahlen und Fakten ist doch das Menschenbild ganz wichtig.

Wenn ich so manche Diskussion in diesem Raum verfolgen, dann fällt mir immer Folgendes auf: Sie, insbesondere die Kollegen der FDP, reden relativ häufig von den Leistungsträgern unserer Gesellschaft. Mein Eindruck ist – Sie können mich ja gleich korrigieren – Sie reden von denen, die gut verdienen und in hohen Positionen tätig sind.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Nein!)

– Doch, doch! Das kommt immer wieder aus Ihrer Richtung. Das sind genau die, die Sie finanziell entlasten wollen. Das ist doch das Ziel Ihrer Steuerreform; ich sehe mir das schon genau an.

Gucken Sie doch mal hin: Sie entlasten nicht diejenigen, die überhaupt keine Steuern zahlen und am unteren Ende stehen. Die wollen Sie ja gar nicht entlasten. Seien Sie doch mal ehrlich!

(Beifall von der SPD)

Ich treffe mich mit Menschen vor Ort. Ich war beispielsweise bei der Polizei und im Streifenwagen auf Nachtschicht unterwegs. Das sind für mich die Leistungsträger unserer Gesellschaft.

(Beifall von der SPD)

Ich habe dort sehr viele engagierte Menschen gesehen. Sie sind die Leistungsträger unserer Gesellschaft. Und die verdienen beileibe nicht gut genug.

Ja, meine Damen und Herren, wir müssen Strukturen verändern. Wir brauchen mehr Gerechtigkeit, Solidarität und Zusammenhalt. Ich glaube, hier müssen wir Strukturen verändern. Wir reden augenblicklich sehr viel über Hartz IV und die Sozialsysteme.

Bleiben wir doch einmal bei den Veränderungen, die Sie für Hartz IV vorschlagen, und sehen uns das im Detail an! Sie wollen die Kindersätze erhöhen. Sie wissen, dass darüber im nächsten Monat das Verfassungsgericht urteilt. Das ist Wahlkampf. Sie sind zwar noch nicht im Wahlkampf, aber da machen Sie schon Wahlkampf.

(Heiterkeit bei der SPD)

Auf der anderen Seite wollen Sie die Hinzuverdienstgrenzen anheben mit den von mir gerade dargestellten Folgen.

Ich bin mir, ehrlich gesagt, nicht sicher, ob Sie wissen, dass das die Folgen sind, und ob Sie wissen, dass die Zahl der Hartz-IV-Berechtigten sprunghaft ansteigt und somit noch mehr Menschen zu Aufstockern werden.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Doch, das weiß er!)

Jeder normale Mensch fragt sich doch inzwischen,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Jeder normale Mensch!)

wie es sein kann, dass Unternehmen Mitarbeiter zu Dumpinglöhnen beschäftigen. Die gehen als Aufstocker zum Staat, und wir alle steigern damit die Gewinne dieser Unternehmen. Damit muss doch irgendwann mal Schluss sein in diesem Land. Wo kommen wir denn da hin?

(Beifall von der SPD)

Ja, wir müssen am Gerechtigkeitsproblem Hartz IV etwas tun, Herr Ministerpräsident. Da bin ich bei Ihnen. Aber ich warte auf Ihre Vorschläge.

(Gisela Walsken [SPD]: Da können wir lange warten!)

Wo läuft es denn hin? Was kommt denn da? Sie wissen doch genauso gut wie ich, dass diese Veränderungen nicht so einfach zu bewerkstelligen sind, wenn man nicht das Risiko laufen möchte, neue Ungerechtigkeiten zu produzieren.

Ich könnte mir gut vorstellen, dass einige – insbesondere die aus dem neoliberalen Sektor – ein hohes Interesse daran hätten, dass wir ganz flugs sagen: Jeder, der länger einbezahlt hat, bekommt entsprechend der Einzahlungsdauer am Ende auch Hartz IV bzw. ALG I.

Das klingt ja gerecht. Aber was passiert denn dann? Damit machen wir aus einem Solidarfinanzierungssystem, in dem die Starken für die Schwachen mit einstehen, eine Sparkasse. Ich möchte aber nicht, dass die, die als Marktradikale in diesem Land unterwegs sind, ein solches Instrument in die Hand bekommen; denn was am Ende dabei herauskommt, kann ich mir sehr gut vorstellen.

(Beifall von der SPD)

Deshalb müssen wir Veränderungen vornehmen, und wir werden Veränderungen vornehmen. Auch unsere Vorschläge werden kommen, aber wir werden sie sehr sorgfältig erarbeiten. Das wird viel damit zu tun haben, dass man das Ganze mit gezielter Qualifizierung, mit Weiterentwicklung und lebenslangem Lernen unterstützen muss.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Hartz IV muss weg!)

Das sind die Entwicklungen, die wir brauchen.

Reden wir doch einmal über die Sozialsysteme! Was ist denn der soziale Zusammenhalt? Was ist denn die Grundlage unseres Gesellschaftsmodells? Das heißt doch, dass die starken Schultern mehr tragen als die schwachen, dass die Gesunden für die Kranken einstehen. Was machen Sie? Sie unterschreiben einen Koalitionsvertrag, in dem die Kopfpauschale steht.

(Zustimmung von der SPD)

Das machen Sie in Berlin. Das passt nicht zusammen, Herr Ministerpräsident; da kommen Sie in Erklärungsnot.

(Beifall von der SPD)

Wenn Ihr Fahrer den gleichen Beitrag in die Krankenversicherung zahlt wie Sie – ich sage das noch einmal –, dann klingt das für manche Ohren vielleicht gerecht, aber nicht, wenn man genau hinschaut. Sie propagieren eine Hinzuversicherungsmöglichkeit über die Grundlast hinaus, die nur bei privaten Krankenversicherungen möglich ist. Da frage ich: Was passiert mit den Menschen, die eine schwere Vorerkrankung oder eine chronische Erkrankung haben? Bei Ihnen wird das soziale Netz durchlässiger. Das werden wir verhindern. Deshalb werden wir am 9. Mai auch gewinnen, meine Damen und Herren. Das wird ein wesentlicher Punkt sein.

(Beifall von der SPD)

Wenn Sie das auch anders formulieren, habe ich mich bei Ihren Ausführungen an die Wahlkampfre

den von Peer Steinbrück über die Fliehkräfte der Gesellschaft, über das Auseinanderdriften erinnert gefühlt. Aber mir fehlen die Schlussfolgerungen, und zwar die Schlussfolgerungen, die ich Ihnen gerade dargestellt habe.

(Zuruf von der SPD: Kann er nicht!)

Mit Blick auf die Älteren reden Sie darüber, dass man neue Wohnformen braucht, neue Altenheime. Ich glaube, das ist alles auf einem relativ guten Weg. Aber Sie reden nicht darüber, dass wir dafür einen leistungsstarken sozialen Wohnungsbau brauchen. Sie haben diesen sozialen Wohnungsbau der politischen Entscheidung dieses Hauses entzogen. Sie haben die Zügel gar nicht mehr in der Hand, um die erforderlichen Veränderungen vorzunehmen.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Übrigens sagt das auch die Zukunftskommission; das fand ich hochinteressant. Sie fordert, verstärkt Mittel für den Mietwohnungsbau einzusetzen und weniger in die Förderung der Eigenheime in der Fläche.

(Gisela Walsken [SPD]: Das ist hochinteressant! – Zuruf von der SPD: Das ist genau richtig!)

Sie machen genau die gegenteilige Politik.

Alles das gehört zur Politik des Älterwerdens unter den Stichworten Gerechtigkeit, Solidarität und Zusammenhalt aus meiner Sicht dazu.

Meine Damen und Herren, wir müssen umsteuern. Wir brauchen Strukturveränderungen. Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat. Und wir brauchen einen Staat, der in der Lage ist – darüber haben Sie heute auch nicht geredet –, der Wirtschaft Regeln zu setzen und die Einhaltung von Regeln zu überwachen. Sie regieren in Berlin seit einigen Monaten. Ich erkenne aber nicht, dass es endlich mit der Regulierung der Finanzmärkte weitergeht. Ich kann da nichts erkennen.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Ja sicher! – Gisela Walsken [SPD]: Wo denn?)

Wo wird denn an welcher Stelle Wort gehalten? Sie reden viel über die Beschränkung von Managergehältern und Boni, Herr Ministerpräsident. Wo sind denn die Entscheidungen? Wo sind denn die Vorschläge für den Bundesrat? Ich kann sie jedenfalls nicht entdecken.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es geht nicht nur darum, bei den Finanzmärkten umzusteuern, sondern es geht auch darum – ich sage das jetzt einmal als Christin –, dass wir die Schöpfung bewahren müssen. Das wird eine schwierige Aufgabe. Dabei geht es um den Klimawandel, aber auch um mehr als das: Es geht auch um die Ressourcensicherung. Es geht um die Fra-

gen: Wie schaffen wir es, Industrieland zu bleiben? Wie schaffen wir es, Energiestandort zu bleiben? Wie funktioniert eigentlich die zukünftige Energieversorgung? – Effizienz, Energiesparen und erneuerbare Energien.

Jetzt schauen wir uns doch einmal an, was Sie seit 2005 in diesem Land gemacht haben. Warum fallen wir denn in dem Ranking für erneuerbare Energien zurück? – Weil Sie immer noch die Windkraft bekämpfen und jetzt sogar die Solarförderung kürzen. Das passt doch nicht zusammen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von der SPD)

Frau Thoben, in Berlin hat Ihr Ministerpräsident mit unterschrieben.

(Zuruf von Ministerin Christa Thoben)

Da müssen Sie einmal genau hinschauen.

Die Entwicklung, die im Energiesektor auf uns zukommt, nämlich dass die Ressourcen der fossilen Energieträger zu Ende gehen, hat auch Rückwirkungen auf die Mobilität – aber nicht nur auf die Elektroautos. Nein, wir müssen jetzt endlich auch etwas gegen den Verkehrsinfarkt tun.

Ich fand es schon sehr witzig, dass Sie hier gesagt haben, demnächst sollten die Leute nur noch zehn Minuten an der Haltestelle stehen.

(Lachen bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Ich weiß nicht, wie oft Sie mit Bus und Bahn fahren und wann Sie das letzte Mal damit unterwegs waren. Aber ich fürchte, Sie machen mal wieder eine Rechnung für die Kommunen auf. Die sollen das richten. Wo ist die Leistung des Landes, um endlich aus dem Verkehrsinfarkt herauszukommen? Wo ist sie denn?

(Beifall von der SPD)

Oder bleibt das auf die Verkehrlenkungsschilder begrenzt, Herr Ministerpräsident? Das wüsste ich gerne einmal.

Wenn man ein solches Ziel anvisiert, muss es auch auf die Energieproduktion sowie auf die Netze und die Netzstrukturen Rückwirkungen haben. Da liegt doch eine Chance für Nordrhein-Westfalen. Wir haben sehr frühzeitig den richtigen Hebel in die richtige Richtung gestellt, nämlich Ökologie und Ökonomie zusammenzuführen. Jetzt fallen wir wieder zurück.

Ich erwarte von Ihnen klare Botschaften. Wir haben eine. Wir sagen: Für uns ist der Klimaschutz ein Fortschrittsmotor. – Klare Botschaften zu haben heißt auch: Wir wollen ein Klimakabinett; denn wir wissen, dass das eine übergeordnete, zentrale Aufgabe für unser Land wird. Die Kohle wird noch gebraucht werden. Neue Technologien und Effizienz werden wir benötigen. Die CCS-Technologie als Option darf man nicht aus dem Auge lassen.

Ja, wir müssen die Schöpfung bewahren. Dabei muss Nordrhein-Westfalen Vorreiter sein. Das heißt für mich: Ausstieg aus der Atomenergie; denn strahlenden Müll können wir nicht gebrauchen. Da muss man nur nach Asse schauen. Und wir haben immer noch kein Endlager, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Wenn wir uns auf diesen Weg machen, wenn wir das Ziel anvisieren, in einer solchen Gesellschaft zu leben, müssen wir auch darüber reden, wie wir als Chemiestandort mit Ressourcen umgehen. Was bedeutet es eigentlich, dass wir heute noch unser Öl verfeuern? Dabei wissen wir doch, dass es endlich ist. Wir wissen auch, dass es die Grundlage für die chemische Industrie und die Herstellung von Kunststoffen sowie vielen anderen Produkten ist.

Ich habe Sie schon vor über einem Jahr aufgefordert, von der Wissenschaft endlich ein Ressourcenscreening vornehmen zu lassen und entsprechende Ersatzprodukte jetzt vorzubereiten; denn wenn die Preise erst einmal nach oben geklettert sind – das ist der Effekt, der eintritt, bevor die Ressourcen versiegen –, ist es zu spät. Das muss jetzt passieren. Die Strukturen müssen jetzt geschaffen werden. Aber Sie haben nicht den Mut dazu, diese Strukturen zu verändern. Das ist das Problem dieser Regierung, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Man muss auch den Mut haben, noch weiter zu denken, also nicht nur über CO₂ zu reden. Ich frage: Wann kommen wir endlich zu Umweltbilanzen? Wann wird endlich mit einbezogen, dass wir Güter quer über den Erdball transportieren, zum Teil auf Schiffen, die man nur noch als Sondermülldeponien bezeichnen kann? Wann werden diese Umweltlasten – die gesellschaftlichen Lasten der Zukunft – in die Kalkulationen einbezogen? Was sind Ihre Vorstellungen? – Ich habe dazu nichts gehört.

Meine Damen und Herren, die Zukunft zu gestalten bedeutet technologische und wirtschaftliche Innovation mit sozialem und ökologischem Fortschritt in Einklang zu bringen. Innovation und Technologie sind kein Selbstzweck, sondern Mittel im Dienst von Menschen, Arbeit und Umwelt. Der Klimaschutz ist keine Bedrohung, sondern eine große Chance für Wirtschaft und Forschung in unserem Land.

Deshalb sind wir da ganz klar positioniert. Wir haben, im Gegensatz zu Ihnen, eine Vision für dieses Land. Wir denken nämlich ökologische und ökonomische Ziele mit sozialer Gerechtigkeit zusammen. Wir haben nicht nur die zwei Seiten einer Medaille, sondern wir haben ein Dreieck.

Wir bauen auch keine künstlichen Gegensätze auf, wie Sie es, insbesondere die FDP, gerne machen. Wir wissen, was dieses Land braucht. Wir wollen neue Aufstiegschancen schaffen und Abstiegs-

ängste überwinden. Wir wollen die beste Bildung für alle. Wir wollen die Integration voranbringen und endlich auch einmal zeigen, wo Integration gelungen ist. Auch das vermisse ich nämlich im Rahmen Ihrer Politik.

(Beifall von der SPD)

Wir wollen unsere Städte, Kreise und Gemeinden stärken, damit die Menschen hier gut und sicher leben können. Wir wollen die Familien stärken, und wir wollen ein zukunfts- und leistungsfähiges Gesundheitswesen. Wir wollen gute Arbeit für alle. Wir wollen den Klimaschutz zum Fortschrittmotor für unser Land machen. Wir wollen Sicherheit und Teilhabe für die Älteren in unserem Land erreichen. Wir werden das Ehrenamt in unserem Land fördern.

Die Grundlage ist für uns – deshalb verteidigen wir ihn – ein leistungsfähiger Staat. Das ist ganz zentral, und das steht gegen den Begriff „Privat vor Staat“, der nach wie vor Ihr Credo ist.

(Beifall von der SPD)

Kurz und gut: Wir wollen gemeinsam mit der solidarischen Mehrheit in unserem Land eine gerechte Gesellschaft schaffen. Gemeinsinn und Fairness müssen wieder Vorrang haben. Wir müssen das Wir-Gefühl stärken und die Ich-Gesellschaft – die Ellenbogen – überwinden. Wir wollen eine Gesellschaft, in der der Mensch im Mittelpunkt steht und nicht der Markt. Wir wollen hier eine Gesellschaft, von der die Menschen sagen: Wir in Nordrhein-Westfalen halten zusammen.

Meine Damen und Herren, das, was wir heute vom Ministerpräsidenten gehört haben, war eine Fleißarbeit aus den Ministerien. Das gemeinsame Dach, die Vision, hat gefehlt.

(Zuruf von der SPD: Schlecht!)

Das war technokratisch. Das richtete sich an den Verstand. Wir gehen weiter, über den Verstand hinaus. Wir haben Nordrhein-Westfalen im Herzen, meine Damen und Herren.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Kraft. – Als nächster Redner spricht der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Stahl.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Helmut Stahl (CDU): Danke, wenn ich hier als Vogelkundler begrüßt werde, dann tut mir das richtig gut.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

– Dann nenne ich Sie auch nicht Rotkehlchen oder Grünfinken. Ich bin da ganz fair. Das sind auch nette Vögel.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Schwarzdrossel! – Ralf Jäger [SPD]: Jetzt sagen Sie schon, dass die Rede unterirdisch war! – Gisela Walsken [SPD]: Das wollen wir hören, sonst wären wir enttäuscht!)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, wir haben von Ihnen eine ernste Rede gehört, eine Rede mit Tiefgang,

(Lachen bei SPD und GRÜNEN)

eine Rede, die der Schwere der Zeit angemessen ist. Herr Ministerpräsident, ich gratuliere Ihnen zu dieser Rede.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Ich gratuliere Ihnen, weil Sie die vielen Facetten des Regierungshandelns, die sich im Laufe einer Phase von vier, fünf Jahren ergeben, zu einem Gesamtbild, zu einem Mosaik zusammengefügt haben, das erkennen lässt, wo das Wertegerüst liegt, wie die Dinge miteinander zusammenhängen, dass das eine auf das andere bezogen ist. Das hat gut getan. Das hat Gestaltungsfantasien dokumentiert. Das ist handlungsleitend. Und es war ein wichtiger Dienst für die Menschen in unserem Land.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Sehr schwach!)

Denn die Menschen in unserem Land erkennen ja Politik vielfach nur über die einzelnen Maßnahmen. Über das Gesamtangebot, das, was das zusammenhält, haben Sie die Menschen, haben Sie uns informiert. Das ist eine große und gute Leistung.

(Beifall von CDU und FDP)

Es ist richtig und gut – wir bestärken Sie an dieser Stelle ausdrücklich –, sich von Menschen anregen zu lassen, wie sie in der Zukunftskommission repräsentiert waren. Es ist ein wirklich großer Erfolg, dass das eine nicht nur rein formale Veranstaltung war, sondern die Landesregierung und Sie selbst mitgearbeitet haben, dass Sie junge Leute, Öffentlichkeit und Kompetenz in die Beantwortung der Fragen einbezogen haben, wie es um die Zukunft unseres Landes bestellt ist, was wir tun müssen, damit es den Menschen in Nordrhein-Westfalen besser geht, damit wir in diesem Land eine gute Zukunft haben. Dazu gratuliere ich Ihnen ganz besonders.

(Beifall von CDU und FDP)

Für meine Fraktion und ganz sicherlich auch für die Kolleginnen und Kollegen von der FDP sage ich allen ein herzliches Dankeschön, die in der Zukunftskommission mitgearbeitet haben. Ich schließe mich Ihnen nahtlos an. Es waren keine No-Names, die dort unterwegs waren. Das waren

gefragte Menschen, Menschen mit großem Wissen, mit viel Erfahrung, mit gehärteter Verantwortung, die sich uns zur Verfügung gestellt haben. Sie haben uns etwas geschenkt, etwas, was das knappste Gut von Menschen mit dickem Terminkalender ist, nämlich ihre Zeit. Sie haben sich mit Elan daran begeben, uns zu helfen, für Nordrhein-Westfalen eine Vision zu entwickeln. Dafür sage ich Dank.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Man merkt, dass das Ihre Abschiedsrede ist!)

Danken und ehrend gedenken will ich in besonderer Weise Professor Lord Dahrendorf. Professor Lord Dahrendorf ist ganz sicher jemand, dessen Exzellenz außergewöhnlich ist, die in der Wissenschaftsgemeinschaft in Europa von niemandem hinterfragt wird, der ein strahlender Stern der Exzellenz ist in dem, was Soziologie und Regierungshandeln angeht, jemand, der Politik und Gestaltung durch Politik nicht nur abstrakt beschreiben konnte, sondern der das erlebt hat und selbst Politiker war, der uns hat teilnehmen lassen an der Fülle seines Wissens und seiner Kompetenz. Er war ganz sicher einer der Großen des 20. Jahrhunderts.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir können stolz darauf sein, dass er seine letzten Energien, die er neben seiner Forschungsprofessur am Wissenschaftszentrum in Berlin hatte, uns in Nordrhein-Westfalen gewidmet hat. Ich denke, dass wir ihm auch als Landtag dafür bleibend danken und ein ehrendes Andenken bewahren werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Herr Ministerpräsident, ich hoffe und erwarte, dass nach dem 9. Mai der alte Ministerpräsident auch der neue sein wird.

(Beifall von CDU und FDP)

Dass ich das so sage, wird sicherlich niemanden verwundern. Aber die meisten Menschen in Nordrhein-Westfalen sehen das genauso, weil wir einen Ministerpräsidenten haben, eine tragende Koalition und eine gute Landesregierung, die Antworten geben auf die Fragen der Menschen, die unser Land in den letzten Jahren vorangebracht haben, überzeugende Arbeit geleistet haben. Deshalb bin ich so überzeugt davon, dass wir als Koalition wie auch Sie als Ministerpräsident erneut die Richtung in den kommenden fünf Jahren geben werden.

(Beifall von CDU und FDP – Martin Börschel [SPD]: Falscher Textbaustein!)

Ich rate Ihnen, dann erneut eine Zukunftskommission zu berufen. Denn so viel wir als Politikerinnen und Politiker auch zu wissen meinen: Die Hefe kluger unabhängiger Geister, die Auseinandersetzung mit ihnen, tut uns verdammt gut. Der Rat

kluger Leute bringt uns voran, wobei es selbstverständlich so ist, dass wir als Politiker und Politik die Verantwortung für das behalten, was wir annehmen und umsetzen. Aber sich mit klugen und erfahrenen Leuten auseinanderzusetzen, das ist für uns als Politiker in schwierigen Zeiten geradezu unsere Verpflichtung.

Es ist keine neue Erfindung dieser Landesregierung, sich von Menschen beraten zu lassen, die sich um die Zukunft kümmern. Diesen Anspruch erhebt sie auch gar nicht. Ich habe unter anderem als Beamter der Bundesregierung entsprechende Kommissionen selbst begleitet. Es ist immer zu begrüßen, wenn so etwas geschieht.

Im Übrigen war es auch nicht nur die neue Landesregierung, die sich hat beraten lassen. Ich will durchaus ansprechen und anerkennen, dass sich auch die alte Landesregierung hat beraten lassen. Sie hat im Jahr 2001 einen Zukunftsrat berufen, dessen Ergebnisse dann im März des Jahres 2004 präsentiert wurden. Ich sage völlig ohne Verkleinerung, dass darin eine Fülle von Anregungen enthalten war, die auch uns genutzt haben. Wir haben nichts abgekupfert, aber uns durchaus von dem inspirieren lassen, was der Zukunftsrat der alten Landesregierung, der damals sie tragenden Koalition angeboten hatte.

Der Zukunftsrat 2004 hat der alten Landesregierung, der alten Koalition beispielsweise einen produktiven Wettbewerb der Regionen um beste Konzepte zur Wirtschaftsförderung, Bildung, Innovation und Soziales angeboten. Genau das, genau diesen produktiven Wettbewerb haben wir betrieben.

(Beifall von CDU und FDP)

Genau dieser produktive Wettbewerb ist Qualitätskriterium der Häuser, denen beispielsweise Herr Pinkwart, Christa Thoben, Laumann, Uhlenberg vorstehen. Genau das ist es, und wir tun es.

Der Zukunftsrat 2004 hat eine individuelle Förderung für Kinder in unseren Schulen und mehr Autonomie für die Schulen empfohlen. Genau das sind die Fundamente unseres Schulgesetzes, und genau das wird durch Frau Sommer und ihr Haus praktiziert. Das ist unsere Leistung. Wir tun, was die Ihnen vorgeschlagen haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Im Jahr 2004 wurde eine deutliche Verbesserung der U3-Betreuung und der Aufbau von Familienzentren gefordert, eine alte Idee von uns, damals der alten Landesregierung empfohlen. Der Ministerpräsident hat es aufgezeigt. Minister Laschet und wir alle tun das. Wir haben Enormes geleistet, Enormes geschafft auf dem Weg, die Chancen für Kinder in jungem Alter zu verbessern.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Es ist gewaltig, was wir da bisher haben leisten können.

Der Zukunftsrat 2004 hat empfohlen, jährlich ein internationales Forum für Wissen und Innovation à la Davos auf dem Petersberg bei Bonn zu installieren. Der Ministerpräsident und die Staatskanzlei tun das, und sie tun es erneut am 12. März.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Was kostet die Welt?)

Wir freuen uns darauf, dass diese Veranstaltung auf dem Petersberg bei Bonn stattfindet.

(Beifall von der CDU)

Der Zukunftsrat 2004 hat dem Finanzminister der alten Landesregierung empfohlen, er möge doch sparen, um neue Gestaltungsräume zu eröffnen. 15 % waren damals im Angebot. Wir, an der Spitze Minister Linssen, haben genau das getan. Wir haben gespart, um uns neue Gestaltungsspielräume zu erobern:

(Gisela Walsken [SPD]: Wo denn?)

mehr Lehrerinnen und Lehrer, mehr Erzieherinnen und Erzieher, mehr Geld, 2,7 Milliarden € mehr für die Bildung in die Herzen, in die Köpfe unserer Kinder.

(Gisela Walsken [SPD]: Wo denn gespart?)

Das haben wir gemacht, und das ist uns dadurch ermöglicht worden!

(Beifall von CDU und FDP)

Ich bin froh, dass wir angesichts der Krise so gehandelt haben. Wo ständen wir denn, wenn wir so weitergemacht hätten wie Sie in dieser Krise? Wir wären doch platt! Wir wären doch blank!

(Beifall von CDU und FDP)

Wir hätten doch alles abschreiben können, was Sie uns hier anempfehlen!

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie haben doch eben die Ernsthaftigkeit betont!)

– Frau Kollegin Löhrmann, Sie scheinen mir sehr nervös und überfordert von Ihrer Rolle.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

– Frau Kollegin Löhrmann, wenn ich Bezug auf einen Zukunftsrat nehme, dessen Einsetzung Sie in Zeiten Ihrer Regierungsverantwortung mit zu verantworten hatten, und Sie meinen, sich darüber lächerlich machen zu müssen, dann wirft das ein richtig schiefes Bild auf Sie.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Ich rate Ihnen, ein bisschen mehr Zurückhaltung an den Tag zu legen. Dann sehen Sie auch besser aus.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Sylvia Löhmann [GRÜNE])

Sie hatten ja als Landesregierung, als SPD und Grüne die Chance, sich von diesem Zukunftsrat inspirieren zu lassen, eine neue Politik zu formulieren. Diese Chance hatten Sie doch, und diese Chance haben Sie nicht genutzt. Dem damaligen Ministerpräsidenten waren darin zu viele harte Nüsse.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Wie sind Sie denn damals mit diesen Empfehlungen umgegangen? Die sind bezeichnend und sprechen vielem Hohn, was Frau Kollegin Kraft vorhin so beredt dargelegt hat. Nicht einmal der Ministerpräsident, sondern die stellvertretende Ministerpräsidentin hat diese Empfehlungen des Zukunftsrats 2004 an den Präsidenten des Landtags überstellt. Die Stellvertreterin, nicht einmal der Ministerpräsident! Dann ist es hier angekommen und versenkt worden. Keiner von Ihnen hat dieses Thema noch einmal aufgegriffen! Keiner hat irgendeine Vorstellung, irgendeine Empfehlung dazu zum Gegenstand der Debatte gemacht!

(Beifall von der CDU – Zuruf von Horst Engel [FDP])

Frau Kollegin Kraft, Sie haben vorhin davon gesprochen, dass wir Kreativität brauchen. Was haben Sie damals gedacht, als das alles so ablief? Wer gibt Ihnen denn noch einmal Rat, wenn so mit dem Rat umgegangen wird, den Sie in die Mülltonne kloppen, nur, weil es Ihnen unbequem ist? Das ist der Unterschied zwischen der alten und der neuen Regierung, zwischen der alten und der neuen Mehrheit. Ihnen bedeutete Zukunft nicht mehr als ein öder Fototermin.

Für die neue Landesregierung, für uns alle bedeutet Zukunft konkrete Mitarbeit, Umsetzung, sich kümmern um die Zukunftsfragen unseres Landes, sich einsetzen, einbringen, etwas veranstalten. Das machen wir; wir setzen um.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Wenn Sie, Frau Kollegin Kraft, das Thema Kommunen so beredt ansprechen,

(Hannelore Kraft [SPD]: Habe ich gar nicht vor!)

dann möchte ich aus einem Dokument zitieren, worauf Sie mehrfach Bezug nahmen, nämlich aus der Bertelsmann-Studie der letzten Tage, die auch aus meiner Sicht durchaus kritisch zu sehen ist. Man muss sich nur entscheiden, ob man sie in Gänze oder in Teilen kritisch wertet.

Unter der Überschrift „Solide finanzielle Ausstattung der Kommunen in Nordrhein-Westfalen“ steht dort – ich zitiere –:

Die Finanzkraft der nordrhein-westfälischen Kommunen ist deutlich größer als in weniger dezentral organisierten Bundesländern. Mit 63,2 % ist der Anteil der kommunalen Einnahmen am Gesamtbudget des Landes mit Abstand der höchste im ganzen Bundesgebiet (Länderdurchschnitt: 40,8 %).

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

– Sorry, entweder sagen Sie „Das stimmt“ oder „Das stimmt nicht“. Offensichtlich haben Sie keine Möglichkeit, zu sagen: Das stimmt nicht. Offenkundig haben Sie die ausschließliche Absicht, aufzumöbeln, Leute auf die Zäune zu bringen, zu vergessen, dass wir die Leute nicht auf den Zäunen brauchen, sondern auf dem Stuhl, auf dem darüber geredet werden kann, wie die Situation verbessert wird.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie sollten dieser Landesregierung, diesem Ministerpräsidenten dankbar sein, dass er so für die KdU-Regelung streitet, für eine, die für Nordrhein-Westfalen, für die Kommunen in unserem Land auskömmlich ist!

(Beifall von Horst Engel [FDP])

Das verdient doch Anerkennung. Fallen Sie ihm doch nicht in den Rücken, wenn Sie es mit unseren Kommunen wirklich ernst meinen!

(Beifall von CDU und FDP)

Nehmen Sie doch bitte zur Kenntnis, dass es erstmals – wahrscheinlich im März – gelingen wird, dass sich Kommunen, Länder und Bund auf Augenhöhe treffen werden, um miteinander darüber zu sprechen, wie man eine sinnvolle Aufteilung von Aufgaben und Ausgaben klarziehen kann! Das ist doch ein gewaltiger Fortschritt, der dieser Regierungsbank zu verdanken ist und keinem anderen! Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis!

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn Sie Strukturen und Einzelfälle beklagen, dann sage ich Ihnen, dass die Strukturen, die Sie beklagen, hier in über 30 Jahren gewachsen sind, Schicht für Schicht in jedem Jahr. Und wir sind nun dabei, das zu bessern, was Sie uns hinterlassen haben!

(Beifall von CDU und FDP)

Das bleibt doch Fakt; das können Sie doch nicht wegdiskutieren!

Sie werfen dem Ministerpräsidenten mangelnde Kenntnis von Lebenssachverhalten vor. Wissen Sie, wir sind Abgeordnete in unseren Wahlkreisen. Wir brauchen keine Nachhilfe.

(Gisela Walsken [SPD]: Ganz schön arrogant!)

Wir sind täglich unterwegs. Wir kümmern uns um die Menschen. Wir wissen, was in den Betrieben los ist. Wir wissen, was im Nahverkehr los ist. Wir brauchen keine Belehrung über Einzelfälle, die Sie immer finden werden, wie der Zustand unseres Landes sei.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Wir kennen den, glauben Sie es uns!

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, wenn Sie in der kommenden Legislatur eine neue Kommission einrichten – das hält im Übrigen frisch und eröffnet Perspektiven über 2015 hinaus –, dann habe ich eine Bitte, eine Anregung, eine Empfehlung. Natürlich wird da das Thema Bildung in all seinen Facetten eine Rolle spielen müssen, weil Bildung die zentrale Zukunftsfrage schlechthin ist. Aber ich fände es spannend, weil es mich umtreibt, wenn es gelänge, innerhalb des Themas Bildung folgende Fragen aufzurufen: Wie vollzieht sich eigentlich Lernen? Wie funktioniert dieses Lernen eigentlich? Was sind denn eigentlich Bedingungen für gelingendes Lernen? Oder: Wann kann ich ein Kind, einen Jugendlichen in welchem Alter wie bestmöglich erreichen, sodass das, was ich ihm nahelegen, nahebringen will, wozu ich ihn anregen will zu verstehen, von ihm auch bestmöglich verstanden wird? Diese Fragen treiben mich um; denn sie sind fundamental.

Es ist ja nicht so – Sie haben ansatzweise darauf hingewiesen –, als ob wir noch im Stand der Erkenntnis des Jahres 1970 oder 1960 seien. Wir haben in den letzten Jahren unglaublich viel an neuem Wissen über die Lebenswissenschaften, über die Geisteswissenschaften dazuerhalten – Wissen, das in den Köpfen derer, die sich um Bildung kümmern, oder gar in unseren Unterrichtsmaterialien noch längst nicht angekommen ist.

Wir wissen, dass gute Laune – Sie haben sich bei meiner letzten Rede darüber lustig gemacht, Frau Kraft – eine fundamentale Bedeutung für Lernprozesse hat. Die spannende Frage ist: Wie gelingt es, unsere Bildungseinrichtungen angstfreier zu gestalten? Wie gelingt es, eine Grundfröhlichkeit hineinzugeben, die erst Lernen, bleibendes Lernen, vertieftes Lernen ermöglicht?

Wir wissen, dass das Gehirn immer lernt.

(Gisela Walsken [SPD]: Überall!!)

Das Gehirn unterscheidet nicht, ob morgens Schule und nachmittags Freizeit ist. Das Gehirn kann gar nicht anders, als nicht aufhören zu lernen. Das heißt, wenn wir über Bildung sprechen – das wäre mein großer Wunsch –, dann müssen wir naturgemäß über Schule reden. Aber wir dürfen nicht länger zulassen, dass Schule 90 % der Bildungsdiskussion bestreitet.

(Beifall von der CDU)

Wir müssen uns miteinander darüber unterhalten: Wie machen wir den Ball rund? Wie kriegen wir bestmögliche Bedingungen für gelingendes Lernen miteinander organisiert?

Wir wissen, viel „Glutze“ ist ein Feind des Lernens. Das muss man nicht behaupten, sondern das wissen wir aus soliden wissenschaftlichen Studien, die über Jahre und Jahrzehnte gelaufen sind und Fernsehkonsum in Verbindung mit dem Erreichen von Abschlüssen, mit einem glücklichen Leben, mit Karriere in Verbindung gebracht haben. Die Ergebnisse sind eindeutig: Je höher der Fernsehkonsum, umso geringer die Chance, Kinder und Jugendliche zu erreichen, einen Abschluss zu gewinnen, ein glückliches Leben zu führen, Karriere zu machen. Das ist Wissen; das ist nicht Vermutung.

Wenn es uns nicht gelingt – auf welchen Wegen auch immer –, mit Bündnissen eine vertretbare Nutzung von Fernsehen, von DVDs, von Computern zu erreichen, bleibt vieles, was wir – gut gemeint – wollen, in der Bildung unerreichbar, weil wir die Kinder, die Jugendlichen einfach nicht so erreichen, wie wir sie erreichen müssen. Sonst bleibt es so, wie es Ministerin Sommer und Minister Busemann aus Niedersachsen in 2008 sehr einprägsam, wie ich finde, formuliert haben: Sonst bleiben die PISA-Verlierer Opfer ihres Medienkonsums.

Wir wissen, dass beispielsweise Musik und Sport nicht Rankwerk von Bildung sind, sondern dass Musik oder Sport Beschleuniger beim Lernen von Mathematik oder Geschichte sind. Ich bin absolut sicher, dass wir, wenn wir Kreativität erzeugen wollen, dies auf diesem Weg tun müssen. Ich bin absolut überzeugt, dass das Programm JeKi, „Jedem Kind ein Instrument“, nicht nur einen klasse Erfolg haben wird, dass dadurch viele Kinder Zugang zur Musik und zur Kultur erlangen, sondern dass sie auch besser – besser Mathe, besser Geschichte und besser Deutsch – lernen werden. Das ist etwas, was sich zeigen wird und was wir über das ganze Land erstrecken werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir wissen, dass Unterrichtseinteilung und Merkfähigkeit von Kindern und Jugendlichen besser aufeinander abgestimmt werden müssen, dass der Lernerfolg in hohem Maße davon abhängig ist. Das alles sind nur kleine Beispiele, ein Ausschnitt aus der Vielzahl neuer Erkenntnisse und Fragen, deren Vertiefung ich für zwingend ansehe, weil davon der Lernerfolg abhängt. Der Lernerfolg ist die entscheidende Kategorie für Bildung und Erziehung und nicht das Erreichen irgendeiner Schulform oder irgendeines Abschlusses. Der Lernerfolg ist das Wichtigste für das Kind und für den Jugendlichen. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass die Gesamtschul- und/oder Einheitschuldebatte, die Sie in diesem Wahlkampf betrei-

ben wollen und werden, wie wir es auch gestern wieder haben erleben müssen, bezogen auf den Lernerfolg von Kindern und Jugendlichen schlicht für die Katz ist. Das können Sie streichen. Das hat mit dem Lernerfolg junger Leute überhaupt nichts zu tun.

Wenn Sie und wir gemeinsam etwas erreichen wollen, dann müssen wir beim Kind und seiner individuellen Förderung ansetzen, was wir bei der Unterrichtsgestaltung auch tun. Ich freue mich darüber, dass an den Schulen in Nordrhein-Westfalen viel experimentiert wird. Wir müssen die Lehrerausbildung in den Blick nehmen. Wir haben sie ja neu gestaltet. Ich persönlich bin der Auffassung, dass Frau Sommer und Herr Pinkwart gemeinsam mit den Fraktionen die weichenstellende Reform für bessere Bildung in Nordrhein-Westfalen auf den Weg gebracht haben. Das wird sich zeigen.

(Beifall von CDU und FDP)

Hören wir auf, die Schulstrukturfrage als Standarte in Glaubensfehden vor uns her zu tragen. „Wissen“ wird mit „Meinung“ verwechselt. Wichtig ist und bleibt der Lernerfolg für unsere Kinder. Erst danach – in dieser Prioritätenfolge –, meine ich, ist es klug und richtig, darüber zu sprechen, wie wir unsere Bildungssysteme und unsere Schulen organisieren.

Bei der Vorbereitung auf diese Rede, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, habe ich einen trefflichen Satz gefunden, der Zukunft, wie ich meine, umfassend umschreibt. Das Zitat von Charles F. Kettering lautet:

Wir alle sollten uns um unsere Zukunft sorgen, denn wir werden den Rest unseres Lebens darin verbringen.

Ich finde, das ist genial formuliert

(Beifall von der CDU)

und beschreibt, warum wir miteinander um unsere Zukunft ringen müssen; denn die geht uns alle an.

Frau Kollegin Kraft, wo es um die Zukunft unseres Landes ging, sind Sie weitgehend ins Allgemeine geflohen, haben Ihre Sphären in der Bundespolitik und wo auch immer gesucht und haben die Menschen dieses Landes wenig darüber informiert, wie Sie dieses Land gestalten und auf Zukunft ausrichten wollen. Das liegt auch nahe; denn Ihre Zukunft liegt in der Vergangenheit:

(Beifall von CDU und FDP)

im subventionierten Steinkohlebergbau, in Einheitsschule und in einem bevormundenden dirigistischen Staat, in dem der Staat alles besser weiß, wie bei der Zukunftskommission 2004 von Ihnen praktiziert. Sie stehen für Mehltau der Zeit Ihrer

Regierungsverantwortung, wir stehen für Erneuerung, wir stehen für Zukunft, für eine Zukunft in Innovation und Solidarität. Dieser Ministerpräsident hat bewiesen, dass er führen kann. Er hat bewiesen, dass sein Horizont weit über diese und die nächste Legislaturperiode hinausreicht. Er hat sich den Menschen in diesem Land als ein verlässlicher erster Diener dieses Staates erwiesen, der Garant für Stabilität in Nordrhein-Westfalen ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Mit den Kolleginnen und Kollegen, mit der Landesregierung freuen wir uns auf das Morgen. Wir haben Lust an Gestaltung unseres Gemeinwesens.

(Carina Gödecke [SPD]: Das sieht bei der Koalitionsfraktion aber nicht so aus!)

Wir haben Mut, Entscheidungen zu treffen, zum Nutzen der Menschen in unserem Land. Das alles haben wir seit dem Jahr 2005 bewiesen, und wir werden es in der Zeit bis 2015 und darüber hinaus beweisen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Stahl. – Jetzt hat für die FDP-Fraktion Herr Dr. Papke das Wort.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, auch ich darf Ihnen zunächst im Namen meiner Fraktion sehr herzlich für diese Regierungserklärung danken, die nicht nur überzeugend bilanziert, mit welcher Leistungsbilanz wir in die Landtagswahl am 9. Mai gehen können, sondern die über die Landtagswahl hinaus auch den Weg weist, den wir gemeinsam für Nordrhein-Westfalen gehen wollen. Herzlichen Dank für diese Regierungserklärung!

(Beifall von FDP und CDU)

Ich danke Ihnen auch für die Einsetzung der Kommission, deren Ergebnisse, die wir heute diskutieren wollen, wichtige Impulse für die Zukunftsdebatte in Nordrhein-Westfalen gegeben haben.

(Gisela Walsken [SPD]: Ah ja!)

Natürlich schulden wir besonderen Dank – ich freue mich sehr, dass meine Vorredner das ausdrücklich betont haben – dem zu früh verstorbenen Vorsitzenden der Kommission. Lord Dahrendorf war einer der wichtigsten Vordenker der europäischen Nachkriegsgeschichte und eine Leitfigur für die Freien Demokraten, ein Denker aus unserer Mitte. Es steht außer Frage: Seine Beiträge für die Prinzipien einer freiheitlichen Gesellschaft werden über seinen Tod hinaus Bestand haben, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU)

Die Impulse, die Lord Dahrendorf, aber auch die anderen Mitglieder der Kommission für die Zukunft Nordrhein-Westfalens gesetzt haben, dürfen nicht folgenlos bleiben. Eine der Stärken der Kommission war, meine Damen und Herren, dass sie sich nicht an Parteiprogrammen orientieren musste. Lord Dahrendorf hat ausdrücklich betont, dass sich die Kommission in völliger Unabhängigkeit bewegen konnte. Es habe zu keinem Zeitpunkt Versuche gegeben, die Arbeit der Kommission politisch zu beeinflussen oder gar zu instrumentalisieren. Auch deshalb sind ihre Denkanstöße umso wichtiger.

(Beifall von der FDP)

Die Kommission hat von Anfang an in diesem Sinne lösungsorientierte, pragmatische Diskussionen ohne ideologische Auseinandersetzungen geführt. Dies spiegelt sich auch im Abschlussbericht wider, der eine große Sachlichkeit im Umgang mit den großen Fragen der Zeit empfiehlt.

Frau Kollegin Kraft, auch ich hätte mir von Ihrem Redebeitrag etwas mehr von dieser Sachlichkeit erhofft, die die Arbeit der Kommission ausgezeichnet hat. Sie haben sehr moderat angefangen, aber dann leider weite Teile des SPD-Wahlprogramms vorgetragen. Dabei stehen Ihre Ausführungen wieder einmal in erkennbarem Widerspruch zur politischen Realität der Lage des Landes in Nordrhein-Westfalen, Frau Kollegin.

(Beifall von FDP und CDU)

Ich muss das an einigen Punkten – nach Ihrem Beitrag ist das ein Gebot – noch deutlich machen, bevor ich dann meinerseits aus Sicht der FDP einige besonders aktuelle, bedeutende Anregungen der Zukunftskommission reflektieren werde:

Sie haben Ihren Redebeitrag, Frau Kollegin Kraft, allen Ernstes unter das Motto gestellt: Wir haben den Mut, Strukturen zu verändern. Wir bilanzieren jetzt auch fünf Jahre Arbeit des Parlaments in dieser Wahlperiode – nicht nur der Regierung, die sich natürlich mit ihrer Bilanz den Wählern stellen muss, sondern auch der Opposition. Wir haben fünf Jahre, Frau Kollegin Kraft, auf Modernisierungsvorschläge der Sozialdemokraten für Nordrhein-Westfalen gewartet. Bis zum heutigen Tage haben wir nicht einen einzigen solchen Modernisierungsvorschlag von Ihnen gehört.

(Beifall von FDP und CDU)

Ich hätte mir zu Beginn der Wahlperiode nicht vorstellen können, dass die SPD nach der krachenden Wahlniederlage so sehr in ihren alten Positionen verhaftet bleiben würde, wie Sie es gemacht haben. Das schlimmste Beispiel dafür ist Ihre Haltung zum Sockelbergbau, Frau Kollegin Kraft. Spätestens seit der Bundestagswahl weiß nun wirklich jeder: Es wird keine Mehrheit für eine Revision des Ausstiegsbeschlusses geben. Der Subventions-

bergbau wird auslaufen. Das wissen alle in diesem Land. Es gibt nur noch eine politische Kraft, die das Gegenteil behauptet, und das sind Sie, Frau Kollegin Kraft.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Sie werden noch öffentlich über den Sockelbergbau philosophieren, wenn die letzte Zeche in Nordrhein-Westfalen schon längst geschlossen worden ist.

(Beifall von der FDP)

Also nehmen Sie bitte nicht für sich in Anspruch, Sie hätten die Kraft, Strukturen zu verändern. Das ist erkennbar nicht der Fall. Ich könnte die ganze Themenpalette durchdeklinieren. Über fünf Jahre haben Sie sich jeder Reformmaßnahme, jeder Veränderung verweigert. Sie haben exakt auf den Positionen beharrt, für die Sie vor fünf Jahren abgewählt worden sind.

Es hat schon einiges, und zwar in doppelter Hinsicht, wenn Sie wieder einmal die Situation der Kommunen kritisch reflektieren und dann auch noch auf den Bertelsmann-Bericht, den wir dieser Tage bekommen haben, abstellen. Wir haben mehrfach darauf hingewiesen, dass die Kommunen in Nordrhein-Westfalen in der Verantwortung des Innenministers in den zurückliegenden Jahren die höchsten Zuweisungen des Landes erhalten haben, die es in über 60 Jahren Landesgeschichte gegeben hat. Das ist die Realität.

(Beifall von der FDP – Frank Sichau [SPD]:
Und die größten Probleme haben!)

Ich zitiere gerne noch einmal – ich lasse Ihnen das, Frau Kollegin Kraft, und all den anderen, die gerade im Bereich Kommunalpolitik unterwegs sind, mal rahmen – die Bertelsmann-Studie, die Sie heute allen Ernstes der Regierung vorgehalten haben. Ich bringe nur den einen Kernsatz: Mit 63,2 % ist der Anteil der kommunalen Einnahmen am Gesamtbudget des Landes mit Abstand der höchste im ganzen Bundesgebiet (Länderdurchschnitt: 40,8 %).

(Beifall von der FDP – Dr. Stefan Romberg
[FDP]: Hört, hört!)

Die Bertelsmann-Studie attestiert uns, dass die Kommunen in keinem anderen Bundesland ein solches Stück vom Kuchen der Landeseinnahmen bekommen wie in Nordrhein-Westfalen.

(Frank Sichau [SPD]: Deswegen haben sie
auch solche Probleme!)

Und dann kritisieren Sie allen Ernstes die Regierung, wir würden die Kommunen im Stich lassen? – Sehr geehrte Frau Kollegin Kraft, das ist doch absurd.

(Beifall von der FDP)

Zur Wahrheit gehört auch, dass die Spitzenvertreter der Landesregierung durch ihre Einflussnahme auf die Koalitionsverhandlungen im Bund erst dafür

gesorgt haben, dass die Situation der Kommunen in den nächsten Wochen auch auf der Bundesebene endlich thematisiert wird. Im März wird es dazu Spitzenrunden geben.

(Beifall von der FDP)

Im Koalitionsvertrag ist erstmals verabredet worden, gemeinsam – mit der Verantwortung des Bundes – darüber nachzudenken, wie die langfristige Existenz der kommunalen Finanzen durch eine große Finanzreform sichergestellt werden kann. Das ist ein Riesenschritt, der in den letzten Wochen erreicht worden ist. Was ist denn in den elf Jahren unter der Verantwortung von SPD-Bundesfinanzministern erreicht worden, Frau Kollegin Kraft? Diese Frage müssen Sie dann bitte auch beantworten.

(Beifall von der FDP)

Bei den Unterkunftskosten hat Steinbrück jahrelang gemauert und gesagt: Die Kommunen bekommen keinen einzigen zusätzlichen Euro.

(Beifall von der FDP)

Das haben Sie doch mit Ihren Leuten angerichtet. Wir versuchen jetzt, das Problem für die Kommunen zu lösen. Es ist schlichtweg unseriös, wenn Sie das vortragen. Halten Sie ein mit dieser Positionierung; die werden Sie nicht durchhalten.

Sie haben andere interessante Punkte genannt. Ich fand es sehr bemerkenswert, dass Sie sich jetzt sachkundig gemacht haben, welch ein Unsinn mit den Maßnahmen der sogenannten aktiven Arbeitsmarktpolitik reihenweise vor Ort finanziert wird.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das heißt doch nicht, dass sie grundsätzlich falsch ist! Sie ist nicht zielgenau!)

Das habe ich zum ersten Mal von Ihnen gehört. Dann hoffe ich, dass wir Sie auch im Boot haben,

(Hannelore Kraft [SPD]: Sie ziehen wieder die falschen Schlüsse!)

wenn Sie die gewaltigen Volumina der aktiven Arbeitsmarktpolitik vielleicht mit uns gemeinsam – vor dem Hintergrund der Beispiele, die Sie hier vorgebracht haben –

(Hannelore Kraft [SPD]: Es geht nicht um Volumen, es geht um Qualität!)

auf den Prüfstand stellen, damit nicht Milliarden der Beitragszahler für zum Teil sehr fragwürdige Maßnahmen verplempert werden.

(Beifall von der FDP)

Das muss auf den Prüfstand. Da danke ich Ihnen sehr für Ihre Hinweise.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Noch einmal zu dieser Bertelsmann-Studie: Ich darf Ihnen einfach noch ein paar andere Auszüge

hier vortragen. Wir haben das nämlich komplett gelesen, nicht wie der eine oder andere, der nur die Überschriften mitgenommen hat. Ich zitiere aus der Studie: Das bundesweit höchste Aktivitätsniveau beim Wirtschaftswachstum lässt hoffen, dass NRW die aktuelle Wachstumsschwäche überwinden und seine gute Platzierung im Aktivitätsbereich Einkommen verteidigen kann.

(Beifall und Zuruf von der FDP: Hört, hört!)

Ich zitiere weiter – den Finanzminister wird es freuen –: Die in den letzten Jahren eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen haben Wirkung gezeigt. Von 374 € im Jahr 2005 konnte die Nettokreditaufnahme je Einwohner auf 110 € reduziert werden. – Das als Aussage in der Studie zum Finanzminister.

Aber es geht noch weiter. So heißt es mit Blick auf das Wirtschaftswachstum: Viel zu lange hat das Land in die Vergangenheit investiert. So wurde Nordrhein-Westfalen durch Subventionen ausgebremst, die in den Steinkohlebergbau flossen und den Strukturwandel behinderten.

(Christof Rasche [FDP]: Hört, hört!)

NRW als einstiges Zentrum der Schwerindustrie scheint aber die größte Hürde zur Hightech-Region genommen zu haben. – Seite 205, Frau Kollegin.

(Beifall von der FDP)

Hochschulen: Beim Wirkungsfaktor Ausgaben für Hochschulen holte das Land auf und erreichte so das bundesweit dritthöchste Niveau. Mit dem Hochschulfreiheitsgesetz hat Nordrhein-Westfalen als erstes deutsches Bundesland seine Hochschulen zu autonomen Akteurinnen gemacht.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das sind die Studiengebühren der Studierenden!)

Dieser Ansatz ist positiv zu bewerten. – So die Studie.

(Beifall von FDP und CDU -Zurufe von Frank Sichau [SPD] und Hannelore Kraft [SPD])

Als krönender Höhepunkt: Auch unser Innenminister wird noch in der Studie, die Sie eben zitiert haben, ausdrücklich gelobt.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das ist immer die Zielsetzung der Bertelsmann-Stiftung!)

Haben Sie das denn überlesen, Frau Kollegin Kraft?

(Hannelore Kraft [SPD]: Da müssen Sie ein bisschen genauer zuhören, Herr Kollege!)

– Also, ich zitiere, und dann werde ich Ihr Leiden mit dieser Studie beenden. Ich verspreche es Ihnen. – Im Zielgrößenbereich Sicherheit, befindet sich Nordrhein-Westfalen mit 6,77 Punkten im vorderen Mittelfeld. – Jetzt hören Sie genau zu!

(Zuruf von der SPD: Schon immer!)

– Gerade Sie, Herr Kollege, mit Blick auf das Themenfeld innere Sicherheit, wo Sie sich momentan in altbekannter Art und Weise hier profilieren. Hören Sie: Die intensiven Anstrengungen der Landesregierung lassen künftig auf eine Verbesserung hoffen. Gegenüber der letzten Periode konnte das Land beim Aktivitätsniveau innere Sicherheit schon drei Rangplätze gutmachen. – So die Bertelsmann-Studie.

(Beifall von FDP und CDU)

Herzlichen Glückwunsch, Herr Innenminister! Also, wenn man da einmal hereinguckt, Frau Kollegin Kraft, sieht man: Da steht etwas ganz anderes drin, als Sie hier insinuiert haben.

Dann zur Steuerpolitik, weil Sie es sich ja nicht verkneifen konnten, hier diese bizarren Vorhaltungen wieder an die FDP zu adressieren. Wir haben zum 1. Januar dieses Jahres das Wachstumsbeschleunigungsgesetz in Kraft setzen können.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Schuldenbeschleunigungsgesetz!)

Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das eine volle Jahreswirkung von 8,5 Milliarden € hat. Wissen Sie, wie hoch der Anteil der Entlastungswirkung ist, der sich alleine auf höheres Kindergeld und Kinderfreibetrag beläuft? – 4,6 Milliarden €. Zum 1. Januar dieses Jahres hat die Steuersenkungspartei FDP dazu beigetragen, Frau Kollegin Kraft, dass die Familien in diesem Land so entlastet worden sind wie seit Jahrzehnten nicht mehr

(Beifall von FDP und CDU – Frank Sichau [SPD]: Aber nur die Steuerzahler!)

und schon gar nicht in elf Jahren sozialdemokratischer Regierungsverantwortung. – Entschuldigung, das ist die Realität. Sie haben 19 Steuererhöhungen in vier Jahren hinbekommen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Nur die Reichen!)

– Nur die Reichen? Haben die drei Prozentpunkte bei der Mehrwertsteuererhöhung, die Sie durchgesetzt haben, nur die Reichen getroffen? Ist das Ihr Ernst? Damit haben Sie die kleinen Portemonnaies belastet! Das ist die Realität.

(Beifall von der FDP)

Kommen Sie uns nicht mit diesen ollen Kamellen!

Das gilt – das ist der vorletzte Punkt aus Ihrem Beitrag – natürlich auch für die Regulierung der Finanzmärkte.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Reden Sie mal über Mövenpick-Eis, Herr Kollege!)

Peer Steinbrück hat doch auch in diesem Bereich nichts auf die Reihe bekommen. Wenn wir früher, als Steinbrück noch im Amt war, darüber debattiert haben, haben Sie auf Parteitagsbeschlüsse der SPD verwiesen. Sie haben ja jetzt ein Grundsatz-

papier vorbereitet, da robben Sie sich so langsam an Vorschläge zur Neuordnung der Finanzmärkte heran. Das war Ihre Haltung. Da ist nichts gekommen.

Jetzt stellen Sie sich hier hin und fordern das von uns ein. – Wir haben konkret in der Koalitionsvereinbarung in Berlin eine komplette Neuauflistung der Bankenaufsicht verabredet. Daran wird auch gearbeitet.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

– Ja, Entschuldigung. Die Realität in den letzten Jahren war doch, das das BaFin in jeder Sparkasse die Verzehrbelege umgedreht hat, während die Hypo Real Estate unbeobachtet Verluste von über 100 Milliarden € zulasten des Steuerzahlers erwirtschaften konnte.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Da hat die Finanzmarktaufsicht unter Ihrer Verantwortung doch offensichtlich versagt. Also kommen Sie uns jetzt nicht mit solchen Forderungen nach einer Neuordnung der Finanzmärkte, Frau Kollegin.

(Beifall und Zurufe von CDU und FDP)

Ich will Ihnen zum Schluss noch eins zum Thema Bildung sagen: Wir haben – und das ist eine bemerkenswerte Zahl – jetzt einen Ländervergleich bekommen, aus dem hervorgeht, dass nach fünf Jahren der Regierungsverantwortung unserer Koalition kein anderes Bundesland einen derart hohen Anteil der gesamten Landesausgaben für Bildung mobilisiert wie Nordrhein-Westfalen.

Statistisches Bundesamt – auch die Daten stelle ich Ihnen gerne zur Verfügung –: Der Anteil der Bildungsausgaben im Landeshaushalt in Nordrhein-Westfalen beträgt jetzt 40,5 %, mehr als in Bayern, mehr als in Baden-Württemberg, mehr als in jedem anderen Land der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall von FDP und CDU – Zurufe von Frank Sichau [SPD] und Hannelore Kraft [SPD])

Das, Frau Kollegin Kraft, ist nun einmal die Realität.

Aber ich will Ihnen eins noch sagen. Ich könnte hier die einzelnen Parameter abarbeiten, wie sich das alles niederschlägt: Bei den Lehrerstellen, wo Sie abbauen wollten, wo Sie 16.000 Stellen streichen wollten, haben wir 8.124 zusätzliche eingerichtet. Bei der Kinderbetreuung sind es jetzt über 100.000 Betreuungsplätze, in einigen Jahren werden es über 140.000 sein. Und was an den Hochschulen los ist: Den Hochschulen wollen Sie das Geld wieder nehmen. Sie sagen: Die 280 Millionen € aus den Studienbeiträgen wollen wir streichen.

(Helmut Stahl [CDU]: Ja!)

Sie sagen aber nicht, wie Sie dieses Geld ersetzen wollen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Stimmt doch gar nicht!)

Das ist auch schon jedem aufgefallen, der einmal einen flüchtigen Blick in Ihr Wahlprogramm geworfen hat. Das ist einfach zu dürftig.

Eines muss ich aber konzедieren. Am Anfang habe ich ja gesagt, Sie seien als Sozialdemokraten die Partei der Modernisierungsverweigerung und stellten sich, obwohl Sie das Gegenteil behauptet haben, nicht dem Veränderungsbedarf. Es gibt natürlich einen Bereich – das ist in der Tat nicht von der Hand zu weisen –, in dem Sie eine massive strukturelle Veränderung wollen. Das ist die Einheitsschule.

(Hannelore Kraft [SPD]: Nein, wir wollen die Schule der Vielfalt! Bei Ihnen sind das Einheitsschulen! Das ist der Unterschied!)

Ich sage hier noch einmal in aller Klarheit, Frau Kollegin Kraft: Die Übereinstimmungen zwischen Ihrem Programm, dem Programm der Grünen und dem Programm der Linkspartei im Bereich der Schulpolitik sind ja erkennbar. Deshalb werden wir unsere Gestaltungsmehrheit hier verteidigen. Wir werden den Menschen in Nordrhein-Westfalen aber auch sagen, was die Alternative wäre.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Denn natürlich würden Sie Rot-Rot-Grün machen und dann die Einheitsschule, in welcher Ausgestaltung auch immer, durchsetzen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie sind doch für Einheitsschulen!)

– Frau Kollegin Löhrmann, was dabei herauskommt, kann man momentan in Berlin besichtigen.

(Frank Sichau [SPD]: In Finnland auch!)

Dort wollen Linke und Sozialdemokraten jetzt bis zu 30 % der Plätze an Gymnasien verlosen, meine Damen und Herren.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das können Sie auch in Schleswig-Holstein besichtigen!)

Vor einem solchen Hintergrund wollen Sie mit uns ernsthaft eine Debatte über Bildungsgerechtigkeit führen?

(Dietmar Brockes [FDP]: Das soll gerecht sein? Unsäglich ist das! Bildung im Lotterieverfahren!)

Frau Kollegin Löhrmann, vielleicht machen Sie sich auch einmal sachkundig, was Ihre Leute in Hamburg momentan treiben. Dort haben Sie ja gegenüber der CDU die Verlängerung der Grundschulzeit auf sechs Jahre und das Ende des Elternrechts durchgesetzt. Mit dieser schulpolitischen Ideologie haben Sie dort einen regelrechten Volksaufstand ausgelöst.

(Beifall von der FDP)

Das ist die Situation in Hamburg – ein Volksaufstand gegen diese Bildungsideologie in Richtung Einheitsschule. Auch auf dieses Fallbeispiel aus der schulpolitischen Realität der anderen Bundesländer werden wir in den nächsten Wochen sehr gerne noch ausführlich hinweisen, damit auch jeder in Nordrhein-Westfalen weiß, was hier gegebenenfalls droht.

(Beifall von der FDP – Dr. Karsten Rudolph [SPD]: Interessanter Hinweis!)

Jetzt will ich noch einige Bemerkungen aus dem Kommissionsbericht aufgreifen – auch als Anregungen für uns, weiter darüber nachzudenken.

Das Erste ist das klare Bekenntnis zum Industrieland. Der Ministerpräsident hat sehr zu Recht darauf hingewiesen, dass das die Grundlage von Wachstum und Wohlstand in Nordrhein-Westfalen ist. Jeder, der die Grundlagen unserer Existenz als Industrieland infrage stellt, kann die Regierung hier nicht verantwortlich übernehmen. Ihm darf man eine solche Verantwortung auch nicht anvertrauen.

Dazu gehört auch das Thema Energieversorgung. An dieser Stelle darf ich aus dem Abschlussbericht wie folgt zitieren:

Unser Land braucht eine sichere, zuverlässige und die Umwelt schonende Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen. Ohne Kernenergie ist das derzeit nicht möglich.

(Beifall von der FDP)

So wird im Kommissionsbericht ausgeführt.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das ist doch Quatsch!)

– Entschuldigung, aber ...

(Dr. Karsten Rudolph [SPD]: Herr Papke, sagen Sie einmal, wie Sie rechnen!)

– Herr Kollege, Sie müssen schon ertragen, dass ich bei unserer Debatte über den Kommissionsbericht auch einmal den einen oder anderen Punkt aus dem Kommissionsbericht und den Empfehlungen der Kommission hier benenne.

(Beifall von der FDP – Zurufe von der SPD)

Oder reicht Ihre Liberalität noch nicht einmal so weit, die Empfehlungen dieser unabhängigen Kommission auch nur anhören zu können?

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

Das fände ich ziemlich traurig.

Das hat die Kommission uns so empfohlen. Ich habe es im Wortlaut zitiert. Und ich darf sagen – das gehört mit in eine solche Debatte –, dass wir diese Auffassung natürlich auch teilen.

(Frank Sichau [SPD]: Deswegen sagen Sie es ja auch!)

Meine Damen und Herren, wir haben in den letzten Monaten sehr zu Recht eine Debatte über die drohende Klimakatastrophe geführt und die notwendigen Anstrengungen diskutiert, um dem entgegenzuwirken.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Wann haben Sie die Umweltkatastrophe denn das letzte Mal im Blick gehabt?)

Vor diesem Hintergrund ist es ein Gebot der intellektuellen und politischen Redlichkeit, festzustellen:

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Das gerade von Ihnen!)

Wer die Klimakatastrophe wirklich bekämpfen will, der muss für die Laufzeitverlängerung der sicheren deutschen Kernkraftwerke eintreten.

(Beifall von der FDP)

Das ist die Realität; denn diese deutschen Kernkraftwerke alleine vermeiden jährlich 150 Millionen t CO₂-Emissionen.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Das ist so viel, wie der gesamte Straßenverkehr in Deutschland verursacht. Würde man diese Kraftwerke abschalten und durch andere, fossile Energieträger ersetzen – es ist ja Wunschdenken, so zu tun, als könne man sie schon jetzt durch erneuerbare Energien substituieren –, hätte das zur Folge, dass die Klimakatastrophe überhaupt nicht in den Griff zu bekommen wäre. Würden weltweit dann andere diesem Beispiel folgen, würde die Klimakatastrophe in einer Wucht über uns hereinbrechen, dass sie definitiv nicht mehr beherrschbar wäre.

(Reiner Priggen [GRÜNE] schüttelt den Kopf.)

– Das ist die Realität, Herr Kollege Priggen, so sehr Sie auch abwinken. Auf diese Situation hat die Kommission ausdrücklich abgestellt –

(Beifall von der FDP)

im Übrigen mit dem Hinweis, dass es mit Blick auf die Potenziale unserer Kernsicherheitsforschung in Nordrhein-Westfalen besser wäre, diese Standards auch weltweit bei den Kernkraftwerken durchzusetzen.

Ich darf daran erinnern, dass die Kommission – auch das ist ein Gebot der intellektuellen Redlichkeit – ausdrücklich auf die Tatsache hingewiesen hat, dass wir von Nachbarn umgeben sind, die alle weiter auf die friedliche Nutzung der Kernenergie setzen. Wie die Kommission erklärt hat, relativiert sich die Sicherheitsfrage dadurch natürlich auch. Es ist ja völliger Blödsinn, so zu tun, als würden die potenziellen Gefahren, die natürlich mit der friedlichen Nutzung der Kernenergie verbunden sind, beseitigt, wenn ein

einziges Land weltweit, nämlich die Bundesrepublik Deutschland, seine Kernkraftwerke, die auch noch die sichersten sind, abschalten würde. Das ist absurd. Darauf hat die Kommission dankenswerterweise hingewiesen.

(Frank Sichau [SPD]: Millionen Fliegen können nicht irren!)

Ich will einen zweiten Punkt ansprechen, der ebenfalls sehr aktuell ist, nämlich das Thema Leistungsgerechtigkeit. Ausgehend von der Erkenntnis – das ist gerade auch für Sozialdemokraten interessant, Herr Kollege –, dass Mindestlöhne für bestimmte Branchen oder auch generelle Mindestlöhne die Schaffung neuer Arbeitsplätze erschweren,

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

hat die Kommission die Handlungsempfehlung gegeben – ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten wieder wörtlich –, „das gesamte System der Sozialleistungen durch ein garantiertes Mindesteinkommen zu ersetzen“.

Diese Debatte führen wir derzeit. Ich glaube, dass wir sie auch führen müssen. Es geht jetzt nicht darum, lediglich Leistungen im Hartz-System weiter auszudehnen, sondern um zwei zentrale, darüber hinausweisende Punkte.

Erstens. Wir sind vor dem Hintergrund auch dieser Kommissionsempfehlung davon überzeugt, dass das völlig intransparente und in der Tat in Teilen ungerechte System der Transferbürokratie durch ein neues, einfaches und gerechtes System ersetzt werden muss. Das kann nach Lage der Dinge nur das Bürgergeld sein, wie es in Umrissen erfreulicherweise auch in der Koalitionsvereinbarung der neuen Bundesregierung beschrieben worden ist. Genau in diese Richtung muss weitergearbeitet werden.

(Beifall von der FDP)

Das wird ausdrücklich unterstützt von der Kommission. Dafür brauchen wir jetzt auch nicht mehr, wie von der Kommission angeregt, noch eine Bundesratsinitiative. Es ist angelegt in der Arbeit der neuen Bundesregierung.

(Frank Sichau [SPD]: Welche Arbeit?)

Diesen Pfad müssen wir jetzt gehen, unabdingbar.

Der zweite Punkt in diesem Zusammenhang: Wir wollen – ich sage das hier ausdrücklich noch einmal für meine Fraktion in der parlamentarischen Debatte, meine Damen und Herren – Leistungsgerechtigkeit nicht nur für die, die Hartz IV beziehen, sondern endlich auch für die, die Hartz IV bezahlen.

(Beifall von der FDP)

Das möchte ich hier noch einmal in aller Klarheit sagen. Wir haben in unserer Koalitionsvereinbarung 2005 hier in Nordrhein-Westfalen zu Recht neben „Freiheit vor Gleichheit“ und „Privat vor Staat“ noch

ein drittes Prinzip gesetzt, und das lautet: „Erwirtschaften vor Verteilen“. Denn wenn diejenigen, die mit ihrer Arbeit, ihrer Kreativität und ihren Steuern den Sozialstaat und damit das Verteilen überhaupt erst möglich machen, nicht endlich entlastet und damit wieder gerechter behandelt werden, dann werden am Ende gerade diejenigen leiden, die auf unsere Solidarität und den Sozialstaat in Deutschland angewiesen sind, meine Damen und Herren.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Sie wollen das Drei-Klassen-System!)

Dann wird nämlich eines Tages nichts mehr zum Verteilen übrig bleiben. Das ist die Realität.

(Beifall von der FDP)

Dazu gehört auch die schlichte Erkenntnis: Wer morgens früh aufsteht und zur Arbeit geht, um seinen Lebensunterhalt, den Lebensunterhalt seiner Familie selber zu bestreiten, ohne nach dem Staat zu rufen, der muss am Ende des Tages auch deutlich mehr von den Früchten seiner eigenen Arbeit übrig behalten.

(Beifall von FDP und CDU)

Das ist Leistungsgerechtigkeit, wie wir sie verstehen. Dafür werden wir auch in Zukunft werben.

(Karl Schultheis [SPD]: Dann müssten Sie aber für Mindestlöhne sein!)

Das ist der Hintergrund für die Debatte über Steuerentlastungen, meine Damen und Herren. Um es klarzumachen: Das hat eine Gerechtigkeitsdimension und eine zutiefst soziale Dimension. Darum geht es. Ich möchte noch eines hinzufügen: Im sogenannten finsternen Mittelalter hat sich der Staat mit dem Zehnten begnügt. Heute haben wir eine Situation, in der gerade die mittleren Einkommen erleben müssen, dass von jedem Euro Lohnerrhöhung, von jedem Euro Hinzuverdienst durch die kalte Progression mehr als die Hälfte den Bürgern genommen wird. Das ist die Situation. Das ist ungerecht, das ist leistungsfeindlich.

(Beifall von der FDP)

Deshalb wollen wir – und die neue Bundesregierung hat unsere uneingeschränkte Unterstützung dabei –

(Karl Schultheis [SPD]: Sie müssen den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung erhöhen!)

durch eine Entlastung aller Steuerzahler und gerade der mittleren Einkommen diese ungeheure Gerechtigkeitslücke beseitigen. Wir brauchen mehr Leistungsgerechtigkeit als Voraussetzung für Wachstum, Wohlstand und soziale Sicherheit, gerade auch bei uns in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP)

Unsere Wirtschaftspolitik ist überaus erfolgreich. Der Ministerpräsident hat zu Recht darauf hingewiesen. Wir haben jetzt die schlimmste Wirtschafts-

krise der deutschen Nachkriegsgeschichte. Dennoch haben wir immer noch fünf Jahre, nachdem Rot-Grün davongejagt worden ist, über 290.000 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen. Vor der Wirtschaftskrise hatten wir über 360.000. Natürlich haben auch wir jetzt Arbeitsplatzverluste erleiden müssen. Bei einem Wachstumseinbruch von 5 % ist das ja wohl auch gar nicht zu vermeiden. Aber wir stehen mitten in der Wirtschaftskrise immer noch um Längen besser da als vor fünf Jahren. Das ist die Leistungsbilanz dieser Landesregierung in einem ganz zentralen Politikfeld.

(Beifall von FDP und CDU)

Das ist das Resultat unserer Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung – weil wir eben die mittelständischen Betriebe unterstützt haben, weil wir ihr Vertrauen in den Standort Nordrhein-Westfalen nach langen, langen Jahren unter Rot-Grün endlich wieder gefestigt haben, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Es wird wieder investiert, es werden neue Auszubildende eingestellt, und dann kann es auch gelingen, so wie das in den letzten fünf Jahren der Fall war, die Jugendarbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen um ein Drittel zu reduzieren. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie wir in der letzten Wahlperiode ganze Debattentage zu Recht mit diesem drängenden, quälenden Problem in Nordrhein-Westfalen verbracht haben, als es so aussah, als würde die Jugendarbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen völlig aus dem Ruder laufen. Sie war auch aus dem Ruder gelaufen, und Rot-Grün hatte überhaupt kein Mittel, diesen jungen Menschen eine Zukunftsperspektive zu geben. Unsere Bilanz lautet: 33 % weniger jugendliche Arbeitslose unter 25 Jahren, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Damit treten wir gerne vor die Wähler.

Ich darf einen weiteren Punkt kurz ansprechen: „Zukunft durch Innovation“. Da lautet die Kernbotschaft der Zukunftskommission – ich zitiere wieder –,

dass Nordrhein-Westfalen in den kommenden Jahrzehnten Geld und Energie der Aufgabe widmen muss, im Hinblick auf Forschung und Entwicklung unter die Besten Deutschlands und Europas zu kommen.

Ich glaube, wir können mit Fug und Recht nach fünf Jahren unserer Regierungsverantwortung feststellen: Wir sind auch in diesem Bereich auf einem außerordentlich erfolgreichen Weg. Das wird uns freundlicherweise auch gerade wieder von der Bertelsmann-Studie bestätigt:

Bemühungen der Landesregierung, die Rahmenbedingungen für Innovationen zu verbessern, sind bereits sichtbar. Viele ausländische

wie heimische Firmen loben den Standort NRW wegen der guten Vernetzung sowie der Qualität von Wissenschaft und Forschung. Nordrhein-Westfalen setzt auf die vielversprechende Strategie „mehr Geld, mehr Freiheit“ und gewährt so mehr Mittel und Freiräume für dezentrale Entscheidungen an den Hochschulen.

Das ist die Realität, und sie wird auch in dieser Studie bestätigt, meine Damen und Herren. In den vergangenen drei Jahren wurden in Nordrhein-Westfalen 19 neue Spitzenforschungsinstitute, Hightech-Labore und Denkfabriken eingerichtet. So viel zusätzliche Wissenschaftsexzellenz hat im Vergleichszeitraum kein anderes Bundesland für sich gewinnen können.

(Beifall von der FDP)

Wir holen im Bereich Innovation, Spitzenforschung immer weiter auf, natürlich auch deshalb, weil wir die Ausgaben erhöht haben. Es war, Herr Finanzminister, Jahr für Jahr ein gewaltiger Kraftakt, diese zusätzlichen Mittel in den Bereichen Schule, Bildung, Hochschule und Innovation zu mobilisieren. Wir haben diese Akzente gesetzt. Die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung steigen in diesem Jahr noch einmal um über 700 Millionen € und damit insgesamt um rund 14 % gegenüber 2005. Die Haushaltsansätze für Innovationsförderung steigen in diesem Jahr noch einmal um 6 % gegenüber 2009.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Wir machen also genau das, was uns die Zukunftskommission als zentralen Pfad für Nordrhein-Westfalen anempfiehlt.

Ich darf zum Schluss noch einmal kurz auf das Thema Schulpolitik zu sprechen kommen, weil uns die Kommission hier auch wichtige Anregungen gegeben hat. So fordert die Kommission – ich zitiere – mehr Autonomie für jede einzelne Schule bei Personalfragen und Ausgabeentscheidungen.

Mit der Eigenverantwortlichen Schule haben wir in dieser Wahlperiode bereits große Schritte in dieser Richtung unternommen. Wir haben Entscheidungsbefugnisse an die Schulen übertragen und wollen die Autonomie der Schulen in den nächsten Jahren weiter erhöhen. Nach dem Vorbild des erfolgreichen Hochschulfreiheitsgesetzes wollen wir auch ein Schulfreiheitsgesetz auf den Weg bringen.

(Karl Schultheis [SPD]: Um Gottes willen!)

Das hat bei den Hochschulen funktioniert und es hat in dieser Wahlperiode auch an den Schulen funktioniert, Frau Schulministerin.

(Karl Schultheis [SPD]: Wer erzählt das denn?)

Wir können diesen Weg weiter beschreiten. Wir wollen den Schulen weitestgehende pädagogische, personelle und finanzielle Entscheidungsfreiheit

lassen. Das eröffnet den Schulen größere Gestaltungsmöglichkeiten, um auf die individuellen Erfordernisse in den Bildungsbiografien der Schülerinnen und Schüler eingehen zu können.

(Thomas Trampe-Brinkmann [SPD]: Dann geben Sie auch den Kommunen mehr!)

Das gilt auch für die Frage nach der Schulstruktur. Wir sind der festen Überzeugung: Eine Schulstrukturdebatte ist nicht das, was die Menschen in Nordrhein-Westfalen von der Schulpolitik erwarten.

(Beifall von der FDP)

Sie erwarten, dass möglichst kein Unterricht ausfällt

(Ewald Groth [GRÜNE]: Ihr habt dazu nichts beigetragen!)

und dass die Kinder in möglichst kleinen Klassen mit einer möglichst günstigen Schüler-Lehrer-Relation individuell betreut werden können. Das ist die Erwartungshaltung.

(Beifall von der FDP)

Frau Kollegin Löhrmann und Frau Kollegin Kraft, deshalb sage ich noch einmal: Ich wünsche Ihnen viel Freude bei dem Schulkrieg, den Sie in den nächsten Wochen und Monaten in Nordrhein-Westfalen vom Zaun brechen wollen. Ich bin sehr gespannt darauf, wie die Menschen in Nordrhein-Westfalen darauf reagieren werden,

(Beifall von der FDP)

wenn Sie gemeinsam mit der Linkspartei mit der Botschaft antreten, dass Sie das bewährte begabungsgerechte Schulsystem zugunsten einer Einheitsschule abschaffen wollen.

(Frank Sichau [SPD]: Das ist Ideologie, was Sie erzählen! – Weitere Zurufe)

Das wird eine Reise!

(Beifall von der FDP – Zuruf von der SPD: Skandalös!)

Wir sehen natürlich auch die Notwendigkeit der Weiterentwicklung.

(Zurufe)

Deshalb wollen wir – Sie wissen, dass sich die FDP klar dazu bekannt hat – den Schulen zusätzliche Möglichkeiten einräumen, um in der nächsten Wahlperiode auf die Situation vor Ort flexibel zu reagieren, damit sie auch in Zeiten des demografischen Wandels und deutlich zurückgehender Schülerzahlen vor Ort ein möglichst vielfältiges Bildungsangebot vorhalten können. Darauf werden wir Antworten geben müssen. Wir sind dazu bereit – aber im Sinne einer vernünftigen, angemessenen Weiterentwicklung unseres bewährten Schulsystems und nicht dadurch – so wie die Opposition es will –, dass wir unser bewährtes Schulsystem aus rein ideologischen Gründen abschaffen, um möglichst

alle Kinder frühzeitig in eine Einheitsschule zu stecken. Das wollen die Menschen nicht.

(Frank Sichau [SPD]: Die gehen in eine Einheitsschule, sobald sie in eine Schule gehen! Das wissen Sie: die Grundschule!)

Das werden Sie erleben. Schauen Sie sich einmal an, was in Hamburg passiert. Schauen Sie sich an, was in Berlin passiert. Ich kann Ihnen versichern, die Wählerinnen und Wähler in Nordrhein-Westfalen werden sich anschauen, was da passiert. Sie werden das nicht wollen.

Wir haben alle Chancen, mit einer hervorragenden Bilanz auf dem Pfad weiterzugehen, den der Ministerpräsident heute dargelegt hat. Wir nehmen die Anregungen der Zukunftskommission auf diesem Wege mit und werden daraus weitere Maßnahmen ableiten und umsetzen, damit Nordrhein-Westfalen seinen Weg an die Spitze der europäischen Standorte entschlossen weitergehen kann. – Ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Dr. Papke. – Jetzt hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Fraktionsvorsitzende Frau Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fange gern direkt mit dem Thema an, mit dem Sie aufgehört haben, Herr Papke, bei dem Sie sich so siegessicher sind, dass Sie mit Ihrem Vorschlag zum Thema Schule die Zeichen der Zeit erkannt hätten.

Wer sich von vornherein im Denken beschneidet und die Kommunen einschränken will, dass sie nicht alle Bildungsgänge in einem organischen Prozess in einer Schule führen können, auch nicht aufgrund von Mehrheiten in CDU-geführten Kommunen, belegt doch direkt am Anfang, wo seine Zukunftsgedanken und Zukunftsvisionen aufhören, und bleibt in einem alten Denken von einem begabungsgerechten Bildungssystem stecken.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist doch der beste Beweis, dass Sie sich beschränken, Herr Papke. Wenn Sie sich auf den Wahlkampf in dieser Frage freuen – ich selbst tue das auch –, dann will ich Ihnen nur sagen, dass selbst Ihr jetziger Koalitionspartner – insbesondere in Person von Herrn Wüst – Sie in den Angriff „Einheitsschule“ einbezieht. Er wirft Ihnen doch auch vor, eine „Einheitsschule light“ machen zu wollen. Seien Sie also vorsichtig mit diesem Kampfbegriff, der nicht weiterführt, wenn es darum geht, innovative Schulen und innovative Schulentwicklungen in Nordrhein-Westfalen in Gang zu setzen und den

Kommunen, die es wollen, mehr Möglichkeiten dazu zu geben!

Wir gehen ganz gelassen in diese Situation. Wir stehen dafür, dass es keinen Schulkampf in Nordrhein-Westfalen gibt, sondern eine Schulentwicklung, die die Eltern und die Kommunen wollen und die gut für die Kinder ist.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Seien Sie also ein bisschen vorsichtig.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Seit wann zitieren Sie denn Herrn Wüst, Frau Kollegin?)

– Ich zitiere Herrn Wüst immer dann, wenn es mir gefällt, genauso, wie Sie Leute dann zitieren, wann es Ihnen gefällt. Er ist heute nicht im Haus. Vielleicht hat er wieder einen Arbeitsprozess am Hals; das weiß ich nicht.

(Zuruf von der SPD: Der Termin ist morgen!)

Aber schönen Dank für das Stichwort.

Ich finde es interessant, wenn Herr Stahl sagt: Wir wollen jetzt nicht so viel über Schule reden, sondern lieber über die anderen Bereiche in der Bildung. – Offenbar merkt er, dass die CDU aus ihrer Sackgasse in der Bildungspolitik schlicht und ergreifend nicht herauskommt.

Eines hat mich an Herrn Stahl gefreut. Er hat gesagt, Sie hätten solch ein schönes Mosaik des Landes Nordrhein-Westfalen entfaltet. – Ich muss sagen: Mich hat das, was Sie heute vorgetragen haben, Herr Ministerpräsident, eher an ein Puzzlespiel erinnert. Sie haben nur einen Fehler gemacht – Sie haben die Puzzlekästen durcheinandergebracht: Ein Puzzlekasten war die Zukunftskommission, ein Puzzlekasten war Ihre Regierungsbilanz, und ein Puzzlekasten war das, was Sie in Zukunft machen wollen. Das war ein Gemisch. Aus diesem Puzzlespiel kann kein vernünftiges Bild, kein Zukunftsbild von Nordrhein-Westfalen entstehen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist der Grundfehler des Ansatzes Ihrer Erklärung heute.

Herr Ministerpräsident, ich frage Sie allen Ernstes: Was haben die Menschen heute eigentlich von Ihnen erwartet? Ich glaube, statt einer Regierungserklärung zu einem Kommissionsbericht, der im April letzten Jahres vorgestellt worden ist – die Zeit haben Sie sich genommen –, haben die Menschen heute, im Jahr 2010, von Ihnen, der den Koalitionsvertrag in Berlin maßgeblich mit ausgehandelt hat, erwartet, dass Sie dazu endlich eine Regierungserklärung abgeben, damit die Menschen wissen, wo es in Nordrhein-Westfalen 2010 hingeht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das haben die Menschen in Nordrhein-Westfalen erwartet, und darauf haben sie auch ein Recht.

Wie schätzen Sie die Lage in Berlin ein? Welchen Neustart wollen Sie eigentlich? Sie wollen ja einen Neustart. Herr Geißler wollte sogar einen völlig neuen Verhandlungsprozess, weil er mit dem Ergebnis so unzufrieden ist. All dem sind Sie ausgewichen, weil Sie hierzu nicht Stellung nehmen wollen.

Was ist denn mit der Gesundheitspolitik? Wie soll es da weitergehen? Sie loben und preisen hier Solidarität; gleichzeitig stellt der Koalitionsvertrag in Berlin eine Grundfeste unseres Solidarstaates infrage, wofür Präsident Obama in Amerika gerade kämpft. Und Sie sagen den Menschen in Nordrhein-Westfalen nicht, was nach dem 9. Mai 2010 auf sie zukommt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das wollen wir hier heute wissen. Das hat mit der Zukunft des Landes zu tun, meine Damen und Herren.

Die Menschen wollen auch wissen, was mit dem Atomausstieg ist. Das wollen die Menschen auch wissen, und zwar vor dem 9. Mai und nicht erst danach. Deswegen ist die Taktik, die Sie anwenden, nämlich alles zu verzögern, alles hinter den 9. Mai zu schieben, eine Täuschung der Öffentlichkeit. Damit begehen Sie eine Täuschung im Wahlkampf hier in Nordrhein-Westfalen. Darüber täuscht Ihre Regierungserklärung zu dieser Zukunftskommission nicht hinweg.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Da können Sie die Menschen, die daran mitgewirkt haben, noch so loben und preisen. Das tun wir im Übrigen auch. Ich schätze die Ausführungen und die Analysen von Herrn Dahrendorf auch. Ich lese die Bücher von ihm aber lieber im Original. Die sind einzeln manchmal mehr wert als das, was hier an Gesamtgemisch aus dem Potenzial vieler einzelner Menschen herausgekommen ist. Ich finde, es ist kein Zukunftsentwurf für Nordrhein-Westfalen entstanden. Da ist viel unbeantwortet geblieben. Da sind Fragen gestellt worden. Da sind Themen gegeneinander gestellt worden. Es ist aber kein Zukunftsentwurf für Nordrhein-Westfalen entstanden. Den haben auch Sie nicht geboten.

(Frank Sichau [SPD]: Genau so ist es!)

Ein Letztes, was wir heute erwartet hätten, will ich noch nennen: Wir hätten heute auch erwartet, dass Sie Stellung dazu nehmen, was auf die Städte und Gemeinden mit der Regierungspolitik in Berlin weiter zukommt, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben formuliert, es käme darauf an, endlich die Realität zur Kenntnis nehmen. Aber sich heute hier

hinzustellen und nichts zu der Situation, zu der Realität in den Städten und Gemeinden zu sagen, das ist geradezu zynisch angesichts dessen, was da im Moment los ist.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Frank Sichau [SPD]: Da werden die Kettenhunde von der Bezirksregierung hingeschickt!)

– Zum Beispiel! – So viel zum Inhalt Ihrer Regierungserklärung.

Was die B-Note betrifft, haben wir heute wieder einen echten Rüttgers erlebt: den Möchtegern-Landesvater, der für alle etwas dabei hat, der allen ein bisschen bieten will und hofft, dass alle zufrieden sind und das Ganze dann nicht auf Herz und Nieren geprüft wird.

Wir haben das natürlich auf Herz und Nieren geprüft. Ich finde, Sie haben einen Maßstab gesetzt, an dem Sie selbst scheitern. Denn wo ist Ihre Wahrnehmung der Wirklichkeit der neuen, schwarzgelben Bundesregierung? Angesichts Ihrer Pressekonferenz voller Platzhalter und Sprechblasen meine ich, Sie verkennen die Realität. Das, was Sie heute geboten haben, hat es nicht besser gemacht.

Immerhin – natürlich haben wir es mit Interesse gelesen –: Sie widmen einen großen Teil Ihrer Rede der ökologischen Industrieregion. Kompliment an Ihre Staatskanzlei! Wieder einmal eine schöne Wortschöpfung! Aber drei grüne Sprüche, Herr Ministerpräsident, machen noch lange keine grüne Politik.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie können sich darauf verlassen, dass die Menschen den Unterschied sehen. Und wir werden dafür sorgen, dass das auch so bleibt.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Überhaupt gibt es einige schöne Worte in Ihrer Erklärung, zum Teil auch neue Erkenntnisse, die ich erstmals von Ihnen höre, sogar im Bildungsbereich. Wie sagten Sie: Die alte Trennung von sogenannter Bildung und praktisch orientierter Ausbildung muss überwunden werden. Oder: Bildung hat ihren eigenen Wert. – Das stimmt. Das kann man von Humboldt ableiten. Ich würde Ihnen auch Comenius empfehlen. Der hat das schon im 17. Jahrhundert formuliert. Er hat im Übrigen auch erstmals formuliert, dass man eine einheitliche Bildung für alle braucht, nicht nur für Jungen, sondern auch für Mädchen, nicht nur für Reiche, sondern auch für sozial Benachteiligte. Ich überlege mir, ob ich Ihnen einmal einen Band zur Verfügung stelle, damit Sie sich künftig daran orientieren können; denn man kann das bei Comenius schon sehr gut nachlesen.

Wenn man ernst nimmt, dass man praktische Begabung auf der einen Seite und theoretisches Wissen und Allgemeinbildung auf der anderen Seite hat, dann kann man damit doch nicht bei dieser

Erkenntnis aufhören, dann muss man diese Trennung in praktische und theoretische Begabung doch überwinden und davon ausgehen, dass alle Menschen alle Talente haben und diese auch entfaltet und entwickelt werden können und müssen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Gleichzeitig – zwei Sätze später – die Hauptschuloffensive zu verteidigen, die genau in diesem alten Denken verhaftet bleibt, das zeigt, wie kurzsichtig Sie hier stehen bleiben und dass die Vermischung von Zukunftsansätzen und Verteidigung des alten Erreichten nicht aufgeht.

Gerade unser derzeitiges Schulsystem ist Ausdruck dieser Trennung. Die Konsequenz, die auch immer mehr Menschen wollen, lautet: Das selektierende, aussortierende, in sogenannte theoretische und praktische Begabung trennende Schulsystem muss endlich überwunden werden.

Herr Rüttgers, Sie sagen, Sie wollen den Ganztage ausbauen. Das ist richtig, natürlich! Warum verweigern Sie dann aber Gesamtschulen, die neu gegründet werden, den Ganztage? Allein aus ideologischen Gründen!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Auf der anderen Seite werden Sie das Geld bei den Hauptschulen nicht los.

(Helmut Stahl [CDU]: Warum haben Sie den Grundschulen jahrelang den Ganztage verweigert? – Dr. Gerhard Papke [FDP]: Warum waren Ihnen die Gesamtschulen den Ganztage wert? – Weitere Zurufe)

– Erstens stimmt das gar nicht. Zweitens haben wir in der Grundschule mit dem offenen Ganztage eine Priorität gesetzt.

(Helmut Stahl [CDU]: Aha!)

Sie schreiben es sich ja jetzt auf Ihre Fahnen, dass es so viele Plätze im Grundschulbereich gibt.

(Beifall von den GRÜNEN – Horst Becker [GRÜNE]: Dafür haben wir gekämpft!)

Wir Grüne haben schon für den Ganztage geworben, da haben Sie den noch als Teil der sozialistischen Einheitsschule beschrieben, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Dr. Gerhard Papke [FDP]: Sie waren zehn Jahre in der Regierung!)

– Ja, das war im letzten Jahrhundert.

Da Sie, Herr Ministerpräsident, etwa in Fragen der Familienpolitik, der frühkindlichen Bildung zum Teil Ihre ideologischen Ansätze überwunden haben – als wir versucht haben, das durchzusetzen bzw. durchgesetzt haben, war das noch Teufelszeug –, hege ich auch noch die Hoffnung, dass Sie sich Ihrer kommunalen Bewegung für regionale zu-

sammenführende Schulentwicklung auch noch anschließen werden und diese Ideologie dann vielleicht beizeiten über Bord werfen. Das würde ich sehr begrüßen. Das ist Ihre größte Lebenslüge, Herr Ministerpräsident, die Sie immer noch wie eine Monstranz vor sich hertragen. Diese wird am 9. Mai 2010 wahlentscheidend sein, und wir Grüne gehen mit einem guten Programm und aller Freude in diese Auseinandersetzung, Herr Rüttgers.

(Beifall von den GRÜNEN)

Beim Thema Ökologie verhält es sich mit den Widersprüchen genauso. Da sprechen Sie von der Ökostadt Masdar City und schildern uns, wie fasziniert Sie waren. Die Stadt solle unter anderem ohne fossile Brennstoffe auskommen. Ob das machbar ist, werde sich zeigen. Und dann – Zitat –: Bei uns wird es sicher nicht so schnell machbar sein. – Aha, da gibt es etwas, aber es könnte gefährlich werden, und daher nehmen Sie davon lieber Abstand.

Danach verteidigen Sie Ihre Kohlepolitik, Herr Ministerpräsident. Es ist doch ganz einfach: Wenn Sie weiter auf neue Kohlekraftwerke setzen, dann kommt eines bei uns auf absehbare Zeit so schnell nicht: eine Zukunft ohne fossile Brennstoffe. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Aber genau das brauchen wir, wenn wir zukunftsfähig bleiben wollen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Innerhalb von einer Minute hat der Ministerpräsident erst eine kühne Vision in den Raum gestellt und sie dann mit der Beschreibung seiner eigenen Politik wieder in Grund und Boden gestampft. Damit geht Ihre Regierungserklärung eben komplett an der Wirklichkeit vorbei. Sie machen zaghaft einen Schritt nach vorne, aber drei Schritte zurück.

Deutlich wird das auch beim RRX. Die Bundesregierung sah sich vor wenigen Tagen außerstande, einen Termin für den Baustart, geschweige denn für den Betriebsstart zu nennen. Aber Sie stellen sich hier hin und erklären ernsthaft, dass Sie ihn so schnell wie möglich auf die Schiene bringen möchten. Das haben Sie hier eben erklärt.

Wolfgang Clement lässt grüßen. Als Sie vorhin die Ahnengalerie der Ministerpräsidenten nannten, in deren Reihe Sie stünden, haben Sie den nicht erwähnt. Sie erinnern uns immer mehr an Wolfgang Clement.

(Beifall von den GRÜNEN – Johannes Rempel [GRÜNE]: Das kannst du so auch nicht sagen! – Minister Armin Laschet: Keine Beleidigungen! Das müssen Sie rügen, Frau Präsidentin! Das war eine Beleidigung! – Heiterkeit)

Ihre Aussagen zum ÖPNV spotten wirklich jeder Beschreibung. Ich war froh, dass der Kollege Becker während Ihrer Ausführungen dazu nicht im Saal war. Ich hätte mir sonst Sorgen um seinen

Gesundheitszustand gemacht, wenn er das im O-Ton von Ihnen gehört hätte. Hier von einem landesweiten 10-Minuten-Wartetakt zu sprechen,

(Horst Becker [GRÜNE]: Herrlich!)

spottet wirklich jeder Beschreibung. Ihre Kürzungen,

(Beifall von den GRÜNEN)

die sich auf 500 Millionen € summieren, führen zu unerträglichen Zuständen im ländlichen Raum. Dort warten die Menschen, weil dort der ein 2-Stunden-Takt üblich ist. So lange müssen sie warten,

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Die warten tagelang!)

aber Sie reden hier von 10 Minuten Wartezeit. Das hat mit der Wirklichkeit nun gar nichts zu tun.

(Beifall von den GRÜNEN – Ewald Groth [GRÜNE]: Er kennt nur die Dienstwagenperspektive!)

Mein Fazit zu Ihrer Regierungserklärung: viel Eigenlob, zahlreiche Widersprüche, schöne Worte, manch scheinbare Einsicht, kaum eine richtige Schlussfolgerung und keine substanzielle Vorstellung von der Zukunft. Rüttgers predigt Wein und verteilt Wasser.

Das Ganze ist – und wir wollen es Ihnen auch nicht ersparen, es heute noch einmal zu sagen – der teuerste und systematischste Baustein der Imagekampagne dieses Ministerpräsidenten. So einfach ist das doch. Das ist über die ganze Zeit angelegt und zieht sich mit den verschiedenen Facetten durch. Deswegen bleiben Sie auch mit dieser Regierungserklärung Ihrer Linie treu: Preise, Pomp und Propaganda.

Aber, Herr Ministerpräsident – eines habe ich vergessen –: Wahlkampf machen Sie ja gar nicht. Mit Wahlkampf hat das alles überhaupt nichts zu tun.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, mit welcher Realität sind wir wirklich konfrontiert? Welche Realität fordert uns wirklich heraus? – Wir haben eine Klimakrise. Wir haben ein Bildungssystem, das viel zu viele Menschen zu Verlierern macht. Wir verzeichnen eine zunehmende soziale Spaltung im Land. Und wir verzeichnen eine gefährlich wachsende Armut.

Der Steuersenkungswahn, den Sie mit verhandelt und mit zu verantworten haben, führt uns systematisch in den Staatsbankrott, meine Damen und Herren.

(Lachen von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Damit müssen wir uns auseinandersetzen, und darauf muss Politik eine zukunftsfähige Antwort geben. Die Ersten, die auf der Strecke bleiben, sind die Städte und Gemeinden. Das erleben wir Tag für Tag, wenn wir mit denen sprechen. Ob es gestern die Feuerwehrbeamten waren, mit denen ich dar-

über gesprochen habe, oder ob das gestern Abend in Wuppertal die IHKs waren, mit denen ich darüber gesprochen habe – selbst die Wirtschaft sagt: Wir werden Ihnen helfen, einen Rettungsschirm für die Kommunen einzufordern. Denn sonst sind die Kommunen und Gemeinden nicht mehr lebensfähig und die Politik kann vor Ort nicht mehr ausgestaltet werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das hat auch etwas mit der Stärkung der Demokratie zu tun, meine Damen und Herren. Denn die Menschen erfahren die Demokratie vor Ort am eigenen Leibe am ehesten.

Wir haben eine Wirtschaftskrise, deren Ursachen in keiner Weise behoben worden sind. Die nächste Blase wächst, und das zehrt auch am Vertrauen in die Demokratie. Das ist die Realität, und diese vielfältigen Krisen und deren Ursachen hängen eng miteinander zusammen. Sie können eben nur gemeinsam und nicht getrennt voneinander gelöst werden. Deswegen kommen Sie mit Ihren verschiedenen Puzzleteilen nicht zurecht. Denn Sie sehen immer nur die einzelnen Puzzleteile, aber nicht das große Ganze.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der Kampf gegen den Klimawandel bietet Chancen für eine neue Wirtschafts- und Finanzpolitik. Er schafft Arbeitsplätze, stärkt den Mittelstand und die Kommunen.

Gute Bildung mit längerem gemeinsamen Lernen ist der Schlüssel für Wirtschaftsstärke, soziale Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit. Nur wenn kein Talent vergeudet wird, wenn alle Menschen echte Perspektiven haben, kann diese soziale Spaltung überwunden werden.

Eine Stärkung der Städte und Gemeinden bedeutet auch eine Stärkung der Demokratie, und das sind die Grundsätze, von denen eine Zukunftspolitik für Nordrhein-Westfalen ausgehen muss.

Wir Grüne haben das so ernst genommen, dass wir unsere Antwort auf die Herausforderung natürlich formuliert haben und dem Parlament hier heute zur Beschlussfassung vorlegen.

In unserem Zukunftsplan stehen die Klimapolitik, die ökologisch-industrielle Revolution und die ideale Bildung ganz oben auf der Liste, und zwar mit konkreten Konsequenzen, mit konkreten Maßnahmen, die uns dieser Vision näherbringen, statt sie unmöglich zu machen oder aufzuschieben.

Ich will es noch einmal sagen: Kern unseres Zukunftsplans ist der Green New Deal, der 200.000 zukunftsfähige Arbeitsplätze in diesem Lande schaffen würde. Das ist eine Antwort auf den Klimawandel, und wenn Nordrhein-Westfalen keine Antwort auf den Klimawandel findet, dann wird Deutschland seine Klimaschutzziele nicht erreichen.

Meine Damen und Herren, ich will einen anderen Punkt nennen, bei dem ich wirklich nicht verstehe, warum Sie diese Chance nicht ergreifen. Das ist das Programm zur energetischen Gebäudesanierung. Kollege Priggen hat das hier häufig genug vorgetragen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wie kann man nicht sehen, dass es gut ist, Gebäude zu dämmen, den Wohnungsbestand in Nordrhein-Westfalen zu dämmen und damit Kosten zu sparen, jetzt zu investieren und mittelfristig Kosten zu sparen? Das ist gut für das Klima. Das ist gut für die Kommunen. Das ist gut für die örtlichen Arbeitsplätze, und wir sanieren auch noch die Gebäude.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Deshalb treten wir für diese ökologische industrielle Revolution ein.

Meine Damen und Herren, ich möchte einen weiteren Aspekt ansprechen. Sie haben in Ihren Beiträgen zum Jahresauftakt das Wachstum bejubelt. Sie haben nicht mehr differenziert zwischen Wachstum, das sinnvoll ist und das notwendig ist, und Wachstum, was sozusagen auch schädlich ist.

Ja, meine Damen und Herren, Investitionen in Klima, Bildung und Gerechtigkeit erzeugen Wachstum. Aber Wachstum ist eben kein Selbstzweck. Denn dem Wachstum sind Grenzen gesetzt, schon allein deshalb, weil die natürlichen Ressourcen begrenzt sind.

Wachstum hat aber auch ökonomische Grenzen. Wenn sich das Wachstum der Finanzbranche von der realen Wertschöpfung abkoppelt, erzeugt das zyklische Krisen globalen Ausmaßes. Eine haben wir erlebt. Sie ist längst nicht überwunden.

Aber wo ist denn erkennbar, dass die in Aussicht gestellten Regeln wirklich umgesetzt worden wären? Wo sind denn konkrete Ergebnisse bei der Regulierung der Finanzmärkte deutlich geworden? Wo ist die Einsicht, dass Wachstum Grenzen hat? – Nichts davon ist zu sehen!

(Beifall von den GRÜNEN)

Mit dem Irrglauben an grenzenloses Wachstum bereitet man den Boden für die nächste Krise.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren, keine Wachstumsrate wird so hoch ausfallen, dass allein dadurch die aufgelaufene Staatsverschuldung beglichen werden könnte, allemal dann nicht, wenn die Einnahmen des Staates durch weitere Steuersenkungen noch zusätzlich verringert werden.

(Ralf Witzel [FDP]: Wir haben hohe Steuern, aber ein Ausgabenproblem!)

Auch das ist ein Irrglaube, der Ihnen zwar rhetorisch weiterhilft, die Steuersenkungs- und Schuldenpolitik

der neuen Bundesregierung zu verteidigen, aber faktisch hilft Ihnen das überhaupt nicht.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Beispiel Bildung: Eine Bildungsoffensive, wie wir sie vorschlagen, stärkt Chancengleichheit, Gerechtigkeit, Demokratie, sozialen Zusammenhalt und die persönliche Zukunft vieler Menschen und die Zukunft Nordrhein-Westfalens.

(Ralf Witzel [FDP]: Genau das Gegenteil!)

Im Gegensatz zu Ihrer Hauptschuloffensive, die nur unnötig Geld in ein überholtes System steckt! Da können sich die Kolleginnen und Kollegen in den Schulen noch so anstrengen: Ein Hauptschulabschluss reicht heute nicht mehr für die Jobs, die gefordert sind. Das ist die Realität. Es ist doch normal, dass die Eltern eine bessere, eine gute Bildung für ihre Kinder wollen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Also: Investitionen in Bildung mit dem Ausbau von Ganztagschulen, einem verbindlichen und qualitativ hochwertigen Angebot an frühkindlicher Betreuung und einem massiven Ausbau von Studienplätzen!

Ich will ein weiteres Thema ansprechen, ein Thema, das bei Ihnen völlig fehlt und das Ihr Reden von Heimat auch Lügen straft.

Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren, in Nordrhein-Westfalen sind 50 % der Arten auf der Roten Liste. Jede zweite Tierart ist gefährdet. Das müssen wir ändern. Deswegen müssen wir den Flächenverbrauch stoppen,

(Minister Eckhard Uhlenberg: Wer macht das denn?)

den Ökolandbau massiv ausbauen

(Minister Eckhard Uhlenberg: Wer macht das denn?)

und den Wald schützen und pflegen und hegen,

(Minister Eckhard Uhlenberg: Wer macht das denn?)

statt den Wald zu verkaufen, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Nur wenn man das auch tut, dann wird daraus ein Schuh, dann wird deutlich, dass Ökonomie und Ökologie natürlich zusammengehören. Aber bei Konflikten, die es da auch gibt, da entscheiden Sie immer gegen die Ökologie. Wir entscheiden sie zugunsten der Ökologie. Das ist der Unterschied, meine Damen und Herren.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Quatsch!)

Unsere Zukunft heißt Nachhaltigkeit. Unsere Zukunft heißt Umweltschutz und langfristige Stärkung

der Wirtschaft. Unsere Zukunft heißt nicht Wachstum ohne Rücksicht auf Verluste.

Meine Damen und Herren, zu einer guten Zukunft brauchen wir mehr soziale Gerechtigkeit. Wir müssen Kinderarmut endlich beherzt angehen. 800.000 Kinder und Jugendliche sind in Nordrhein-Westfalen von Armut betroffen. Das ist nicht akzeptabel.

Sie preisen Ihren Fonds für kostenloses Schulmittagessen für 80.000 Kinder. Wir wollen ein Recht auf ein kostenloses Mittagessen für alle bedürftigen Kinder durchsetzen, meine Damen und Herren. Was Sie machen, ist ein Notbehelf an der einen oder anderen Stelle. Wir wollen systematisch soziale Gerechtigkeit hier in unserem Land schaffen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich habe schon deutlich gemacht, wie wichtig der Ausbau und die Stärkung der Kommunen sind. Unsere Kommunen brauchen einen Rettungsschirm. Sie brauchen mehr Geld, damit sie handlungsfähig bleiben: Geld für Schwimmbäder und Theater, für gute Schulen und Kindertagesstätten, für Busse und Bahnen und attraktive Wohn- und Handelszentren. Deshalb gehört dieser Rettungsschirm ganz zentral in den Zukunftsplan, den wir auflegen müssen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Herr Papke hat eben ausgeführt, das wäre eine wunderbare Kommission gewesen, da hätte alles wunderbar gemacht werden können. – Aus unserer Sicht stimmt das nicht. Eine Zeitung hat es auch formuliert. Dort hieß es nämlich, dass die Zukunftskommission sich zur Zukunft des Schulsystems, zur Struktur des Schulsystems überhaupt nicht äußern durfte.

(Helmut Stahl [CDU]: Mit Recht!)

Ich finde es merkwürdig und bedauerlich, dass Sie von vornherein den Radius begrenzt und es nicht zugelassen haben ...

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Ich? Wie kommen Sie zu so einer Behauptung? Das ist eine Unverschämtheit!)

– Ich kann es belegen. Es steht in dem Berichtsteil zum Bildungssystem:

Die Kommission hat sich ausdrücklich nicht mit Strukturfragen des Schulsystems beschäftigt. Der Grund liegt zum Teil in der notwendigen Begrenzung unserer Thematik. Es gab allerdings auch die Auffassung, dass Fragen der Begrifflichkeit (z. B.: Hauptschule – ja oder nein?) in der Sache wenig ergiebig sind.

(Helmut Stahl [CDU]: Lesen Sie den nächsten Satz!)

Lassen Sie sich das einmal auf der Zunge zergehen: Sachen der Begrifflichkeit wie „Hauptschule: ja oder nein?“ – sagen Sie das einmal den Tausenden

von Eltern und Schülerinnen und Schülern, dass deren Wunsch,

(Zuruf von Helmut Stahl [CDU] – Gegenruf von den GRÜNEN)

nicht auf die Hauptschule, sondern auf eine alle Bildungsabschlüsse ermöglichende Schule zu gehen, eine Sache der Begrifflichkeit ist. Das zeigt doch die ganze Beschränkung, dass Ihnen dieses Thema hier nicht passt. Sonst hätten Sie den Vorschlag von Herrn Beckmann vom VBE

(Beifall von den GRÜNEN)

aufgegriffen und eine ständige Bildungskommission in Nordrhein-Westfalen eingerichtet, die das alles gründlich bearbeiten sollte.

Ja, Herr Ministerpräsident, Sie loben den Prozess der breiten Diskussion der hochrangigen Expertinnen und Experten. Das ist gut und schön und richtig. Aber wer das so hoch hängt, der muss eben auch damit rechnen, dass genau geschaut wird, ob er diese hohe Latte überspringt oder drunter bleibt.

Meine Damen und Herren, wir Grüne machen das seit 30 Jahren, Entwürfe für die Zukunft. Wir betrachten seit 30 Jahren die Realität, nehmen die Zukunft in Angriff, diskutieren mit Expertinnen und Experten und schauen, was nötig und was möglich ist. Wir schmieden an der Zukunft. Dabei trauen wir uns auch an die großen Fragen heran, entwickeln Visionen und arbeiten an ihrer Verwirklichung.

Wir halten auch Widersprüche aus; das gehört dazu. Wir klammern keine Frage aus, weil uns das irgendwer verbieten will, weil wir nicht dazu geneigt sind, weil es zu weit führt, weil wir keine Zeit haben oder weil es uns aus strategischen und taktischen Gründen nicht in den Kram passt.

Meine Damen und Herren, unser Ziel ist es, gemeinsam mit möglichst vielen Menschen ein nachhaltiges, bildungs- und sozial -gerechtes Nordrhein-Westfalen zu schaffen. Dafür machen wir Politik. Dafür werben wir um das Vertrauen der Menschen – seit 30 Jahren als Partei, seit 20 Jahren als Fraktion.

Mit unserem Entschließungsantrag laden wir Sie ein, Teil dieser Zukunftspolitik und dieser Bewegung zu werden. Machen Sie diesen Zukunftsplan zum Zukunftsplan für Nordrhein-Westfalen. Auch wenn Sie es nicht tun, setzen wir darauf, dass sich am 9. Mai immer mehr Menschen für diesen Zukunftsplan entscheiden; denn die Herzen unserer Bürgerinnen und Bürger haben längst eine grüne Mitte.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Löhrmann. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung der stellvertreten-

de Ministerpräsident, Herr Professor Dr. Pinkwart, das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ergebnisse der Zukunftskommission sollten – Zitat –

nicht als Placebo in der Schublade liegen, sondern auf dem Schreibtisch der Entscheidungsträger. Nicht Sammeltasse, sondern Werkzeug

für die Politik sein. – So hat es Bodo Hombach im vergangenen Jahr auf dem Abschlusstreffen der Kommission formuliert.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Der auch noch! Alles Wiedergänger!)

Ich möchte mich an dieser Stelle noch einmal sehr herzlich bei den Mitgliedern der Kommission für ihre exzellente Arbeit bedanken. Herr Stahl hat es angesprochen: Sie haben uns das kostbarste gegeben, was sie haben, nämlich ihre Zeit.

Ich möchte mich nicht nur herzlich für den Bericht bedanken, sondern auch für all die Gespräche, die sich daran angeschlossen haben. Und am meisten – das möchte ich hier mit hoher Anerkennung sagen – bedanke ich mich dafür, dass sie gesagt haben: Wir wollen es auch von unserer Seite nicht bei einem Bericht bewenden lassen. Wir stehen dem Land Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft mit unserem Rat zur Verfügung, damit sich diese und andere Empfehlungen verwirklichen lassen.

In Anbetracht der Persönlichkeiten, die da mitgewirkt haben, empfinde ich das auch als Kompliment an unser Land bzw. an die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Dafür möchte ich allen Mitgliedern der Kommission sehr herzlich danke sagen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben es natürlich damit zu tun – dass das nicht allen hier im Hause gefällt, ist nachvollziehbar –, dass die Kommission eine Aufnahme von Nordrhein-Westfalen vorgenommen und einen wichtigen Analyseteil vorgelegt hat. Sie hat auch Empfehlungen für das gegeben, was von diesem Land schon unternommen worden ist – nicht nur von dieser, sondern auch von Vorgängerregierungen – und wie man das weiterentwickeln kann. Dass wir als Landesregierung auch mit dem, was wir in den letzten Jahren – teilweise auch aus Arbeiten der von der alten Landesregierung eingesetzten Vorgängerkommission abgeleitet – unternommen haben, Fortschritte erzielt haben, kann für das Land nur gut sein. Dass das jetzt für die Opposition vielleicht schwer anzuerkennen ist, kann ich nachvollziehen.

Mir ist schon wichtig, deutlich zu machen, dass die Bürgerinnen und Bürger es hier nicht nur mit Empfehlungen, sondern mit einer Landesregierung zu

tun haben, die all das, was früher schon als notwendig erkannt worden ist, auch in dieser Legislaturperiode auf den Weg zu bringen versucht hat und damit ein neues Bild von Nordrhein-Westfalen entwickeln konnte. Wir als neue Landesregierung sind im Jahre 2006 mit Schwerpunktbildungen im Rahmen unserer Innovationsstrategie angetreten, indem wir klar formuliert haben: Priorität für Bildung, Forschung und Innovation; mehr Geld, mehr Freiheit und mehr Wettbewerb für die Hochschulen; auf Exzellenz setzen und die Stärken stärken, auch in der Forschungsförderung; und mehr Austausch und Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, damit aus Forschungsergebnissen auch Dienstleistung und Produkte für alle entstehen können.

Was hat die Zukunftskommission im Einzelnen zu den Themen Bildung und Innovation angemerkt? Was davon ist schon realisiert? Wo gibt es noch Handlungsbedarf?

Die Bildung insgesamt nach vorne bringen, mehr Chancen für Talente aus allen Schichten schaffen und den sogenannten Braindrain der Hochqualifizierten, also ihre Wegwanderung aus Nordrhein-Westfalen stoppen – das waren Kernanliegen der Zukunftskommission. Diese Themen hat die Kommission in Sachen Bildung besonders hervorgehoben.

Und hier sind wir in den letzten Jahren erheblich vorangekommen. Das zeigt sich schon an der finanziellen Prioritätensetzung dieser Landesregierung. Der aktuelle Bundesfinanzbericht besagt, dass gemessen am Gesamthaushalt kein anderes Bundesland – ich sehe auch Schülerinnen und Schüler auf der Tribüne; ich glaube, das ist für sie wichtig – so viel Geld für Bildung ausgibt wie Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

In dieser Legislaturperiode ist dieser Anteil von 36 auf 40,5 % gestiegen. Der Bildungsetat ist dreimal schneller gewachsen als der Gesamthaushalt des Landes. Deutlicher kann man Prioritätensetzungen für Zukunft auch im Sinne des Rates der Zukunftskommission nicht vornehmen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben die Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren verachtfacht und verbindliche Sprachtests für Vierjährige eingeführt, was vor allem den Kindern aus den sozial benachteiligten Elternhäusern hilft.

Frau Kraft, Sie haben über Einzelschicksale berichtet. Ja, die kennen wir auch. Es sind Einzelschicksale von Kindern, die nicht in der Weise wie andere haben einsteigen können, von Kindern, die aufgrund ihrer nicht vorhandenen Sprachfähigkeit schon von der ersten Unterrichtsstunde an dem

Unterricht nicht in der Weise wie andere haben folgen können und häufig dadurch gehindert waren, einen Schulabschluss zu schaffen. Wir kennen doch die negativen Bildungskarrieren: kein Schulabschluss – keine Berufsausbildung – kein Arbeitsplatz.

All das ist richtig. Aber da wende ich mich insbesondere an Sie, liebe Frau Löhrmann, die Sie ja gesagt haben, dass Sie als grüne Partei Widersprüche in besonderer Weise aushielten.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Nein, so habe ich das nicht gesagt! – Heiterkeit und Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Ja, das muss man auch können; denn es ist doch gerade dem Versagen der rot-grünen Landesregierung zuzuschreiben, dass gerade hier so wenig geschehen ist.

Frau Kraft, es ist doch nicht so, als wären erst neue Bildungsstudien zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Unter-Dreijährigen-Betreuung den Kindern helfen könnte, ihre Entwicklungspotenziale zu erschließen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ich habe Ihnen die Hoteliers doch auch erspart!)

Vielmehr war es doch so, dass im Jahr 2005 andere Bundesländer – nicht nur die neuen, sondern auch Bundesländer wie Bayern, Baden-Württemberg und Hessen – eine vielfach höhere Unter-Dreijährigen-Betreuungsrelation hatten als Nordrhein-Westfalen. Die haben die Berichte anscheinend früher gelesen, als Sie es damals getan haben.

Wir haben sie jedenfalls nicht nur gelesen, sondern wir haben auch danach gehandelt und endlich etwas dafür getan, dass in Nordrhein-Westfalen Kinder beim Start endlich faire Chancen bekommen.

(Beifall von der FDP)

Wir haben nicht 16.000 Lehrerstellen abgebaut, wie Sie es im Landeskabinett im Jahr 2004 beschlossen haben. Wir haben 8.000 zusätzliche Lehrer an die Schulen gebracht. Sie wissen, wie wichtig die Lehrer sind: Ohne sie kann der Unterricht überhaupt nicht stattfinden. Wir sind die Lehrerausbildung neu angegangen. Wir wissen um die Notwendigkeit gut ausgebildeter und motivierter Lehrerinnen und Lehrer für die Qualität des Unterrichts.

Ich bitte Sie, die Entwicklung beim Ganztags noch einmal in Form von Zahlen zur Kenntnis zu nehmen. Wir haben seit 2005 260.000 zusätzliche Ganztagsplätze geschaffen. Heute sind es insgesamt 550.000 Plätze, und wir wollen das weiter ausbauen.

Hätten Sie seinerzeit nicht alte Strukturen erhalten wollen und damit den Landeshaushalt überfordert, sondern rechtzeitig in Bildung für alle investiert, hätten wir heute viele Einzelschicksale gar nicht, von denen Sie, Frau Kraft, vorhin berichtet haben.

Das ist die Lebenswirklichkeit in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP)

Wir haben auch endlich Planungssicherheit für die Hochschulen geschaffen. Seit 2005 haben wir die Landeszuschüsse kontinuierlich gesteigert. Mittlerweile stehen den Hochschulen des Landes pro Jahr 600 Millionen € mehr zur Verfügung als im Jahr 2005. Das ist eine Steigerung um 25 %.

Wir haben ein Studienbeitragsmodell eingeführt, das von den Hochschulen eigenverantwortlich und verantwortungsvoll umgesetzt wird. Es ist das sozial verträglichste Modell aller Bundesländer.

Es wäre schön gewesen, wenn Sie an diesem Punkt wenigstens eine Bemerkung zu den Empfehlungen der Zukunftskommission gemacht hätten, die sich nämlich für Studienbeiträge ausgesprochen hat, und wenn Sie eine Antwort auf die Frage gegeben hätten, wie Sie denn die Qualitätssicherung in den Hochschulen hätten erreichen wollen, wenn, wie nach Ihren Plänen, die Budgets der Hochschulen demnächst um 10 % gekürzt worden wären, weil Sie auf die Studienbeiträge verzichtet hätten.

Frau Kraft, es wäre ein Akt der Fairness gewesen – gerade wegen der Tätigkeit, die Sie vorher für das Land ausgeübt haben –, wenn Sie aus der Bertelsmann-Studie, die Sie als besonders kritisch gegenüber den Entwicklungen im Land bezeichnet haben, andere Punkte hervorgehoben hätten. Ich finde sie gar nicht so kritisch. Da gibt es Dinge, bei denen wir besser werden müssen. Aber es sind auch sehr positive Dinge enthalten. Herr Papke hat das angesprochen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Nein, nein. – Was hier drinsteht, ist doch bemerkenswert. Hier ist deutlich geworden, dass Nordrhein-Westfalen gerade bei der Finanzierung der Hochschulen aufgeholt hat und dass wir dabei mittlerweile Rang 3 in Deutschland einnehmen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das zahlen die Studierenden!)

– Einen Moment. Das erfolgt auch mit Hilfe von Studienbeiträgen. Das wird von der Studie aber positiv hervorgehoben.

(Hannelore Kraft [SPD]: Ja, natürlich!)

Dann müssen Sie sich entscheiden: Entweder nutzen Sie Studien, um Kritik an der Landesregierung zu begründen – dann müssen Sie aber bitte auch diese Teile der Studien zur Kenntnis nehmen –, oder Sie unterlassen die Bezugnahme auf Studien. Aber man kann sich nicht nur das herausuchen, was einem gerade gefällt.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wir haben im Rahmen des Hochschulpaktes I 26.000 neue Studienplätze geschaffen. Wir haben

die Fachhochschulen mit einem MINT-Schwerpunkt auf den Weg gebracht. Im neuen Jahrzehnt stellen wir 1,3 Milliarden € für drei neue MINT-Fachhochschulen und den Ausbau acht bestehender zur Verfügung. Hinzu kommt eine neue Fachhochschule für Gesundheitsberufe.

Wir haben sichere Perspektiven für den Hochschulpakt II und damit für den doppelten Abiturjahrgang geschaffen. Ich bin der neuen Bundesregierung dankbar, dass sie jetzt auch für die vollständige Ausfinanzierung Sorge trägt, wozu die Vorgängerregierung aufgrund des Einspruchs des SPD-Bundesfinanzministers nicht in der Lage war. Als eines der ersten Länder hat Nordrhein-Westfalen den Landesanteil von insgesamt 1,8 Milliarden € fest im Haushalt eingeplant.

Seit 2005 haben wir die Investitionen in den Hochschulausbau deutlich gesteigert. 2008 lagen sie schon bei über 700 Millionen € jährlich. Wir haben auch das Hochschulmodernisierungsprogramm vorangebracht, damit wir endlich den Sanierungsstau auflösen können, den Sie ganz wesentlich mit zu verantworten haben.

(Zuruf von den GRÜNEN: Deswegen sind die Studenten auch überall auf der Straße!)

Seit 2005 haben wir die Mittel zur Förderung von Innovationen um 25 % gesteigert.

(Zuruf von den GRÜNEN: Bildungstreik!)

Wir vergeben die Gelder vor allem im Wettbewerb. Wir haben eine eigene Science-to-Business-Strategie entwickelt, damit die guten Ideen auch zur Anwendung in den Unternehmen gelangen,

(Zuruf von den GRÜNEN)

und wir haben die Möglichkeiten des Mittelstandes gestärkt, damit er an den neuen Chancen teilhaben kann.

(Beifall von der FDP)

Wir haben Schwerpunkte gebildet. Auch hier hätte ich mir gewünscht – Frau Kraft ist jetzt gegangen –, dass das zur Kenntnis genommen würde. Wir haben mit der Schwerpunktbildung auf Biotechnologie, Medizinforschung, Medizintechnik, Nano-/Mikrotechnologie sowie innovative Werkstoffe, Energie- und Umweltforschung gerade die Zukunftsthemen nicht nur Nordrhein-Westfalens, sondern auch ganz Deutschlands in den Mittelpunkt unserer Forschungsanstrengungen gerückt.

Es ist doch ein riesengroßer Erfolg, dass es der nordrhein-westfälischen Wissenschaft und Wirtschaft gelungen ist, den bundesweiten Wettbewerb um die weiße Biotechnologie zu gewinnen. Da geht es um die neuen Materialien, die man mit nachwachsenden Rohstoffen, von denen eben die Rede war, herstellen kann. Es wirkt hier eine Vielzahl von Wissenschaftlern und forschenden Unternehmen zusammen, damit wir umweltverträgliche neue Ma-

terialien schaffen können, die es uns erlauben, bei immer knapper werdenden Ressourcen auf der Welt die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts und unseren Wohlstand zu erhalten.

All das haben wir hier in den letzten Jahren mit den Menschen erreichen können. Ich wundere mich außerordentlich, dass das der Opposition bislang verborgen geblieben ist. Vielleicht ist auch der Praxistest, den Sie jetzt machen, etwas spät begonnen worden. Vielleicht hätte man sich schon ein paar Monate oder Jahre früher mit den Menschen in Nordrhein-Westfalen unterhalten müssen, um als Opposition solche Veränderungen wahrzunehmen.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das ist doch unterste Schublade!)

– Wenn hier gesagt wird, das sei ein Thema, mit dem wir uns beschäftigen müssten, während Nordrhein-Westfalen nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa auf diesem Gebiet schon eine Spitzenposition erreicht hat, muss ich mich schon fragen: Sind Sie in der Realität verortet oder nicht?

(Beifall von der FDP – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Herr Pinkwart, das ist doch nicht Ihr Niveau!)

Wir haben erreichen können, dass Nordrhein-Westfalen zwischenzeitlich eine Vielzahl neuer Spitzenforschungsinstitute im Bereich Max-Planck, Fraunhofer und von Helmholtz hat gewinnen können, aber auch Spitzenforschungsinstitute mit der Industrie. Das war ein Anliegen der Zukunftskommission.

Wenn wir uns mit Bundesländern wie Baden-Württemberg vergleichen, wo die Arbeitslosigkeit niedrig, das Wachstum und die Lebensqualität hoch sind, sowie Sachsen als Aufsteigerland unter den neuen Ländern, so sind diese Länder besonders deshalb in diese Wohlstandsposition hineingekommen, weil sie sich schnell von alten Strukturen getrennt haben. Sie haben ihre Anstrengungen auf Bildungsinvestitionen und auf Spitzenforschung gelegt und es geschafft, Wissenschaft, Wirtschaft und vor allen Dingen den Mittelstand zusammenzubringen. Das sind die Erfolgsrezepte gerade von Baden-Württemberg und Sachsen. Das sind auch Empfehlungen, die uns die Zukunftskommission gegeben hat, damit die Hochqualifizierten, die wir hier hervorbringen, bei uns im Land bleiben und mit ihren Fähigkeiten dazu beitragen, das Land reicher zu machen, damit wir jenen, denen wir helfen müssen und gerne helfen wollen, wirksamer helfen können, als das in der Vergangenheit möglich war.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben auch Erfolge erzielt, die wir quantifizieren können. Der Ministerpräsident hat dazu und zu den Fortschritten, die sich beim Aufwuchs der in Forschung und Entwicklung tätigen Beschäftigten ge-

zeigt haben, bereits vieles ausgeführt. Wir haben mit unserem Nachwuchsforscherprogramm erreichen können, Spitzenforscher nach Nordrhein-Westfalen zurückführen zu können. Ich sage Ihnen aber auch in aller Klarheit: Das muss fortgesetzt werden, wollen wir zur Stärke Nordrhein-Westfalens zurückkehren, die unser Land früher einmal ausgezeichnet hat, und wollen wir zu den bildungs- und innovationsstärksten Bundesländern aufrücken.

Dazu gehört auch, dass wir die Hochschulen für alle öffnen, die die entsprechenden Voraussetzungen mitbringen und sich einem solchen Studium stellen wollen. Mit Blick in Richtung Opposition will ich es wiederholen: Dazu ist es wichtig, dass wir allen, die das möchten, eine entsprechende Zugangsmöglichkeit eröffnen. Deswegen haben wir in Abstimmung mit der Kultusministerkonferenz auch den Weg gewählt, Handwerksmeistern und ähnlich Qualifizierten den Zugang nicht nur fachgebunden zu Fachhochschulen zu eröffnen, sondern auch zu den Universitäten in unserem Land. Dazu gehört auch, dass wir für die Fachhochschulzugangsberechtigten endlich Fachhochschulstudienplätze in dem Umfang zur Verfügung stellen, wie es für diese jungen Menschen gerecht ist.

Ich bedaure außerordentlich, dass die Vorgängerregierung gerade hier das Angebot an Fachhochschulplätzen verknappert hat und damit gerade für diejenigen Menschen im Regelfall aus Nichtakademikerelternhäusern Aufstiegschancen beschnitten hat. Auch das hat die neue Landesregierung geändert. Das ist ein wichtiger Beitrag dazu, dass wir die Akademikerquote in unserem Land weiter erhöhen können.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie ist im Übrigen bereits deutlich gestiegen. Mit 27 % liegt sie schon heute weit über dem Bundesdurchschnitt.

Was Nordrhein-Westfalen jetzt braucht, meine Damen und Herren, ist aus meiner Sicht vor allem, die Zukunftskommission ernst zu nehmen und Kurs zu halten. Weiter geht es darum, eine auskömmliche Hochschulfinanzierung zu sichern, statt sie, wie von Rot-Grün gefordert, wieder zu verschlechtern, konsequent weiter an der Qualität in der Lehre zu arbeiten.

Wir unterstützen deshalb in der nächsten Runde der Exzellenzinitiative nur diejenigen Hochschulen, die nicht nur in der Forschung exzellent sind, sondern auch in der Lehre. Wir setzen konsequent den Hochschulpakt II für die benötigten 90.000 neuen Studienplätze um. Und wir werden auch das Hochschulmodernisierungsprogramm in diesem Jahrzehnt umsetzen. Jeder, der in Nordrhein-Westfalen studieren will und dazu die Voraussetzungen mitbringt, soll und wird hier einen qualitativ hochwertigen Studienplatz erhalten.

Was Nordrhein-Westfalen jetzt braucht, das ist mehr soziale Mobilität durch mehr Gewicht für Fachhochschulen. Deshalb geben wir nicht nur mehr Geld für neue Fachhochschulen aus, sondern wir steigern auch das Angebot im Bereich des dualen Studiums und der Verbundstudiengänge und werten damit die berufliche Bildung auf.

Außerdem gehen wir den Weg eines Stipendien-systems in unserem Land weiter. Zum Wintersemester haben wir es in einem ersten Durchlauf aufgelegt. Ich freue mich darüber, dass es auch bei Privaten eine derart starke Unterstützung gefunden hat. Für mich ist ganz besonders wichtig, dass es beispielsweise an der Universität Duisburg/Essen gelungen ist, die Höhe der vom Land zur Verfügung gestellten Mittel nicht nur kofinanzieren zu können, sondern zusätzliche Stipendien von Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes einzuwerben, die gerne daran mitwirken möchten, dass jüngere Menschen bessere Aufstiegschancen haben. Dazu hätte ich auch gerne etwas von Frau Kraft oder Frau Löhmann gehört.

Bei der freundlichen Begrüßung des Rektors für die neuen Stipendiaten konnten wir feststellen, dass jeder Dritte dieser Stipendiaten einer mit Migrationshintergrund oder einem BAföG-Anspruch ist. Gerade daran zeigt sich doch, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass solche Angebote, die sich nicht an irgendwelchen ideologischen Vorgaben orientieren, sondern beim Einzelnen und seiner Befähigung ansetzen, wie Lord Dahrendorf es sagt, bei seinen Talenten, zusätzliche Chancen eröffnen, Talente in unserem Land heben können, indem wir nicht nur am Start unterschiedliche Voraussetzungen zum Ausgleich bringen, sondern indem wir anerkennen, dass gerade unsere jungen Menschen mit Migrationshintergrund riesige Potenziale in sich bergen, die es zu fördern gilt. Sie gehören genauso an die Spitze wie die anderen Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Wir tun das auch, wir zeigen das auch, und wir sagen es auch gerne.

(Beifall von CDU und FDP)

NRW braucht jetzt weiterhin Vorfahrt für Innovationen. Wir brauchen einen Ausbau der Forschung in den Zukunftsfeldern wie Energieforschung, aber auch in den neuen Lebenswissenschaften.

Lassen Sie mich das gerade mit Blick auf die Energieforschung sagen. Hier ist darüber gesprochen worden, dass wir die Solarenergie vielleicht nicht hinreichend wertschätzen. Dazu möchte ich zwei Bemerkungen machen: Eines der spannendsten Projekte der Solarenergie in der Welt wird gerade hier aus Nordrhein-Westfalen bearbeitet.

(Dietmar Brockes [FDP]: Natürlich!)

Das Thema Desert-Tec-Programm, das den ärmeren Ländern Afrikas eine Chance eröffnet, sich neue Entwicklungschancen zu erarbeiten, aber

auch die Chance bietet, für uns eine umweltfreundliche Stromversorgung in der Zukunft möglich zu machen, ist hier in Nordrhein-Westfalen von DLR, Hochschule Aachen und Forschungszentrum Jülich erarbeitet worden. Hier ist der Prototyp in Betrieb gebracht worden. Die Landesregierung, der Ministerpräsident, die Landeswirtschaftsministerin und ich unterstützen dieses Projekt, damit es wirklich zum Einsatz kommen kann, etwa in Kooperation mit den Ländern Afrikas.

Das sind Zukunftsprojekte, die hier in Nordrhein-Westfalen entstehen. Aber wir fördern durch gute Rahmenbedingungen auch die Solarindustrie, indem wir hier beste Forschungsbedingungen eröffnen, aber auch die staatlichen Förderbedingungen so ausrichten, dass unsere Industrie ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit verteidigen kann. Das Bemerkenswerte an der von Frau Kraft kritisierten staatlichen Förderung der Solarenergie ist ja,

(Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

dass die deutsche Solarindustrie von sich aus gesagt hat, die Fördersätze müssten nach unten angepasst werden, damit sie ihre Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten verteidigen könne.

(Beifall von FDP und CDU)

Sie müssen sich schon ein bisschen mit den Sachverhalten auseinandersetzen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das hört sich aber aktuell ganz anders an!)

Ich möchte ein wenig auch an Ihre globale Verantwortung appellieren. Wenn Sie sich mal mit dem Forschungsraum Nordrhein-Westfalen auseinandersetzen, aber auch mit den Unternehmen, die im Bereich der Energiewirtschaft, im Bereich des Anlagenbaus tätig sind, dann werden Sie feststellen, dass Nordrhein-Westfalen eines der führenden Länder für modernste und umweltfreundlichste Kraftwerkstechnologie in der Welt ist.

Wenn Sie sich mal anschauen, dass China etwa 70 % der Stromversorgung auf Kohle aufbaut, dann werden Sie sehen, dass es, wenn wir das Weltklima retten und dort Fortschritte haben wollen, insbesondere darum geht, auch solchen Ländern neueste Technologien zu ermöglichen.

(Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

Das, was man damit dort einsparen kann, können wir mit eigenen Anstrengungen nie erreichen.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das bestreitet doch keiner! Was tun Sie denn hier für einen Gegensatz auf? Das bestreitet doch keiner!)

– Herr Bollermann, es ist doch bemerkenswert,

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Sie bauen doch einen Gegensatz auf, der nicht da ist!)

dass es nicht die rot-grüne Landesregierung war, die ein energiepolitisches Gesamtkonzept für Nordrhein-Westfalen vorgelegt hätte, um in erheblichem Umfang CO₂ in diesem Bundesland zu reduzieren, sondern dass es diese von CDU und FDP getragene Landesregierung war und ist, die hier ein so umfassendes Konzept vorgelegt hat.

(Wolfram Kuschke [SPD]: Wer hat's erfunden?)

Wenn wir sagen, wir wollen in Nordrhein-Westfalen bis 2020 den CO₂-Ausstoß um 44 % reduzieren, damit Deutschland das ehrgeizige Ziel eines Reduktionsziels von 30 % beim CO₂-Ausstoß erreichen kann, dann hätte ich mir eigentlich von Ihrer Seite ein wenig Unterstützung versprochen,

(Beifall von FDP und CDU)

weil es der wichtigste Beitrag ist, den überhaupt ein Bundesland in Deutschland zur Senkung des CO₂-Ausstoßes unternimmt. Das ist nur durch mehr Energieeffizienz möglich, aber eben auch durch modernste Kraftwerkstechnologie; wie wir sie in Nordrhein-Westfalen erforschen, wie sie hier entwickelt wird und wie wir sie gerne auch hier im Land zum Einsatz bringen wollen. Meine Damen und Herren, ja, wir wollen diese modernste Technologie nicht nur ins Ausland exportieren. Nein, wir wollen sie auch zum Einsatz bringen.

Frau Löhrmann, ich frage Sie allen Ernstes: Wo waren Sie, als Ihre Fraktion seinerzeit bei Garzweiler II zugestimmt hat?

(Dietmar Brockes [FDP]: Ja, wo?)

Im Gegenzug wurde gesagt: Die Entscheidung kommt aber nur – ich habe Frau Höhn noch in Erinnerung –, wenn die alten Kraftwerke abgeschaltet werden.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Sie haben überhaupt nichts erreicht. Wir schalten jetzt die alten Kraftwerke ab und ersetzen sie durch neue.

(Beifall von FDP und CDU)

Das ist doch die Wirklichkeit.

(Ralf Witzel [FDP]: Der immergrüne Populismus!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir stellen uns den Zukunftschancen, indem wir umfassend Bildung, Forschung und Innovation für unser Land im Interesse der Einzelnen, im Interesse ihrer Lebensbedingungen erschließen wollen, weil wir wissen – das war wenigstens ein durchgängiger Punkt aller Beiträge –, wie wichtig Bildung für die Zukunft eines jeden Einzelnen, für seine Arbeitsfähigkeit, für die Sicherung seiner eigenen Existenz ist.

Wir schaffen diese Voraussetzungen, investieren dort hinein und versuchen, die Qualität weiter zu verbessern. Denn wir wissen auch: Es kann nicht irgendeine Bildung sein, es kann nicht irgendeine Forschung sein. Das wäre zu wenig. Wenn wir die Umwelt schützen und hohe Lebensstandards, die wir haben, sichern wollen, dann werden wir das nur tun können, wenn unser Anspruchsniveau an die Qualität von Bildung, von Forschung und von Technologie nicht ein durchschnittlicher Anspruch ist, sondern wir den Anspruch auch an uns selbst richten. Wir wollen das Land – Deutschland könnte es so formulieren: wieder – werden mit den besten Schulen und mit den besten Hochschulen in der Welt. Das muss wieder unser Anspruchsniveau sein.

Für Nordrhein-Westfalen heißt das, dass wir den Aufholprozess, den wir unternommen haben, den wir auch durch vielfältige Studien in Fakten belegt sehen, jetzt nicht zurückdrehen, wie Sie es hier zum Vorschlag bringen, sondern diesen Aufholprozess fortsetzen.

Meine Damen und Herren, das setzt voraus, dass die Prioritätensetzung stimmt: keine Sonntagsreden und kein widersprüchliches Alltagshandeln, sondern konsequente und konsistente Politik, Schwerpunktsetzung auf Bildung, Forschung und Technologie sowie die politische Kraft, das so neu Gewonnene auch in den Dienst der Menschen und ihrer Arbeit in diesem Land zu stellen.

In diesem Sinne machen wir uns gerne auf den Weg, den die Zukunftskommission gewiesen hat.

Lassen Sie mich mit Genehmigung der Präsidentin mit einem Zitat von Lord Dahrendorf schließen:

Wenn wir weiter Kurs halten auf dieses Ziel, schaffen wir eine innovative Gesellschaft, die jedem und jeder die Chancen gibt, seine und ihre Fähigkeiten zu entfalten und die gleichzeitig niemanden zurücklässt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Pinkwart. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD Kollege Eumann das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Marc Jan Eumann (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste auf der Zuschauertribüne! Zum Schluss, Herr Minister Pinkwart, wurde Ihre Rede richtig interessant. Sie sprachen davon, dass es keine Sonntagsreden geben dürfe, und Sie sprachen davon, dass es kein widersprüchliches Alltagshandeln geben dürfe. Der Ministerpräsident und auch Sie haben gerade angekündigt, Ihr Ziel sei es, 80 Millionen t CO₂ einzusparen. Ausweislich Ihres Umweltberichtes lautet Ihre Bilanz

seit dem Jahr 2005: 8 Millionen t CO₂ zusätzlich – nicht weniger, zusätzlich!

(Beifall von der SPD)

Das ist, Herr Pinkwart, widersprüchliches Handeln im Alltag, und das sind die Sonntagsreden, die Sie hier halten. Sie malen sich dieses Land schön. Sie loben, Sie lobpreisen Ihre Hochschulpolitik

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Ja, gut so!)

und verdrängen, dass 10.000 Studierende gegen Ihre Politik auf die Straße rennen, weil sie mit dem, was in den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen passiert, nicht einverstanden sind.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Pinkwart, wissen Sie, was das Sozialverträglichste für Studierende ist? Die Abschaffung von Studiengebühren, die SPD und Bündnis 90/Die Grünen am 9. Mai für dieses Land durchsetzen werden.

(Beifall von der SPD)

Nur die Abschaffung von Studiengebühren ist sozial gerecht.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Das sagt doch nichts!)

– Wie? Das sagt doch nichts? Herr Kollege, natürlich sagt es was. Sie haben Folgendes gemacht: Das Motto des Kommissionsberichtes lautet: Innovation und Solidarität. Wissen Sie, was Ihr Solidaritätsbegriff ist? Studierende zahlen in Nordrhein-Westfalen für Studierende. Und wir wollen doch deren Köpfe gewinnen, und wir wollen viele Köpfe gewinnen. Schauen Sie sich die Studie an! Die jüngste HIS-Studie sagt eindeutig: Studiengebühren schrecken vom Studium ab.

(Beifall von der SPD)

Früher haben Sie die HIS-Studie zitiert. Seitdem Ihnen die Ergebnisse nicht mehr schmecken, sagen Sie einfach: Es stimmt nicht.

(Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Das hat sich doch gar nicht verändert!)

Hier steht schwarz auf weiß: Studiengebühren schrecken vom Studium ab. Da hilft auch die Durchlässigkeit nicht weiter.

(Zuruf von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart)

– Zu dem Anfängerrekord verhält es sich doch so, dass die Zahl derjenigen, die die Möglichkeit haben, ein Studium aufzunehmen, weiter wächst, aber die Zahl derer, die es wirklich aufnehmen, wächst nicht in dem Maße, Herr Minister Pinkwart. Die Schere geht auseinander, weil Studiengebühren vom Studium abschrecken.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Eumann, entschuldigen Sie, wenn ich Sie kurz unterbreche. Kollege Kuhmichel würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen, wenn Sie die zulassen.

Marc Jan Eumann (SPD): Das lasse ich gerne zu, Herr Kollege Kuhmichel.

Manfred Kuhmichel (CDU): Lieber Herr Kollege Eumann, trifft es zu, dass die rot-grüne Koalition in der Zeit von 2000 bis 2005 ein Studienkontenmodell eingeführt hat, wobei der Finanzminister die Kasse aufhielt, um damit möglicherweise Straßenlöcher zu reparieren? Nichts blieb den Hochschulen davon über. Trifft das zu?

(Beifall von der CDU)

Marc Jan Eumann (SPD): Herr Kollege, auch diese Rhetorik, ihr Blick zurück, hilft einfach nicht weiter.

(Lachen von CDU und FDP)

Sie sind in der Vergangenheit verhaftet. Sie haben das Problem, Sie sind immer noch in der Oppositionsrhetorik, dass wir 39 Jahre regiert haben. Das Problem dieses Landes sind nicht die 39 Jahre SPD, sondern die fünf Jahre CDU und FDP. Darüber, Herr Kollege Kuhmichel, müssen wir in diesem Parlament streiten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Lachen von CDU und FDP)

Sie schaffen ein System, in dem Studierende für Studierende bezahlen. Sie schaffen ein System, in dem Menschen vom Studium abgeschreckt werden. Sie schaffen ein System, Herr Kollege Kuhmichel, in dem vor allem Frauen sich scheuen, ein Studium aufzunehmen, weil sie Angst vor dem Schuldenberg haben, der ihnen erwächst.

(Beifall von der SPD)

Schauen Sie gelegentlich in die Gutachten hinein! Dann wissen Sie, dass das die Wirklichkeit im Leben junger Menschen ist. Meine Kollegin Kraft hat ausdrücklich gesagt, dass diejenigen, die Sie in Unsicherheit lassen, nicht diejenigen sind, die die Zeit und das Geld haben, dann eine Familie zu gründen und Kinder zu bekommen.

Ich will ein weiteres Beispiel nennen, das der Herr Ministerpräsident heute als großen Erfolg der nordrhein-westfälischen Politik mit Blick auf die Berliner Koalitionsverhandlungen beschrieben hat: die Überleitung des Erfolgsmodells Ihres Stipendiensystems. – Damit verhält es sich ungefähr genauso wie mit der Durchlässigkeit in Ihrem Schulsystem. Von dem Stipendiensystem in Nordrhein-Westfalen profitieren exakt 1.400 Stipendiatinnen und Stipendiaten. Das sind 0,3 % der Studierenden. Das ist Ihre vermeintliche Art von Solidarität. Man kann noch nicht

einmal von einem Tropfen auf den heißen Stein sprechen. Dieses Stipendiensystem verdient seinen Namen nicht. Es erreicht viel zu wenig.

(Zuruf von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart)

– Ja, das erzähle ich den jungen Leuten an den Hochschulen. Machen Sie sich keine Sorgen! Die erzählen uns übrigens auch, was an den Hochschulen los ist und was bei Ihnen mit der Umstellung von Bachelor und Master nicht funktioniert. Es ist doch auch eine Konsequenz Ihres vermeintlichen Hochschulfreiheitsgesetzes, dass Sie hier die Synchronisierung nicht richtig hinbekommen.

(Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Das stimmt doch gar nicht!)

– Herr Pinkwart, Studierende streiken gegen Ihre Politik. Das stimmt.

(Zuruf von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart)

Sie können ein weiteres Beispiel – Stichwort: Turbo-Abitur – nennen. Auch das gelingt Ihnen nicht. Niemand sagt etwas gegen die Schulzeitverkürzung.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie sagen ständig etwas dagegen!)

Das, was schief läuft, ist, wie die Umsetzung in diesem Land erfolgt. Das können andere Länder besser.

Auch das Stichwort Solidarität greife ich gerne auf. Was hält eine Gesellschaft zusammen? In wenigen Wochen bekommen Viertklässler in Nordrhein-Westfalen Zeugnisse. Auf diesen Zeugnissen steht, welche Schulform diese Kinder – acht, neun, zehn Jahre alt – besuchen dürfen. Die Entscheidung über diese Empfehlung haben dank Ihrer Politik eben nicht solidarisch Eltern mit Lehrerinnen und Lehrern getroffen, sondern Sie haben diese Verantwortung ausschließlich den Lehrerinnen und Lehrern übertragen. Das ist das Gegenteil von Solidarität in Nordrhein-Westfalen und das Gegenteil von Akzeptanz des Elterwillens!

(Beifall von der SPD – Unruhe und Zurufe von CDU und FDP)

– Natürlich ist es so! – Sie wissen genau, was in den Schulen und den Elterpflegschaften an dieser Stelle los ist.

Ich komme jetzt zum Bereich Innovation. Herr Papke hat sehr deutlich gesagt, was er unter „innovativ“ versteht, nämlich die Renaissance der Kernenergie. Meine Damen und Herren, wer die Bilder aus dem Zwischenlager Asse kennt, weiß, was die Verseuchung der Erde mit Atommüll für Generation um Generation bedeutet, und wer heute, an diesem Tag, der Renaissance der Kernenergie das Wort redet, der – das sage ich selten – versündigt sich tatsächlich an Nachfolgenerationen.

(Ralf Witzel [FDP]: Oh!)

Das ist wirklich ein Umgang mit der Schöpfung, den Sie nicht verantworten können, wenn Sie diese Bilder bewerten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Durch die Verlängerung der Laufzeiten gefährden Sie natürlich auch die Innovation im Bereich erneuerbare Energien, im Bereich der Kraftwerkserneuerung. Das ist wirklich kein Innovationsmotor, sondern Sie sind mit dieser Politik Innovationsbremse Nr. 1, meine Damen und Herren.

Was brauchen wir? – Wir brauchen ökologische Leitmärkte, wir brauchen Effizienztechnologie, wir brauchen umweltgerechte Mobilitätstechnologie. Das sind Technologiefelder, auf denen wir in Nordrhein-Westfalen punkten können. Aber Sie haben mit Ihrer – man muss es so nennen – talibanösen Politik gegen Windkraftträder auch hier eine Form von Innovationsbremse installiert, die Arbeitsplätze vernichtet. Herr Pinkwart, Sie haben einen Widerspruch aufgebaut, der keiner ist. Wir sind stolz darauf, dass wir in diesem Bereich technologisch vorne liegen. Aber dazu haben Sie keinen substanziellen Beitrag geleistet. Im Gegenteil, beim Thema Windkraft sind Sie diejenigen, die gebremst haben.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Meine Damen und Herren, „Solidarität“ und „Innovation“ sind in der Tat wichtige Begriffe. Die Sozialdemokraten haben in ihrem Landtagswahlprogramm für die Jahre 2010 bis 2015 genau den Zusammenhalt beschrieben, dass wir durch Innovation Nordrhein-Westfalen solidarisch gestalten wollen. Da hilft nicht der Blick zurück, sondern es hilft der Blick nach vorne. Und wenn heute eines deutlich geworden ist, meine Damen und Herren, dann das, dass Ministerpräsident Jürgen Rüttgers dieses Land vielleicht verwaltet, aber dass eine Ministerpräsidentin Hannelore Kraft eine Vision für dieses Land hat und dieses Land gestalten will.

(Lachen von CDU und FDP – Zuruf von der CDU: Wer war das?)

– Hochmut, liebe Kolleginnen und Kollegen der Noch-Regierungsfraktionen, kommt vor dem Fall. Wir sehen uns am 9. Mai. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Eumann. – Für die CDU-Fraktion spricht nun die Kollegin Milz.

Andrea Milz (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit es die Menschheit gibt, gibt es Träume, Vorstellungen und Erwartungen über und an unser Leben und auch an unsere Zukunft. Ich bin sicher, dass jeder von uns – ob in seiner Kindheit oder in späteren Jahren, animiert

durch ein Buch oder einen Film – mindestens einmal in seinem Leben von einer Zeitreise geträumt hat. Warum dieser Vergleich? – „Das ist doch reine Fiktion“, mögen Sie jetzt sagen, „und hat mit der Realität nicht viel zu tun“. Ja, das stimmt. Dennoch beflügeln Zukunftsträume und Zukunftsvorstellungen unsere Phantasie.

Nun ist es mit der Phantasie nicht bei jedem gleichgestellt. Ich nehme als Beispiel den Beitrag von Frau Löhrmann. Sie hat die Rede des Ministerpräsidenten kritisiert, es hätte drei Puzzleteile gegeben, die man nicht zu einem Bild zusammensetzen könne. Es kommt natürlich auf die Reihenfolge an, in der man die Puzzelteile zusammensetzt. Wenn ich Regierungshandeln und die Erfahrungen nehme, um dann, in einem zweiten Schritt, das Puzzleteil Zukunftskommission zu legen und zu schauen, welche Anstöße mir gegeben werden, dann kann ich im dritten Schritt ein Puzzleteil legen, in dem ich Visionen für die Zukunft entwickle. Dazu – auch das ist hier kritisiert worden – muss ich natürlich Fragen stellen dürfen. Ich brauche Fragen, um auf Antworten zu kommen. Unabhängig davon, ob diese Fragen einen abschreckenden Charakter haben oder ob sie uns ins Schwärmen versetzen: Sie regen zum Denken an und erinnern uns vor allen Dingen daran, dass es eben nicht nur das Hier und Heute gibt, sondern auch ein Morgen, ein Übermorgen, ein nächstes Jahrzehnt und auch ein nächstes Jahrhundert.

Genau an dieser Stelle möchte ich auf die heutige Debatte und den Abschlussbericht zu sprechen kommen. Hier haben sich Menschen mit einer spannenden Mischung aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik auf eine Art Zukunftsreise begeben. Ich fand zwei Dinge ungewöhnlich, aber auch sehr ansprechend gelungen. Zum einen ist es die Wortwahl der zentralen Frage, wie wir im Jahr 2025 leben wollen. Mit diesem zunächst unwesentlich erscheinenden Wort „wollen“ verdeutlicht man einen nicht unwesentlichen positiven Anreiz. Das heißt, wir haben es selbst in der Hand, welche Weichen wir für unsere Zukunft stellen. Im Ergebnis stellt sich dann eine interessante Vorausschau auf unsere Gesellschaft von morgen dar. Zum anderen finde ich es auch sehr förderlich, dass der Abschlussbericht sowie die Formulierung der sogenannten kritischen Fragen keine Art Handbuch für die Gesellschaft darstellen oder auch kein Wahlprogramm sein sollen, sondern ein sinnvoller Anstoß für gesellschaftliche Debatten.

Eine dieser Debatten ist uns allen mittlerweile bekannt, nämlich dass sich die demografischen und ökonomischen Rahmenbedingungen in unserem Land verändert haben und sich in den nächsten Jahren weiterhin bedeutend verändern werden. Bei diesem Befund dürfen wir es natürlich nicht belassen. Um Nordrhein-Westfalen zukunftsfähig zu machen, müssen wir frühzeitig wissen, was zu tun ist und wie es zu tun ist. Heute sind alle Lebensphasen

auch Bildungsphasen. Um die damit verbundenen politischen Schlussfolgerungen zu ziehen und die Konsequenzen zu gestalten, sind die zahlreichen Empfehlungen der Zukunftskommission sehr wertvoll. Einige Punkte bestätigen unseren eingeschlagenen Weg, andere lenken unseren Blick aber auch in neue Richtungen. Der demografische Wandel hat viele Gesichter. Um ihn erfolgreich gestalten zu können, müssen sich sowohl die Ballungszentren unseres Landes als auch die ländlichen Räume den Herausforderungen stellen sowie die Chancen und gleichzeitig die Risiken erkennen.

Die ländlichen Räume sind in besonderer Weise betroffen. Gerade junge Menschen, die für ihre Ausbildung ihre Heimat verlassen, kehren oftmals nicht dorthin zurück. Sie finden Karrieremöglichkeiten in hoch qualifizierten Jobs häufig eher in den Städten. Die Folge ist eine zunehmende Überalterung der Bevölkerung im ländlichen Raum und eine Abnahme der dortigen Siedlungsdichte. Ballungszentren und ländliche Regionen gehören aber untrennbar zur Identität unseres Landes. Gemeinsam geben sie ihm sein unverwechselbares Gesicht und bieten eine hohe Lebensqualität, die wir auch in einem bereits eingesetzten Wandlungsprozess erhalten wollen.

Zu dieser Lebensqualität gehört ebenso ein intensiver Dialog zwischen den Generationen, der den Zusammenhalt unserer Gesellschaft überhaupt erst ermöglicht. Wir alle können und müssen darauf Einfluss nehmen, dass negative, nicht zeitgemäße und ungerechtfertigte Bilder vom Alter, aber auch von der Jugend aus den Köpfen einiger Unbelehrbarer verschwinden. Negative Beurteilungen und unwürdige Behandlungen von Menschen nur aufgrund ihres Lebensalters sind zu verhindern. Wir werden alle alt, und wir waren alle jung. Gemeinsam müssen wir daran arbeiten, dass beide Potenziale nicht ungenutzt bleiben. Da sind wir uns mit der Zukunftskommission einig.

Einig bin ich auch – ich sage bewusst „ich“ – mit den Aussagen zu den Potenzialen von Frauen. Niemand kann es sich leisten – die Gesellschaft nicht, die Politik nicht und die Unternehmen nicht –, diese Potenziale als nebensächlich zu betrachten.

(Beifall von der CDU)

Um den Wünschen und berechtigten Ansprüchen von Frauen nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf Rechnung zu tragen, gilt es, Erwerbsarbeit familienintegrierend zu gestalten. Zudem wird man oder auch Mann – groß geschrieben – nicht mehr lange verhindern können, dass Frauen mit hoher Berufsqualifikation die oberen Karriereetagen oder Aufsichtsratsmandate erobern.

Wenden wir uns anderen Themenbereichen zu, finden wir auch dort Übereinstimmungen in unse-

rer politischen Schwerpunktsetzung für mehr Chancen, mehr Gerechtigkeit und mehr Bildung mit den Empfehlungen der Kommission.

Der qualitative und quantitative Ausbau unserer Betreuungsangebote für die Kleinsten hat Vorfahrt, und dies wird sich auch in Zukunft fortsetzen.

Die Kommission empfiehlt eine bessere Beteiligung der Eltern und formuliert am Ende ihrer Zeitreise, also im Jahr 2025 – ich zitiere –: „An die Stelle des einstigen Nebeneinanders trat ein stärkeres Miteinander von privater und öffentlicher Erziehung und Bildung.“

Ich stimme der Kommission voll und ganz zu, dass wir die Partnerschaft von Eltern und Pädagogen noch offensiver unterstützen müssen.

(Beifall von der CDU)

Die bereits realisierten Familienzentren – das sind keine Visionen mehr – machen sehr deutlich, wie unerlässlich und erfolgreich eine innovative Vernetzung von Kompetenzen ist. Nur wenn wirklich jedes Kind im Mittelpunkt steht, können wir ihm das Rüstzeug vermitteln, welches es im Leben braucht. Grundwissen, Lernbereitschaft und -fähigkeit und das Zusammenspiel mit anderen, davon werden alle – sozial stark oder schwach, in Deutschland geboren oder zugezogen – profitieren. Für Kinder und Eltern mit Migrationshintergrund ist gerade die Kita zudem oftmals ein leichter Weg, direkt mit ihren Nachbarn in Kontakt zu kommen und dort ihre Sprache zu lernen.

Die Zukunftskommission spricht hier von Müttern und Vätern als dem Schlüssel zur Integration. Egal, ob wir von sozialer oder kultureller Integration sprechen, auch hier stimme ich zu und sehe trotz aller Erfolge noch einen langen Weg vor uns; denn nur wenn alle an Bildungs- und Arbeitsmarktchancen teilhaben, gelingt ein fruchtbares Zusammenwachsen der verschiedenen Kulturen.

Leider endet hier meine Zeit, die mir für diese Zeitreise zur Verfügung steht. So bleibt es mir nur noch, den Mitgliedern der Kommission für die Denkanstöße herzlich zu danken und uns allen zu wünschen, dass wir im Interesse unserer Nachkommen gute Ergebnisse erzielen. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Milz. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Herr Priggen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist schon spannend. Herr Stahl hat von der Hefe kluger unabhängiger Geister, die man zu Hilfe ziehen soll, gesprochen. Als ich das erste Mal gehört habe, dass der Minister-

präsident eine Zukunftskommission eingesetzt hat, habe ich gedacht: Es wird spannend sein, zu lesen, was dort herauskommt, vor allen Dingen weil sie in einer Zeit gearbeitet hat, in der wir ganz andere interessante Gutachten vorliegen hatten. Ich erinnere an den Report von Sir Nicholas Stern, der 2006 erschien, der die Diskussion zum IPCC-Report beflügelt hat, den Bericht des Weltklimarates, der dann 2007 kam und im gesamten politischen Raum die erste grundlegende Diskussion darüber eröffnet hat, was tatsächlich mit dem Weltklima passiert.

Wenn man sich den Bericht der Zukunftskommission ansieht – ich will jetzt speziell für den Energiebereich sprechen –, dann stellt man fest, dass bestimmte Teile schon skurril sind. Ich zitiere aus der Arbeitsgruppe 3, die sich mit Energie beschäftigt hat. Dort steht unter der Überschrift „Ein Tag im Jahr 2025, ein guter Tag für NRW“: „Im Braunkohlegebiet zwischen Köln und Aachen erfolgt der erste Spatenstich für den ersten kommerziellen Fusionsreaktor der Welt.“ – In 15 Jahren. „Das Demokraftwerk ist doppelt so groß wie sein Prototyp und soll bis zu 2 Gigawatt elektrische Leistung liefern, ...“ – Also zwei große Kohlekraftwerksblöcke als Fusionsreaktor.

Wenn man einmal nachschaut, wie der Stand bei diesem Reaktortyp tatsächlich ist, dann halten es die Forscher für gelungen, wenn der erste kommerzielle Fusionsreaktor 2050/2060 zur Verfügung steht. Es geht beim Fusionsreaktor darum, bei Temperaturen von rund 100 Millionen Grad Wasserstoffatome zu schmelzen und daraus Energie zu gewinnen. In Cadarache in Frankreich wird europaweit am ersten Versuchsreaktor gearbeitet. Wenn man die Vision hat, 2025 als erster einen solchen Reaktor im rheinischen Braunkohlerevier zu haben – Herr Großmann von RWE war ja Mitglied in der Zukunftskommission für den Energiebereich –, und gleichzeitig weiß, was in der Braunkohle läuft, dann kann ich Ihnen dazu nur meine grüne Vision für 2025 vorstellen: Diese wäre, dass im rheinischen Braunkohlerevier ganz erfolgreich der letzte Braunkohleblock mit trockener Braunkohle befeuert wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Bis heute, 2010, wird dort klatschnasse Braunkohle mit 60 % Wasseranteil in den Kesseln verfeuert. Wenn man es schaffen würde, in 15 Jahren, das, was da steht, endlich mit trockener Braunkohle zu befeuern, und das, was an Abwärme ungenutzt in die Landschaft verstreicht, zu nutzen, um nicht mehr nasse Kohle einsetzen zu müssen, dann wäre das wirklich eine visionäre Leistung im rheinischen Braunkohlerevier. Alles andere ist Wolkschieberei und Spinnerei, um es ganz klar auf den Punkt zu bringen. Das hat mit einer Zukunftsvision für NRW nichts zu tun.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ein weiterer Punkt, den ich gerne aus diesem Bericht, dem Bericht des Vorsitzenden, zitieren will, ist die Frage: Warum nicht Kernkraft fortentwickeln und als Energiequelle weiternutzen? Das sind die beiden wichtigen Punkte im Energiebereich für NRW im Bericht der Zukunftskommission 2025. Das hat aber mit der Realität nichts zu tun, weil niemand glaubt, dass es für Nordrhein-Westfalen in 15 Jahren irgendeine Rolle spielen wird, auch vor dem Hintergrund der heutigen Situation.

Deswegen war ich ganz gespannt, als ich gehört habe, der Ministerpräsident hält eine Regierungserklärung zu dem Thema, zu einem Bericht, der im April letzten Jahres vorgelegt wurde.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das Ganze – Frau Löhrmann hat das schon richtig gesagt; das kann man auch ganz nüchtern einordnen – ist ein Teil der Öffentlichkeitskampagne. Wenn man uns an der Stelle erzählt, der Wahlkampf fängt erst im April an, dann wissen wir, die Realität sieht anders aus. Jetzt wird dieser Bericht im Prinzip nur noch vermarktet. Normalerweise hätte man ja die Kommission auch eingeladen. So haben wir das in den Enquetekommissionen gemacht. Die Leute, mit denen man gearbeitet hat, werden eingeladen und man diskutiert mit ihnen über den Bericht. Das wird hier gar nicht gemacht, weil es ja nur eine Vermarktungsaktion ist.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wenn man sich die Rede des Ministerpräsidenten ansieht – das Manuskript ist verteilt worden –, dann stellt man fest, dass von dem, was zur Energiepolitik im Kommissionsbericht steht, dort gar nichts auftaucht. Das ist ja ganz interessant.

Der Lord Dahrendorf wird rauf und runter zitiert. Der taucht im Energieteil nicht auf. Dann fängt die Rede des Ministerpräsidenten zu dem Bereich Energie mit folgenden Worten an: Vor kurzem war ich in Abu Dhabi. Ich war fasziniert von der visionären Ökostadt Masdar City, konzipiert von Sir Norman Foster. – Ich sage dann immer: Reisen bildet. Aber ich war vor Kurzem in Lemgo.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Da muss ich sagen: Das, was da geschaffen worden ist, ist visionär. Das ist eine normale 40.000-Einwohner-Stadt in Nordrhein-Westfalen, kein Burj al Arab, Tausend Meter hoch, sondern zwei-, dreigeschossige Häuser, wenn es hoch kommt. Aber 73 % Kraft-Wärme-Kopplung in der Stromversorgung und Wärmepreise, die unter den Gaspreisen liegen – das ist eine Leistung, das ist visionär.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Richtig!)

Und ich war in Oerlinghausen, gar nicht weit weg. Die haben hervorragende Stadtwerke; Peter Blome ist der Geschäftsführer. Die haben in Oerling-

hausen Nahwärmenetze; das ist eine typische Ein- und Zweifamilienhausgegend. Von Peter Blome stammt der Spruch: Kraft-Wärme-Kopplung, Nahwärmenetze sind Häuserkampf. Da muss man die Hausbesitzer gewinnen, man muss sie von den Angeboten überzeugen.

Wenn man dann weiterfährt durchs Land, nicht zu Lord Dahrendorf, sondern von mir aus zu Lord Kubendorff oder Landrat Kubendorff, der Landrat des Kreises Steinfurt, dann erfährt man: Die haben das Ziel, 2050 energieautark zu sein.

(Prof. Dr. Thomas Sternberg [CDU]: CDU!)

So, wie die unterwegs sind, glaube ich, dass die das im Kreis Steinfurt auch schaffen, wenn man sich anguckt, was die machen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn man dann im Kreis Steinfurt nach Saerbeck geht, nicht nach Abu Dhabi, dann erlebt man, dass alle vernünftigen Parteien im Rat den Bürgermeister bei dem Ziel, Saerbeck 2030 energieunabhängig zu machen, inklusive Treibstoffproduktion und allem, was dazu gehört, unterstützen. Das sind hervorragende Beispiele. Da muss ich mir nicht irgendwelche Wolkenkratzer im arabischen Raum anschauen; das kann ich in NRW sehen.

Ein weiteres Beispiel ist Münster. Das Gebäudemanagement ebenso die Stadtwerke der Stadt Münster liefern seit Jahren eine hervorragende, exzellente Arbeit in dem Bemühen, Münster ökologisch nach vorne zu bringen. Auch im Verkehrsbereich gibt es eine ganz tolle Bilanz.

(Prof. Dr. Thomas Sternberg [CDU]: Das ist die richtige Regierung!)

– Das ist ja das Verrückte. Wir kommen gleich noch zu ein paar weiteren Bilanzbetrachtungen.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Da sage ich als Münsteraner: Das stimmt nicht!)

Wenn ich jetzt nach Rheinberg gehe und mir ansehe, welches Ziel die Verwaltung und der Bürgermeister dort hinsichtlich der Gebäudesanierung haben, dann sage ich: Das ist ein richtiger Vorstoß. Das gibt es ja nicht nur in Westfalen.

Auch die Trianel und das Gebäudemanagement in Aachen sind hervorragende Wege, wo man zusammen wirklich etwas schafft. Das sind keine Visionen wie in Masdar City. Der Ministerpräsident wird ja von manchen politisch als Reinkarnation von Johannes Rau gesehen. Als ich das mit dem Burj al Arab gelesen habe, habe ich mich gefragt, ob er jetzt nach vier Jahren als Reinkarnation von Wolfgang Clement kommt. – Bitte nicht. Bitte bleiben Sie an der Stelle bodenständig und gucken Sie, was in Nordrhein-Westfalen ist.

Dann will ich aber eine Sache ganz klar sagen: Ich glaube, Sie sind politisch falsch unterwegs. Auf

Seite 20 des Skripts des Ministerpräsidenten – und er hat das eben auch wortwörtlich gesagt – steht:

Wir werden zusammen mit den großen Unternehmen der Energiewirtschaft und mit führenden wissenschaftlichen Instituten wie dem Wuppertal Institut für Umwelt, Klima und Energie an einem Konzept arbeiten, wie die Stadt der Zukunft in einer ökologischen Industrieregion aussehen kann.

Alle, die ich eben aufgezählt habe, Lemgo, Oerlinghausen und auch alle anderen, können das nur als Drohung empfinden. Ich verstehe überhaupt nicht, dass die Landesregierung sagt: Mit den großen Energieversorgern werden wir die Stadt der Zukunft bauen. In so eine Zukunftskommission hätten Lemgo, Oerlinghausen, Saerbeck, Steinfurt, Münster und Aachen gehört und nicht Herr Großmann von RWE, wenn wir die Städte ökologisch orientieren wollen. Das wäre das Richtige gewesen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Und die werden es an der Stelle als Drohung empfinden. Das richtige Zukunftskonzept für 2025 wäre gewesen: Wir wollen 50 % des Altgebäudebestandes in den nächsten 15 Jahren energetisch sanieren. Das wäre das richtige Signal gewesen.

(Beifall von den GRÜNEN)

In Kooperation mit dem Handwerk, mit dem Baugewerbe würden wir sichere Beschäftigung schaffen, sicher für die Baugewerbe, die in den nächsten Jahren in die Knie gehen werden, weil die Kommunen das Geld nicht mehr so wie in der Vergangenheit ausgeben können.

Einfach als Bilanzbetrachtung: Nordrhein-Westfalen gibt etwa 10 bis 12 Milliarden € im Jahr für Öl- und Gasimporte im Jahr zum Heizen und Fahren aus. Wenn wir es schaffen würden, in den nächsten 15 Jahren die Hälfte des Gebäudebestandes zu sanieren, vor allen Dingen die großen Mietwohnungsbestände, dann würden wir auch aus sozialpolitischer Sicht die Mietnebenkosten senken,

(Beifall von den GRÜNEN)

und wir würden nicht mehr 3 bis 4 Milliarden € für Öl und Gas ins Ausland liefern müssen. Das wäre visionär und revolutionär. Wir wären dann auch der Ort in der Bundesrepublik, wo neues Bauen, wo neue Technologie entwickelt würde, und wir könnten die Technik und das Know-how auch verkaufen.

Sie fordern, wir sollten uns zum Chemiestandort bekennen. Ich habe zwar ein Problem mit Bekenntnissen. Aber wissen Sie, was in der Sache das richtige Bekenntnis wäre? – Ein solches ambitioniertes Programm zur Gebäudesanierung! Schließlich würde das bedeuten, dass die Grundstoffe dafür, nämlich bestehende und zu entwickelnde Dämmmaterialien, aus der Chemieindustrie kämen. Dann hätten Sie auch die IG BCE an Ihrer Seite. Mit einer solchen Programmatik könn-

ten wir in der Praxis viel besser ein Bekenntnis zur Chemieindustrie als wichtigem Partner in der Frage der ökologischen energetischen Modernisierung ableisten als nur mit reinen Lippenbekenntnissen.

Ein wirklich visionäres Zukunftskonzept gerade für die Metropole Ruhr wäre doch gewesen: Wir wollen das, was in Lemgo heute Alltag ist, bis 2025 im Ruhrgebiet zum Standard machen.

(Beifall von den GRÜNEN)

In Lemgo gibt es – das muss man sich einmal vorstellen – 73 % Kraft-Wärme-Kopplung. Das Ruhrgebiet hat 10 %. Dort machen wir doch etwas Absurdes. Im gesamten Ruhrgebiet ist der Gebäudebestand aufgrund der Nachkriegsbauten energetisch schlechter als anderswo in der Bundesrepublik. Dieses Ruhrgebiet umstellen wir – das soll ja weiter gemacht werden – mit einem Kranz von Kraftwerken, die alle 60 % der Energie verschwenden und in die Umgebung abgeben. Innerhalb dieses Kranzes beheizen wir alle Gebäude mit importiertem russischem Erdgas. Das ist energetisch, ökologisch und ökonomisch ein einziger Unsinn.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die bisher 10 % in der Metropole Ruhr nach Lemgoer Vorbild zu 73 % zu machen, ist der beste Anwendungsraum dafür. Das wäre etwas, was nach vorne geht. So etwas schaffen Sie aber nicht mit den großen Energieversorgern. Das kriegen Sie mit Stadtwerken, Mittelständlern, Handwerksunternehmen und der Gebäudewirtschaft hin. Auf genau diesen Weg müssten wir kommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn wir eine Zukunftskommission fragen, wie NRW in den Jahren ab 2025 aussehen sollte, wäre es doch notwendig – ich spreche nur für diesen Bereich –, die Diskussion um Ressourcenverknappung und Klimaschutz in einer ganz anderen Größenordnung zu führen. Der Bundespräsident hat in seiner letzten Berliner Rede von der Notwendigkeit einer ökologischen industriellen Revolution gesprochen. Damit hat er völlig recht.

Was müssen wir tun? Die Bundeskanzlerin – Parteivorsitzende des Ministerpräsidenten – sagt, dass wir unsere Emissionen bis 2050 um 80 % reduzieren müssen. In 40 Jahren brauchen wir also einen Rückgang um 80 %.

Bestimmte Bereiche können wir nicht gegen null bringen; denn es gibt prozessbedingte Emissionen, die man nicht wegbekommt. Wir können die Stahlindustrie zwar optimieren, kriegen sie aber nicht emissionsfrei. Wir können Chemie, Zementherstellung, Landwirtschaft und Verkehr optimieren und dort Energie besser einsetzen und einsparen, bekommen diese Bereiche aber nicht emissionsfrei. Wir werden also Restemissionen haben.

Andere Bereiche können wir allerdings emissionsfrei bekommen. Das müssen wir schaffen. Bei den Gebäuden ist das am allereinfachsten. In zehn Jahren dürfen Neubauten – das schreibt die EU vor – nur noch als Passivhäuser gebaut werden. In den drei Dekaden danach werden wir auch den Bestand umstellen müssen. Insofern ist das das Mögliche. Das Gleiche gilt für den Verkehr und die Stromerzeugung.

Es wäre wirklich visionär und revolutionär, dazu die Etappen über die nächsten Dekaden aufzuzeigen. Ich kann nur sagen: Wenn es wirklich eine Zukunftskommission sein sollte und nicht nur um Propaganda ging, dann hat diese Kommission zumindest im Energiebereich völlig versagt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Vorstellung von einer Zukunftskommission nach dem 9. Mai dieses Jahres wäre Folgende: Es wird sie geben, meinerwegen speziell für den Energiebereich. An dieser Zukunftskommission sind die Stadtwerke Lemgo, Landrat Kubendorff und andere beteiligt. Dann diskutieren wir, wie wir diese ökologische industrielle Revolution in Nordrhein-Westfalen in den Städten hinbekommen und die Metropole Ruhr zu einem Vorzeigeprojekt machen können.

Bei dieser Zukunftskommission sind auch die IG BCE, die Chemieindustrie und vor allen Dingen das Handwerk dabei; denn das sind diejenigen, die uns an dieser Stelle nach vorne bringen. Es sind nicht Herr Großmann und die RWE. Die sind – das ist leider die bittere Bilanz – an dieser Stelle eher hinderlich, als dass sie förderlich wären.

Insofern appelliere ich an Sie: Lassen Sie uns daran arbeiten, dass wir nach dem 9. Mai 2010 eine solche Zukunftskommission einsetzen können – nur für ein halbes Jahr und nicht für die nächste Landtagswahl, sondern mit Ergebnissen noch in diesem Jahr, die wir dann umsetzen –, anstatt lediglich mit Verspätung hier ein bisschen Weihrauch in die Landschaft zu schütten. – Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Priggen. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich mir hier die Redner der SPD anhöre, kann ich Ihnen nur empfehlen, etwas intensiver darauf zu hören, wie sich Ihr Parteifreund Helmut Schmidt zum Thema Visionen äußert –

(Markus Töns [SPD]: Da sind Sie ja der Richtige!)

nicht weil das meine Haltung wäre, sondern weil ich glaube, dass Sie Ihrer Fraktionsvorsitzenden, die sich leider schon einem Großteil dieser Debatte entzogen hat,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wie lange ist denn der Ministerpräsident schon weg? Wer hat sich denn bei Ihnen entzogen?)

auch den Beiträgen all derer, die ihr direkt auf ihre Ausführungen erwidert haben,

(Markus Töns [SPD]: Schauen Sie sich doch einmal bei Ihnen um!)

dann eine große kognitive Dissonanz am 9. Mai dieses Jahres ersparen. Eine solche kognitive Dissonanz kann langfristige Auswirkungen haben. Deshalb wäre es wahrscheinlich gut, mit etwas mehr Realitätssinn an die Dinge heranzugehen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Koalition der Schwafler!)

Frau Löhrmann, was Sie hier als Horrorliste grüner Deindustrialisierungspolitik zulasten des Industrielandes Nordrhein-Westfalen vorgetragen haben,

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Oh!)

bestärkt uns einmal mehr darin, dass wir als Liberale alles dafür tun werden, dass Sie in diesem Land nie wieder Verantwortung übernehmen werden.

(Beifall von der FDP – Markus Töns [SPD]: Wenn Sie das sagen!)

Sie profilieren sich hier, wenn ich es höflich formuliere, bestenfalls als Redenschreiberin für Dennis Meadows vom Club of Rome – mit dem, was Sie hier in Ihren Zwischenbemerkungen zum Staatsverständnis geäußert haben, aber doch am besten lieber gleich für Erich Honecker.

(Wolfram Kuschke [SPD]: Was?)

Unser Staat hat ein Ausgabenproblem und kein Einnahmenproblem. Schauen Sie sich die Entwicklung der letzten Jahre an. Die Einnahmen sind relativ konstant, und die Ausgaben explodieren hier.

(Markus Töns [SPD]: Der Hunger treibt so manchen zum Wahnsinn!)

Frau Löhrmann, dann haben Sie auch wieder Ihr Lieblingsfeindbild der Hotelbesitzer bemüht –

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Oh!)

als seien sie so etwas wie der moderne Staatsfeind Nr. 1 für unser Land. Dieses Feindbild bereitet Ihnen wohl ein ganz besonderes Vergnügen.

Und was ist die Wahrheit? – Die Wahrheit ist, dass der frühere Ministerpräsident Steinbrück nach seiner Abwahl in Nordrhein-Westfalen in seiner Eigenschaft als Bundesfinanzminister mit der EU ausgehandelt hat,

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das scheint ja getroffen zu haben! Warum rechtfertigt er sich sonst die ganze Zeit?)

dass es im Rahmen der Steuerverordnungen für die Hotellerie und Gastronomie europaweit in Absprache ermäßigte Tarife gibt. 21 von 27 Ländern in der EU haben diese Option wahrgenommen.

Sie müssten dankbar dafür sein, dass in Nordrhein-Westfalen demnächst nicht mehr Hotels, gerade viele kleine und mittlere Hotels, ihre Pforten schließen müssen. Wir sind doch mitten im europäischen Wettbewerb. Wir sind in Deutschland nicht isoliert, sondern haben mehrere europäische Nachbarn. Sie müssten dankbar dafür sein, dass wir hier die Wettbewerbsfähigkeit an dieser Stelle entsprechend erhöhen.

(André Stinka [SPD]: So ein Quatsch!)

Das, was dieser allgemeinen europäischen Entwicklung entspricht, als Klientelpolitik hinzustellen, ist geradezu absurd.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Kollege, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Kuschke. Wollen Sie die zulassen?

Ralf Witzel (FDP): Herr Kuschke darf mich immer und jederzeit alles fragen.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte schön, Herr Kuschke!

Wolfram Kuschke (SPD): Vielen Dank, Herr Kollege! Ich bitte um Nachsicht, dass ich Ihr rhetorisches Schaulaufen für die Position des Generalsekretärs kurz unterbreche. Ist Ihnen bekannt, dass Bundesfinanzminister Steinbrück in der Tat dort eine Möglichkeit eröffnet hat? Sie stellen das Ganze ja so dar, als sei es eine Verpflichtung für die Bundesregierung gewesen, das umzusetzen. Ist Ihnen dieser Unterschied bekannt?

Ralf Witzel (FDP): Herr Kuschke, Ihre erste Vorbemerkung entbehrt jeder Grundlage. Was Ihre fachliche Anfrage angeht: Selbstverständlich. Sie sehen allein an der Logik, dass es sich nicht um eine Verpflichtung handelt, wenn ich sage: Nach meinem aktuellen Kenntnisstand haben 21 von 27 Ländern in der EU von der Neuregelung Gebrauch gemacht, dass hier ausdrücklich als enumerativer Tatbestand Hotellerie und Gastronomie für ermäßigte harmonisierte Steuersätze in Europa vorgesehen wurden. Ich habe ausdrücklich gesagt: 21 von 27 Ländern haben das wahrgenommen. Daraus können Sie in der Logik entnehmen, Herr Kuschke, dass es nicht alle gemacht haben. Eine rechtliche Verpflichtung zur Umsetzung gab es nicht. Sonst hätte das ja

auch viel früher von Schwarz-Rot in Angriff genommen werden müssen.

Aber es ist der allgemeine Trend in Europa. Deshalb stellt sich für ein Bundesland, das mit seiner Fläche, seiner Einwohneranzahl und seiner geographischen Lage eine eigene, selbstbewusste Region in Europa mit der Größe vieler anderer europäischer Staaten ist, natürlich die Frage, das umzusetzen. Gerade Nordrhein-Westfalen profitiert davon, viel mehr als andere Bundesländer, die eine reine Binnenlandlage innerhalb Deutschlands haben.

Wenn man dann von Steuergeschenken spricht – das haben die Grünen gern gemacht, von der SPD hört man das auch –, dann zeigt das, was für ein Verständnis von entmündigten Vasallen eines Obrigkeitstaates dahinter steckt. Der Verzicht auf Steuern mit erdrosselnder Wirkung, die viele in die Pleite getrieben haben in den letzten Jahren, ist dann ein Steuergeschenk. Für mich muss man erst einmal rechtfertigen, warum man, wenn man selber hart arbeitet, vieles von dem selbst Erwirtschafteten beim Staat lassen muss.

(Beifall von Holger Ellerbrock [FDP])

Wenn sich der Staat an einer Stelle einmal etwas bescheidener verhält – das als Geschenk darzustellen ...

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

– Eine Steuer, Herr Remmel, ist das, was der Staat den Bürgern nimmt, nicht das, was er ihnen gibt. Das ist ansonsten ein Sozialtransfer, nur einmal von der Begrifflichkeit her.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Was ist denn für Sie der Staat?)

– Ich sage Ihnen, Herr Remmel, auf die Frage „Was ist der Staat? Was ist unser Staatsverständnis“ – das geht weit über den Punkt der Steuergerechtigkeit hinaus –: Für uns ist der starke Staat der Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert, der gerade deshalb in der Bürgerschaft eine hohe Akzeptanz hat, und eben nicht der Vollkaskostaat, der meint, jede Ritze des persönlichen Lebens regeln zu müssen, alles quotieren zu müssen, überall Taburichter zu installieren, die den Menschen sagen, was sie am besten machen müssen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das sind Sprechblasen!)

Das ist unser freiheitliches Verständnis von einem starken Staat, den wir wollen, einem starken Staat, der diese Akzeptanz innerhalb der Gesellschaft entsprechend auch hat.

(Wolfram Kuschke [SPD]: Jetzt haben wir es rausgekitzelt!)

Deshalb sage ich Ihnen, Herr Remmel, ausdrücklich – da ist ein fundamentaler Unterschied zwischen Grünen und FDP –: Nur mit Freiheit kann man Staat

machen. Sie sehen das immer anders. Deshalb sind wir in dieser Frage ja auch regelmäßig im Dialog.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

– Frau Löhrmann, da Sie sich in diese Debatte per Zuruf dankenswerterweise einschalten: Sie haben hier eben beispielhaft agiert und dokumentiert, wie man Ideologie am Beispiel der Bildungspolitik wirklich auf die Spitze treiben kann. Sie reden immer nur über Schulformen und deren Abgrenzung und gar nicht über Abschlüsse und Kompetenzen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ich rede über Kinder!)

– Frau Löhrmann, dann sollten Sie Bildungspolitik einmal vom Kind her denken

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das tue ich!)

und nicht vom Schulsystem her. Das ist eine systemische Frage, die Sie seit Jahren belastet und umtreibt. Es ist schon fast manisch. Frau Löhrmann, wenn ein Kind eine Hauptschule in Nordrhein-Westfalen besucht, dann wird es von Ihnen dafür kritisiert.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Nein! Alle anderen haben mich richtig verstanden, nur Sie verstehen mich falsch!)

Sie äußern sich sehr abfällig darüber. Sie stehen hier zusammen mit Frau Beer und sagen: Dieses Kind scheitert im Leben. Und wenn das gleiche Kind mit den gleichen Kenntnissen eine Schule besucht, an der ein Schild „Gesamtschule“ hängt und dort dasselbe lernt, denselben Hauptschulabschluss macht, dann ist das auf einmal ein gutes Kind, weil es ja die Gesamtschule besucht hat.

(Beifall von der CDU)

Es erwirbt aber dort denselben Hauptschulabschluss, Frau Löhrmann. Es hat mit der Durchlässigkeit des nordrhein-westfälischen Bildungswesens zu tun, dass es die Chance bietet, an der Hauptschule auch die Fachoberschulreife erreichen zu können,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Warum schicken Sie dann Ihre Kinder nicht dahin?)

und dass in der Gesamtschule alle unterschiedlichen Abschlüsse vorgehalten werden. Wir müssen an dieser Stelle auf Kompetenzen schauen und nicht auf Türschilder, die an einzelnen Schulgebäuden hängen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Lächerlich!)

Das hat ansonsten keine sachliche Fundierung.

Zu der Arbeit der Zukunftskommission: Es gibt vieles, was uns ausdrücklich freut. Viele Stichworte wurden genannt: das liberale Bürgergeldmodell als Anspruch der Kommission, zu einer Harmonisierung zu kommen, zu einem einheitlichen Steuertransfer-system, die Frage, wie wir mit unseren Kindertages-

stätten umgehen, allgemeine Beitragsfreiheit für Einrichtungen, eine Stärkung der frühkindlichen Bildung, das Ganze verbunden mit einer Qualifizierungsoffensive, auch höherwertige Abschlüsse für das Kita-Personal, für die Erzieher dort.

Wir haben den Anspruch, mehr Aufstieg zu organisieren, insbesondere auch für diejenigen, die sich nach ihrer Schulzeit entschlossen haben, zunächst einmal in berufliche Ausbildung zu gehen, für Handwerksmeister – all das, was wir in dieser Legislaturperiode entsprechend umsetzen. Es ist unser Anspruch, diese ganz persönlichen, aber auch für unser Land insgesamt wichtigen Aufstiegsprozesse zu organisieren. Jedem, der in Nordrhein-Westfalen Hand anlegt und nicht nur Hand aufhält, soll es künftig besser gehen. Und für diese Politik treten wir ein.

All die Instrumente, die von der Zukunftskommission vorgeschlagen werden, sind uns dafür sehr willkommen, gerade im Bereich der Innovation, bei Forschung und Entwicklung, beim Innovationsfonds. Auch über das Stipendiensystem wurde gesprochen.

Was mir sehr wichtig ist, weil es das Bild in der Kontrastierung von rot-grüner Politik auf der einen Seite und schwarz-gelber auf der anderen Seite zeichnet, ist das Rückkehrprogramm. Zu Zeiten von Rot-Grün haben exzellente Leute, Vordenker, gute Wissenschaftler, intelligente, produktive und innovative Köpfe unser Land verlassen. Sie sind ins Ausland geflohen, weil Sie sich hier in den realen Arbeitsbedingungen nicht unterstützt gefühlt haben.

(Thomas Trampe-Brinkmann [SPD]: Sie sind hier geblieben!)

Wir holen diese Leistungsträger jetzt für unser Land zurück, um zukünftig Innovation, Fortschritt, Wachstum und Stabilität für Nordrhein-Westfalen zu organisieren.

(Beifall von der FDP)

Das sind die Bilder, die wir in diesem Land vorfinden und auf die man nicht oft genug verweisen kann.

All das, was Sie als Opposition zur Studienfinanzierung vorgetragen haben, finden Sie durch den Bericht der Zukunftskommission ausdrücklich nicht bestätigt. Darin werden gerade Studienbeiträge als gerecht und wirtschaftlich sinnvoll bewertet, um zusätzliche Ressourcen zu mobilisieren.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

– Frau Löhrmann, über Hamburg würde ich im Bereich der Bildungspolitik lieber nicht reden. Da gibt es Volksaufstände. Gegen die grüne Bildungspolitik einer grünen Bildungssenatorin unterschreiben Hunderttausende von Hamburgern. Sie sagen, den Systembruch, der hier geschieht, lassen wir uns

nicht länger bieten. Auf die Auseinandersetzung gerade mit grüner Bildungspolitik in Hamburg freue mich ausdrücklich.

Ich würde mit Ihnen aber lieber nicht über rückwärtsgewandte Themen, sondern über Modernisierungsthemen sprechen,

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

zum Beispiel auch über die Perspektiven der Stammzellforschung, Frau Löhrmann, die die Zukunftskommission ausdrücklich anspricht und die für eine zukunftsgerichtete Debatte auch gesehen werden muss.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Über Energiepolitik und die Notwendigkeit von Kernenergie am Energiemix ist bereits gesprochen worden.

Sie bemühen so gerne die Bertelsmann-Studie. Dazu ist zwar schon einiges gesagt worden, aber noch längst nicht zu all den Dingen, die hier falsch dargestellt worden sind. Es ist noch eine Korrektur an der einen oder anderen Stelle notwendig. Uns liegt sehr daran, die Bertelsmann-Studie sachgerecht und differenziert auszuwerten, Frau Löhrmann. Es gibt Hinweise darauf, wo wir zukünftig noch besser werden können. Aber es gibt auch viele Falschdarstellungen durch die Opposition.

Deshalb macht es Sinn, einmal zu schauen, was in der Bertelsmann-Studie steht. Ich zitiere aus dem NRW-Teil. Auf Seite 201 ff. wird berichtet:

Das bundesweit höchste Aktivitätsniveau Wirtschaftswachstum lässt hoffen, dass NRW die aktuelle Wachstumsschwäche überwinden und seine gute Platzierung im Aktivitätsbereich Einkommen verteidigen kann.

Es heißt weiter:

Die Finanzkraft der nordrhein-westfälischen Kommunen ist deutlich größer als in weniger dezentral organisierten Bundesländern. Mit 63,2 % ist der Anteil der kommunalen Einnahmen am Gesamtbudget des Landes mit Abstand der höchste im Bundesgebiet. Dort gibt es einen Länderdurchschnitt von 40,8 %. Um den untergeordneten Gebietskörperschaften auch in Zeiten einer weltweiten Wirtschaftskrise den Rücken zu stärken, gewährt ihnen die Landesregierung eine bessere finanzielle Ausstattung. Rund 84 % der 2,84 Milliarden € aus dem Konjunkturpaket II sollen an die Städte und Gemeinden gehen. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung, da die Kommunen die Gegebenheiten vor Ort am besten kennen und einschätzen können, wie sie ihre Mittel am effizientesten einsetzen.

Dann geht es weiter:

Die Bemühungen der Landesregierung, die Rahmenbedingungen für Innovationen zu verbessern, sind bereits sichtbar. Im Zielgrößenbereich Beschäf-

tigung liegt NRW mit 5,86 Punkten in der Gruppe der erfolgreichsten Länder. Viele ausländische wie heimische Firmen loben den Standort NRW wegen der guten Vernetzung sowie der Qualität von Wissenschaft und Forschung. Den Universitäten als Keimzellen für Forschung und Innovation kommt im Prozess des strukturellen Wandels NRWs zum technologieorientierten Standort eine wichtige Bedeutung zu. Um die Rahmenbedingungen dafür besser zu gestalten, will das Land zukünftig seine Forschungsinfrastruktur weiter ausbauen.

Dann wird referiert, was passiert: Konjunkturpaket II, 33 NRW-Hochschulen mit angegliederten universitären Forschungseinrichtungen sind betroffen, 8 Milliarden € für Hochschulmodernisierungsprogramme, Hochschulfreiheitsgesetz usw.

Im Bereich der inneren Sicherheit rangieren wir im vorderen Mittelfeld. Darüber lesen Sie:

Obwohl NRW mit dem Ruhrgebiet und der Rheinschiene die höchste Großstadtdichte sowie den höchsten Bevölkerungsanteil in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern aufweist, liegen hier 12 der 20 sichersten Städte bundesweit. In Wuppertal und Bielefeld wurde 2007 die niedrigste Kriminalitätsrate unter Deutschlands größten Städten registriert. Die nordrhein-westfälische Polizei setzt dabei auf „Fahnden statt verwalten“ und auf in Brennpunkten angesiedelte kriminalpräventive Gremien und Netzwerke.

Und so weiter, und so fort. Sie können das alles sehr viel detaillierter nachlesen. Bemerkenswert ist aber vor allem die Abrechnung mit der SPD-Politik, die Sie darin finden. Gegen Ende des NRW-Kapitels steht:

Der einstige Montanriese hat sich noch nicht vollständig von der Subventionslast des Bergbaus befreit. Doch es herrscht Aufbruchstimmung. Positive Entwicklungen wie der expandierende Dienstleistungsbereich in Düsseldorf oder die florierende Logistikbranche um den Düsseldorfer Binnenhafen sind nicht zu übersehen. Viel zu lange hat das Land in die Vergangenheit „investiert“. So wurde Nordrhein-Westfalen durch Subventionen ausgebremst, die in den Steinkohlebergbau flossen und den Strukturwandel behinderten. NRW als einstiges Zentrum der Schwerindustrie scheint aber die größte Hürde zur Hightech-Region genommen zu haben. Beispiel dafür sind erfolgreiche Logistikprojekte wie logport I und logport II.

Gerade die Kontrastierung zwischen vergangenheitsorientierter SPD-Politik mit der Verantwortungszuweisung, wer eigentlich in der letzten Legislaturperiode als Person im Wissenschaftsbereich für all die hier aufgelisteten Versäumnisse die Verantwortung übernommen hat – niemand anderes als Hannelore Kraft –, ist schon sehr instruktiv. Wenn Sie sich auf der Basis viel für die Zukunft erhoffen,

dann können wir ganz beruhigt die Dinge weiter betrachten.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Witzel, ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass Sie Ihre Redezeit schon um fünf Minuten überzogen haben.

Ralf Witzel (FDP): Wir hatten doch ein Überziehungskontingent aufgrund der Redezeit der Landesregierung.

Präsidentin Regina van Dinther: Da ergibt sich ein Plus, ja.

Ralf Witzel (FDP): Ich habe aber auch nur noch eine überschaubare Anzahl von anzusprechenden Punkten.

Es gibt in dieser Bertelsmann-Studie in der Tat auch kritische Aussagen. Es gehört zu jeder sachgerechten Debatte, dass man auf diese Punkte eingeht, aber auch aufklärt. In diesem Bericht steht auf Seite 214 ff.:

Ebenfalls dringender Handlungsbedarf steht beim Wirkungsfaktor erteilte Unterrichtsstunden je Schüler, wo das Land seit Jahren den letzten Platz belegt. Diesen letzten Platz hat Schwarz-Gelb im Jahr 2005 nach dem Politikwechsel von der rot-grünen Vorgängerregierung aufgrund ihrer jahrelangen Tradition geerbt. Das ist richtig.

Wir haben ein System mit etwa 150.000 Vollzeitlehrerstellen zur Unterrichtung unserer Kinder im Bildungsbereich. Selbst enorme Neueinstellungszahlen im vierstelligen Bereich können nicht all das aufholen, was von Rot-Grün durch eine Politik unterlassener Einstellungen über all die Jahre an Sünden für die Zukunft angerichtet worden ist. Die rot-grünen Relationswerte waren in all den Jahren querbeet über alle Schulformen, Schulstufen und Altersjahrgänge in jeder bundesweiten Statistik immer die schlechtesten.

Wir haben hier den Aufholprozess angetreten. Aber auch wenn wir auf einem guten Weg sind: Wir sind noch nicht am Ziel. Das macht es erforderlich, dass wir unsere Politik der Verbesserungen im Bildungsbereich fortsetzen. Sonst könnten es auch andere machen. Es ist wichtig, dass wir unsere Politik weiter umsetzen können.

Natürlich muss man die statistischen Daten des Jahres 2007 auch in den richtigen Kontext einordnen. Das haben wir gemacht und gefragt: Wie kommen einige der Relationswerte im Zusammenhang mit der Frage, wie viel Unterricht erteilt wird, zustande? Guckt man mal hinter die Kulissen, stellt man bemerkenswerterweise fest: Es ist richtig, dass nordrhein-westfälische Schüler im Jahr 2007 auch deshalb weniger Unterricht erteilt be-

kommen haben als Schüler anderer Bundesländer, weil Nordrhein-Westfalen unter Rot-Grün in der letzten Legislaturperiode den Trend hin zu Schulzeitverkürzungsmodellen verschlafen und das Abitur nach zwölf Jahren nicht schon frühzeitiger beschlossen hat und weil andere Bundesländer der Vergleichsgruppe in den Jahren zuvor längst begonnen hatten, die Stunden aus höheren Jahrgängen nach vorne zu verlagern, um insgesamt den kürzeren Bildungsgang zu organisieren, und somit einen Stundenaufwachs haben. Wir mit dem alten „G9“-Modell und der pro Jahrgang niedrigeren Stundenzahl werden also verglichen mit denen, die schon eine entsprechende Unterrichtsverdichtung haben, weil aus höheren Jahrgängen Unterrichtskontingente bereits vorgezogen worden sind.

Und noch etwas, was man der Opposition nicht oft genug sagen kann: Sie haben zu Zeiten rot-grüner Mangelbewirtschaftung im Bildungsbereich einen für uns fatalen Scheck zulasten der Zukunft gezogen, nämlich durch all das, was Sie an Vorgriffstellen organisiert haben. Sie haben mehrere tausend Stellen geschaffen, die wir mit dem heutigen Haushalt finanzieren müssen, die aber nicht unmittelbar unterrichtswirksam werden. Das sind nachträgliche Rückvergütungen für das, was Sie zu den Zeiten, als die Unterrichtskontingente angefallen sind, als die Unterrichtsstunden in den Schulen gebraucht worden sind, an Lehrereinsatz organisiert, aber nicht bezahlt haben, weil Sie den Wechsel auf die Zukunft gezogen haben.

Wenn Sie dann scheinheilig hier stehen und sagen: „Nicht bei jeder Lehrerstelle, die der Haushalt 2010 finanziert, wird die Unterrichtswirksamkeit unmittelbar sichtbar“, dann haben Sie recht, weil wir nämlich Ihre Schulden bezahlen müssen, weil wir heute Haushaltsmittel für eine vierstellige Anzahl von Stellen aufbringen, die keinem Unterrichtsäquivalent entsprechen; denn es handelt sich um Schulden, die wir aufgrund Ihrer Mangelverwaltung in der letzten Legislaturperiode heute zu bezahlen haben.

(Beifall von der FDP)

Ich würde es mir sehr wünschen, Frau Löhrmann, wenn Sie das in den Bildungsdebatten über all die Relationen, die wir anstellen, ehrlicherweise auch einmal erwähnen würden.

Dann heißt es – um einen zweiten Vorwurf der Bertelsmann-Studie aufzugreifen –, das Sparverhalten der Landesregierung wirke sich kontraproduktiv auf die Gewinnung von Lehrkräften aus. So wurde Ende 2006 der Tarifvertrag für angestellte Lehrer geändert, wodurch die Besoldung geringer und die Verbeamtungsregeln strenger wurden. – Auch das ist, wenn man es für sich nimmt, völlig unzutreffend. Das zeigt zudem, dass Sie die Bertelsmann-Studie nicht als Steinbruch benutzen dürfen, aus dem man immer nur die einzelnen

Halbsätze herauspickt, die einem politisch gerade passen. Vielmehr muss man diese Zahlen in den richtigen Kontext stellen.

Der neue Tarifvertrag TV-L gilt nämlich nicht für NRW alleine, es ist kein NRW-Spezifikum, sondern eine bundesweite Umstellung gewesen. Gerade Nordrhein-Westfalen hat den TV-L in Abstimmung mit dem Finanzministerium bei der Neueinstellung von Lehrkräften, insbesondere um Lehrermangel aufzufangen, sehr großzügig ausgelegt. Sie wissen das aus all den Debatten, die wir auch im Bildungsausschuss dazu gehabt haben: Im Regelfall wird auch die Stufe 4 gewährt; wir haben die Verbeamtungsgrenze auf 40 Jahre erhöht – nicht weil wir der Auffassung wären, dass ein Lehrer deshalb besseren Unterricht macht, weil er verbeamtet ist, sondern weil wir im Wettbewerb der Bundesländer zusehen müssen, dass wir nicht ins Hintertreffen geraten. – All das haben wir gemacht.

Die Landesregierung hat von diesem Parlament einen Landeshaushalt genehmigt bekommen, der in den Jahren 2005 bis 2010 um 2 Milliarden € angewachsen ist. Das sind immerhin schlappe 17 %. Kein anderes Bundesland in ganz Deutschland hat diese Zuwachsrate im Bildungssystem zu verzeichnen.

Auch im bundesweiten Bildungsfinanzbericht zeigt ein Vergleich der Bundesländer: Kein anderes Bundesland zahlt über 40 % seines Gesamthaushalts für Bildung, so wie das in Nordrhein-Westfalen der Fall ist: für den schulischen Teil, für Innovationen, für die berufliche Bildung, für die Weiterbildung und mit einem Riesenschub – 1,2 Milliarden €, das haben wir noch nie gehabt – für frühkindliche Bildung, weil wir früh anfangen wollen, Kinder in unserem Land mit Sprachförderung vorzubereiten, um ihnen reale Chancen und das nötige Rüstzeug für die Schule zu geben.

Kein anderes Bundesland – wegen der Größe Nordrhein-Westfalens ohnehin nicht in absoluten Zahlen, aber auch nicht relativ betrachtet – hat so wie Nordrhein-Westfalen 11.000 neue Stellen ausgebracht, nämlich 3.000 Lehramtsanwärterstellen und über 8.100 zusätzliche Planstellen im Landeshaushalt 2010.

(Beifall von der FDP)

Sie als Opposition sollten sich heute entschuldigen für das, was Sie uns vor fünf Jahren vorgeworfen haben. Wir haben hier in der gesamten 13. Wahlperiode gesagt: Wenn man eine Abwägung trifft zwischen dem, was zur Verbesserung der Bildung notwendig ist, und dem, was haushalterisch leistbar ist, dann kann man davon ausgehen, dass 8.000 Stellen helfen würden. Bei 6.000 Schulen, die wir in Nordrhein-Westfalen haben, bekommt dann jede Schule – je nach Größe – eine, anderthalb oder zwei Stellen zusätzlich, insbesondere dann, wenn die Schülerzahlen zurück-

gehen und wir uns darauf verständigen, Demografiegewinne nicht 1:1 abzuschmelzen.

Das haben Sie abgelehnt. Das haben Sie karikiert. Sie haben gesagt, das sei unseriös und keine Regierung würde das jemals tun. Alles sei unfinanzierbar. Nach Ihrer Logik war das so. Denn Sie haben die Stellen im Bildungsbereich so gerechnet: Wenn es einen Rückgang der Schülerzahlen gibt, behalten wir die bundesweit höchsten und somit schlechtesten Versorgungsrelationen bei, und ein Rückgang der Schülerzahlen bedeutet für uns eine effektive Ersparnis.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: FDP-Muppet-Show!)

Das Ganze nennen Sie euphemistisch Demografiegewinn, und so sind Sie auf die 16.000 Stellen gekommen, die Sie hier zulasten der Kinder in Nordrhein-Westfalen einsparen wollten. Sie wollten minus 16.000 Stellen. Wir haben plus 8.100 Stellen. Das macht ein Delta von über 24.000 Stellen aus.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Die einzige Belastung für die Kinder ist die FDP!)

Auf diese Debatte freue ich mich mit Ihnen, die wir in den nächsten dreieinhalb Monaten

(Beifall von der FDP)

sehr gerne in unserem Land austragen können.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: FDP-Muppet-Show!)

Nordrhein-Westfalen hat seit 2005 durch die Beschlüsse der Koalition der Erneuerung

(Zurufe von SPD und GRÜNEN: Oh!)

mehr als 30.000 junge Lehrer in den Schuldienst in Nordrhein-Westfalen eingestellt. Auch diese Zahl wird logischerweise von keinem anderen Bundesland erreicht. Allein im letzten Jahr wurden in Nordrhein-Westfalen mehr als 8.000 Lehrer eingestellt. Natürlich gab es auch altersbedingte Abgänge; das ist klar. Im Nettosaldo sind es die 8.100 Stellen bis zum Jahr 2010. Dafür müssen wir uns nirgendwo verstecken. Damit können wir uns überall sehen lassen.

(Beifall von der FDP)

Uns liegt es daran, dass wir das Bildungswesen ordentlich ausstatten,

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

dass wir mit Blick auf die Ressourcen zu einer vernünftigen Versorgung kommen. Denn wir wissen: „Fördern und Fordern“ ist Leitlinie unserer Politik.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Fördern von Hoteliers!)

Wir müssen jungen Menschen erklären, dass wir etwas fordern, dass wir etwas von ihnen verlangen, dass sie sich anstrengen und dass sie die Ärmel

hochkrepeln müssen. Wir wissen allerdings auch, dass wir dafür vonseiten der öffentlichen Hand die Ressourcen zur Verfügung stellen, die notwendig ist, um eine individuelle Förderung zu ermöglichen.

Das ist unser Verständnis, unsere Philosophie von einem schlanken, handlungsfähigen Staat, dass wir uns auf die Kernaufgaben konzentrieren, wozu selbstverständlich erheblich mehr Investitionen in den Bereich der Bildungsinfrastruktur gehören. Dafür müssen wir uns in anderen Bereichen entsprechend bescheidener verhalten.

Eine letzte Bemerkung zu dem, was Sie damals als rot-grüne Vorgängerregierung von Ihrem sogenannten Zukunftsrat so sehr ins Stammbuch geschrieben bekommen haben: Bildungschancen und soziale Herkunft hängen in keinem anderen Bundesland so voneinander ab wie in Nordrhein-Westfalen.

Genau hier haben wir einen Schwerpunkt gesetzt. Wir haben all das, was Sie an Stellen für Sozialarbeiter, für Schulpsychologen festgesetzt haben,

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

entfristet und auf Dauer im System gelassen. Die ersten Lehrerneueinstellungen erfolgten nach dem Sozialindex, wo wir bewusst gesagt haben: Wir gehen mit höheren Relationswerten dahin, wo Kinder in besonderer Weise diese besondere Zuwendung brauchen. Diesen Kurs werden wir fortsetzen. Es ist modern und gut für unser Land, und zwar nicht nur bis zum 9. Mai, sondern mit hoher Sicherheit auch darüber hinaus. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Witzel. – Als Nächster hat der Abgeordnete Sagel das Wort.

Rüdiger Sagel¹⁾ (fraktionslos): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Muss ich mich jetzt eigentlich dafür bedanken, dass ich nach fünf Stunden hier jetzt auch einmal als Linker etwas zu der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten sagen darf?

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wenn du das Mandat nicht geklaut hättest, wärst du vielleicht schon vorher dran gewesen!)

Ich möchte auch feststellen – das geht an CDU und FDP –, dass sich der Ministerpräsident mittlerweile aus der Debatte verabschiedet hat. Was ist das für ein unwürdiges Demokratieverständnis, bei der parlamentarischen Diskussion seiner eigenen Regierungserklärung nicht bis zum Ende anwesend zu sein! Das ist schon ein sehr merkwürdiges Verständnis der Landesregierung. Ich kann nur feststellen: So verkommt das Parlament zum Polittheater.

(Beifall von Karl Schultheis [SPD])

Die Zukunft in Nordrhein-Westfalen ist so schwarz wie ein Kohlenkeller, wenn diese CDU/FDP-Landesregierung weiterhin das Land regiert. Am 9. Mai ist aber Abpfiff – da bin ich mir sicher –, und dieses grauenhafte Spiel hier in Nordrhein-Westfalen wird endlich beendet. Dafür steht die Linke.

Nur eines hat diese Rüttgers-Regierung in fünf Jahren wirklich geschafft: Rekordschulden anzuhäufen wie keine Regierung je zuvor. Übertroffen wird ihre Bilanz nur noch von der gerade amtierenden Bundesregierung in Berlin. Der „Kahle Ast der Verschuldung“ in Nordrhein-Westfalen mit 130 Milliarden € Gesamtverschuldung wird in Berlin sogar noch getoppt. „Koalition auf Pump“ – so titelt die „Süddeutsche Zeitung“:

Bis zum Ende der Legislaturperiode wird die Koalition Angestellten, Beamten, Rentnern, Arbeitslosen, Kranken, Familien, Kulturfreunden ... einiges zumuten müssen.

Und selbst die konservative „FAZ“ schreibt über CDU und FDP unter dem Titel „Ohne Konzept“, dass Finanzminister Schäuble nur Andeutungen macht, wohin die Reise geht. Gemeint sind wohl Einschnitte in Leistungsgesetze. – So weit zwei führende Zeitungen hier in der Bundesrepublik.

Das ist auch kein Wunder bei einer Rekordneverschuldung von 86 Milliarden € und einer wahnsinnigen FDP, die immer noch Steuergeschenke verspricht, für die sie selbst Konservative für verrückt erklären – und nicht nur Konservative.

In Nordrhein-Westfalen hat Finanzminister Linssen genau wie Innenminister Wolf zwei Verfassungsklagen vor dem Gerichtshof in Münster verloren. In Nordrhein-Westfalen sitzen die Verfassungsgegner auf der Regierungsbank.

(Lachen von Ralf Witzel [FDP])

„Privat vor Staat“, diese Ideologie von der radikalen FDP immer wieder gefordert, wird von der CDU hier in Nordrhein-Westfalen eiskalt mit vollstreckt. Die Abschaffung des Staats, „Privat vor Staat“ – das ist verfassungsfeindlich.

(Beifall von den GRÜNEN – Johannes Rempel [GRÜNE]: Genau!)

Die Realität sieht so aus: Sie kürzen, und Sie werden nach dem 9. Mai weiter kürzen – auf allen Ebenen. Sie kürzen aber vor allem im sozialen Bereich. Da kürzen Sie bereits jetzt im Land, und Sie kürzen in den Kommunen.

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist eine Unverschämtheit! – Gegenruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das müssen Sie gerade sagen!)

– Sind Sie von der FDP fertig, oder möchten Sie vielleicht noch mehr Redezeit? Wir haben uns Ihren Unsinn hier lange genug angehört.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das stimmt!)

In Nordrhein-Westfalen haben Sie die Hilfen zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Kindertagesstätten komplett gestrichen. Sie haben die Zuschüsse für Frauenhäuser gekürzt, sodass diese durchgängig zu wenige Mitarbeiterinnen haben. Sie haben die Zuschüsse für die Obdachlosenhilfe gestrichen. 130 Arbeitslosenberatungsstellen wurden geschlossen, weil Sie die Zuschüsse gestrichen haben, und auch in den Kommunen wird gestrichen, was der Rotstift hergibt.

Sie alleine haben jedem Bürger weitere 700 € Schulden aufgebürdet.

Noch einer Ihrer Verdienste: vorletzter Platz im bundesweiten Bildungsranking. Das ist das Ergebnis Ihrer verfehlten Bildungspolitik.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Was war denn vorher bei Ihnen?)

Trotz Studiengebühren kommen nirgendwo mehr Studierende auf einen Lehrenden als in Nordrhein-Westfalen.

Ebenso ist es bei den Schulen. Wir haben eine Schulministerin, die ihre eigenen Zahlen nicht lesen kann. Die Klassen sind größer geworden. Wir haben 6,4 % Schulabbrecher. 6,7 % der Schulabgänger bekommen keinen Ausbildungsplatz. Das ist Ihre Bilanz. In der Schule wären Sie durchgefallen, und das werden Sie auch bei der Wahl im Mai in NRW.

Die Kommunen sind blank wegen Ihrer Politik. Politik auf Kosten anderer – das ist Ihre Bilanz. Es ist eine kalte und zynische Politik, die Sie hier in NRW vollstrecken.

Sie sind dabei in der Gesellschaft Ihresgleichen. Denn was diese Bundesregierung nicht macht, ist eine andere Steuerpolitik und eine Umverteilung von oben nach unten, was eigentlich notwendig wäre. Sie macht weiterhin das Gegenteil.

Ein Ende der Klientelpolitik ist auch nicht zu sehen. Im Gegenteil: So moralisch verkommen wie die FDP, die erst eine Millionenspende kassiert, um dann für Hoteliers die Steuern zu senken,

(Zurufe von der FDP)

hat selten eine Regierung Politik gemacht. Auch die CDU hat profitiert. Parteispenden von Unternehmen, Unternehmerverbänden, Banken und Versicherungen müssen endlich gesetzlich verboten werden. Die Millionenspende an die FDP als Belohnung für die Mehrwertsteuerreduktion im Hotelgewerbe spricht Bände.

Zudem: Kein Parlamentsmitglied darf während der Ausübung des Mandats auf der Lohnliste eines Unternehmens oder Wirtschaftsverbandes stehen. Gucken Sie einmal in Ihre Reihen, wie viele Lobby-

isten hier im Landtag sitzen! Wir sind gegen eine gekaufte Politik, wie man sie bei Ihnen sieht.

Sie sind hier in NRW nicht besser. Der „wüste“ Abzocker, der Generalsekretär der CDU, ist dafür ein deutliches Beispiel. Doch der Ministerpräsident hat selbst da keine Skrupel und belässt ihn im Amt.

Der Volksschauspieler Rüttgers inszeniert stattdessen weiter seine großen Auftritte. Wir erleben eine Selbstbeweihräucherung ohnegleichen. Mit vollmundigen Ankündigungen sind Sie freigiebig. Überall, wo es keine Konsequenzen hat, geben Sie sich sozial. In der Zeitschrift „stern“ zum Beispiel geben Sie sogar meiner Partei, der Linken, recht: Der Finanzmarkt müsse endlich reguliert werden. – In Kreuth bei der CSU verneinen Sie Steuersenkungen auf Kosten von Sozialleistungen. In der realen Politik aber machen Sie und diese Koalition in einem fort genau das Gegenteil.

An all diesen Punkten wird deutlich, dass Ihre Ankündigungen, Herr Rüttgers, nichts anderes als Lippenbekenntnisse sind, die tags darauf selbst von Ihrem eigenen Koalitionspartner dementiert werden.

So widerspricht Ihnen der Chef der Heuschreckenpartei FDP, Gerhard Papke. Ich zitiere: Es kann nicht sein, dass sich die Politik nur um die kümmert, die Hartz IV beziehen. Sie muss sich um die kümmern, die Hartz IV bezahlen.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Genau richtig!)

Was für eine Zukunftspolitik! Was für eine Zukunftspolitik hier für Nordrhein-Westfalen! Das ist eine knallharte, eiskalte Politik gegen die Ärmeren hier im Lande.

Herr Rüttgers, da frage ich Sie: Was will denn nun die Landesregierung? Will sie die Hartz-Gesetzgebung einer Grundrevision unterziehen, wie Sie das nennen, und den Berechnungssatz für Kinder von Arbeitslosen erhöhen, wie es dem Herrn Ministerpräsidenten mit einem Mal mit Blick auf den Wahltermin angeraten erscheint, dies vollmundig anzukündigen? Ich sage „ankündigen“, nicht „sich ernsthaft dafür einsetzen“. Denn die Gelegenheit haben Sie ja in Berlin bei den Koalitionsverhandlungen längst verspielt.

Real machen Sie weiter Politik gegen die Ärmeren in NRW – die Schere zwischen Arm und Reich klafft in NRW immer weiter auseinander – und natürlich mit weiteren Steuergeschenken für Konzerne, Erben und Hoteliers. Fortgesetzt Umverteilungspolitik von oben nach unten machen Sie nicht.

Die Aufgabenverteilung bei Ihrem schwarz-gelben Projekt ist ganz klar. Der eine geriert sich sozial und verspricht, Lehren aus der Finanzmarktkrise und der Verarmung großer Teile der Schwächsten dieser Gesellschaft durch Arbeitslosigkeit und Sozialabbau

gezogen zu haben. Der andere von der FDP bedient dessen ungeachtet ungeniert weiterhin seine Klientel mit Steuergeschenken und zieht – was auch immer geschehen mag – weiter seine radikale Marktideologie durch. Aber gemeinsam schlagen, um dann nach der Wahl mit einem kräftigen „Weiter-So“ in den Abgrund zu stürzen, das ist Ihre Politik.

Die Bundesregierung weigert sich, verbindlich etwas dazu zu sagen, was nach dem 9. Mai tatsächlich passieren soll. Ihr alleiniges Ziel ist es, sich mit unverbindlichen Lippenbekenntnissen über den Wahltermin in NRW am 9. Mai hinwegzuretten. Doch die Leute im Lande sind nicht blöd. Und wir, die Linke in NRW, werden das verhindern. Die Wahl in NRW wird spannend, und es ist nichts entschieden.

Ich sage Ihnen auch hier im Hause: Was die Regierungsbeteiligung angeht, so wird so getan, als gäbe es bei unserer Partei im Osten Regierungswillige und im Westen Fundamentalisten, die eine Regierungsbeteiligung ablehnen. Das ist falsch.

In Hessen wollte die Linke Andrea Ypsilanti zur Regierungschefin wählen. Das ist an der SPD gescheitert.

Im Saarland wollten wir eine rot-rot-grüne Koalition. Die scheiterte an den Grünen, die von einem der FDP angehörenden Unternehmer gekauft waren.

In Hamburg verweigerte nicht die Linke eine mögliche rot-rot-grüne Regierung, sondern die SPD schloss sie von vornherein aus.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Auch da – hören Sie zu, Frau Löhrmann – gingen die Grünen dann der CDU auf die Schleimspur.

Jetzt wird auch das Lavieren vor der Landtagswahl am 9. Mai in NRW bei SPD und Grünen immer größer. Denn die Grünen wollen bei den Koalitionsausagen „auf Sicht fahren“. So nennen sie das. Die SPD möchte keine Ausschließertitis. Es ist ein unsägliches Schauspiel, wenn SPD und Grüne sich beide jeweils vorstellen können, mit den Sozialabbauern von der CDU unter einem Ministerpräsidenten Rüttgers zu koalieren.

Nicht nur deshalb ist die Linke die einzige klare Opposition in NRW gegen eine schwarze Mehrheit. Wir werden es Ihnen nicht durchgehen lassen. Sie werden die Menschen in NRW nicht täuschen. Die Pläne für Kürzungen im Sozialbereich liegen doch bereits überall in den Schubladen. Den Wählern auf diese Weise systematisch Sand in die Augen zu streuen, das werden wir verhindern.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Eine der wesentlichen Aufgaben der zukünftigen Fraktion Die Linke in diesem Hause nach den Wahlen wird es sein, den Wahlbetrug zu verhindern, den Sie bereits jetzt vorbereiten. Nichts anderes machen

Sie. Die Leute im Land haben es längst verstanden. Sie wollen sich nur über den Wahltermin am 9. Mai retten. Das ist das einzige Ziel Ihrer Politik, das Sie im Moment hier betreiben. Deswegen lügen Sie wie gedruckt wie in Berlin.

(Zurufe von CDU und FDP)

Das ist die Realität.

„Original sozial“ auch nach der Wahl – dafür steht die Linke. Je stärker die Linke, desto sozialer das Land. Dafür kämpfen wir.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Sagel, vor dem Hintergrund, dass wir hier von diesem Podium aus noch keine Wahlkampfreden halten, müsste ich Sie für den Ausruf „Sie lügen“ rügen. Diese **Rüge** spreche ich hiermit aus.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Es ist bedauerlich, dass der Ton in dieser Form jetzt hier Einzug hält. Aber das ist wohl nicht zu ändern. Wir müssen uns an der Stelle entsprechend wehren.

(Zurufe)

Das tue ich mit der Rüge ganz bewusst. Sie nehmen die bitte so zur Kenntnis. Ich bitte Sie auch, auf Widerspruch zu verzichten. Das ist nämlich gegenüber dem Präsidium auch nicht angesagt.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Der nächste Redner ist für die CDU-Fraktion Herr Prof. Dr. Sternberg.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Sehr verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren, es ist nicht einfach, am Ende einer solch langen Aussprache zu reden, und dann auch noch nach dem Kollegen von der Linkspartei. Er bestätigt mich in meiner früher schon einmal geäußerten Behauptung, die ich hiermit auch gerne wiederhole, dass der Vertreter der Linkspartei im Landtag strukturell in der gleichen Weise agiert, wie das die NPD in den Landtagen tut, in denen sie vertreten ist.

(Beifall von der CDU – Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Herr Präsident, ich bitte Sie, den zu rügen! Das ist eine Unverschämtheit! Nehmen Sie das zurück! Arbeiten Sie Ihre braune Vergangenheit endlich mal auf! Unverschämt!)

Ich unterscheide nicht zwischen den Populisten von links oder rechts.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, der Bericht der Zukunftskommission riskiert einen Blick auf das Jahr 2025.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Unglaublich!)

Zukunftsszenarien haben immer ein Problem: Sie spielen eine neue Welt durch, die genau so natürlich nie existieren wird. Vorwegnahmen sind immer schwierig – wer konnte denn im Sommer 2008, als die Kommission arbeitete, ahnen, dass einmal die schwerste Weltwirtschaftskrise der Nachkriegszeit unsere Wirtschaft erschüttern würde? Und doch haben solche Entwürfe eine sehr positive Wirkung. Die Szenarien öffnen die Köpfe und helfen dabei, über den Tellerrand des Tagesgeschäfts hinauszudenken.

(Zuruf von der SPD: Das führt aber auch viele in den Ruin!)

Dieser Bericht ist eine höchst anregende Lektüre. Er provoziert Stellungnahmen zu Themen, die im Tagesgeschäft untergehen können.

Natürlich passt nicht alles davon 1:1 zur Programmatik der Christdemokraten. Dafür waren die Mitglieder der Arbeitsgruppe und war auch ihre politische Herkunft zu verschieden.

So können zum Beispiel durch die Flexibilisierung der Wochenarbeitszeit Kräfte freigesetzt werden; dem sind wir auch gefolgt, allerdings nicht in Bezug auf den Sonntag, den wir als arbeitsfreien Tag der Muße und des gemeinsamen Abschaltens schützen.

Wirtschaftliche Vernunft und soziale Verantwortung – das sind die Markenzeichen christdemokratischer Politik. In der Regierungserklärung von heute Morgen haben wir ein nachdrückliches und ein eindringliches Bild davon bekommen.

Der Bericht der Zukunftskommission hat bereits Wirkung gezeigt, und er wird – natürlich in unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen – weiter diskutiert werden.

Lassen Sie mich auf ein paar Elemente eingehen:

Das Kapitel 2 ist mit „Wachstum als Wohlstandsvoraussetzung“ überschrieben. Damit ist ohne Frage eine richtige Prioritätensetzung vorgenommen worden. Wachstum ist hier am Hochtechnologiestandort Nordrhein-Westfalen an Innovation, an Technik und an Forschung gebunden.

Wir haben schon sehr viel dazu gehört. Vielleicht sei noch an die Einrichtung der neuen Fachhochschulen erinnert, die sich besonders den naturwissenschaftlichen Fächern widmen, um den eklatanten Rückstand in diesen Bereichen – eine schlimme Erblast von der früheren Bildungspolitik – aufzufangen.

In vielen unserer Reformen finden wir uns bestätigt.

(Karl Schultheis [SPD]: Die Studierenden bestätigen Sie so aber nicht!)

Beispiel: Studienbeiträge. Wurden schon in dem von unserem Fraktionsvorsitzenden Stahl angesproche-

nen Bericht des Zukunftsrates NRW – „NRW 2015 – Ressourcen nutzen, Regionen stärken“ –, erstellt unter der Ägide Steinbrück/Höhn im Jahr 2004, Studiengebühren in Höhe von 2.000 € bis 4.000 € je Semester und Student vorgeschlagen – die damalige Landesregierung hat daraufhin erstmalig Studiengebühren eingeführt –, so findet sich in dem neuen Bericht die Empfehlung die Erhebung nachgelagerter Studienbeiträge in sozialer Verantwortung, so wie wir sie zur Verbesserung und zur Finanzierung einer besseren Lehre eingeführt haben.

(Thomas Trampe-Brinkmann [SPD]: Dann verlassen Sie aber die wissenschaftliche Analyse!)

Der Bericht verweist unter dem Kapitel „Innovation als Treiber des Wachstums“ auf die Chancen der biochemischen Grundlagenforschung und der Stammzellforschung.

Meine Damen und Herren, die Anwendungspotenziale nutzen wir, auch diese Forschung fördern wir – aber eben nicht mit embryonalen Stammzellen, sondern mit ethisch unbedenklichen adulten Stammzellen.

Ich könnte jetzt noch vieles zu anderen Themenfeldern erzählen. Ich hatte mich auf Elektromobilität, Nanotechnologie, Gesundheitswirtschaft vorbereitet. Ich lasse das einmal. Vielleicht nur folgender Hinweis: Nicht allein die Naturwissenschaften haben Potenzial und verdienen Beachtung, auch die Geisteswissenschaften tragen zur Innovation bei, nicht zuletzt dadurch, dass sie traditionelle Sichtweisen hinterfragen und neue Fragestellungen ermöglichen.

Innovation entsteht nicht zuletzt aus dem Spiel, aus der zunächst zweckfreien Grundlagenforschung. Solche Kreativität wird durch das Einüben in ungewöhnliche Hirnverknüpfungen gefördert, durch die Freude am Ungeplanten, Unplanbaren und Überraschenden. Das wird in der Form des Spiels, des kreativen, künstlerischen Spiels, erprobt. So hat es der Hirnforscher Spitzer vor wenigen Wochen in einer Veranstaltung der CDU-Fraktion hier in diesem Saal erläutert.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einen kleinen Rückblick auf unsere Debatte von heute vornehmen. Vorhin ist unter anderem von Frau Löhrmann gesagt worden, es sei falsch, wenn der Ministerpräsident hier vortrage, man wolle praktische und theoretische Begabungen fördern. Das sei deshalb falsch,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Nein!)

weil alle Menschen alle Begabungen hätten. So haben Sie vorhin gesagt. – Das halte ich wirklich für grundfalsch, Frau Löhrmann.

(Zustimmung von Ralf Witzel [FDP])

Außerdem möchte ich einen anderen Punkt aufgreifen. Frau Kraft hat hier in der Haushaltsdebatte gesagt:

Laut Hochschul-Informations-System sagen in einer Befragung der Studienberechtigten, also derjenigen, die jetzt hätten studieren können, 77 %, dass sie gerne studieren würden, es aber aus finanziellen Gründen nicht tun werden. 69 % geben explizit an, dass die Studiengebühren dafür verantwortlich sind. Das Schlimmste ist aber, dass es 75 % Frauen sind.

So weit der Text von Frau Kraft in der Haushaltsdebatte. Man denkt: Um Gottes willen, 75 % der Studienberechtigten können nicht studieren, weil – so deren Angabe – die Studiengebühren sie abhalten würden.

Nach der HIS-Studie sind die Zahlen in Wirklichkeit folgende: 69 % der befragten Studienberechtigten hatten bereits ein Studium begonnen, 7 % der Befragten beginnen gerade ein Studium, und 24 % geben an, das Studium nicht aufnehmen zu können. Davon wiederum sagen 77 %, sie könnten das nicht aus finanziellen Gründen tun, und davon nennen 69 % als Grund die Studiengebühren. Das heißt, wir sind bei maximal 16 %, und der Frauenanteil läge bei maximal 12 %. – Das sage ich, um Legendenbildungen vorzubeugen, die vielleicht nachher im Wahlkampf eine Rolle spielen könnten.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Löhrmann?

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Aber gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Frau Kollegin Löhrmann.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Schönen Dank. – Herr Sternberg, manchmal macht ein praktisches Beispiel besser deutlich, was man meint und was ich eben zum Ausdruck bringen wollte. Ich gehe davon aus, dass sie einen guten Zahnarzt oder eine gute Zahnärztin haben. Sind Sie nicht auch froh, dass dieser akademisch ausgebildete Zahnarzt auch praktisch begabt ist?

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Frau Löhrmann, ich könnte Ihnen jetzt darauf antworten, dass unter Mediziner die Zahnmedizin und die Chirurgie immer schon als Handwerke galten. Aber diesen alten Witz will ich nicht machen. Selbstverständlich braucht ein Zahnarzt gleichermaßen manuelle und theoretische Kenntnisse. Aber sind Sie nicht mit mir der Meinung, dass zum Beispiel ein Maler mehr manuelle Fähigkeiten braucht als intellektuelle, während ein Philosoph mehr intellektuelle als

praktische braucht? Es gibt einfach unterschiedliche Tätigkeiten, die unterschiedliche Fähigkeiten erfordern.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Lassen Sie mich noch etwas zur Kultur sagen. Es gibt nämlich im Kommissionsbericht ein Kapitel mit der Überschrift „Kultur als Innovationsmotor“, in dem Ralf Dahrendorf uns ins Stammbuch schreibt -ich zitiere –:

Jedenfalls muss das Land diesen „weichen“ Faktoren eine besondere Bedeutung beimessen, wenn es nicht im Mittelmaß versinken will.

Ökonomie basiert heute mehr denn je auf der Kreativität der Köpfe. Von der wachsenden Bedeutung der Kulturwirtschaft ist in dem Bericht die Rede.

Ich war vor Kurzem in einem ganz traditionellen Betrieb der Kulturwirtschaft, im Landwirtschaftsverlag Münster, der seit ein paar Jahren den Shootingstar unter den neuen Zeitschriften, die „LandLust“, herausgibt. Ihre Auflage hat jetzt sogar die des „Focus“ überflügelt. Ich habe gefragt: Welche politischen Rahmenbedingungen brauchen Sie, um zu arbeiten? – Es wurde mir gesagt: Das Wichtigste, was wir brauchen, sind gute Leute und kreative Köpfe.

Die erschreckendste Zahl ist für mich – das sei auch Frau Kraft im Hinblick auf ihre dunkel-düstere Analyse des Arbeitsmarktes gesagt – die, die das deutsche Handwerk mitteilte, dass nämlich im vergangenen Jahr in Deutschland 10.000 Ausbildungsplätze nicht besetzt werden konnten. Sie konnten übrigens aus vielerlei Gründen nicht besetzt werden. Dort werden unsere Zukunftsprobleme liegen. Im Handwerk werden nach wie vor die meisten Ausbildungsverträge mit Hauptschulabsolventen geschlossen, mit Schülern, die von einer Hauptschule kommen, die man systematisch kaputtgeredet hat und herunterkommen lassen würde.

(Beifall von der CDU)

Wir haben die Kulturpolitik wieder in ihren Rang eingesetzt, vor allem dadurch, dass wir Nordrhein-Westfalen mit der Verdoppelung des Kulturretats zu einem Modellland der kulturellen Bildung gemacht haben. Dazu ist viel zu sagen. Ich werde das nachher, im Zusammenhang mit dem Kulturbericht, noch machen.

Es geht tiefer. Diese Kulturfrage ist wichtiger: Wer sagt uns, wer wir sind? Selbstvergewisserung geschieht durch Kultur. Was bleibt aus unserer Gegenwart einmal übrig? Da ist Norbert Lammert sinngemäß mit dem Satz zu zitieren: Was von dieser Generation wie von früheren Generationen, wenn es gut geht, im Gedächtnis zurückbleiben wird, sind nicht unsere Bahnhöfe und Flugplätze, auch nicht unsere Steuergesetze, nicht einmal das Niveau unserer sozialen Sicherungssysteme, es sind Kunst und Kultur.

Die Gegenwart wird aus Erfahrungen gedeutet, und wer Veränderungen und Neuerungen in der Vergangenheit kennengelernt hat, ist auch offen für Veränderungen in der Zukunft.

Besonders deutlich wird der kulturelle Aufbruch in der Kulturhauptstadt Europas „Essen für das Ruhrgebiet“. Es gibt dort eine Fülle von Veranstaltungen, die nicht nur das zeigen, was die bestehenden Institutionen leisten, sondern auch das, was die neuen planen. Das reicht vom neuen Ruhr Museum auf der Zeche Zollverein über das im Bau befindliche Landesarchiv Duisburg bis zum Dortmunder „U“.

Sie alle stehen für die Formel „Kultur durch Wandel – Wandel durch Kultur“. Da werden Projekte konkret, die manche Visionen über das Ruhrgebiet aus dem Text der Zukunftskommission bestätigen – wenn auch manches andere darin nur als lebende Euphorie zu erklären und auf den Boden der täglichen mühsamen Anpassungsprozesse herunterzuholen ist.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Vieles, was da als Idealfamilie Müller im Jahr 2025 – das sind nur noch 15 Jahre – präsentiert wird, wird so nicht eintreten. Aber es ist wichtig, sich damit zu beschäftigen.

Es handelt sich bei den angesprochenen Fragen um solche, die sich allen politisch Engagierten stellen. Das ist keine Sache von Landtagsbeschlüssen; das möchte ich den Grünen sagen. Wir können – das bezieht sich auf Ihren Entschließungsantrag – hier kein Grundsatzprogramm verabschieden. Damit wird die Funktion einer Zukunftskommission völlig missverstanden. Deshalb ist dieser Antrag verfehlt.

Wir haben einen Antrag eingebracht, in dem wir der Zukunftskommission dafür danken, dass sie Gesprächsimpulse gesetzt hat.

Es bleiben Fragen der Zukunftskommission an uns alle: Was hält die Gesellschaft zusammen? Was kann die Verbindung von Innovation und Solidarität sichern? Wie kann das neu durchbuchstabiert werden? Wie kann die Balance von Freiheit und Gerechtigkeit gewahrt werden?

Was sollen in diesem Zusammenhang Zukunftsszenarien leisten? Man kann die Zukunft nicht vorwegnehmen. Es kommt weiterhin auf die Menschen an. Frau Kraft, da reicht es mir, wenn wir im Einsatz für das Land die Köpfe erreichen. Die Herzen überlasse ich lieber anderen Bereichen, nicht der Politik.

Andere wichtige Dinge sind in diesem Zukunftprojekt aber gar nicht angesprochen. Ich habe den ganzen Bereich der Religion vermisst: Konfessionen und religiöse Gruppen. Das wird in der Zukunft eine eher größere Rolle spielen, insbesondere, was die Integration angeht; denn Menschen, die

sicher im Eigenen stehen, können umso besser Dialoge führen.

Auch Leid, Trauer und sorgende Menschen werden nicht durch die Politik geheilt. Aber die Sorgen der Zukunft werden durch eine zielgerichtete Politik gelindert, die eine klare Perspektive durch gute Rahmenbedingungen schafft.

Der Kommission ist für die Arbeit zu danken. Ein Prozess ist in Gang gesetzt. Wir greifen den Ball auf und führen das Begonnene weiter: zu einer Zukunftswerkstatt im besten Sinne. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Sternberg. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich Herr Kollege Rimmel zu Wort gemeldet.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich wollte ich nur kurz auf Herrn Witzel eingehen, was sein Staatsverständnis betrifft.

Aber, Herr Witzel, ich wollte Ihnen auch einfach einmal spiegeln, was ich beobachtet habe. Von da hinten kann ich das nämlich besser sehen. Ich habe beobachtet – Sie konnten es nicht sehen –, dass Ihr Parteivorsitzender bei Ihrer doch sehr ausufernden Rede zwar am Anfang noch sein Dauergrinsen aufgesetzt hat, ihm aber mit zunehmender Länge Ihrer Rede die Gesichtszüge entglitten. Am Ende war ein Gesichtsausdruck zu sehen, bei dem die Mundwinkel sehr nach unten gingen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich wollte Ihnen das nur einmal aus der Richtung spiegeln; denn ich glaube, Ihr Parteivorsitzender sucht einen Generalsekretär, aber keinen Schwafelgeneral. Da müssen Sie noch etwas anderes auf den Tisch legen als das, was Sie hier eben präsentiert haben.

(Zuruf von der FDP)

Aber ich habe mich gemeldet, weil ich etwas zu dem Staatsverständnis sagen wollte, das Sie hier aufgezeigt haben. Ich glaube nämlich, dass dies nicht nur das ist, was uns trennt, sondern dass dies auch eine Auseinandersetzung unter dem Aspekt wird, wer noch auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht. Das wird uns in den nächsten Wochen und Monaten beschäftigen.

(Beifall von den GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Da sind wir gespannt!)

Eine Politik, die auf „Privat vor Staat“ in der Kombination mit „Mehr Netto vom Brutto“ setzt

(Ralf Witzel [FDP]: So ist es!)

und einseitig ihre Klientel entlastet, koppelt die Star-ken von den Schwachen ab und entkernt den Staat von innen. Das geht an den Grundfesten unserer Demokratie.

Alle Demokraten sind aufgerufen, einer solchen Politik entschieden entgegenzutreten!

(Beifall von den GRÜNEN)

Wer besser als Ihre ehemalige Parteifreundin kann das formulieren? Ich will, dass das ins Protokoll kommt, und trage es deshalb vor. Frau Hamm-Brücher, die ehemalige Staatsministerin, hat nämlich Anfang der Woche im „Spiegel“ das Vorgehen Ihrer Partei so charakterisiert:

In der Regierung macht die FDP reine Klientel-politik. Sie kümmert sich um die Steuerfragen einer bestimmten Schicht, das ist alles.“ Eine Partei für das ganze Volk sei die FDP keines-falls ...

Das ist der Kern der Auseinandersetzung, um den wir streiten werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Rimmel. – Ich sehe keine weiteren Wort-meldungen. Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen jetzt zu zwei Abstimmungen in Folge, weshalb ich Sie um Aufmerksamkeit bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen, und den Moment Geduld, der dazugehört.

Zunächst stimmen wir ab über den **Entschlie-ßungsantrag** der Fraktion der CDU und der Frakti-on der FDP **Drucksache 14/10569**. Wer stimmt dem Entschließungsantrag zu? – CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne und Herr Sa-gel. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **angenommen**.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den **Ent-schließungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/10570**. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Es enthalten sich SPD und Herr Sagel. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen ist auch dieser Entschließungs-antrag **abgelehnt**.

Damit ist der erste Punkt unserer heutigen Tages-ordnung erledigt.

Wir kommen zu:

2 Wahl zum Landesbeauftragten für Daten-schutz und Informationsfreiheit

Wahlvorschlag
der Landesregierung
Drucksache 14/10514

Ich gebe den Hinweis, dass der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit nach § 21 des Landesdatenschutzgesetzes vom Landtag mit mehr als der Hälfte der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder – das wären 94 Abgeordnete – auf Vorschlag der Landesregierung zu wählen ist.

Da keine Debatte vorgesehen ist, kommen wir unmittelbar zur Abstimmung über den **Wahlvorschlag Drucksache 14/10514**. Wer im Hohen Hause stimmt dem so zu? – SPD, CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Grüne und Herr Sagel. Gibt es jemanden, der sich enthält? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Wahlvorschlag mit den Stimmen von CDU, FDP und SPD **angenommen**. Nach Feststellung des Präsidiums ist er so mit mindestens 94 Stimmen angenommen.

Herr Lepper ist also als neuer Landesbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit gewählt. Ich wünsche ihm im Namen des gesamten Hohen Hauses viel Erfolg bei der Erledigung seiner Aufgaben.

(Allgemeiner Beifall)

Wir kommen zu:

3 Gesetz über das Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/9760

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Drucksache 14/10118

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Pick das Wort.

(Unruhe – Glocke)

Clemens Pick^{*)} (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute zum zweiten Mal einen Gesetzentwurf zum Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine, nachdem die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bereits am 8. Mai 2006 einen ersten Anlauf unternommen hatte und das Plenum nach einer Anhörung im Oktober 2006 im Mai 2007 den Gesetzentwurf abgelehnt hat. Das als Hintergrundinformation.

Anschließend hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen am 11. September einen modifizierten Gesetzentwurf eingebracht, der aber seine Grundrichtung beibehält, die zum Ziel hat, dass zukünftig ein Klagerecht für Tierschutz eingeräumt werden soll, obwohl klar ist, dass die rechtlichen Voraussetzungen dafür fehlen.

An dieser Stelle möchte ich sehr deutlich machen, dass Tierschutz für uns alle eine außerordentlich hohe Bedeutung hat, weil er gesellschaftliche Verpflichtung ist. Dieser Verpflichtung sind wir in der Vergangenheit immer wieder nachgekommen. Das politische Handeln, das hier und überall an den Tag gelegt wird, orientiert sich an den sich aus dieser Verpflichtung ergebenden Herausforderungen. Aus dieser Verpflichtung heraus hat sich auch ergeben, dass der Tierschutz als Staatsziel in die Landesverfassung und das Grundgesetz aufgenommen worden ist.

Vor dem Hintergrund der hohen Schutzmöglichkeiten und der hohen Schutzfunktion sind verschiedene Gesetze aufgelegt worden, und zwar auch das Bundestierschutzgesetz.

Im Gegensatz zum Bundesnaturschutzgesetz ist im Bundestierschutzgesetz nicht vorgesehen, dass auf Länderebene eine Verbandsklage eingeführt werden kann. Im Gegenteil: Das wird sogar ausgeschlossen. Aus gutem Grund: Auf Bundesebene sollen nämlich einheitliche Bedingungen gelten. Außerdem sind auf Bundesebene Möglichkeiten, dem Tierschutz zur Geltung zu verhelfen, ausreichend gegeben, und zwar sowohl über das Strafrecht als auch über andere Rechtsvorschriften.

Wir müssen uns auch darüber im Klaren sein, dass der Tierschutz in Deutschland im europäischen Vergleich Spitze ist. Weltweit haben wir die höchsten Tierschutzziele formuliert. Von daher sind keinerlei Gründe ersichtlich, weshalb es notwendig sein sollte, dem Gesetzentwurf auf ein Klagerecht für Tierschutzvereine stattzugeben.

Im Stadtstaat Bremen wurde ein mit dem Gesetzentwurf von Bündnis 90/Die Grünen gleichlautender Entwurf beschlossen. Zustande gekommen ist dieser Beschluss gegen entsprechende Rechtsgutachten auch der zuständigen Behörden in Bremen. Dort haben unter anderem die Universität Bremen und auch der Wissenschaftliche Dienst der Bürgerschaft klar gesagt, dass eine Landeszuständigkeit zur Regelung dieses Sachverhalts verneint werden muss.

Wenn es zu einer Klage kommt und die Klage angefochten wird, ist es nur eine Frage der Zeit, dass sich die Gerichte auf das beziehen, was der Bund auch wollte, nämlich dass die Gesetze, die dort beschlossen worden sind, für nichtig erklärt werden. Daran sehen wir auch, was der Bundestag will.

Der Bundesrat hat das geltende Tierschutzgesetz diskutiert und seinerzeit innerhalb dieser Diskussion die Bemühungen von Schleswig-Holstein – damals unter Rot-Grün –, ein Verbandsklagerecht einzuführen, abgelehnt, und zwar in einer Zeit, in der Rot-Grün die Mehrheit im Bundestag hatte.

Sollte Rot-Grün ernsthaft das Bestreben haben, bundesweit ein Klagerecht für Tierschutzvereine einzuführen, dann hätte man ja bisher diese Anträge stellen können. Das ist ausgeblieben.

Auch eine Bundesratsinitiative zu ergreifen, was in Bremen mit der beschlossen worden ist, ist bisher nicht umgesetzt. Die Bremer Bürgerschaft hat es seinerzeit beschlossen, aber die Regierung von Rot-Grün in Bremen hat es zwischenzeitlich noch nicht realisiert. Das zeigt, dass man sich hier auf einem sehr unsicheren Boden befindet und die Chancen, im Bundestag dazu eine Mehrheit zu bekommen, nicht erkannt werden. Deswegen kommt es auch nicht zustande.

Wir haben jetzt eine neue Situation, weil es Bündnis 90/Die Grünen im Saarland bei den dortigen Koalitionsverhandlungen gelungen ist, in den Koalitionsvertrag eine Absichtserklärung aufzunehmen, das Verbandsklagerecht einzuführen, eine Absichtserklärung, die allerdings, was unseren Standpunkt in Nordrhein-Westfalen angeht, an unserem bisherigen Meinungsbild nichts ändert, weil die rechtlichen Grundlagen fehlen. Ein rechtliches Ungleichgewicht zwischen Tiernutzern und Tierschützern ist auch von uns nirgendwo erkennbar.

Sie, Herr Kollege Rimmel, haben in der ersten Lesung gesagt – das war eigentlich die Begründung für Ihren Antrag –, dass Tiere missachtet werden. Das ist das doch kein Grund, ein Tierschutzrecht einzuführen. Herr Rimmel, wenn ich meinen Hund mit Schokolade füttere, was Gift für einen Hund ist, dann strahlt der mich an, aber ich tue ihm nichts Gutes, sondern etwas Schlechtes. Sich auf eine solche biedere Argumentation einzulassen halte ich für zu kurz gesprungen.

Die Tierschutzvereine – das müssen wir auch sehen – haben heute erhebliche Einflussmöglichkeiten. Ihnen ist die Möglichkeit eingeräumt, bei Anhörungsverfahren des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz bei der Vorbereitung von Verordnungen und Gesetzen im Bereich des Tierschutzes mitzuwirken. Dort können sie ihre Positionen klar einbringen.

Bezüglich Tierversuchen wird auch immer wieder diskutiert, dass man noch weitere Restriktionen haben will. Wir sind uns darüber einig, dass man Tierversuche da, wo sie notwendig sind, auf das Allernötigste beschränken soll. Das ist keine Erkenntnis aus jüngster Zeit, sondern ich glaube, darüber sind wir uns hier im Hause seit Langem im Klaren.

Aber Tierversuche sind nicht in allen Bereichen entbehrlich. Deswegen gibt es auf der Bundesebene eine Kommission nach § 15 Tierschutzgesetz, von der die behördlichen Genehmigungen für Tierversuche erteilt werden. In dieser Kommission wie auch in den Tierschutzkommissionen der Länder sind die Tierschutzverbände und -vereine vertreten, sodass die Einflussmöglichkeiten, die es für die Tierschutzvereine gibt, sehr weit gefasst und ausreichend sind, um die Rechte der Tiere zu schützen, ohne eine zusätzliche Klagemöglichkeit gegen Behörden zu eröffnen.

Schließlich können wir feststellen, dass wir auch auf der europäischen Ebene weitergekommen sind, vor allen Dingen was die Diskussion um die Versuche mit Tieren zu wissenschaftlichen Zwecken angeht. Hier hat das Europäische Parlament im vergangenen Jahr in erster Lesung eine entsprechende Richtlinie behandelt. Sie wird demnächst zum Abschluss kommen.

Es ist wichtig, dass wir europaweit gleiche Bedingungen haben; das liegt im Interesse der Tiere und nicht im Interesse der Halter. Es kann ja nicht sein, dass es wegen unterschiedlicher Gesetzeslagen zu Verzerrungen kommt und Tiere von dort, wo sie geschützt werden – vor allen Dingen wenn es um Nutztiere geht –, exportiert werden oder die Produktion in andere Länder verlegt wird, wo der Tierschutz nicht gewährleistet ist. Deswegen ist es wichtig, dass sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene gleiche Bedingungen herrschen.

Aus diesen Gründen und weil es seit der ersten Lesung keine Veränderungen gegeben hat, weil die Argumente im zuständigen Ausschuss ausgetauscht worden sind, weil uns die Erkenntnisse aus der seinerzeitigen Anhörung nicht weitergeholfen und wir die Zuständigkeit im Lande für eine derartige Gesetzesinitiative nicht haben, lehnen wir den Gesetzentwurf von Bündnis 90/Die Grünen ab. Das war nicht anders zu erwarten; das war so angekündigt. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Pick. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Frau Kollegin Wiegand.

Stefanie Wiegand (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Pick, Herr Ellerbrock – wo ist er? –,

(Holger Ellerbrock [FDP]: Hier!)

ich habe Sie heute auf der Demo von „Menschen für Tierrechte“ vermisst,

(Zuruf von Holger Ellerbrock [FDP])

zu der alle Parteien eingeladen waren, ihre Statements zu diesem Thema öffentlich abzugeben. Schade, dass Sie nicht da waren.

(Marie-Luise Fasse [CDU]: Es gab eine Regierungserklärung!)

– Ich freue mich, dass Sie von der CDU in großer Zahl anwesend waren; denn zu dem Zeitpunkt hat unsere Vorsitzende Frau Kraft hier im Plenum gesprochen. Vielen Dank, dass Sie so interessiert waren.

Dennoch sind wir uns sicherlich fraktionsübergreifend in einem Punkt einig: Tierschutz bedeutet die Vermeidung von Tierquälerei sowie die Vermeidung von grundlosem Zufügen von Schmerzen, Leiden und Schäden. Doch darum geht es heute nicht.

Heute wird entschieden, ob beim Tierschutz dessen rechtspolitische Bedeutung einen entscheidenden Schritt vorankommen soll oder nicht.

Selbstverständlich ist darauf hinzuweisen, dass in Deutschland seit 1871 eine beachtliche Entwicklung des gesetzlichen Tierschutzes stattgefunden hat. Ebenso gibt es heute internationale Regelungen und europäisches Recht. Im nationalen Recht war das Tierschutzgesetz von 1972 ein Meilenstein. Im Bürgerlichen Gesetzbuch gilt seit 1990, dass Tiere keine Sachen sind.

1994 wurde in Nordrhein-Westfalen ein Beirat für Tierschutz gebildet. Aber es ist und bleibt lediglich ein Gremium des Informationsaustausches und nicht der Mitentscheidung des anerkannten Tierschutzes.

Seit 2002 ist der Tierschutz ein Staatsziel, ein Rechtsgut mit Verfassungsrang. Die Gewaltenteilung muss diese Deklaration in ihrer weiteren Gesetzgebung mit den damit verbundenen Erlassen und Verordnungen, der verwaltungsseitigen Ausführung und in der Rechtsprechung ausbauen und vertiefen.

Die CDU-Fraktion hat schlicht unrecht, wenn sie behauptet, dass ein Bundesland nicht die Kompetenz habe, ein Verbandsklagerecht einzuführen.

(Beifall von Svenja Schulze [SPD])

Ich empfehle Ihnen die Lektüre „Die öffentliche Verwaltung“ von Herrn Professor Dr. Johannes Caspar aus Februar 2008, der Ihre These klar und eindeutig widerlegt.

(Svenja Schulze [SPD]: Lesen hilft!)

Dort steht geschrieben:

Die Bundesgesetzgebung sieht keinen Ausschluss der Kompetenz zum Tierschutzverbandsklagerecht durch die Landesgesetzgebung vor.

In diesem Sinne will die SPD-Landtagsfraktion im nordrhein-westfälischen Recht den wirkungsvollen Schutz für Tiere sinnstiftend ausbauen und vertie-

fen. Die Einführung eines Verbandsklagerechts für Tierschutzvereine ist für uns eine konsequente Schlussfolgerung aus der Staatszielbestimmung unserer Verfassung. Es ist nun an der Zeit, es auch einzuführen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Stets wurden bei der Diskussion zur Einführung von Verbandsklagen gebetsmühlenhaft von Teilen der Industrie, der Forschung und der Rechtsprechung, ihren Lobbyisten sowie den ihnen nahestehenden politischen Kreisen fadenscheinige Argumente ins Feld geführt:

Verbandsklagen führten zu Rechtsmissbrauch und Prozesshanserei. Die Gerichte würden noch mehr belastet, angeblich noch mehr bürokratischer Aufwand und eine neue Flut von Gutachten und Prozessen. All dies sei außerdem ein Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit und ein Gefahrenrisiko für das Leben und die Gesundheit des Menschen auf den Gebieten der Medizin, der Chemie, der Kosmetik und der Toxikologie. Ohnehin sei das Ganze ein eklatanter Wettbewerbsnachteil für unseren Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort. Alles würde nur zu teuer, weil sich Planung und Genehmigung verzögerten oder gleich zunichte gemacht würden. Eine Minderheit von Sektierern, Querulanten und Politikveganern sowie die mit ihnen verbündete Ökoanwaltschaft bekämen eine neue Spielwiese für ihre unnützen und aussichtslosen Klagen, wo sich Hinz und Kunz austoben könnten.

Aber, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, solche und ähnliche Fiktionen in Sachen Verbandsklagerecht sind von interessierter Seite immer wieder künstlich aufgebaut worden. Diese Szenarien konnten jedoch weder der Realität in der Rechtsprechung noch im Verwaltungshandeln standhalten. Ein Verbandsklagerecht gibt es bei uns im Naturschutz, nach dem Behindertengleichstellungsgesetz und im Zivilrecht beim Verbraucherschutz. In keinem dieser Bereiche, insbesondere bei den sogenannten 29er-Verbänden der anerkannten Natur- und Umweltschutzvereinigungen, ist eine der oben genannten Befürchtungen, zum Beispiel eine riesige Klageflut, eingetreten.

Auch für den Tierschutz sehen wir dies als widerlegt an. Denn klagen dürfen nur anerkannte rechtsfähige Vereine, für die der vorliegende Gesetzentwurf hohe Hürden gesetzt hat. Klagen können nach dem Gesetzentwurf nur anerkannte rechtsfähige Tierschutzvereine, welche mindestens fünf Jahre bestehen – mit strengen Kriterien hinsichtlich der Anerkennung, ihrer Satzungsregelung und mit einem Sitz in Nordrhein-Westfalen. Solche Organisationen werden ohne Aussicht auf Erfolg keine Klageverfahren anstrengen, die für sie zeit- und vor allem kostenaufwendig sind. Vielmehr werden sich die anerkannten Tierschutzvereine auf wenige ausgewählte und besonders beispielhafte Fälle beschränken.

Warum soll das, was bei der Erhaltung von freilebenden Tieren sowie deren Lebensmöglichkeiten bewährte Praxis ist, ausgerechnet bei den Bestrebungen zum Schutz des Lebens und zur angemessenen Behandlung von landwirtschaftlichen Nutztieren sowie Haus- und Labortieren nicht funktionieren? Warum sollen Tiere in Käfigen weiterhin weniger Rechte haben als die wildlebenden in freier Natur?

CDU und FDP hier im Hohen Haus stellen mit ihrem unbegründeten Misstrauen die vielen engagierten Ehrenamtlichen und die wenigen Hauptamtlichen, die sich aus innerer Überzeugung für den Tierschutz einsetzen, unter den ungeheuerlichen Generalverdacht, dass sie weder effektiv noch verantwortungsvoll mit dem Rechtsmittel einer Verbandsklage umgehen könnten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dann verweigern Sie auch noch feige die offene Diskussion mit den Demonstranten heute hier vor dem Landtag,

(Svenja Schulze [SPD]: Genau!)

die sich für die Einführung einer Tierschutzverbandsklage einsetzen und in der Kälte ausgeharrt haben.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Och!)

Einige von ihnen sind nun oben auf der Tribüne, und ich möchte Sie im Namen unserer SPD-Fraktion herzlich hier im Haus begrüßen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die aus unserer Sicht notwendige Einführung des Verbandsklagerechts im zweitgrößten Flächenland, welches zugleich auch das bevölkerungsreichste Land der Bundesrepublik ist, würde bundesweit entscheidende Maßstäbe setzen.

Um unsere Position als SPD-Fraktion hier im Haus auf den Punkt zu bringen: Das Verbandsklagerecht bedeutet eine deutliche Verbesserung der Rechtsstellung der Tiere als unsere Mitgeschöpfe. Sie stärkt die Position der anerkannten Tierschutzorganisationen bei den entscheidenden Gesichtspunkten wie dem Klage-, Mitwirkungs- und Informationsrecht bei der Gestaltung der Rechtsvorschriften. Mit dem Verbandsklagerecht sind mehr Aufklärung, Prävention, Rechtssicherheit und Transparenz bei Genehmigungsverfahren verbunden. Auch der Verbraucherschutz würde davon profitieren.

Zum Abschluss möchte ich einen bedeutenden Leitsatz von Willy Brandt hervorheben, der „Mehr Demokratie wagen“ hieß. Auch das ist ein entscheidender Unterschied zwischen uns und Ihnen mit Ihrem Ministerpräsidenten Herrn Dr. Rüttgers und seinen Redenschreibern. Sie zitieren, wie heute Morgen, gerne Willy Brandt und auch Johannes Rau. Aber hinter den Schaufensterreden wird dann doch konservativ und neoliberal gehandelt. Mit Ih-

nen wird in Nordrhein-Westfalen eben nicht mehr Demokratie gewagt.

Meine Damen und Herren, die Zeit ist gekommen, ein Klage-, Mitwirkungs- und Informationsrecht für anerkannte Tierschutzvereine bei uns in Nordrhein-Westfalen einzuführen und damit den entscheidenden Schritt nach vorne zu tun. Bremen war das erste Bundesland mit einem Tierschutzklagerecht. Bei der Jamaika-Koalition im Saarland steht die Verbandsklage mittlerweile im Koalitionsvertrag. Diesen Prozess können CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen zwar bremsen, aber nicht aufhalten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Deswegen stimmen wir selbstverständlich dem Gesetzentwurf zu und lehnen folglich die Beschlussempfehlung des Ausschusses ab. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Wiegand. – Als nächster Redner ist Herr Ellerbrock für die FDP-Fraktion bereits am Pult angekommen.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Wiegand, Sie haben eben gesagt, ich würde feige die Diskussion mit den Tierschützern verweigern.

(Svenja Schulze [SPD]: Ja!)

Also das hat mir in den letzten zehn Jahren noch niemand gesagt.

(Zuruf von der SPD): Oh!)

Wenn ich daran denke, dass Ihr ehemaliger markanter Ministerpräsident Steinbrück, der in diesem Hause die Industriepolitik des Landes mit Verve vorangetrieben hat – was ich unterstützt habe –, in dem Augenblick, wo sich in seinem eigenen Wahlkreis in Bezug auf die CO-Pipeline der Wind drehte und man dagegen war, sämtliche Positionen aufgegeben hat, die er vorher als Amtsträger vertreten hat, sage ich: Vorsicht an der Bahnsteigkante, Frau Kollegin!

(Svenja Schulze [SPD]: Was hat das mit dem Tierschutz zu tun?)

Ich weiß, dass es diese Veranstaltung gab. Ich fahnde nach der Einladung. Die ist mir nicht präsent. Im Übrigen hatten wir aber – das ist ja für Sie in weiter Entfernung, daran beteiligt zu werden – in diesem Raume eine Regierungserklärung, bei der wir eine gewisse Präsenzpflcht haben. Das ist anders als bei Ihnen von der Opposition.

(Unruhe bei der SPD)

Meine Damen und Herren, hier muss man ganz klar sagen: Der Gesetzentwurf ist ein Recyclingentwurf. Recycling bedeutet ja eine stoffliche Wiederaufar-

beutung. Da weiß man nicht, ob das ein Upgrading oder ein Downcycling ist. Er ist sicherlich nicht besser geworden gegenüber dem Entwurf aus dem Jahr 2006. Was soll er bewirken?

Meiner Überzeugung nach muss man vom Grundsatz ausgehen und sagen: Verbandsklagen sind generell systemfremd. Ich weiß, wir haben das mit den 29er-Verbänden, und teile die Auffassung der Kollegin Wiegand, die gesagt hat, das sei bislang mit Augenmaß behandelt worden. Gleichwohl bleibt es systemfremd.

Wir müssen immer fragen, wer, wann, wie und wo klageberechtigt ist. Wir haben das System der Betroffenheit, um die Klageberechtigung zu erwirken. Das ist im deutschen Rechtssystem sehr gut verankert und sicherlich richtig.

In Bremen – darauf hat Kollege Pick hingewiesen – will man das Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine einführen; es ist ja noch nicht umgesetzt. Ich gebe zu, Kollege Remmel – darauf werden Sie gleich sicherlich eingehen –, wir haben im Saarland in einer potenziellen Koalition mit Ihnen

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Nicht potenziell! Das ist schon eine richtige!)

– ja, okay – einen Koalitionsvertrag, in dem sogar steht, dass das Verbandsklagerecht eingeführt werden soll. Aber Sie wissen das ja aus Ihrer Erfahrung mit der SPD: Koalition ist eine Zusammenarbeit auf Zeit, da muss der eine oder andere Kröten auch gegen seine eigene Überzeugung schlucken. Das ist dort so. Wir werden dem hier nicht folgen, weil wir mit den Kollegen von der CDU-Fraktion wie auch in vielen anderen Sachen inhaltlich deckungsgleich sind.

Wir haben – den Begriff Staatsziel hat der Kollege Pick schon erläutert – hervorgehoben, dass dem Tierschutz eine besondere Bedeutung zukommt und dass das im Großen und Ganzen klappt. Das ist richtig und gut. Im Übrigen sieht auch das Bundesnaturschutzgesetz das nach langer Diskussion nicht vor. Man hätte das unter rot-grünen Zeiten, wenn man es denn wirklich gewollt hätte und nicht nur populistisch Schaufensterreden halten würde, selbst machen können. Man hat es aber bewusst nicht gemacht, sowohl in Nordrhein-Westfalen als auch im Bund nicht.

Allerdings – auch damit hat die Kollegin Wiegand sachlich recht – ist es im Bundesnaturschutzgesetz auch nicht hundertprozentig ausgeschlossen worden. Nur: Wer es will, der hätte es machen können. Er hat es aber nicht gemacht. Heute sagen diejenigen, die es hätten machen können: Wir waren schon immer dafür, haben es aber nicht gemacht. – Das ist Populismus pur. Daran wollen wir uns nicht beteiligen.

Eine andere, sehr wichtige Stellungnahme ist im Bundesrat vorgetragen worden. Ich möchte sie

vorlesen, weil sie bei manchen vielleicht ins Hintertreffen geraten ist – ich darf zitieren –:

Durch mögliche verbandsklagebedingte Verzögerungen wird für die Medikamentenentwicklung in Deutschland ein zusätzlicher Risikofaktor geschaffen, der Firmen unter Umständen dazu zwingt, entscheidende Medikamentenentwicklungen nicht mehr in Deutschland durchzuführen. Mit der vorgeschlagenen Regelung würden zudem zukünftige Investitionen in innovative und forschungsintensive Projekte verhindert. Aus den vorgenannten Gründen kann ein Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine nicht unterstützt werden. Den Tierschutzvereinen – auch das darf man nicht vergessen – stehen zudem ausreichende Möglichkeiten zur Verfügung, um die Rechte der Tiere zu befördern. Der Schutz von Tieren spielt in der Öffentlichkeit schon eine wesentliche Rolle, sodass weitere Rechte für Tierschutzvereine für die Durchsetzung der Rechte der Tiere nicht notwendig sind.

Meine Damen und Herren, die Aussage ist doch mehr als eindeutig.

Unbeschadet dessen ist völlig klar, dass wir ethisch in besonderem Maße verpflichtet sind, die Tiere artgerecht zu behandeln. Ich sehe auch nach Nachfrage – von einzelnen kriminellen Handlungen abgesehen – auf dem breiten Feld keine Probleme in dem Sektor, die eine solche Aufstufung zur Verbandsklage rechtfertigen würden. Aus meiner tiefen Überzeugung ist der Antrag inhaltlich zum einen wegen des Aufgreifens als Staatsziel und zum anderen deswegen überflüssig, weil es auf den unterschiedlichen Ebenen – auch darauf hast du, Clemens, schon hingewiesen – dieses Bundeskontrollgremium in der Medikamentenforschung gibt, das sich damit befasst und sicherstellt, dass Tierversuche nur auf das wirklich notwendige Maß beschränkt werden.

Es ist – nach ausführlicher Diskussion – im Bundesnaturschutzgesetz nicht vorgesehen; es ist nicht ausgeschlossen, aber es ist nicht vorgesehen. Diejenigen, die das heute lautstark fordern, hätten es gestern umsetzen sollen. Das ist Populismus pur. Das ist letztendlich – das muss ich sagen – eine Beleidigung für die Tierschützer, dass man ihnen vorgaukelt, man wolle ihnen etwas bieten und entgegenkommen. Man hätte es jahrelang tun können, hat es aber nicht getan. Populismus pur! Wir lehnen das grundsätzlich ab, und natürlich lehnen wir, wie schon im Ausschuss, den Gesetzentwurf ab. – Schönen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die Fraktion der Grünen spricht nun Herr Kollege Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Schutz unserer Mitgeschöpfe liegt in unserer Verantwortung, denn Tiere können sich nicht wehren. Sie können ihre Interessen nicht artikulieren, sie können sie eben nicht einklagen; deshalb brauchen sie uns. Sie sind auf Menschen, Institutionen und Verbände angewiesen, die ihnen mit Respekt und Achtung begegnen und nötigenfalls auch ihre Rechte durchsetzen.

Manchmal sagen Bilder mehr als Worte. Ich will Ihnen die Anblicke nicht ersparen.

(Der Redner hält ein Plakat hoch.)

Bilder aus dem Dunkeln zu zerrén, um die klinisch saubere Fassade einer oft beklemmenden Wirklichkeit zu zeigen, ist notwendig, um Hinweise auf mehr Respekt, mehr Achtung und mehr Rechte zu geben. Diese Bilder klagen an, dass es an Respekt und Achtung fehlt.

Halb verhungerte Milchkühe auf einem heruntergekommenen Hof in Westfalen, völlig verwahrloste Ponys auf einer abgelegenen Weide oder ein Hundezüchter aus Westfalen, der kranke, verhaltensgestörte Welpen verkauft, weil sie viel zu früh von ihrer Mutter getrennt werden – all das sind Meldungen, die uns tagtäglich erreichen.

(Der Redner hält ein weiteres Plakat hoch.)

Dazu kommt noch – täglich grüßt das Murmeltier – die himmelschreiende Quälerei der Massentierhaltung. Heute können Sie und wir im Landtag einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass der Umgang mit Tieren in ethisch vertretbare, tiergerechte Bahnen geleitet wird.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Heute können wir unserer Verantwortung gerecht werden und das Staatsziel Tierschutz stützen. Ein Aufnehmen in die Verfassung als Staatsziel ist doch ein Auftrag für den Gesetzgeber, dieses Staatsziel auch mit Leben zu erfüllen. Bisher ist es mit zu wenig Leben erfüllt; deshalb bedarf es dieser Initiative.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Heute können Sie zeigen, liebe Kolleginnen und Kollegen gerade der CDU, wie ernst Sie Ihre Absichtserklärungen und Äußerungen meinen, den Schutz der Tiere ernst zu nehmen und als Bestandteil einer christlich-ethisch-moralischen Überzeugung tatsächlich umzusetzen.

Herr Minister, ich habe sehr wohl zur Kenntnis genommen, wie empört Sie selbst über die grausamen Bilder der polnischen Gänse, die bei lebendigem Leib gerupft werden, in der letzten Sitzung des vorigen Jahres waren. Ich habe auch Ihre Antwort auf unsere Berichts-anfrage im Umweltausschuss, wie mit Tierversuchen von Primaten umzugehen ist, gut in Erinnerung, Herr Minister, und wie Sie deutlich machten, dass Sie ein großes Interesse an der

Vermeidung solcher Tierversuche haben und einen respektvollen Umgang anstreben.

(Beifall von Holger Ellerbrock [FDP])

Jetzt, Herr Minister, liebe CDU, wäre die Gelegenheit, den Worten auch Taten folgen zu lassen und tatsächlich ein solches Gesetz auf den Weg zu bringen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben sich in der ersten Lesung unseres Gesetzesantrags darauf berufen, dass der Tierschutz bereits als Staatsziel in der Verfassung verankert ist. Aber es geht darum, dieses Ziel nicht nur anzuerkennen, sondern auch mit Verpflichtungen zu erfüllen. Das Staatsziel allein ist letztlich zahn- und wirkungslos. Ohne Ihre Zustimmung wird dieses Staatsziel, wird der Text des Grundgesetzes Verfassungsyrik bleiben, wie der Präsident des Tierschutzbundes, Wolfgang Apel, ausdrückte. Ohne Ihre Zustimmung können Tierrechte nicht stellvertretend geltend gemacht werden. Wer das nicht will, der braucht eigentlich auch kein Tierschutzgesetz zu verabschieden. Mit Blick auf den Verfassungsrang ist es notwendig, bestimmten anerkannten Tierschutzvereinen Mitwirkungs- und Vertretungsrechte zu geben – eng umgrenzt, so wie es in unserem Gesetzentwurf dargelegt ist, so wie wir es im Übrigen im Naturschutz bereits haben.

Es ist doch ein schizophrener Widerspruch, der endlich beseitigt werden muss, dass Tiere in Freiheit vertreten werden dürfen und Tiere, die genutzt und benutzt werden, nicht. Diesen Widerspruch gilt es aufzuheben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Derzeit haben Vereine keine Mitwirkungsrechte, da eine Klagebefugnis in relevanten Verfahren nicht gegeben ist und grundsätzlich nur geklagt werden kann, wenn der Kläger in seinen eigenen Rechten verletzt ist. Deshalb müssen Menschen dafür Verantwortung übernehmen, sie müssen der Natur zu ihrem Recht verhelfen und es vor Unrecht schützen.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Richtig!)

Warum wollen Sie dies unseren Mitgeschöpfen verweigern? Warum wollen Sie es Menschen verweigern, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Rechte der Tiere zu bewahren? Es geht nicht darum, wie von der FDP behauptet, Wirtschaft oder Wissenschaft zu blockieren oder Forschung nicht stattfinden zu lassen, sondern es geht um die konsequente Umsetzung des Staatsziels Tierschutz.

In Anbetracht der engen Auswahlkriterien für die Anerkennung mitwirkungs- und klagebefugter Vereine ist auch nicht die Gefahr einer Prozessflut zu erwarten, wie die Kollegin schon dargelegt hat. Das ist bei der Ausübung und Praxis des Verbandsklagerechts für Naturschutzverbände deutlich geworden. Im Gegenteil, wir hätten die Chance, endlich

den Sachverstand dieser Vereine in die Verwaltungsverfahren und Rechtsprechung einfließen zu lassen.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Tun wir doch ohnehin!)

– Der eigentliche Gewinn, Herr Ellerbrock, liegt nicht darin, dieses Recht auch vor Gericht einklagen zu können, sondern er liegt dadurch, dass die Vereine dann bei bestimmten Verfahren beteiligt werden müssen, im Bereich der Prävention. Gerade das Verbandsklagerecht im Naturschutzbereich zeigt, dass so viele Streitereien im Vorfeld beseitigt werden können, was einen deutlichen Gewinn in der Sache darstellt.

Tierschutzfragen werden derzeit weitgehend vernachlässigt. Deshalb besteht ein Interesse an der entsprechenden Einbeziehung qualifizierter Beraterinnen und Berater. Sprechen Sie doch mal mit den Amtstierärztinnen und -ärzten vor Ort.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Machen wir!)

Nordrhein-Westfalen würde mit einem solchen Verbandsklagerecht knapp hinter Bremen und dem Saarland als eines der größten Bundesländer vorgehen. Wir machen deutlich, dass dies keine Institution ist, die von einer Farbenlehre abhängt – in Bremen gibt es Rot-Grün, im Saarland ist Grün an einer anderen Regierung beteiligt –, auch wenn Grün immer dabei ist. Deshalb noch einmal die Aufforderung an Sie, unserem Gesetz doch noch beizutreten.

Es liegt in Ihrer Verantwortung, ob Nordrhein-Westfalen ein Land wird, in dem das Staatsziel tatsächlich geachtet und mit Leben gefüllt wird. Es liegt in unserer Verantwortung, ob Nordrhein-Westfalen ein Land des Tierschutzes wird und unsere Mitgeschöpfe vor Misshandlung und unartgerechter Haltung geschützt werden. Es liegt also an diesem Parlament.

(Zuruf von Holger Ellerbrock [FDP])

Daran wurden Sie heute Vormittag von vielen Tierschützerinnen, Verbänden und Vereinen vor dem Landtag erinnert.

Nehmen wir also unsere Verantwortung ernst. Stimmen Sie mit uns für das Gesetz. – Vielen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Remmel. – Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Uhlenberg das Wort.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der von der Fraktion Bündnis 90/Die

Grünen eingebrachte Gesetzentwurf für ein Gesetz über das Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine betrifft ein Thema – die Kollegen haben eben schon darauf hingewiesen –, mit dem sich der Landtag in ähnlicher Form bereits im Jahr 2007 befasst hat.

In der Sache geht es darum, anerkannten Tierschutzorganisationen über das bisher geltende Bundesrecht und auch Landesrecht hinaus weitergehende Mitwirkungs-, Verfahrens- und Prozessrechte einzuräumen.

Die Regierungsfraktionen haben in den Ausschussberatungen diesbezüglich ihren Standpunkt erneut deutlich gemacht. Auch der Standpunkt der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen ist klar und eindeutig: Wir lehnen den Gesetzentwurf ab.

Da das Thema nach meiner Einschätzung ausdebattiert ist, hier nur noch einmal kurz die maßgeblichen Argumente für die Ablehnung dieses Gesetzentwurfes: Ein Landesgesetz zur Formalisierung von Mitwirkungs-, Verfahrens- und sogar Prozessrechten für anzuerkennende Tierschutzorganisationen ist nicht erforderlich. Das angeführte Problem eines Ungleichgewichtes der Kräfte im Verhältnis zwischen Tiernutzern und Tieren besteht so nicht.

Bereits nach geltendem Recht werden Tierschutzaspekte im Rahmen von bau- und immissionschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren für Tierhaltungsanlagen frühzeitig berücksichtigt. Regelmäßig erhalten Tierschutzbehörden als Träger öffentlicher Belange, aber auch Tierschutzorganisationen natürlich die Gelegenheit, ihre Positionen in die Verfahren einzubringen.

Nach meiner Wahrnehmung greifen die Genehmigungs- und Vollzugsbehörden die Anregungen der Tierschutzorganisationen gerne auf, um im Rahmen des geltenden Rechts das Beste für den Tierschutz herauszuholen.

Des Weiteren möchte ich auf die Zusammenarbeit meines Ministeriums mit dem Tierschutzbeirat hinweisen. Bei der Vorbereitung von neuen Tierschutzstandards, von tierschutzrelevanten Rechtsvorschriften oder Erlassen oder bei der Erörterung tierschutzrechtlicher Themen und Sachverhalte tauschen wir auf der Grundlage einer vertrauensvollen Zusammenarbeit Informationen und Fachwissen aus.

Durch die enge Zusammenarbeit wirken bereits auf dieser frühen Ebene Vertreter der Tierschutzorganisationen bei einer Vielzahl von Entscheidungen ganz konkret mit. Letztlich werden die Tierschutzorganisationen bei der Genehmigung von Tierversuchen sowie bei dem Erlass von Verordnungen und Verwaltungsvorschriften bereits nach dem geltenden Tierschutzgesetz frühzeitig eingebunden.

Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, welchen Mehrwert die im Gesetzent-

wurf vorgesehenen Regelungen für die zu schützenden Tiere haben sollen, kann ich soweit nicht erkennen.

(Beifall von CDU und FDP)

Der Gesetzentwurf enthält vielmehr überwiegend Regelungen, die zunächst zu einem neuen Aufwand für die Verwaltung führen. So sieht § 3 Abs. 2 des Gesetzentwurfes vor, dass jeder Tierschutzverein, der das Verbandsklagerecht nutzen möchte, anerkannt werden muss. Damit wird ein neues, bürokratisch ausgestaltetes, aufwendiges Anerkennungsverfahren geschaffen. Dies wiederum bedeutet die Schaffung einer neuen kostenträchtigen und entbehrlichen Bürokratie. Erklärtes Ziel der Landesregierung ist aber der Abbau von Bürokratie. Durch die neugeschaffene Möglichkeit einer Feststellungsklage würde auch auf die Verwaltungsgerichte eine zusätzliche Belastung zukommen. Ich finde, das ist nicht begründbar.

Deshalb möchte ich auch die in der Begründung zum Gesetzentwurf enthaltene Prognose über die finanziellen Auswirkungen auf den Landeshaushalt infrage stellen. Nach der Auffassung meines Hauses sind sehr wohl Kosten für den Landeshaushalt in Form von Personalkosten zu erwarten.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, statt neue, abstrakte verfahrensrechtliche Positionen für Tierschutzorganisationen zu schaffen, durch die Verwaltungsgerichte und Behörden ohne erkennbaren Vorteil für den Tierschutz zu Mehrarbeit gezwungen werden, ist es nach meinem Verständnis wichtiger, den Tierschutz mit konkreten Maßnahmen und Aktivitäten zu fördern.

(Beifall von Holger Ellerbrock [FDP])

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat deshalb im vergangenen Jahr, also im Jahr 2009, beispielsweise wieder den NRW-Tierschutz-Preis ausgeschrieben. Mit diesem Preis ehrt das Land Personen und Institutionen, die sich durch großes ehrenamtliches Engagement oder durch besondere innovative Tierschutzprojekte verdient gemacht haben. Der Preis ist mit 10.000 € dotiert. Solche Vorhaben fördern den Tierschutz in der Gesellschaft und schaffen eine Kultur des Bewusstseins für tierschutzrechtliche Belange in der Öffentlichkeit.

Sollte man ein Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen dennoch für erforderlich halten, so bin ich der Meinung, dass eine solche Regelung nur auf Bundesebene erlassen werden könnte, denn der Bund hat mit dem Tierschutzgesetz seine konkurrierende Gesetzgebungskompetenz mit Sperrwirkung für den Landesgesetzgeber in Anspruch genommen. Entsprechende Initiativen hatten in der Vergangenheit aus gutem Grund allerdings keinen Erfolg.

Auch der gern angestellte Vergleich – und der ist auch eben vorgenommen worden – mit dem Land

Bremen kann mich nicht überzeugen. Seit dem Jahre 2007 ist in Bremen ein dem hier vorliegendem Gesetzentwurf entsprechendes Gesetz in Kraft. Im Vorfeld dieser Plenardebatte haben sich Mitarbeiter meines Hauses mit den zuständigen Kollegen der Bremer Senatsverwaltung für Gesundheit noch einmal ausgetauscht. In Bremen liegen bisher keinerlei belastbare Erfahrungswerte in Bezug auf das Verbandsklagerecht der Tierschutzvereine vor.

Es kann also nicht auf positive Erfahrungswerte zurückgegriffen werden. Messbare Verbesserungen des Tierschutzes durch die Schaffung von Mitwirkungs-, Verfahrens- oder sogar Prozessrechten für anzuerkennende Tierschutzorganisationen können nicht bestätigt werden. Wozu brauchen wir dann also noch ein weiteres Gesetz?

(Holger Ellerbrock [FDP]: Richtig!)

Es bleibt anzumerken, dass selbst, wenn Bremen erste Erkenntnisse hätte liefern können, die Übertragung der Erfahrungen eines Stadtstaates auf einen großen Flächenstaat wie Nordrhein-Westfalen ohnehin nur eingeschränkt möglich ist.

Verehrter Herr Abgeordneter Rimmel, Sie haben eben hier ein Bild gezeigt und auch einige Bilder im Raum verteilt. Ich möchte gerade vor dem Hintergrund, dass auch Zuschauer hier sind, darauf hinweisen, dass wir natürlich heute schon die Möglichkeit haben, ohne dass dieses Verbandsklagerecht eingeführt wird, solchen Missständen nachzugehen, und dass solche Missstände auch beendet werden.

(Beifall von der CDU)

Dafür haben wir in Nordrhein-Westfalen heute schon die entsprechende Rechtsgrundlage. Ich darf in diesem Zusammenhang nicht nur an die Arbeit unseres LANUV erinnern, sondern auch an die Arbeit der Kreisordnungsbehörden, die hier täglich im Einsatz sind. Solchen Missständen wird bereits jetzt nachgegangen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Weil Sie hier noch einmal das Thema Massentierhaltung angesprochen haben, möchte ich darauf verweisen, dass die Zahl allein gar nichts aussagt. Wenn ein Landwirt heute 100 Kühe in einem Boxenlaufstall hat, sprechen Sie von Massentierhaltung. Diese Tiere können sich den ganzen Tag frei bewegen. Früher hatte man im Durchschnitt 12 Kühe auf dem Hof. Sie standen den ganzen Winter an der Kette und konnten sich nicht bewegen. Damals sprach man nicht von Massentierhaltung. Daher meine ich, dass diese Schlagwörter zwar schick sind, aber überhaupt nicht die reelle Situation in Nordrhein-Westfalen treffen und auch nicht zur Lösung dieses Problems beitragen.

Letztlich ist es für mich wichtig, die Belange des Tierschutzes mit den Anforderungen eines starken Landes Nordrhein-Westfalen auch als Forschungs- und Wirtschaftsstandort zu einem vernünftigen,

zukunftsorientierten Ausgleich zu bringen. Dies ist durch die bestehende Gesetzeslage gewährleistet.

Vom Max-Planck-Institut für Molekulare Biomedizin ist darauf hingewiesen worden, dass ein Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände zu diesem Bereich sachlich nicht notwendig ist, da Tierschutzverbände bereits bei der Genehmigung von Tierversuchen in der Kommission nach § 15 Tierschutzgesetz mitwirken. Das Institut befürchtet, dass durch ein solches Klagerecht innovative Grundlagenforschung und die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses im Bereich der Biomedizin behindert würden.

Von einem solchen Gesetz ginge eine negative Signalwirkung aus, was das Land Nordrhein-Westfalen und damit seine Bürger im internationalen Wettbewerb schwächen könnte. Ein solches negatives Signal können wir uns gerade in der heutigen Zeit nicht leisten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Tiere sind in Nordrhein-Westfalen im weltweiten, europäischen und bundesweiten Vergleich sehr gut geschützt. Es bedarf keiner zusätzlichen Regelung. Auch der federführende Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz empfiehlt, den Gesetzentwurf abzulehnen. Dem schließe ich mich an.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor.

Damit sind wir am Schluss der Beratung und können zur Abstimmung kommen. Der Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/10118**, den Gesetzentwurf Drucksache 14/9760 abzulehnen. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und der Gesetzentwurf in der zweiten Lesung abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

4 Landesregierung muss ihren Ankündigungen Taten folgen lassen: Mindestlohn für die Leih- und Zeitarbeitsbranche

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/10519

Für die antragstellende Fraktion der SPD erteile ich dem Abgeordneten Schmelzer das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Rainer Schmelzer (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Leider kann ich nicht „lieber Arbeitsminister“ sagen; denn er ist noch nicht da.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Doch!)

– Entschuldigung, Herr Arbeitsminister. Herzlich willkommen bei dieser Debatte! Das war eine Punktladung. Es wäre schön, wenn dieser Arbeitsminister immer Punktladungen hinlegen würde.

(Zuruf von der CDU: Das war aber ein Auftakt Ihrer Rede! Donnerwetter!)

Ich fange auch gleich mit einem Zitat des Arbeitsministers an. Das ist immer am schönsten; denn zum mindesten in der Presse hat er gute Zitate. Am 14. Februar 2008 schrieb die Presse – mittlerweile dürfte das eines der in diesem Plenum am häufigsten verwendeten Zitate sein – mit Bezug auf den iGZ-Kongress der Zeitarbeitsbranche – ich zitiere –:

Wenn die Branche nicht ins Entsendegesetz aufgenommen wird, können Anbieter aus Osteuropa ab 2009 zu den Löhnen ihres Landes hier arbeiten. Die dadurch absehbaren sozialen Verwerfungen besonders im Helferbereich halten wir in Deutschland nicht aus.

Weiter schreibt die „WAZ“ in Bezug auf Herrn Laumann:

Um die Branche vor dem Lohndruck aus Osteuropa zu schützen, ist er deshalb „entschieden dafür, sie ins Entsendegesetz aufzunehmen“.

(Beifall von der SPD)

Recht hat der Minister. Das haben wir in diesem Haus mehrfach debattiert. Wenn er diese Aussage auch eine Woche später relativiert hat – bezüglich des Jahres 2009 hat er dann gesagt: oder 2011 –, so hat er doch anschließend in unserer Debatte seinen Wunsch zur Aufnahme des Mindestlohns ins Entsendegesetz der Zeitarbeitsbranche deutlich gemacht. Allerdings hat er das insofern wieder relativiert, als dass er anschließend in der namentlichen Abstimmung gegen seine eigene Meinung gestimmt hat.

In einem Artikel auf www.sueddeutsche.de vom 17. September 2009 wird Herr Laumann mit folgenden Worten zitiert:

Da muss und wird es 2010 eine Regelung geben, egal wer regiert.

Jetzt regieren Sie ja, Herr Laumann.

Weil Sie das Jahr 2010 angesprochen haben, können wir an dieser Stelle auch Ihre Aussage bei un-

serer Plenarsitzung am 11. September 2009 zitieren. Dort haben Sie ausgeführt:

Wir müssen alles dafür tun, dass die Zeitarbeitsbranche spätestens im Jahre 2010 ins Entsendegesetz aufgenommen wird.

Richtig, Herr Minister. Jetzt haben wir das Jahr 2010. Jetzt gilt es auch, endlich zu handeln. Die Zeit der Überschriften seit zwei Jahren ist auch an dieser Stelle endlich vorbei; denn Sie sind nach wie vor Arbeitsminister, wenn auch nur noch für 108 Tage hier im Lande Nordrhein-Westfalen. Die Arbeitsminister auf Bundesebene besitzen ja neuerdings das CDU-Parteibuch. Auf Bundesebene gibt es in der kurzen Legislaturperiode in diesem Ressort mittlerweile schon die zweite Besetzung.

Viele Überschriften wurden gesetzt – alle richtig. Viele Interviews wurden gegeben – alle richtig. Viele TV-Auftritte haben Sie zu diesem Thema absolviert – alle richtig. Immer haben Sie sich mit dem gleichen Tenor geäußert und gesagt, der Mindestlohn für die Zeitarbeitsbranche müsse ins Entsendegesetz aufgenommen werden. Das ist eine Forderung, die wir hier nachhaltig gestellt haben, die in diesem Haus aber nicht die Mehrheit gefunden hat.

Bei Ihnen finden wir auch immer wieder die öffentliche Kritik an den Tarifverträgen der sogenannten christlichen Gewerkschaften, die unter anderem das Hindernis dafür sind, dass es eben nicht so kommt, wie es sein muss. Sie sind Vertreter der CDU und kritisieren die christlichen Gewerkschaften. Ich teile Ihre Kritik. Ihre Kollegen auf Bundesebene, die auch Mitglieder der Christlich-Demokratischen Union sind – stellvertretend nenne ich hier einmal Herrn Dr. Brauksiepe –, gehen nach wie vor zu den Kongressen der christlichen Gewerkschaften, bauchpinseln diese Gewerkschaften und unterstützen sie bis zum Gehnichtenmehr. Wer hat eigentlich als Arbeitsminister, arbeitsmarktpolitischer Sprecher und Führer der christlich-demokratischen Arbeitnehmer in Ihrer Partei das Sagen? – Ist das der Bundesvorsitzende der CDA, der zum Schutze der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer etwas durchsetzen will, oder geht es um den Lobbyismus, um das „C“ vorne, damit christliche Gewerkschaften letztendlich nicht in Verruf kommen? Das ist der Punkt. Da müssen Sie sich durchsetzen.

Warum Mindestlohn in der Zeitarbeitsbranche? – Sie haben sich auf dem Kongress der iGZ 2008 für den Mindestlohn ausgesprochen. Ich habe die Begründung gerade genannt: die kommende Arbeitnehmerfreizügigkeit, der Lohndruck aus Osteuropa. Alles dies ist richtig. Ich frage mich nur, Herr Laumann: Ist dies Ihre persönliche Meinung, oder sprechen Sie hier für die Landesregierung? Denn Frau Thoben hat sich auf dem Kongress der iGZ am 19. November 2009 in Gelsenkirchen, also ein Jahr später, generell gegen diesen Mindestlohn im Entsendegesetz ausgesprochen.

Ich frage mich letztendlich: Spricht Frau Thoben für die Landesregierung, sprechen Sie für die Landesregierung, oder kann bei der Landesregierung draußen jeder sagen, was er will, weil das Handeln und das Sprechen sowieso unterschiedliche Dinge sind, wie wir es seit viereinhalb Jahren kennen.

Apropos Handeln: Als wir hier im Hause im Rahmen der Haushaltsberatungen über den Koalitionsvertrag auf der Berliner Ebene gesprochen haben, kam auch das Thema Mindestlohn und Allgemeinverbindlichkeitserklärungen zur Sprache, weil nämlich im Koalitionsvertrag neuerdings geregelt ist, dass solche Dinge nicht mehr der Bundesarbeitsminister bzw. jetzt die -ministerin alleine machen kann, sondern dass das grundsätzlich einvernehmlich im Kabinett geschehen muss. Da haben Sie gesagt: Das ist doch selbstverständlich. Das gilt für meine Allgemeinverbindlichkeitserklärungen auch. Das ist normales Vorgehen in einer Regierung. – Am Montag dieser Woche haben Sie im „Süddeutschen Fernsehen“ bei „2+LEIF“ gesagt, als Sie zur Allgemeinverbindlichkeitserklärung angesprochen wurden, dass dies eventuell nicht immer im Sinne Ihrer Kolleginnen und Kollegen aus Partei und Koalition sei. Ich zitiere – da antwortet Herr Laumann –: Da habe ich kein Problem mit in Nordrhein-Westfalen. Ich mach' das einfach.

Ja, was ist denn jetzt richtig? Geht das ins Kabinett oder kann Herr Laumann hier in Nordrhein-Westfalen machen, was er will – ohne das Kabinett? Das wäre an dieser Stelle einmal die Frage. Antworten wie sie passen, das Kabinett wird in das Handeln offensichtlich nicht mit einbezogen!

Bleiben wir bei „2+LEIF“ am Montag. Ihr Halleluja auf die Allgemeinverbindlichkeitserklärungen hier in Nordrhein-Westfalen haben wir schon des Öfteren gehört. Ich habe Ihnen schon des Öfteren einiges darauf erwidert. Ich möchte das auch gerne wieder tun, wenn das Halleluja gleich wieder gerufen wird.

Ihr Job ist es, bei Antragstellung durch die Tarifvertragspartner diese Allgemeinverbindlichkeitserklärungen auf den Weg zu bringen. Da sagen Sie im Südwest-Fernsehen am Montagabend, dass kein einziger Ihrer Allgemeinverbindlichkeitserklärungen, die Sie in den viereinhalb Jahren abgeschlossen haben, kein einziger Tarifvertrag unter 7,50 € liege. Das ist sehr populär. Vor dem Fernseher kann man ja sitzen und schimpfen, das hört ja keiner. Ich will jetzt einmal hier laut schimpfen. Das stimmt nicht, Herr Minister Laumann! Das ist die Unwahrheit! Auch Sie schließen Allgemeinverbindlichkeitserklärungen unter 7,50 € ab.

(Minister Karl-Josef Laumann: Wo denn?)

Kollegin Kraft hat es heute Morgen schon einmal erwähnt: Bei der Unterzeichnung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung zum Tarifvertrag im Hotel- und Gaststättengewerbe ging es um 6,30 €; jetzt sind es immerhin schon 6,50 €. Es ist schlicht die

Unwahrheit, was Sie im Fernsehen sagen, der Öffentlichkeit vorgaukeln. Das ist nicht richtig. Sie müssen endlich dazu stehen, dass Ihr Handeln ein anderes ist als das, was Sie den Menschen draußen glauben machen wollen.

(Beifall von der SPD)

Allgemeinverbindlichkeitserklärungen sind nicht schlecht. Sie sind gut. Aber die Zeitarbeit ins Entsendegesetz aufzunehmen, ist besser. Sie wissen, am besten wäre es natürlich, wenn wir einen gesetzlichen Mindestlohn hätten. Schon heute hat, wie der BMAS ermittelt hat, der Steuerzahler Aufstockerleistungen ausschließlich an Zeitarbeiter für einen Zeitraum von Mai 2008 bis Mai 2009 in Höhe von sage und schreibe 531 Millionen € gezahlt. 531 Millionen € werden in einem Jahr ausgegeben nur an Zeitarbeiter, die Aufstockerleistungen nach dem SGB II bekommen müssen, weil sie von ihrem Geld alleine nicht leben können. Das ist Subventionierung von Billiglöhnen zugunsten der Unternehmen. Das muss endlich ein Ende haben.

Kurz und knapp: Es ist 2010. Setzen Sie Ihre unendlichen Ankündigungen endlich um! Bereiten Sie eine Initiative im Bundesrat vor, damit die Zeitarbeitsbranche endlich mit einem Mindestlohn ins Entsendegesetz aufgenommen wird!

Ein letztes Wort als Nachtrag zu dem, was gestern in Ihrem letzten Wortbeitrag an Unsäglichem stattgefunden hat: Sie haben die Arbeiterwohlfahrt im westlichen Westfalen zum wiederholten Male unqualifiziert und unbegründet angegriffen.

(Minister Karl-Josef Laumann: Was?)

Ich zitiere den Minister

(Günter Garbrecht [SPD]: Da wird er wach!)

aus der gestrigen Plenardebatte:

Ich möchte Ihnen als Sozialminister hier im Plenum des Landtags ganz klar sagen, dass ich die Einführung von Zeitarbeitsfirmen mit dem Grundgedanken eines Wohlfahrtsverbandes für unvereinbar halte. Ich finde, dass diese Vorgänge bei der Arbeiterwohlfahrt mein Ministerium veranlassen müssen zu prüfen, ob ein solcher Wohlfahrtsverband noch all die Vorteile genießen darf, die in diesem Land Wohlfahrtsverbände genießen.

Herr Altenbernd hat Ihnen gestern schon geantwortet; die entsprechende Pressemitteilung ist auch rausgegangen.

Sie haben heute Morgen beim Empfang des VdK einen allgemeinen Generalangriff auf die Wohlfahrtsverbände vorgenommen, wobei Sie die AWO nicht einzeln angesprochen haben. Seit zwei Jahren entziehen Sie sich der Diskussion zur Deregulierung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes. Zum Schlecker-Kaufboykott haben Sie aufgerufen, was

letztendlich auch den Arbeitnehmerinnen und den Arbeitnehmern nicht hilft.

Denen, die zur ordnungsgemäßen Umsetzung ihrer Aufträge, zum Beispiel des Pflegeauftrags, Leiharbeiter einsetzen, die gemäß DGB-Tarifvertrag vergütet werden, dazu noch außertarifliche Zulagen bekommen und Vermittlungsquoten von bis zu 60 % in den ersten Arbeitsmarkt haben, und zwar Vermittlungsquoten ohne Abschlussgebühr, wie es in der Zeitarbeitsbranche – leider Gottes – üblich ist, wiederum die Unterstützung des Landes vorenthalten zu wollen, ist ein Verhalten, das eines Sozialministers absolut nicht würdig ist.

(Beifall von Gabriele Sikora [SPD])

Im Umkehrschluss Ihrer Wahrnehmung zu dem Sachstand, den Sie hier ausgeführt haben, wäre der nächste Schritt sicherlich die Durchleuchtung der kirchlichen Tarifverträge, um sich auch einmal genau die Löhne im Niedriglohnbereich anzusehen und ihnen anschließend die Landesunterstützung zu entziehen. Ehrenamt und Wohlfahrt in Sonntagsreden hervorzuheben und dann mit Füßen zu treten, ist blanker Zynismus. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Schmeltzer. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Kollege Brakelmann das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Peter Brakelmann (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Schmeltzer, ich kann nur sagen: Im Westen nichts Neues – draufhauen.

Was das Thema Arbeiterwohlfahrt betrifft, scheinen wir einen wunden Punkt getroffen zu haben. Ich kann den Arbeitsminister nur unterstützen. Ich werde gleich einige Zitate vorbringen, damit man merkt, dass das, was der Minister gesagt, stimmt und sehr kritisch ist. Wenn Sie vom Mindestlohn bei der IGZ reden, dann sind das 7,13 € plus 0,80 € Fahrtkostenpauschale, die man geben, aber auch immer wieder direkt streichen kann. Das weiß jeder Betriebsrat. Zulagen sind immer streichbar. Dass man da von super Tarifverträgen reden kann, verstehe ich persönlich gar nicht, Herr Schmeltzer. Sie als Gewerkschaftssekretär müssten das eigentlich wissen. Als Betriebsrat sage ich Ihnen: Vielleicht sind Sie auch zu lange heraus; das kann natürlich sein.

(Frank Sichau [SPD]: Es gibt aber Tarifverträge! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Im Zitieren sind Sie sehr schlecht!)

– Herr Schmeltzer, im Draufhauen sind Sie sehr gut. Das muss man Ihnen lassen. Sie werden auch immer sehr laut. Man hat immer das Gefühl, Sie können mit ganzen Herzen dabei sein. Nur kommt lei-

der meistens heiße Luft heraus und sonst gar nichts.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Warten wir es ab!)

Den gesetzlichen Mindestlohn bei Leih- und Zeitarbeit halten wir für falsch. Das haben wir wiederholt hier im Plenum dargestellt. Bereits gestern stand das Thema Mindestlohn zu Recht auf der Tagesordnung. Denn die Vorgänge bei der Firma Schlecker sind wirklich skandalös. Wir müssen in der Tat verhindern, dass Unternehmen wie dieses durch Trickserei und den Einsatz von Leih- und Zeitarbeit wesentlich geringere Löhne zahlen, anstatt ihre Mitarbeiter nach den durch ver.di ausgehandelten Tarifverträgen zu bezahlen.

(Minister Karl-Josef Laumann und zwei Abgeordnete der SPD diskutieren miteinander.)

– Meine Herrschaften von der SPD, möchten Sie hier vorne reden? Ich habe damit kein Problem. Dann mache ich solange Pause. Das müsste aber bei meiner Redezeit berücksichtigt werden, Frau Präsidentin. Die Diskussion stört bei meiner Rede ungemein.

(Zurufe von der SPD)

– Ja, Herr Garbrecht ist auch da. Ich habe es gehört. Möchte noch jemand herkommen und einen Beitrag leisten? Das ist kein Problem.

Zum Thema: Von Kündigungsschutz und sozialen Leistungen wollen wir hier erst gar nicht reden. Übrigens gibt es solches Gebaren auch in anderen Branchen, in denen man so etwas gar nicht vermutet. Zahlreiche Zeitungsverlage in Deutschland, auch in Nordrhein-Westfalen, haben ihren nach Tarif bezahlten Lokalredakteuren gekündigt und komplette Redaktionen mit Leuten neu besetzt, die aus Leiharbeitsfirmen kommen und deutlich weniger verdienen. Welche Verlage das sind, kann man im Internet nachlesen. Mit der angespannten Lage auf dem Tageszeitungsmarkt ist so etwas nicht zu entschuldigen.

Jetzt kommen wir noch einmal zu dem Punkt von gestern. Die Arbeiterwohlfahrt, eine der SPD durchaus zugeneigte soziale Organisation, hat Zeitarbeitsfirmen gegründet und aus diesen Firmen Mitarbeiter rekrutiert. Das hat der Kollege Tenhumberg gestern noch einmal erwähnt. Ich habe Ihre Aufregung heute mitbekommen. Ich habe dazu noch einige Fragen an die SPD-Kollegen Große Brömer, Körfges, Hack, Howe und alle die, die bei der AWO in Vorständen sitzen. Werden die so entliehenen Mitarbeiter tarifgemäß bezahlt? Wie sieht es mit Hire und Fire aus? Man hört ziemlich unglaubliche Dinge darüber, wie die AWO mit Mitarbeitern umgeht.

Ich führe einige Zitate an. Mit Erlaubnis der Präsidentin möchte ich vorlesen, was der Konzernbetriebsratsvorsitzende Detlev Beyer-Peters sagt. Es

ist eine Abschrift aus der Lokalzeit Dortmund von Mittwoch, den 5. Dezember 2007:

Wir kritisieren als Konzernbetriebsrat, dass innerhalb kürzester Zeit Beschäftigte einen Leistungs- und Lohnverlust von über 30 % erleben, ohne dass sich ihre Tätigkeit, ohne dass sich der Ort ihrer Tätigkeit, ohne dass sich die Kolleginnen und Kollegen verändern. Es verändert sich nichts – außer der Lohn.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Ich muss zugeben, im Pflegebereich trifft das nicht zu. Da wird nicht outgesourct. Aber im Bereich der Dienstleistungen wird outgesourct. Ich lese einmal vor, was eine Haushaltswirtschaftshilfe der AWO bekommt:

Statt 12 € die Stunde haben sie noch 7,80 € bezahlt, das Weihnachtsgeld und das Urlaubsgeld gestrichen, keine Zuschläge mehr. Ich war schockiert; denn ich war immer flexibel, nie krank. Ich habe sogar Weihnachten und Ostern gearbeitet. Nun soll ich am gleichen Ort die gleiche Tätigkeit für weniger Geld machen.

Das läuft bei der AWO eben auch so ab.

(Bernhard Tenhumberg [CDU]: So ist das!)

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, als Betriebsrat traue ich meinen Betriebsratskollegen bei der AWO mehr als den Geschäftsführern, um das ganz klar zu sagen.

(Beifall bei der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist das erste Mal, dass Sie den Betriebsräten glauben!)

– Das ist nicht das erste Mal. Das ist so, Herr Schmeltzer. Der Unterschied zwischen uns beiden ist, dass Sie Theoretiker sind. Sie sind viele Jahre raus und Gewerkschaftssekretär. Ich bin Betriebsrat, und zwar heute noch.

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Gestern wussten Sie das nicht mehr. Ich sage Ihnen. Ich bin heute Betriebsrat und stehe wieder zur Wahl an. Die Kollegen haben Vertrauen zu mir und werden mich wieder wählen. Ich bin jeden Tag in der Praxis und weiß, was bei den Kollegen los ist.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ich meine, Sie hätten ein Mandat?)

Ich muss kein Praktikum machen, um zu wissen, was die Menschen draußen denken, wie es mittlerweile bei der SPD üblich ist.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Schlecker und die Zeitungsverlage sind Beispiele für einen eklatanten Missbrauch des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Brakelmann, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Der Kollege ...

Peter Brakelmann (CDU): Nein, ich möchte meine Rede beenden. Es ist sehr schwierig, dass Sozialdemokraten auch anderen zuhören. Wenn ich dort sitze, höre ich den sozialdemokratischen Kollegen immer zu. Dann hören Sie keine Zwischenrufe. Ich finde, das gehört sich auch so.

(Zuruf von der SPD)

Dem müssen wir einen Riegel vorschieben.

(Zuruf von Wolfram Kuschke [SPD])

– Auch Sie können zuhören, Herr Kuschke.

(Zuruf von der SPD)

– Sie können gleich in die Bütt gehen und sagen es einfach. Dann stellen Sie sich hier ans Pult und sagen, was Sie möchten. Das ist kein Problem.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

– Auch Sie, Herr Sichau.

Ich scheine irgendwie den Nerv bei der SPD getroffen zu haben. Das muss ich Ihnen sagen. Das ist sehr interessant.

(Beifall von der CDU – Wolfram Kuschke [SPD]: Sie sind ein feines Sensibelchen! – Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Die Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen hat bereits angekündigt, dass sie mögliche Schlupflöcher im Gesetz so schnell wie möglich stopfen will.

Grundsätzlich ist Zeitarbeit ein gutes und sinnvolles Instrument. Zeitarbeit kann Brücken in Arbeit für Menschen bauen, die sonst schlechte Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt hätten. Im Elften Bericht der Bundesregierung über Erfahrungen bei der Anwendung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, der Anfang Januar vorgestellt wurde, heißt es:

Insbesondere für Langzeitarbeitslose ist die Zeitarbeit eine Chance auf den Zugang zur Arbeit. In über 10 % der neu geschlossenen Zeitarbeitsverhältnisse waren die Zeitarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer zuvor zwölf Monate und länger ohne Beschäftigung und sie haben in der Regel voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse.

Unternehmen können durch Leih- und Zeitarbeitnehmer flexibel auf Nachfragespitzen oder Auftragsflauten reagieren. Im Falle von Urlaub oder Krankheit sind schnell Vertretungen zur Hand. Zeitarbeit beschleunigt im Aufschwung den Aufbau von Beschäftigung.

Aber wenn es wirtschaftlich schlechter geht, sind es auch die Zeitarbeiter, die als erste ihren Job verlieren. Das ist die Kehrseite der Medaille, mit der ich

als Gewerkschafter große Probleme habe. Hier könnte man einmal über verschiedene Modelle nachdenken, wie man den Betroffenen in solchen Fällen helfen kann, zum Beispiel durch einen deutlich höheren Lohn für die Mitarbeiter oder eine zusätzliche Versicherung, die einen Teil dieses Risikos trägt.

Gesetzliche Mindestlöhne aber sind kein geeignetes Mittel, um die Beschäftigten der Zeit- und Leiharbeitsfirmen besser zu stellen. Da hilft es auch nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, wenn Sie dieses eigentlich bundespolitische Thema zum wiederholten Male auf die Tagesordnung setzen lassen, auch wenn Sie mit Blick auf die uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 2011 von dringendem Handlungsbedarf sprechen.

Dass wir handeln müssen, steht außer Frage. Denn wenn die volle Freizügigkeit der Arbeitnehmer greift, können ausländische Arbeitnehmer – ich denke hier vor allem an die osteuropäischen – unter den Bedingungen beispielsweise auch polnischer Tarifverträge arbeiten. Bei einer solchen Konkurrenz würde die Leih- und Zeitarbeitsbranche, wie sie heute existiert, keine Überlebenschance haben. Um das zu verhindern, muss die Branche in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen werden.

SPD und Grüne – das sollten wir nicht vergessen – haben 2004 das Zeitarbeitsgesetz so novelliert, dass wir diese Probleme heute überhaupt so haben. Ich nehme positiv zur Kenntnis, dass Frau Steffens gestern ganz klar gesagt hat: So, wie es gemacht worden ist, war es ein Fehler. Das hätte man so nicht machen sollen. – Aber damals hieß der Bundeskanzler ja noch Schröder, und der hat gesagt: Basta! – Und da hat die SPD eben mitgespielt. So einfach ist das.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU)

Außerdem ist es erforderlich, einen entsprechenden Tarifvertrag, der zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften ausgehandelt wurde, für allgemeinverbindlich zu erklären.

Der Staat darf sich dabei nicht einmischen. Für uns ist die Tarifautonomie ein hohes Gut. Die Politik hat nicht das Recht, Lohnfindung an sich zu ziehen. Sie hat vielmehr die Pflicht, gemeinsam mit den Sozialpartnern darauf hinzuwirken, dass Tarifautonomie möglich und lebbar bleibt. Nur Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände haben das Recht, Tarifverträge auszuhandeln.

Das alles hat die CDU-Fraktion in ihrem Petersberger Papier zur Tarifautonomie festgeschrieben – ein Papier, das sogar vom DGB gelobt wurde. Da die Grundlage für die Festsetzung von Mindestlöhnen immer gültige Tarifverträge sind, kann die Leih- und Zeitarbeitsbranche derzeit gar nicht in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenom-

men werden. Es existiert nämlich kein gültiger Tarifvertrag.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Bitte?)

Allerdings hoffe ich, dass sich das in absehbarer Zeit ändern wird,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Gott! Und Sie sprechen von Praxisbezug?)

obwohl sich die Situation mit vier Arbeitgeberverbänden und zwei konkurrierenden Tarifgemeinschaften mehr als schwierig darstellt.

Abwarten muss man hier vor allem das Ergebnis des Rechtsstreites über die Tariffähigkeit der Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen. Das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg hatte die Kleingewerkschaft im Dezember für nicht tragfähig erklärt, womit die von ihr abgeschlossenen Tarifverträge ungültig würden. Gegen dieses Urteil hat die Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften aber Beschwerde beim Bundesarbeitsgericht eingelegt. Deshalb ist das Urteil leider noch nicht rechtskräftig.

Letztlich aber müssen sich die Tarifpartner der Leih- und Zeitarbeitsbranche zusammenraufen und zu einer einvernehmlichen Lösung gelangen, was den Tarifvertrag und damit die Allgemeinverbindlichkeitserklärung betrifft. Die Politik kann und darf dies nur flankierend begleiten. Ich kann Ihnen versprechen, dass wir das auch tun. Wir werden dafür sorgen, dass vor dem Hintergrund der Arbeitnehmerfreizügigkeit in ganz Europa die Zeitarbeitsbranche nicht unter die Räder kommt. Das geht aber nicht – wie ich eingangs schon erklärt habe – über die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie haben den Antrag gar nicht gelesen!)

Deshalb lehnen wir den Antrag der SPD ab.

Ich möchte Ihnen noch eines sagen: Bei der AWO – weil Sie da eben sehr laut in die Bütt gegangen –

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie sprechen hier im Plenarsaal und nicht in einer karnevalistischen Veranstaltung!)

liegt die Zeitarbeitsquote bei den Vollzeitstellen bei 7,7 %, während es im Landesdurchschnitt 2,3 % sind.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das stimmt überhaupt nicht! Auch das ist die Unwahrheit, Herr Kollege!)

– Das stimmt, das habe ich gelesen. – Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP – Heike Gebhard [SPD]: Falsche Zahlen! – Peter Brakelmann [CDU]: Das steht alles hier drin!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Brakelmann. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Dr. Romberg das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Stefan Romberg (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Zur Zeitarbeit möchte ich noch einmal ausdrücklich hervorheben, dass wir Freien Demokraten die positiven Aspekte dieses Instruments schätzen und würdigen. Aber ein zentrales Ziel soll natürlich darin bestehen, reguläre, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu schaffen bzw. zu erhalten.

Zur Aufnahme neuer Branchen ins Entsendegesetz ist Folgendes zu sagen: Der Mindestlohn für den Bereich der Abfallwirtschaft wird vom Bundesarbeitsministerium im Sinne einer Altfallregelung nach dem geltenden Recht in Kraft gesetzt. Für alle anderen Branchen haben CDU und FDP im Koalitionsvertrag eine Vereinbarung getroffen. Danach werden alle bisherigen Mindestlohnregelungen auf ihre Auswirkungen hin evaluiert. Die Ergebnisse werden voraussichtlich im Oktober 2011 vorliegen. Danach kann dann auf dieser Basis entschieden werden, ob einzelne Regelungen aufzuheben sind oder sich bewährt haben.

Eine solche Evaluation ist eben nicht der Versuch einer Abschaffung der Mindestlöhne durch die Hintertür, wie die Opposition das hier gerne behauptet. Vielmehr ist es ein Zeichen für verantwortungsvolles Handeln, wenn man Regelungen nicht nur verabschiedet, sondern sich auch um deren Wirkungen kümmert. Es geht eben nicht um Ideologie, sondern um fundierte Erkenntnisse und um Transparenz; denn letztendlich zählen ja die Ergebnisse. Deshalb ist es aus Sicht der FDP sinnvoll, diese Ergebnisse zunächst abzuwarten, bevor neue Branchen ins Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen werden.

Dafür ist ohnehin die Einstimmigkeit im Tarifausschuss notwendig. Zurzeit tut sich die Zeitarbeitsbranche mit diesen Voraussetzungen jedoch schwer; Kollege Brakelmann hat es angesprochen. Zum einen wurden die Entgelttarifverträge Ende 2008 gekündigt; zum anderen gibt es die Entscheidung des Landesarbeitsgerichts Berlin-Brandenburg zur Tariffunfähigkeit der Tarifgemeinschaft der Christlichen Gewerkschaften, wobei dieses Urteil noch nicht rechtskräftig ist. Daher sind die Akteure in der Zeitarbeit gefordert, entsprechend nachzuarbeiten, damit überhaupt die Voraussetzungen für eine Allgemeinverbindlichkeit geschaffen werden können.

Außerdem entspricht es keineswegs einem Naturgesetz, dass die Arbeitnehmerfreizügigkeit automatisch zu einer ruinösen Konkurrenz führt. Deutschland ist ein Exportland und hat bisher in besondere Weise von internationalen Märkten profitiert. Das darf man nicht völlig vergessen. Um dauerhaft er-

folgreich zu sein, brauchen wir eine Qualitätsoffensive durch Innovation im Bereich von Produkten und Dienstleistungen, flankiert durch Maßnahmen in Aus-, Fort- und Weiterbildung. Die Zeitarbeit kann innerhalb dieser Entwicklung eine wichtige Funktion übernehmen, die seitens der Branche auch als Herausforderung begriffen und entsprechend genutzt werden sollte.

Die SPD hat in ihrem Antrag auch die unschönen Geschäftspraktiken der Firma Schlecker erwähnt, über die wir gestern debattiert haben. Aber in diesem Fall hat es eben im Kern nichts mit dem Arbeitnehmerentsendegesetz zu tun, auch nicht mit dem Thema „Mindestlohn in der Zeitarbeit“. Denn der eigentliche Skandal – darüber haben wir gestern gesprochen – liegt vor allem im Missbrauch von Zeitarbeit durch die Firma Schlecker. Durch eine Aufnahme der Zeitarbeit in das Entsendegesetz hätte man die Betroffenen kaum vor diesem Schicksal bewahren können.

Der Antrag, den wir heute behandeln, entspricht dem, was wir aus der Kiste der Zeitarbeitsanträge die letzten Monate immer wieder bekommen haben. Ich sage heute noch einmal ganz deutlich: Wir sind weiterhin nicht der Deutsche Bundestag, sondern der nordrhein-westfälische Landtag. Sie scheinen mit unserer Politik im Bereich Arbeit, Gesundheit und Soziales so zufrieden zu sein, dass Sie sich immer nur Bundesthemen herausuchen können. Damit sieht es schlecht aus für Ihre Ergebnisse bei der Landtagswahl. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Dr. Romberg. – Als nächste Rednerin hat nun für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Steffens das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde es ein bisschen unglücklich, dass wir jetzt in der Debatte darüber, was eigentlich bezüglich der Zeit- und Leiharbeit und dem Arbeitnehmerentsendegesetz notwendig wäre, abrutschen und aufgrund eines Vorwurfs gegen die AWO darüber sprechen, was in Beschäftigungsverhältnissen der Wohlfahrtsverbände korrekt bzw. nicht korrekt ist. Trotzdem will ich zu dem Punkt etwas sagen.

Ich glaube, dass man in Ruhe – wir könnten im Nachgang zu heute die Wohlfahrtsverbände und die Spitze der freien Wohlfahrtspflege zu einer Ausschusssitzung einladen – darüber reden muss, welche ethischen und moralischen Grundsätzen den Beschäftigungsverhältnisse bei Kirchen, bei kirchlichen Trägern, Wohlfahrtsverbänden und all denjenigen, die dem Gemeinwohl dienen, zugrunde liegen sollten.

Dazu gehört für mich die Frage der Zeit- und Leiharbeit. Dazu gehört auch die Frage nach Mindestlöhnen und Tarifabschlüssen, bezogen auch – was wir schon diskutiert haben – auf christliche Gewerkschaften, die andere Abschlüsse machen als die übrigen Gewerkschaften. Wir müssen uns also die grundsätzliche Frage stellen, welche ethischen und moralischen Anforderungen wir an diejenigen stellen, die selber einen sehr hohen ethischen und moralischen Anspruch haben, und wie diese ihrem eigenen Anspruch gerecht werden müssen. Ich fände es wichtig, diese Diskussion zu führen.

Wir können dann auch gerne darüber reden, was passiert. Sind die Zahlen der AWO, die im Raum stehen, korrekt? Ist das, was die AWO in dem Bereich macht, korrekt oder nicht? Kann die AWO nicht auch andere Lösungen finden, die nicht in der Zeit- und Leiharbeit liegen? – Denn jedes Zeit- und Leiharbeitsverhältnis ist ein Verhältnis, das uns als Sozial- und Arbeitsmarktpolitikerinnen eigentlich nicht recht sein kann. Dagegen ist ein festes und nicht befristetes Arbeitsverhältnis eher ein gutes Arbeitsverhältnis. Daher sollte man die Diskussion führen, was geht und was nicht geht.

Man sollte auch darüber diskutieren, ob es in der Pflege und in der Pflegeversicherung Rahmenbedingungen gibt, die zu solchen Auswüchsen führen, weil sie schwierig zu finanzieren sind. Auch darüber sollten wir reden, allerdings unabhängig davon, was wo wie läuft. Mit dem konkreten Fall werden wir uns an anderer Stelle beschäftigen können, aber diese Grundsatzfragen müssen wir stellen.

Das hat für mich aber nichts mit dem Thema zu tun, worüber die heutige Debatte eigentlich geführt werden sollte und was ich mindestens genauso wichtig finde, nämlich: Was passiert eigentlich, wenn der Markt Ende des Jahres geöffnet sein wird? Wenn wir bis dahin keinen Mindestlohn im Arbeitnehmerentsendegesetz aufgenommen haben, welche Situation bekommen wir dann flächendeckend in dem Bereich?

(Beifall von Horst Becker [GRÜNE])

Das ist ein Problem. Denn die ruinöse Konkurrenz, die dadurch entsteht, wird bei uns zu Lohndumping und zu einer Lohnspirale führen, die sich nach unten dreht. Es wird zu einer Ausgründung kommen, und andere Unternehmen mit Niedrigstlöhnen werden hier den Markt überschwemmen. Das wird insbesondere den Bereich der Pflege und die sozialen Bereiche treffen. Deswegen kann man diesen Punkt und dieses Thema hier nicht oft genug diskutieren. Ich finde, dass wir es nicht mit der grundsätzlichen Frage der Mindestlöhne verknüpfen dürfen.

Ich habe gestern schon gesagt: Bei der Frage der Mindestlöhne – das weiß ich – werden in diesem Haus unterschiedliche Positionen vertreten. Wir wollen einen, Sie wollen keinen. Das ist eine Grundsatzfrage, die man an der Stelle nicht disku-

tieren muss. Denn Mindestlöhne haben nichts mit diesem Punkt zu tun. Sie haben auch nichts damit zu tun, dass auch Minister Laumann seinerzeit klar und deutlich gesagt hat – das war 2009, und das hat er in Plenardebatten mehrfach wiederholt –, dass man für die Leih- und Zeitarbeitsbranche eine Regelung ins Arbeitnehmerentsendegesetz aufnehmen muss.

Deswegen fände ich es gut, wenn wir in dem Punkt hier und heute einen Konsens dahin gehend herstellen könnten, dass wir den Minister unterstützen, wenn er im Bund aktiv wird. Dies müssen wir aber deutlich von den anderen Punkten trennen, und mit den ethischen und moralischen Ansprüchen an Kirchen, an Gewerkschaften, an Wohlfahrtsverbände und an sämtliche gemeinnützige Einrichtungen müssen wir uns an anderer Stelle beschäftigen. Denn das darf nicht dazu führen, dass man hier zu keiner gemeinsamen Positionierung kommt.

(Beifall von GRÜNEN und Frank Sichau [SPD])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Steffens. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Laumann das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Frank Sichau [SPD]: Herr?)

– Entschuldigung. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Peinlich!)

Zunächst möchte ich gerne sagen, dass ich als Arbeitsminister hier in Nordrhein-Westfalen sehr froh darüber bin, dass seit einigen Tagen in der Bundesrepublik – wohl auch heute Morgen im Deutschen Bundestag – eine heftige Debatte über die Zeitarbeit geführt wird.

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat als eine der wenigen Landesregierungen schon 2008 dafür gesorgt, dass eine umfängliche Studie über die Situation der Leiharbeiter bei uns hier in Nordrhein-Westfalen angefertigt wurde.

In der Fachwelt ist unstrittig, dass diese Studie, die ich in Auftrag gegeben habe, eine der objektivsten Studien ist, die es über Zeitarbeit in diesem Land gibt. Ob man eine solche Studie überhaupt objektiv hinbekommen kann, muss man sowieso hinterfragen; denn am Ende braucht man dazu auch viele Interviewer und Interviews. Zumindest vonseiten des Ministeriums haben wir uns sehr viel Mühe gegeben, einmal objektiv herauszufinden, wie die Situation der Zeitarbeiter ist.

Wir alle wissen, dass es da Licht und Schatten gibt. In den letzten Monaten hat sich sehr deutlich die schwierige Tarifsituation bei der Zeitarbeit herausgestellt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat ganz klar entschieden, keine neuen Tarifverträge mehr zur Zeitarbeit abzuschließen.

(Zuruf von der SPD: Das ist auch richtig so!)

Er hat damit die Konsequenz daraus gezogen, dass er in mehrjährigen Bemühungen um Tarifverträge in der Zeitarbeit – die ja nahezu Pflicht waren, weil man sonst das Lohnniveau der entleihenden Firmen hätte zahlen müssen – die Löhne in dem Bereich nicht erhöhen konnte, sondern eher – das sagt auch die Studie aus Nordrhein-Westfalen – eine Tendenz nach unten beobachten musste. Ich werte die Entscheidung der DGB-Gewerkschaften, keine neuen Tarifverträge mehr zu machen, als verzweifelten Versuch, hier Bewegung in die Geschichte zu bringen; denn wenn es keinen Tarifvertrag gibt, gilt der Grundsatz „Equal pay“.

Jetzt ist es ja so, dass die Tarifverträge Nachwirkungen haben; in vielen Bereichen schützt uns das auch. Man weiß aber auch, dass bei der relativ starken Personalfuktuation, die es in der Zeitarbeit nun einmal gibt, der Anteil derjenigen dort relativ hoch ist, wo das Land kein Tarifrecht hat. Zumindest gilt dies für den Tarifbereich des DGB.

Dann haben wir die Situation, dass die Zeitarbeit einer der wenigen Bereiche der deutschen Wirtschaft ist, in dem in ganz starkem Umfang sozusagen konkurrierende Tarifverträge durch die christlichen Gewerkschaften bestehen.

(Zuruf von der SPD: Sind das Gewerkschaften, Herr Minister?)

– Ich nenne sie jetzt einmal so. – Das Problem ist, dass die Tarifverträge, die zumindest mit einigen Zeitarbeitsfirmen gemacht worden sind, meiner Meinung nach nicht den Arbeitnehmern dienen.

Die Frage, ob diese Gewerkschaften tariffähig sind oder nicht, wird von den Gerichten entschieden. Soweit ich mich da auskenne, haben wir in dem Bereich eine Rechtsprechung, bei der am Ende das hohe Gut der Gewerkschaftspluralität oft ganz nach vorn gestellt wird. Und die Frage der Tarifmächtigkeit? – Na ja. Wenn wir im Übrigen über die Frage der Tarifmächtigkeit in der Zeitarbeit reden, wissen wir, dass es auch für die DGB-Gewerkschaften nicht gut aussieht; denn Zeitarbeitnehmer lassen sich zurzeit sehr schwer gewerkschaftlich organisieren. Das ist die Wahrheit. Deswegen begrüße ich sehr, dass zum Beispiel die IG Metall in Nordrhein-Westfalen erhebliche Vorleistungen erbringt, um da weiterzukommen.

Ich möchte, Herr Schmelzter, auch gerne sagen, dass ich der einzige Arbeitsminister in Deutschland bin, der eine Hotline für die Zeitarbeiter eingerichtet hat, damit diese überhaupt – wenn sie keine Be-

triebsräte haben und oft auch keiner Gewerkschaft angehören – eine Rechtsauskunft bekommen können. Das ist immerhin etwas ganz Praktisches. Sie wissen, wie wir das gemacht haben. Wir zahlen als Land einen Teil der Kosten, und der DGB stellt die Personalressourcen in der Rechtsberatung zur Verfügung, sodass wir da etwas Handfestes eingerichtet haben. Bei dieser Hotline rufen Zeitarbeiter aus ganz Deutschland an, wenn sie denken, dass es für sie nicht gut läuft. Da kommen schon haarsträubende Geschichten ans Licht.

Wenn man hier etwas machen will, ist eine Voraussetzung, dass wir in der Zeitarbeit in Deutschland zu einer einheitlichen Tarifstruktur kommen müssen. Denn das ist, soweit ich es rechtlich verstanden habe, die Voraussetzung, um diese Branche überhaupt in das Entsendegesetz aufzunehmen. Auch die Juristen im MAGS sagen: Hast du zwei Tarifverträge, kannst du nicht politisch entscheiden, welchen du ins Entsendegesetz steckst. – Deswegen brauchen wir einheitliche Tarifverträge. Auf der einen Seite haben wir die beiden Gewerkschaften. Auf der anderen Seite haben wir auch noch auf der Arbeitgeberseite verschiedene Verbände, die man da zusammenfassen muss.

Ich bleibe dabei: Ein Datum ist besonders wichtig, wenn man noch deutsche Zeitarbeit will – ich sage auch noch einmal: Ich möchte Zeitarbeit in vernünftigen Strukturen als flexibles Instrument unseres Arbeitsmarktes behalten –,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Peinlich!)

und das ist der Mai 2011. Das ist für den Arbeitsmarkt in Deutschland ein ganz besonderes Datum, weil nämlich ab dem Zeitpunkt die Freizügigkeit der Arbeitnehmer in Europa gilt. Das wird uns im Übrigen in vielen Bereichen, etwa der Pflege, zumindest der häuslichen Pflege, noch erheblich beschäftigen. Das wird den Arbeitsmarkt verändern.

Ich glaube, dass dann unser jetziges Arbeitnehmerüberlassungsgesetz es ermöglichen würde, zum Beispiel mit polnischen und bulgarischen Tarifverträgen in Deutschland Zeitarbeit anzubieten. Da ist die Rechtsmeinung eindeutig. Ich bleibe dabei, dass wir, wenn dieses eintritt, zumindest in einigen Regionen in Deutschland eine Situation in der Zeitarbeit bekommen könnten, die sich niemand wünschen kann – weder die Arbeitnehmerseite noch die Arbeitgeberseite. Denn zu diesen Löhnen können unsere Arbeitgeber überhaupt keine Zeitarbeit anbieten.

Deswegen bleibe ich dabei, Herr Schmeltzer: Auch wenn das in meiner Partei auf Bundesebene durchaus unterschiedlich gesehen wird, glaube ich, dass wir 2011 faktisch eine Situation bekommen, in der kein vernünftiger Mensch mehr dagegen sein kann, die Zeitarbeit in das Entsendegesetz aufzunehmen.

(Wolfram Kuschke [SPD]: Okay, dann machen wir das zusammen!)

Ich arbeite sehr dafür und spreche mit Verbänden, mit Beschäftigten in der Zeitarbeit und auch mit den christlichen Gewerkschaften darüber, dass man zu einem einheitlichen Tarif in der Zeitarbeit kommen muss, denn sonst hat man nicht einmal die Voraussetzungen. Und wie schnell der Mai 2011 kommt, werden wir alle erleben.

Daran versuche ich zu arbeiten. Ich gebe zu, dass das zurzeit alles sehr zäh ist, aber mit den im Bundestag geführten Debatten, hochgezogen an dem Fall Schlecker, bin ich äußerst zufrieden. Heute hat die Bundesarbeitsministerin im Deutschen Bundestag nach den Tickermeldungen, die ich kenne, sinngemäß gesagt, dass man dann, wenn eine dauerhafte Verdrängung von Stammarbeitskräften über Zeitarbeit erfolgt und man es über Gewerkschaften und Arbeitgeber nicht regeln kann, überlegen muss, wie man es gesetzlich regelt.

(Beifall von der CDU)

Das ist eine Aussage der Bundesarbeitsministerin, wie ich sie mir früher auch von anderen Arbeitsministern in Berlin gewünscht hätte, um das einmal in aller Deutlichkeit zu sagen.

(Beifall von der CDU – Wolfram Kuschke [SPD]: Der Widerstand war doch bei Ihnen!)

Sie sehen, dass wir in diesem Punkt unter den Leuten, die davon fachlich ein bisschen verstehen, eine ganze Menge Gemeinsamkeiten haben.

Dass es jetzt bis zum 9. Mai in Nordrhein-Westfalen in jeder Sitzungswoche des Landtags so ablaufen wird, dass Herr Schmeltzer hier eine Rede hält, wonach ich das alles nicht gut mache, liegt ein bisschen in der Natur der Sache. Damit kann ich umgehen; damit können Sie umgehen. Das finde ich auch ganz normal.

Jetzt möchte ich gerne noch etwas zu den Fragen zur AWO und zu den Wohlfahrtsverbänden sagen. Wissen Sie, ich bin ein Mensch, der auch deswegen sehr gerne Sozialminister in Nordrhein-Westfalen geworden ist, weil ich die Arbeit von Wohlfahrtsverbänden sehr schätze und ich auch immer der Meinung war, dass die Trägervielfalt, die wir in Nordrhein-Westfalen haben, gut ist. Wir sind das Bundesland, in dem das Subsidiaritätsprinzip mit am stärksten ausgeprägt ist.

Wenn ich das richtig im Kopf habe, sind etwa 80 % unserer stationären Altenpflegeplätze bei Wohlfahrtsverbänden und kirchlichen Einrichtungen. Zwei Drittel unserer Krankenhäuser sind in Trägerschaft von gemeinnützigen Stiftungen und Kirchen. Diese Vielfalt – dazu gehört die AWO genauso wie die Caritas und die Diakonie sowie die vielen unterschiedlichen Initiativen im Paritätischen Wohlfahrtsverband, um nur einmal die Großen zu nennen; das Rote Kreuz gehört zum Teil auch dazu – macht, auch was die Philosophie der Sozialarbeit betrifft, unser Land ein Stück reicher. Das ist der

Grund, warum das Land Nordrhein-Westfalen in seiner Geschichte die Einrichtungen der Wohlfahrtspflege immer besonders unterstützt hat.

Aber das heißt auf der anderen Seite auch, dass es ein paar Prinzipien geben muss, die ein Wohlfahrtsverband bei der Organisation seiner Arbeit einhalten muss. Dabei geht es zum Beispiel um solche Grundsätze wie, dass die Leute eine sichere Arbeit haben, dass gleiche Arbeit mit gleichem Lohn bezahlt wird, dass die Leute nicht unterschiedlichen Tarifverträgen unterliegen und dass es in diesen Einrichtungen auch soziale Sicherheit, Betriebsrenten und Weihnachtsgeld gibt. Ich finde, all das kann man schon erwarten.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Eine Frage stelle ich mir schon: Wenn man in diesem Land viele Jahrzehnte lang Sozialarbeit in der Wohlfahrtspflege hat organisieren können, ohne das Instrument Zeitarbeit zu nutzen, warum muss dieses Instrument jetzt auf einmal eingeführt werden?

(Beifall von der CDU)

Das verstehe ich nicht. Warum muss das jetzt sein?

Deswegen bin ich der Meinung – das, was Frau Steffens gesagt hat, ist richtig; das habe ich eben mit der vernünftigen Wohlfahrtspflege gemeint, die ich schätze und auch erhalten möchte –, dass wir darüber reden müssen, ob man nicht bei all dem, was der Staat dafür tut, sagen kann: Es gibt auch ein paar Punkte, an denen wir einen Ehrenkodex haben möchten, der festlegt, unter welchen Bedingungen das stattzufinden hat.

(Beifall von der CDU)

Ich glaube, dann kann die ganze Sache wieder in eine Bahn gelenkt werden, die vernünftig ist. Aber was ich nicht mitmache – das ist gar nicht an die Adresse eines einzigen Wohlfahrtsverbandes gerichtet –, ist, dass Wohlfahrtsverbände zwar auf der einen Seite starke Privilegierungen, auch zum Beispiel im Wettbewerb mit Anbietern privater Natur, haben und man auf der anderen Seite den Unterschied, dass sie preisgünstiger sind, an den Pflegesätzen oft nicht erkennen kann und dass sie, was die Arbeitsbedingungen in den Organisationen betrifft, all das machen, was zwar sicherlich dem Arbeitsrecht in diesem Land entspricht, sich aber um keinen Deut vom Verhalten der anderen unterscheidet. Dann stellt sich die Grundsatzfrage.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, entschuldigen Sie.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Ich finde, die muss man in Ruhe miteinander besprechen. – Schönen Dank.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Der Kollege Kuschke wollte Ihnen schon seit geraumer Zeit eine Zwischenfrage stellen. Ich habe mehrfach versucht, Sie darauf aufmerksam zu machen.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Ja.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Sie lassen sie zu. – Bitte schön, Herr Kollege Kuschke.

Wolfram Kuschke (SPD): Vielen Dank, Frau Präsidentin. Herr Kollege Laumann, da Sie in den letzten Minuten eine Melodie angestimmt haben, die durchaus darauf angelegt ist, zu schauen, was man gemeinsam verfolgen will, will ich bei dieser Melodie bleiben und sehr zurückhaltend sagen: Das, was gestern in der Zuspitzung geäußert worden ist, habe ich nicht für besonders verantwortungsvoll gehalten. Das ist das eine. Aber darüber reden wir an anderer Stelle.

Das andere ist – da greife ich das auf, was Frau Kollegin Steffens gesagt hat –: Ich fände es wirklich besser, wenn wir diese Dinge klären würden; die müssen auch geklärt werden. Aber wenn wir es nicht in einer Form tun, dass wir es mit denen besprechen, gegen die möglicherweise Vorwürfe erhoben werden, dann ist das eine schwierige Situation.

Noch einmal: Sind Sie bereit, das Gespräch, auch mit den Beteiligten, zu führen? Die Briefe und die Papiere, die vorgelegt worden sind, sind das eine. Die gibt es mittlerweile auch. Auch an die Fraktionen ist das gegangen. Aber ein direktes Gespräch wäre sicherlich besser.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Kuschke. Ich freue mich insbesondere, dass Sie Ihren Beitrag noch in eine Frage übergeleitet haben. – Herr Minister, Sie haben das Wort.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Herr Kollege Kuschke, ich bin eindeutig der Meinung, dass wir es, wenn wir die Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen in dieser Stärke erhalten wollen, so machen müssen. Dazu bin ich gerne bereit. Ich darf auch sagen, dass ich die Wohlfahrtsverbände während meiner Amtszeit von ihrer Struktur her gleich behandelt habe. Ich glaube nicht, dass sich einer darüber beschweren kann, dass ich Lieblinge hatte.

Ich finde, dass das Land auch einmal formulieren darf, was für eine Art der Unternehmensführung wir von einem Wohlfahrtsverband erwarten, wenn wir uns so stark für die Wohlfahrtspflege in diesem Land engagieren. Daran will ich gerne mitarbeiten, natürlich auch zusammen mit den Betroffenen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Garbrecht das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Günter Garbrecht^{*)} (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe den Beitrag der Kollegin Steffens dahin gehend verstanden, dass sich der Ausschuss damit beschäftigt; denn er hat sich schon in der Vergangenheit sehr umfangreich mit dem Themenkomplex Zeitarbeit befasst.

Herr Minister, ich finde auch, Sie sollten sich, wann immer Sie hier am Rednerpult stehen oder sich irgendwo im Lande dazu äußern, darüber im Klaren sein, dass Sie selbst im Prinzip ein Zeitarbeitsunternehmer sind.

(Minister Karl-Josef Laumann: Wer? Ich?)

– Ja, selbstverständlich. Wenn Sie das nicht wissen, will ich Sie gerne aufklären. In Ihrem Ministerium ist im Rahmen der GIP die START Zeitarbeit angesiedelt. Daran ist das Land Nordrhein-Westfalen mit 63,6 % beteiligt. Die START Zeitarbeit ist als arbeitsmarktpolitisches Instrument gegründet worden.

Es gibt viele Zeitarbeitsunternehmen im Lande, insbesondere bei den Kommunen. Ich selbst bin Aufsichtsratsvorsitzender einer städtischen Einrichtung, die ebenfalls Zeitarbeit als arbeitsmarktpolitisches Instrument einsetzt.

Wenn wir den Einsatz von Zeitarbeitskräften betrachten, sollten wir alle Aspekte berücksichtigen. Herr Minister, Sie sollten sich in Ihrem Haus noch einmal genau anschauen, bevor Sie in dieser Frage hier solch einseitige Vorwürfe erheben.

Sie haben als Arbeitsminister gesprochen. Ich möchte Sie als Gesundheitsminister ansprechen, der für die Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen in diesem Land Verantwortung trägt. Sie wissen um die prekäre Situation der Finanzierung. Worin besteht eigentlich der Unterschied im Einsatz von Zeitarbeitsunternehmen einerseits und dem Outsourcing ganzer Unternehmensbereiche andererseits, etwa bei kommunalen Kliniken und freigemeinnützigen Trägern, die wir überall im Land haben?

Ich nehme gerne die Initiative in dieser Frage auf, über den Grundsatz zu diskutieren, wie sich Arbeitsbedingungen gerade in diesem Feld der Gesundheitswirtschaft, der Pflege, in diesem Land zu

organisieren hat und welche Anforderungen wir stellen. Wir dürfen aber nicht nur Anforderungen formulieren, sondern wir müssen die Frage beantworten, wie Einrichtungen in ihren berechtigten Forderungen unterstützt werden können, um ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vernünftig entlohnen zu können. Wer A sagt, der muss in dem Fall auch B sagen.

(Beifall von der SPD)

Noch ein Gesichtspunkt zur Zeitarbeit insgesamt: Ich verstehe den Deutschen Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften ganz gut, keine weiteren Tarifverträge im Bereich der Zeitarbeit abzuschließen. Denn wenn diese Tarifverträge nicht abgeschlossen werden, gilt der Grundsatz des Equal Pay: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit an einem Einsatzort. Damit wäre der Vorwurf, den Sie hier heute und gestern erhoben haben, obsolet.

Streiten Sie mit uns dafür, dass dieser Grundsatz, der schon jetzt im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz steht, zu einem tragenden Grundsatz wird, nicht aber der Tarifvorbehalt von Scheingewerkschaften. Ich will Sie in Ihrer Deutlichkeit noch ein bisschen übertreffen:

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Die sich so nennenden „Christlichen Gewerkschaften“ sind eigentlich keine Gewerkschaften, sondern nur Scheingewerkschaften. Das gilt auch für viele andere. Sie sind arbeitgeberhörig. Das muss ich an dieser Stelle sagen. Solche klaren Worte hätte ich auch von Ihrer Seite erwartet. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich es richtig sehe, gibt es keine weiteren Wortmeldungen, oder? – Nein. Dann schließe ich die Beratung.

Die antragstellende SPD-Fraktion hat direkte Abstimmung beantragt. Wir stimmen also über den Inhalt des **Antrags Drucksache 14/10519** ab: Wer dem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind die CDU- und die FDP-Fraktion. Gibt es jemanden, der sich enthält. – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

5 Gesetz zur Modernisierung und Bereinigung von Justizgesetzen im Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9736

Beschlussempfehlung und Bericht
des Rechtsausschusses
Drucksache 14/10533

zweite Lesung

Man hat mir mitgeteilt, dass hierzu heute nicht beraten werden soll. Ist das zutreffend?

(Ralf Witzel [FDP]: Ja!)

– Ja. – Damit schließe ich die Beratung, ohne sie richtig eröffnet zu haben.

Wir kommen direkt zur Abstimmung. Der Rechtsausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/10533**, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/9736 in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Stimmen von der SPD habe ich auch gesehen, oder?

(Zustimmung)

Wer ist dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen enthält sich. Damit ist die Empfehlung mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses **angenommen** und der Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet.

Wir nähern uns Tagesordnungspunkt

6 Kultur in NRW – Perspektiven in der Krise?

Große Anfrage 35
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9462

Antwort
der Landesregierung
Drucksache 14/10120

Ich eröffne die Beratung und erteile dem Abgeordneten Behrens das Wort für die Fraktion der SPD.

(Einige Abgeordnete verlassen den Sitzungssaal.)

– Meine Damen und Herren, beim Thema Kultur können Sie ruhig im Landtag bleiben. Sie brauchen nicht herauszugehen.

(Allgemeiner Beifall)

Dr. Fritz Behrens (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Mit unserer Großen Anfrage wollten wir eine grundsätzliche Debatte zur Zukunft von Kunst und

Kultur in unserem Land in Zeiten der Krise anstoßen. Ich denke, dass uns das gelungen ist und wir diese Große Anfrage zum genau richtigen Zeitpunkt gestellt haben.

Die Landesregierung hat nun beinahe bienenfleißig eine viele Seiten umfassende umfangreiche Antwort vorgelegt. Aber, so sage ich, meine Damen und Herren, eine überzeugende Antwort zur Zukunft der Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen ist sie uns schuldig geblieben. Zu den in der Überschrift unserer Anfrage angesprochenen „Perspektiven in der Krise“ findet sich in den Antworten der Landesregierung kein Wort.

Die Antworten sind inklusive der Anlagen, die der Antwort beigelegt sind, auf der anderen Seite ein in vielerlei Hinsicht ganz interessanter Fundus. Sie geben uns Auskunft über die Leistungen des Landes und vor allem der Kommunen für Kunst und Kultur.

Sie machen deutlich, wo das Land steht, nämlich, meine Damen und Herren, trotz der Verdoppelung des Kulturetats seit 2006, die wir natürlich ausdrücklich anerkennen und loben, mit Abstand an letzter Stelle im Ländervergleich bei den Pro-Kopf-Ausgaben für Kultur.

Die Antworten stellen klar, dass es vor allem unsere Kommunen sind, die das Kulturangebot der unterschiedlichsten Art finanzieren und sicherstellen, aber auch – das finde ich besonders aufschlussreich –, wie groß das bürgerschaftliche und auch das mäzenatische Engagement für die Kultur mittlerweile in Nordrhein-Westfalen sind. 820 Stiftungen sind operativ oder fördernd für Kunst und Kultur tätig, und sie gaben im Jahr 2007 215 Millionen € aus.

Aber, meine Damen und Herren, die Antworten sind zugleich ein deutlicher Beleg dafür, wie sprach- und hilflos die Landesregierung der entscheidenden Schicksalsfrage für die Kultur in Nordrhein-Westfalen gegenübersteht: Wie soll es weitergehen mit den Finanzen der Kommunen und ihren Möglichkeiten, Kunst und Kultur auch künftig verlässlich zu finanzieren?

Äußerst gegensätzliche Nachrichten zur Situation der Kultur in unserem Land prägen in diesen Tagen das Bild und die Berichterstattung der Medien.

Da sind am Anfang einerseits die teils wunderschönen, teil euphorischen Bilder und Meldungen über die ersten Tage der Kulturhauptstadt „Essen für das Ruhrgebiet“ in Eis und Schnee; da gibt es aber auch Meldungen über erfolgreiche Inszenierungen, tolle Festivals, gut besuchte Ausstellungen, auch andernorts und nicht nur im Ruhrgebiet.

Andererseits häufen sich beinahe täglich die Hiobsbotschaften über notwendige Sparmaßnahmen bis hin zu bevorstehenden Schließungen von Kultureinrichtungen. Wuppertal und sein Theater ist

da nur das letzte Beispiel in einer langen Reihe von Einrichtungen, die von der Schließung bedroht sind.

Kommunale Spitzenverbände, Deutscher Kulturrat, Kulturpolitische Gesellschaft und mit ihnen viele andere warnen und mahnen mit eindringlichen Worten und fordern vor allem schnelle Hilfe vom Land. Ich habe gestern davon in einem Gespräch mit dem Sprecher der Theaterintendanten aus Nordrhein-Westfalen, Herrn Schmitz-Aufferbeck aus Aachen, noch einmal einen unmittelbaren Eindruck bekommen.

Die anhaltende Wirtschafts- und Finanzkrise hat die – ich sage: für einige bessere Jahre auch nur überdeckte – kritische Lage der Kulturfinanzierung in Nordrhein-Westfalen wieder offengelegt. Die letzten aberwitzigen Steuersenkungsentscheidungen der Bundesregierung werden die Lage noch einmal verschärfen: mit nahezu unausweichlichen Konsequenzen und weiteren Sparvorschlägen, auch bei der Kultur in den Kommunen.

Welche Folgen wird das alles für die kulturellen Einrichtungen, vor allem auch für die freie Szene, haben? Ich fürchte, dass hier eine fatale Abwärtsspirale in Gang gesetzt worden ist, die mancherorts zum Tod auf Raten von Kulturangeboten führen wird.

Wer darauf Antworten, die wir ja nicht nur erbeten, sondern auch erhofft hatten, in der Antwort der Landesregierung sucht, wird nun bitter enttäuscht. Steine statt Brot – das ist alles. Da wird auf geltendes Recht verwiesen, mögliche Änderungen der Rechtsgrundlagen werden lapidar als nicht vorstellbar oder nicht beabsichtigt bezeichnet, und wörtlich – ich zitiere – mit dem Satz:

Es ist keine Aufgabe des Landes, sondern die Aufgabe jeder einzelnen Kommune selbst, die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass kulturelle Bildung stattfinden kann.

– Antwort auf Frage 66 – den Kommunen eine schallende Ohrfeige verpasst.

Da findet man keinerlei konzeptionelle Überlegungen, wie es weitergehen soll, nur ein Ausweichen bei kritischen Fragen.

Wer in dieser Situation zum Beispiel wissen will, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, was Staatssekretär Grosse-Brockhoff, den wir alle schätzen, am 20. April des vergangenen Jahres gemeint hat, als er in Oberhausen von einem Pakt für die Kultur sprach, bekommt die wirklich weiterführende Antwort, dass er sich einer Diskussion nicht verschließen wolle. So werden vollmundig Hoffnungen geweckt, Taten aber bleiben aus. Meine Damen und Herren, Exzellenzförderung allein wird da nicht mehr reichen.

Diese Landesregierung lässt die Kommunen mit ihren Problemen allein; sie hat keinerlei Antworten auf die Schicksalsfrage für die Kultur in Nordrhein-Westfalen, im Gegenteil. Glaubt man beispielsweise Herrn Papke von der FDP, ist die Lage in den Kommunen ja gar nicht so schlimm. In welcher Wirklichkeit lebt er eigentlich?

Wo die Hilferufe aller Beteiligten fast täglich lauter werden, kommt von dieser Landesregierung die Aussage: Wir wollen nichts sehen und nichts hören. Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten heute war dafür wieder ein beredtes oder eben nicht beredtes Beispiel. Damit – so prophezeie ich Ihnen, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, von der Regierung – werden Sie nicht mehr lange durchkommen.

Sie müssen endlich die Fragen beantworten, die in der aktuellen Diskussion, zum Beispiel von der Kulturpolitischen Gesellschaft, aber auch von anderen, immer lauter gestellt werden: Sind Sie für ein Substanzerhaltungsprogramm des Bundes und des Landes? Wollen Sie die Kulturfinanzierung der Kommunen durch das Land, zum Beispiel über das GFG, verlässlicher verankern? Unterstützen Sie den Vorschlag, die Kulturförderung, besonders aber die kulturelle Bildung, als eine Pflichtaufgabe, auch für die Kommunen, zu regeln und auszugestalten?

Meine Damen und Herren, wir, die NRW-SPD, haben zu all diesen und natürlich auch zu vielen anderen Fragen unsere Positionen im November beschlossen. In unseren kulturpolitischen Zielen und Leitlinien vom 8. November versuchen wir, den Auftrag in Art. 18 Abs. 1 unserer Landesverfassung zu konkretisieren und machen Vorschläge, die gerade die Anregungen aus der aktuellen Diskussion aufgreifen.

Die öffentliche Förderung von Kunst und Kultur ist für uns eine Kernaufgabe unseres demokratischen Gemeinwesens.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Auch für den Bereich der Kultur muss nach unserer Auffassung das Konzept der Daseinsvorsorge gelten. Kultur darf kein Luxus sein. Das meint eben ein flächendeckendes Kulturangebot, das zu erschwinglichen Preisen und mit niedrigen Zugangsschwellen breiten Teilen der Bevölkerung zur Verfügung steht.

„Kultur für ALLE“ bleibt die Leitidee, auch vor dem Hintergrund der auf absehbare Zeit fortdauernden Finanzkrise der öffentlichen Haushalte. Deshalb stehen wir den oben genannten Vorschlägen, zum Beispiel der Kulturpolitischen Gesellschaft, zur Veränderung des Systems der Kulturfinanzierung durch das Land aufgeschlossen gegenüber, wir befürworten sie. Wir wollen demokratische Kultur und kulturelle Demokratie.

Das erfordert zuerst einmal den Abbau von Bildungsbarrieren. Denn gute auch kulturelle Bildung ist der Zugangsschlüssel zu allen Formen von Kultur. Die ästhetische und kommunikative Erziehung in Kindergärten, Schulen und in der Berufsbildung ist eine unersetzliche Voraussetzung für den Zugang zu Kultur. Sie wollen wir deshalb in der ganzen Breite gezielt und vor allem für alle verbindlich und nicht nur in Modellprojekten weiter fördern.

Wohl kein anderes Land in der Bundesrepublik Deutschland hat eine solche Vielfalt kulturellen Lebens aufzuweisen wie unser Land Nordrhein-Westfalen. Darauf sind wir, denke ich, alle stolz. Sozialdemokraten haben in den fast 40 Jahren ihrer Regierungsverantwortung auf Landesebene, aber auch auf kommunaler Ebene Kunst und Kultur in Nordrhein-Westfalen entscheidend mitgeprägt und mit vorangebracht – nicht allein, aber doch sehr maßgeblich. Von diesem sozialdemokratischen Erbe – ich nenne nur als ein Beispiel unter dem Stichwort Kulturhauptstadt die IBA-Projekte im Ruhrgebiet –, verehrte Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen, zehren Sie heute vielerorts.

(Beifall von der SPD)

Aber dieses Erbe ist heute auch mehr denn je in Gefahr. Diese sozialdemokratische Hinterlassenschaft ist für uns vor allem mit dem Namen Johannes Rau verbunden. Er hat einmal den Satz geprägt – ich zitiere –: Kultur ist nicht die Sahne auf dem Kuchen, sondern die Hefe im Teig. – Das ist und bleibt richtig und wahr.

In dieser Situation sehen wir Sozialdemokraten vor allem zehn Kernaufgaben einer zukunftsweisen Landeskulturpolitik, die ich Ihnen jetzt nicht alle vortragen werde. Nur zwei will ich nennen; ich bitte Sie, den Rest nachzulesen, wenn es Sie interessiert.

Erstens. Der Kulturauftrag der Kommunen muss durch eine verlässliche Finanzausstattung gesichert und ausgebaut werden. Dazu gehört ein ganzes Paket an denkbaren Maßnahmen: von einer Gemeindefinanzreform über Änderungen im Gemeindefinanzierungsgesetz bis hin zu der Diskussion über die Pflichtaufgabe Kultur.

Zweitens. Die zentrale Herausforderung für die Kulturpolitik der nächsten Jahre ist und bleibt der Ausbau der kulturellen Bildung. Denn sie ist die entscheidende Voraussetzung für eine aktive Teilnahme am kulturellen Leben und für die Ausbildung selbstbewusster Persönlichkeiten, auf die eine demokratische Gesellschaft angewiesen ist. Deshalb wollen wir zum Beispiel einen Kulturrucksack für jedes Kind in Nordrhein-Westfalen füllen.

Schlussendlich, das sei hier noch gesagt, wollen wir vor allem eines – nichts gegen Herrn Staatssekretär Grosse-Brockhoff, dessen Arbeit ich und

wohl wir alle schätzen, aber –: Es wird Zeit, dass hier oder da auf der Regierungsbank endlich wieder jemand Platz nimmt,

(Demonstrativer Beifall von Oliver Wittke [CDU])

der auch als Minister mit Rederecht im Parlament und draußen Kultur und Kulturpolitik mit fachlicher Kompetenz und mit politischem Gewicht vertreten kann.

(Beifall von SPD und Oliver Keymis [GRÜNE])

Der Ministerpräsident, Chef für das Ressort Kultur, hat nach meiner Erinnerung zu diesem Themenfeld bisher hier ein einziges Mal gesprochen, als die Kulturhauptstadt Europas verkündet wurde, dann nie wieder. Im zuständigen Ausschuss, den zu leiten ich die Freude habe, habe ich ihn nicht ein einziges Mal gesehen. Ich meine, das ist eine Missachtung der Kultur, des Parlaments und des zuständigen Ausschusses.

(Beifall von SPD und Oliver Keymis [GRÜNE])

Wir sind, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, sehr gespannt auf Ihre Antworten und auf die der Landesregierung auf die brennenden Zukunftsfragen für die Kultur in Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und Oliver Keymis [GRÜNE])

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Behrens. – Für die CDU-Fraktion hat Professor Sternberg das Wort.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kultur ist Ländersache. Das ist gut. Und es ist gut, dass wir heute etwas grundsätzlicher über Kultur reden, auch wenn wir das hauptsächlich in unseren Arbeitskreisen, wenn ich das richtig sehe, tun.

Wir nehmen Kultur wieder ernst. Die CDU/FDP-Koalition hatte bei der Regierungsübernahme zugesagt, den dramatischen Abwärtstrend in der Kulturförderung zu korrigieren.

Herr Behrens, vor Tische las man es anders. Wenn ich mir vor Augen führe, dass die Kultur von der früheren Regierung als Kernaufgabe definiert worden ist und dann sehe, auf welcher dramatische Art und Weise Kultur bis zum Doppelhaushalt 2004/2005 zusammengestrichen wurde, dann kann ich nicht erkennen, dass sie eine Kernaufgabe gewesen wäre.

(Beifall von der CDU)

Die Koalition hat Wort gehalten. Man kann der SPD-Fraktion durchaus dankbar sein, dass sie diese Große Anfrage gestellt hat. Denn die Große Anfrage gibt uns Gelegenheit, unsere Leistungen zu verdeutlichen. Und in der Antwort finde ich überhaupt nicht Steine statt Brot, sondern ich finde da eine ganz veritable Brotzeit versammelt.

Der Kulturförderetat wurde in den Haushaltsjahren 2006 bis 2010 um rund 70,6 Millionen € auf 141,2 Millionen € verdoppelt. Das heißt, von 2005 bis 2008 stieg der prozentuale Anteil der Kulturausgaben am Gesamtetat von 0,64 auf 0,94 %. Das macht natürlich deutlich, was wir auch schon in der Regierungserklärung gehört haben, dass die Verdoppelung des Kulturetats eigentlich nicht etatpolitisch vorgegeben war. Insofern sind die etatpolitischen Argumente, die damals bei diesen drastischen Reduzierungen vorgebracht wurden, vorgeschoben. Es geht bei so geringen Prozentsätzen um eine politische Zielstellung, um eine Verortung und Bewertung dessen, was Kulturpolitik ist.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Man kann hinweisen auf das Landesprogramm „Kultur und Schule“, mit seinem überwältigenden Erfolg ein wichtiger Bestandteil der kulturellen Bildung, und auf das bundesweit beispielgebende Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ – eben jedem Kind ein Instrument – als Meilenstein in der Kulturpolitik nicht mehr nur Nordrhein-Westfalens. In den Antworten auf die Fragen 74 und 75 kann man nachlesen, wie sehr das Land bei JeKi dafür sorgt, dass gerade Kinder aus einkommensschwachen Schichten an dem Projekt teilnehmen können.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Das bleibt und ist übrigens kein Modellprojekt; es wird auf das ganze Land ausgedehnt. Wir haben das auch in einem ersten Antrag hier, mit einer Summe hinterlegt, beschlossen.

Meine Damen und Herren, zur Bildung gehören auch Bibliotheken. Bibliotheken sind ein wichtiges Element kultureller Bildung. Wir hatten die Kürzungen bei der Bibliotheksförderung. Wir hingegen haben die Förderung von 1,1 Millionen € im Jahr 2005 auf heute 3,2 Millionen € angehoben, also fast verdreifacht.

Wir haben der Verantwortung des Landes für die Landestheater und Landesorchester wieder Rechnung getragen.

Ein Schwerpunkt der Kulturpolitik ist die Verantwortung für das geschichtliche Gedächtnis. Wir helfen Museen, Archiven mit ihren Sammlungen, die in ihrer Substanz gefährdet sind. Ich empfehle die Antworten 95 bis 101 zur Lektüre. Aber auch Bürokratieabbau wäre zu nennen; zudem Planungssicherheit durch Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt und vieles andere mehr.

Sowohl die kommunale Theaterlandschaft als auch die professionelle Theater- und Tanzszene wurden nicht zuletzt durch Anträge der Fraktionen von CDU und FDP in ihrer künstlerischen und qualitativen Entwicklung gestärkt.

Und natürlich nicht zu vergessen die Bewerbung des Ruhrgebiets als Europäische Kulturhauptstadt 2010: Sie wurde durch die Landesregierung nicht nur tatkräftig unterstützt, sie wäre ohne die Landesregierung gar nicht möglich gewesen.

(Beifall von der CDU)

Zusätzlich zur institutionellen Förderung der RUHR.2010 GmbH wurden den 53 beteiligten Ruhrgebietskommunen im Jahr 2008 2 € pro Einwohner, insgesamt 10,5 Millionen €, als Pauschale für kulturelle Projekte außerhalb des Kulturetats zusätzlich zur Verfügung gestellt.

Meine Damen und Herren, auf eines möchte ich ausdrücklich hinweisen: In keinem anderen Land der Bundesrepublik ist die staatliche Kulturförderung aus historischen Gründen so sehr Sache der Kommunen wie in Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von der SPD: Gott sei Dank!)

Wer deshalb die Kulturausgaben der Länder vergleicht, der muss bei einer Pro-Kopf-Auflistung für Nordrhein-Westfalen die Kulturausgaben der öffentlichen Hand insgesamt berücksichtigen. Insofern ist das so eine Sache: Wenn man einen Ländervergleich macht, müsste man zumindest die Mittel der Landschaftsverbände, LWL und LVR, dazurechnen. Im Jahr 2005 beispielsweise betragen die Pro-Kopf-Ausgaben für Kultur, wenn man das so rechnet, 74,80 € Nordrhein-Westfalen lag damit im Ländervergleich auf Platz elf. Das hat sich auch nicht sehr stark verändert. Das ist sicherlich kein Wert, mit dem sich ein solch bedeutendes Land wie Nordrhein-Westfalen zufriedengeben kann.

Ohne Frage gerät die Kultur vor allem in den Städten durch die Krise in eine prekäre Lage. Wenn allerdings Herr Zimmermann vom Kulturrat so tut, als wäre die Entscheidung in Berlin, die Hotelübernachtungen mit einem ermäßigten Mehrwertsteuersatz zu belegen, unmittelbar ursächlich dafür, dass in Wuppertal das Theater geschlossen werden muss, dann scheint das etwas kurzschlüssig gedacht zu sein.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, in Wuppertal wird nächste Woche, in der Nacht vom 29. auf den 30. Januar, eine Protestaktion von Theatern aus dem ganzen Land stattfinden. Am Freitagvormittag soll am Rathaus von Wuppertal der „Pleitegeier Wanderpokal“ aufgehängt werden. Da ist etwas los. Da wird protestiert, da wird etwas gemacht. Denn Kultur ist sichtbar, und so führen Kulturkürzungen auch zu Protesten. Ohne Frage gibt es in den Kommunen zurzeit eine ernste Situation.

Protestaktionen entheben Kulturpolitiker aber nicht der politischen Debatte. Sie muss geführt werden. Eine reine Pflichtigkeit in dem Sinne, dass man einen Prozentsatz festschreiben würde, brächte uns gerade nach der Lektüre der Antworten auf diese Großen Anfrage nicht sehr viel weiter oder müsste zumindest sehr genau überlegt werden. Denn auf welchen Wert will man sich einstellen? – Die Werte sind sehr stark divergierend zwischen den Kommunen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass der hohe Wert für Münster etwa auf die Kommunen unter 100.000 Einwohnern übertragen würde.

In stark schrumpfenden Kommunen darf die Anpassung an veränderte demografische Gegebenheiten auch im Blick auf die kulturelle Infrastruktur kein Tabu sein. Auch darüber muss man diskutieren können. Dazu ist zu sagen: Die Landesregierung hat die Zuweisung an die Kommunen über das Gemeindefinanzierungsgesetz im Laufe der Legislaturperiode massiv erhöht. So haben die Kommunen im Jahre 2008 insgesamt 855 Millionen € mehr Mittel gegenüber 2007 vom Land erhalten.

(Beifall von CDU und FDP)

Und die Zuweisungen an Kommunen aus dem Kulturretat sind mehr als verdoppelt worden. In der Summe ist das, was an die Kommunen ausgeschüttet wird, sogar mehr als die Verdoppelung der Mittel. Aus diesen Mitteln werden auch die kommunalen Ausgaben für die Kultur finanziert. Insbesondere werden über GFG-Mittel Städte in ihren regionalen, oberzentralen Aufgaben unterstützt. Dazu gehört natürlich Kultur, auch wenn man sie nicht mehr eigens ausweisen darf. Man muss den Kämmerern gelegentlich mitteilen, dass die genau für solche Zwecke gedacht sind.

Aber der Unterschied von 1 % Kulturausgaben bei den Kreisen und Gemeinden unter 100.000 Einwohnern und den dreimal so hohen bei den größeren ist nur so zu erklären, dass in den Mittelzuweisungen höhere Ansätze für die größeren Städte vorgesehen sind.

Land und Kommunen erfüllen mit ihrer Kulturförderung den Auftrag des Art. 18 Abs. 1 Landesverfassung: dass Kultur, Kunst und Wissenschaft durch Land und Gemeinden zu pflegen und zu fördern sind. Das heißt, meine Damen und Herren, so ganz freiwillig ist die Kulturförderung auch jetzt nicht. Kultur ist Staatsziel; das muss man sehr deutlich machen. Darüber muss man ganz dringend auch mit denjenigen Personen sprechen, die für die Haushaltskontrollen zuständig sind.

Kulturausgaben eignen sich aber natürlich glänzend als Symbolthema. Wer sieht nicht gleich mit einem scheelen Blick auf Opernhäuser, Museen oder aufwendig aussehende Theater, wenn es um Einsparungen in den Kommunen geht? – Da landet der Ruf nach Einsparung ganz schnell bei der Kultur.

An den Zahlen des Antworttextes, der uns vorliegt, kann man ein kleines Rechenexperiment durchführen: Von den durchschnittlich etwa 3 % Kulturausgaben der großen Kommunen entfällt etwa ein Drittel auf die Theater- und Orchesterförderung. Das heißt, etwa 1 % der kommunalen Ausgaben der Großstädte wird für Theater und Orchester aufgewandt. Wenn man die Theaterförderung in diesen Großstädten um 20 % kürzte – Sie können sich vorstellen, was eine Kürzung in Höhe von 20 % für einen Wirbel auslösen würde –, würde dies die Theater in der Regel an den Rand der Insolvenz führen. Eine solche Kürzung brächte also dem städtischen Haushalt ganze 0,2 % Einsparung. Das ist kein besonders überzeugender Wert für Haushaltskonsolidierung.

Meine Damen und Herren, das muss man deutlich machen und darüber muss man diskutieren. Kulturausgaben eignen sich nicht zur Haushaltskonsolidierung. Sie sind Symbolthema und sie werden zu Symbolthemen gemacht.

In Zeiten finanzieller Knappheit ist es nicht einfach, die Notwendigkeit von Kulturförderung zu verteidigen. Deshalb bedarf es der Anstrengung aller Kräfte, denen eine lebendige, kulturelle Szene wichtig ist. Wir nehmen den Auftrag der Verfassung ernst. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Prof. Sternberg. – Für die FDP-Fraktion erhält Frau Kollegin Freimuth das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mich im Namen der FDP-Fraktion bei der Landesregierung für die umfangreiche Beantwortung der Großen Anfrage bedanken; denn aus ihrer Antwort wird eindeutig klar, dass wir uns in Nordrhein-Westfalen, jedenfalls aus unserer Sicht, auf einem sehr guten Weg befinden. Gleichwohl ist er steinig, aber, um bei dem Bild zu bleiben, die Steine sind eine ganze Ecke kleiner geworden.

Liebe Kollegen, Sie mahnen in der Vorbemerkung zu Ihrer Großen Anfrage an: „Verantwortliche in Politik und Gesellschaft müssen dafür Sorge tragen, dass die Förderung der Kultur nicht gegenüber anderen Politikbereichen zurückgestellt wird.“ Meine Damen und Herren, das ist doch blanker Hohn. Ich will darauf hinweisen, dass der Kulturbereich und die Kulturförderung gerade in den Zeiten, in denen die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen Verantwortung getragen hat, wie kaum etwas anderes – auch wenn der Kollege Sternberg gerade schon dargestellt hat, dass die Kultur von den Volumina her kaum zur Haushaltssanierung geeignet ist – besondere Einschnitte erfahren ha-

ben, die die Kulturvielfalt in unserem Land dramatisch gefährdet haben.

Meine Damen und Herren, Sie haben damit nicht nur materiell ein falsches Zeichen ausgesandt, sondern auch ideell. Dadurch haben Sie den Kulturschaffenden, den Künstlerinnen und Künstlern und all denen, die in dem Bereich tätig sind, gezeigt, dass sie nicht mehr Ihre Wertschätzung und Achtung besitzen. Es war für mich erschreckend, wie dramatisch dieses Zeichen – ihr seid uns nicht wichtig – die Kreativität in der Kulturlandschaft Nordrhein-Westfalens beeinträchtigt hat. Deswegen finde ich es schon bemerkenswert, ein solches Vorwort von Ihnen zu lesen.

Ich darf und kann darauf hinweisen, dass wir, FDP und CDU, gerade in den letzten zwei Jahren, in denen wir uns in wirtschaftlich schwierigen Rahmenbedingungen bewegt und uns auch mit der Frage der Konsolidierung des Landeshaushalts und mit Einsparungen noch intensiver beschäftigt haben, eben nicht den Kulturbereich gekürzt, sondern mit der Zusage, dass wir den Kulturförderetat im Laufe dieser Legislaturperiode verdoppeln, Wort gehalten haben. Damit haben wir ein sehr deutliches Zeichen der Umkehr gesetzt und den Kulturschaffenden, den Künstlerinnen und Künstlern gezeigt, dass sie für die Zukunft unseres Landes von enormer Bedeutung sind, dass sie uns lieb und teuer sind und wir ihren Beitrag wertschätzen.

Meine Damen und Herren, ich bin der festen Überzeugung, dass wir für die notwendigen Innovationen, die wir brauchen, um unser Land wirtschaftlich wieder nach vorne zu bringen, gerade die Kreativität der Künstlerinnen und Künstler, der Kulturschaffenden dringend benötigen, und das in allen Bereichen. Deswegen wäre es fatal gewesen, die Politik, die Sie eingeleitet hatten, nicht grundlegend zu revidieren.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Es ist sicherlich noch vieles wünschenswert. Kollege Sternberg und ich schauen uns gelegentlich tief in die Augen, weil wir lange Wunschlisten haben, was wir noch alles machen könnten. – Ja, Herr Kollege Behrens, auch wir könnten uns tief in die Augen schauen und ein paar Wunschlisten für den Kulturbereich aufstellen. Der Unterschied ist aber, meine Damen und Herren, dass FDP und CDU es dann auch umsetzen.

Ich stimme Ihnen völlig zu, dass der Bereich der kulturellen Bildung ganz entscheidend ist und wenn Sie auf die Projekte „Kultur und Schule“, „Jedem Kind ein Instrument“, „Jedem Kind seine Stimme“ und auch die landesweite Ausdehnung von „Jedem Kind ein Instrument“ hinweisen. Im Bereich kulturelle Bildung hat es ein besonderes Engagement der Koalitionsfraktionen von CDU und FDP und der Landesregierung gegeben, um die kulturelle Bildung

in Nordrhein-Westfalen und damit die Basis einer jeden Kulturlandschaft wiederzubeleben.

Nur der Vollständigkeit halber möchte ich sagen – wir sind uns alle klar darüber, welche besondere Bedeutung für kulturelle Bildung zum Beispiel die Bibliotheken haben; ich kann genauso gut den Bereich der Theaterförderung nennen –: Wir haben die Ansätze des Landesanteils an der Kulturförderung überall deutlich heraufgesetzt.

Meine Damen und Herren, nur eine Zahl, die sicherlich die Anstrengungen verdeutlicht, aber auch noch einmal unterstreicht, was der Kollege Sternberg gerade gesagt hat, nämlich dass mit Einsparungen im Kulturbereich weder die kommunalen Herausforderungen zu lösen noch die kommunalen Haushalte zu konsolidieren sind – dazu werde ich zum Abschluss noch eine Bemerkung machen –: 2005 lagen die Pro-Kopf-Ausgaben für den Kulturbereich bei 13,59 €, im Jahr 2007 bereits bei 16,35 €. Wir haben dies weiter heraufgesetzt. Für das Jahr 2010 habe ich es noch nicht ausgerechnet, aber es ist noch einmal mehr, meine Damen und Herren.

Das Engagement, das wir im Land Nordrhein-Westfalen für die Kulturhauptstadt 2010 auch seitens des Landes an den Tag gelegt haben, zeigt, dass wir Kommunen helfen. Das haben wir mit großem Engagement gemacht.

(Beifall von FDP und CDU)

Das Ruhrgebiet hat die Chance zu Recht ergriffen. Das gesamte Land Nordrhein-Westfalen profitiert davon, wenn es seinen Motor gründlich überholt und die Chancen und Potenziale der Kreativen und der Kreativwirtschaft nutzt, ohne damit die Tradition als Industrielandschaft zu verdrängen.

(Beifall von FDP und CDU)

„Kultur für alle“ ist gerade gesagt worden. Deswegen möchte ich ausdrücklich noch einmal unterstreichen: Wir haben der kulturellen Bildung zu Recht erste Priorität gegeben. Ich glaube, dass wir im Kulturbereich auch noch viele Effizienzen heben können. Wir können uns zum Beispiel weitere Gedanken darüber machen, wie wir das Zuwendungsrecht entbürokratisieren, welche Potenziale wir noch im Stiftungsrecht haben, um auch das bürgerschaftliche Engagement stärker zu nutzen.

(Beifall von der FDP)

Zum Thema „kommunale Finanzen“: Herr Kollege Dr. Behrens, ich würde es sehr begrüßen, wenn wir tatsächlich eine grundlegende Reform der Kommunalfinanzen erreichen könnten, wobei es eben um eine wirksame kommunale Selbstverwaltung und Autonomie geht. Das Festhalten an der nicht mehr zeitgemäßen, auch europäisch einzigartigen Gewerbesteuer ist – Gott sei Dank kommen mehr und mehr Kommunen auf die Idee, das zu hinterfragen – keine Garantie, sondern bedeutet unsteuerbare

Abhängigkeit von konjunkturellen Schwankungen wie in kaum einem anderen Bereich. Insofern sehe ich den Herausforderungen sehr hoffnungsfroh entgegen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für die Grünen hat der Abgeordnete Oliver Keymis das Wort.

Oliver Keymis (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst einmal den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken, die diese Große Anfrage 35 beantwortet haben. Es ist nämlich viel Arbeit, so viele Fragen zu beantworten. Das wissen die, die sich mit so etwas beschäftigt haben. Deshalb mein Dank im Namen meiner Fraktion an dieser Stelle.

Die Antwort auf die Große Anfrage der SPD – der ich im Übrigen auch für die Große Anfrage danke – macht deutlich, dass die Perspektiven in der Krise jedenfalls aus der Landessicht nicht ganz so leicht zu bearbeiten sind, dass es aber immerhin Zweierlei festzustellen gilt, nämlich einmal: Das Land Nordrhein-Westfalen ist – und das ist nicht erst seit 2005 so, lieber Kollege Sternberg; das ist schon vorher so gewesen – ein sehr starkes Kulturland, ein sehr vielfältiges Kulturland, ein sehr reiches Kulturland.

Ich habe gerade mit Interesse einen Bericht gelesen, der – darauf kommen wir gleich noch einmal zu sprechen – zwei Manager vorstellt für die NRW-Kultur. Nicht, wen Sie meinen: Pleitgen und Scheytt, die sind jetzt quasi als Manager durch. Die müssen jetzt das Jahr noch ordentlich durchhalten. Es handelt sich vielmehr um zwei Manager, die jetzt gerade im Auftrag von Christa Thoben, der Wirtschaftsministerin, angefangen haben zu arbeiten. Sie schickt – so schreibt die „Rheinische Post“ – kreative Männer aus Nordrhein-Westfalen als Cluster-Manager los, und zwar den Marketingfachmann Werner Lippert – sehr gut – und Christian Boros, auch ein in der Kunstszene und darüber hinaus bekannter Experte. Zwei Leute, die loslegen sollen. Das, was man mit Cluster bezeichnet, ist sozusagen Klumpenbildung; da würde man jetzt bei Tucholsky interessante Zitate finden, was mit den Klumpen ist. Entscheidend ist hier, dass diese beiden die Klumpen in Nordrhein-Westfalen zusammenführen sollen.

Dann schreibt die „Rheinische Post“ noch – und da bin ich sehr hellhörig geworden –: „In NRW stehen 4.000 Fördertöpfe bereit.“ Ich habe die Zahl nicht überprüft, Herr Grosse-Brockhoff, aber wir sollten das noch einmal nachsehen. Mir kommt die Zahl sehr hoch vor. Da sind wohl Fördertöpfe im Bereich des Landes – so ist hier zitiert – und Europas eingeschlossen. Mir scheint das sehr viel zu sein. Aber

immerhin, es wird zumindest auf Reichtum verwiesen.

Wir haben, Herr Kollege Sternberg, auch in den Jahren 2000 bis 2005 die Kultur sehr intensiv gefördert. Wenn Sie die Zahlen von 2000 und 2001 mit den heutigen Zahlen vergleichen, sind die sehr nah beieinander. Jetzt muss ich aber leider doch noch einmal klarstellen – heute haben wir ja drei Minuten Redezeit mehr als sonst, und diese Möglichkeit nehme ich mir –: Wir hatten 2001 – das wird wirklich zu oft übergangen – mit dem Einsturz der Türme in New York am 11. September eine beginnende Wirtschaftskrise, einen Einbruch, wie wir ihn bis dahin nicht gekannt haben.

Die Reaktionen – ich habe die sehr lebendigen Diskussionen mitverfolgen müssen und können – waren auch in diesem Land Nordrhein-Westfalen, dass wir mit unseren Haushalten enorm in die Breddouille geraten sind, weil die Weltwirtschaft plötzlich eingebrochen ist. Letztlich erfahren wir ja im Moment ein ähnliches Phänomen. Das Finanzchaos 2008 ff. ist ja auch ein solcher Wirtschaftseinbruch, den auch unser Land an allen Ecken und Enden zu spüren bekommt.

Jetzt gibt es einen entscheidenden Unterschied – und den rechne ich Ihnen hoch an –: dass Sie es dank des Patronats des Ministerpräsidenten, der gesagt hat: „Ich will, dass das so passiert; nicht einmal der Finanzminister kann sich dagegen wehren“, geschafft haben, diesen Aufwuchs zu gestalten und bis 2010 durchzuhalten. Das ist gut so.

(Beifall von der CDU)

Wir haben aber damals über alle Haushalte hinweg Kürzungen von ca. 20 % gefahren. Davon ist nicht alles kaputtgegangen, das wissen Sie, denn sonst hätten Sie nicht darauf aufbauen können. Aber das hat die damalige Situation – das kann man nicht schönreden – 2004/2005 für die Kultur in Nordrhein-Westfalen erheblich erschwert.

Jetzt aber so zu tun, als ob die 70 Millionen, die es in den letzten fünf Jahren im Kulturretat absolut mehr sind, das Heil für die Kulturwelt bedeuten und die große Erleuchtung bringen, würde ich warnend ein bisschen relativieren wollen. Ich bin von den Entscheidungen absolut angetan, aber ich finde, sie sind relativ. Das sehen wir dann auch, wenn wir uns die genauen Zahlen, die absoluten Zahlen anschauen. Die Leistungen unserer Kommunen können wir, glaube ich, gar nicht hoch genug würdigen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich nenne das Beispiel Münster, weil diese Stadt in dieser Hinsicht so herausragend ist, Kollege Sternberg von da kommt und ein begeisterter Münsteraner ist: Ich finde es schon beeindruckend, dass eine Stadt wie Münster 5,9 % für Kultur ausgibt. Das ist im Verhältnis viel. Eine Stadt wie Düsseldorf liegt ein ganzes Stück darunter, obwohl wir alle wissen,

dass in absoluten Zahlen der Düsseldorfer Kultur-etat etwa dem des Landes entspricht. Von daher sind das schon beeindruckende Leistungen unserer Kommunen.

Nur – jetzt kommt der riesige Wertmutschub –: Zurzeit bricht eben genau dieses Gefüge regelrecht zusammen. Das ist eine Situation, auf die wir uns auf der landes- und auf der bundespolitischen Ebene noch einmal sehr genau einstellen müssen. In der Großen Anfrage gibt es eine Reihe von Hinweisen darauf, wo die Problematiken liegen.

Wir haben die Tatsache zur Kenntnis zu nehmen, dass wir auf der einen Seite eine eiskalte und sehr gelungene Eröffnung von Ruhr.2010 zu feiern hatten und auf der anderen Seite sehr heiße Schließungsdebatten führen müssen über die Frage, in welcher Stadt noch welches Theater betrieben werden kann. Wir hatten diese Diskussion in Mönchengladbach, in Hagen, in Oberhausen und jetzt akut in Wuppertal, wo Ende des Monats große Aktionen „Wehrt euch“ und „Wuppertal wehrt sich“ organisiert werden. Das sind alles Momente, die wir in die Kulturpolitik und in unsere Debatten stärker einbeziehen müssen, wenn wir glaubwürdig mit unserem landespolitischen Kulturrengagement gegenüber den Kommunen bleiben wollen.

Nur das zu tun, was der Staatssekretär immer wieder tut, nämlich zu sagen: „Ja; dann müsst ihr als Kommunen auch noch einen Euro dazutun“, wird vermutlich nicht ausreichen. Das ist meine Befürchtung. Wir müssen vielmehr meines Erachtens schon deutlich machen, dass wir uns auch gegenüber dem Bund neu in die Bresche schlagen.

Apropos Bund: Staatsminister Neumann hat gerade groß erklärt – kriegt ja auch die entsprechenden schlagkräftigen Meldungen –: An der Kultur sparen dürfen wir nicht. – Er verbietet es uns förmlich. Da hat der Kulturstaatsminister ja auch Recht. Wir tun das auf Landesebene nicht, aber unsere Kommunen müssen es, und wir müssen uns als Land überlegen, wie wir das verändern.

Es sind von Fritz Behrens richtige Dinge angesprochen worden. Wir diskutieren das wohl in allen Parteien. Zumindest wir reden intensiv darüber. Die Frage der Pflichtigkeit von Kultur, die Frage einer Kulturpauschale analog zur Schul- oder Sportpauschale, der Umbau möglicherweise auch im Rahmen des GFG müssen diskutiert werden. Es gibt eine Reihe Überlegungen, die wir da konkret anstellen müssen.

Zum Schluss will ich noch einmal ansprechen – ich habe es bereits am Anfang meiner Ausführungen erwähnt –, dass ich die Trennung von Kultur- und Kreativwirtschaft einerseits und Kulturpolitik andererseits für etwas unselig halte. Zu Recht hat Fritz Behrens kritisiert, dass wir keine Kulturministerin oder keinen Kulturminister haben. Das ist in der Tat bedauerlich. Auch Claudia Scheler und ich

haben das von diesem Ort aus immer wieder kritisiert. Gleich wird Andreas Krautscheid sprechen. Das macht er ordentlich. Es ist aber nun einmal nicht sein Beritt. Eigentlich müsste er hier zu anderen Dingen vortragen. Hierzu muss er jetzt im Auftrag des Ministerpräsidenten sprechen. Genauso schade ist es, dass wir es bisher nicht geschafft haben, die Kreativwirtschaft aus dem Wirtschaftsministerium herauszulösen und in einen größeren Zusammenhang mit der Kultur zu stellen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich denke nämlich, dass beides eng zusammenhängt. Im Übrigen wirkt es immer etwas merkwürdig, wenn die Wirtschaftsministerin, was ich am Anfang schon ansprach, jetzt wieder zwei Manager losschickt, um noch einmal irgendein Clustermanagement zu organisieren. Letztlich kommt dabei dann heraus – das ist ein Beispiel, das genannt wird –, dass Kölner Galerien und Düsseldorfer Galerien gemeinsam Ausstellungen durchführen. Aus meiner Sicht ist das noch kein bedeutender Schritt.

Dass die Antwort auf diese Große Anfrage zum Thema Kultur von der Wirtschaftsministerin für den Ministerpräsidenten unterschrieben wurde, macht auch deutlich, dass die Kultur in dieser Landesregierung noch nicht dort verankert ist, wo sie eigentlich verankert sein müsste, nämlich bei einer Kulturministerin bzw. einem Kulturminister – oder aber beim Ministerpräsidenten, der künftig bitte auch solche Anfragen unterschreibt und dann auch hier mit uns diskutiert, wenn er der Kulturministerpräsident ist.

Ich bedanke mich also für die Große Anfrage und für die Antwort. Wir werden diese Debatten weiter sehr intensiv führen müssen – vor allen Dingen mit Blick auf die Kommunen und die Situation von Künstlerinnen und Künstlern in unserem Land. – Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Keymis. – Jetzt hat Herr Minister Krautscheid das Wort. Bitte schön.

Andreas Krautscheid, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu Beginn will ich gerne direkt auf die letzten Ausführungen des Abgeordneten Keymis eingehen. Lieber Herr Kollege Keymis, ich bin mir ziemlich sicher – wir bekommen es fast jeden Tag gesagt –: Den Kulturschaffenden in diesem Land ist ein Kulturstaatssekretär, der den Kulturhaushalt verdoppelt, dreimal lieber als ein Kulturminister in früheren Zeiten, der durch brutalen Kahlschlag bei der freien Szene auffiel.

(Beifall von CDU und FDP)

Es kommt nicht auf den Hut und den Titel an, sondern an den Taten sollt ihr sie messen. Da können wir uns ganz gut sehen lassen, denke ich.

Beginnen will ich auch mit einem Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich sehr viel Mühe mit der Beantwortung dieser Großen Anfrage gemacht haben. Die Antwort liefert nun in der Tat über die heiß diskutierten Fragen hinaus eine Menge interessante Anhaltspunkte.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister, gestatten Sie, dass ich Sie kurz unterbreche? Sie haben zwar kaum angefangen; aber schon hat Herr Keymis eine Frage an Sie. Wollen Sie sie zulassen?

Andreas Krautscheid, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Selbstverständlich.

Vizepräsident Edgar Moron: Das kostet Zeit.

(Allgemeine Heiterkeit)

Bitte schön.

Oliver Keymis (GRÜNE): Herr Minister, Sie haben kaum angefangen – aber völlig falsch, wie ich finde.

(Beifall von den GRÜNEN)

Würden Sie mir dahin gehend zustimmen, dass ich in meiner Rede gerade versucht habe, die entscheidenden Gemeinsamkeiten sowohl im Hinblick auf die Kultur und die Kulturförderung als auch im Hinblick auf die Tatsache, dass wir mit Krisensituationen umgehen mussten, herauszustellen, und genau auf das verzichtet habe, was Sie jetzt wieder tun, nämlich herumzukeilen, obwohl es eigentlich darauf ankäme, das gemeinsame Ziel im Blick zu behalten?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Andreas Krautscheid, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Geschätzter Kollege Keymis, Herumkeilen geht anders, wie wir beide wissen. Das lassen wir heute sein. Ich habe nur daran erinnert, dass es nicht auf den Titel, sondern auf die Taten ankommt.

(Frank Sichau [SPD]: Eben!)

Deswegen habe ich sehr wohl positiv zur Kenntnis genommen, dass Sie die Verdoppelung des Kultur-etats und die Arbeit des Kulturstaatssekretärs positiv gewürdigt haben.

Wie in einem nächsten Kabinett die Aufgaben, die Posten und die Funktionen verteilt sind, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit und hoffentlich diese Re-

gierung, die sehr kulturzugewandt arbeitet, nach dem 9. Mai dieses Jahres entscheiden.

Vizepräsident Edgar Moron: Darf ich Sie noch einmal unterbrechen, Herr Minister? Ob Sie es glauben oder nicht: Wir haben eine zweite Frage, in diesem Falle von Frau Löhrmann. Wollen Sie sie ebenfalls zulassen?

Andreas Krautscheid, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Ich weiß, dass ich mir damit den Unmut des Präsidenten zuziehe; ich lasse sie aber zu.

Vizepräsident Edgar Moron: Sie lassen sie zu. – Bitte schön.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Krautscheid, da Sie sich jetzt gerade an der Vorgängerregierung, insbesondere an Herrn Vesper, abgearbeitet haben, darf ich Sie fragen, wem Sie es denn zu verdanken haben, dass es die Ruhrtriennale und die RUHR.2010 gibt, und warum Sie diese Dinge, die da so brutal möglich gemacht worden sind, nicht genauso gekappt haben wie manches andere auch?

(Beifall von den GRÜNEN)

Andreas Krautscheid, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Verehrte Frau Löhrmann, ich mache es jetzt wie der Kollege Keymis. Ich äußere hier überhaupt keine Kritik, sondern Respekt für diese Einzelprojekte. Er hat sie ja auch gelobt. Wenn heute allerdings die Finanzierungsfrage im Mittelpunkt steht – und die letzten drei Reden haben sich im Wesentlichen um die Frage der Kulturförderung gedreht –, kann ich Ihnen die entsprechenden Hinweise nicht ersparen. Denken Sie an die Menschen im Bibliothekswesen. Denken Sie an die freie Szene.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Weste ist nicht so rein, wie die Erinnerung sie manchmal erscheinen lässt.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Darum geht es doch gar nicht! Was Sie betreiben, ist kleinkariert!)

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen besitzt eine beeindruckende kulturelle Szene, die wir alle schätzen und wertschätzen. Geprägt ist sie durch die Kooperation aller Akteure, die Kultur gestalten und unterstützen; denn in Nordrhein-Westfalen ist die Kooperation schon immer Grundprinzip des kulturpolitischen Handelns gewesen. Deshalb hat die Landesregierung auch den Kahl-schlag der früheren Regierung beendet und die

Entscheidung zur Verdoppelung des Kulturförderetats konsequent umgesetzt.

Für diese Arbeit steht auch eine Maßnahme wie die Unterstützung von RUHR.2010, die der Landtag durch eine pauschale Zuweisung in Höhe von 2 € pro Einwohner ergänzt hat. Dafür steht der bundesweit anerkannte Aufbau von Programmen auf dem Feld der kulturellen Bildung wie „Kultur und Schule“ oder „Jedem Kind ein Instrument“. Dafür stehen Investitionen in Kulturbauten, in den Schutz des kulturellen Erbes und in die Förderung junger Künstlerinnen und Künstler sowie kreativer Milieus.

Selbstverständlich sehen auch wir – wie könnte es anders sein? – die Entwicklung der kommunalen Haushalte in der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise mit Sorge. Das Land unterstützt die Kommunen nach Kräften.

Ich will hier darauf verzichten, die heute und in den letzten Tagen immer wieder geführte Debatte aufzugreifen, ob dies genügt oder zu wenig ist. Immerhin jeder vierte Euro unserer staatlichen Ausgaben kommt in Nordrhein-Westfalen den Kommunen zugute. Im Vergleich mit anderen Bundesländern ist das ein hoher Anteil.

In der Kultur ist der Kommunalisierungsgrad noch weitaus höher. Staatliche Kunst- und Kulturförderung ist in Nordrhein-Westfalen eben nicht Förderung von Staatskultur. Die Fördermittel an die Kommunen haben sich in dieser Legislaturperiode mehr als verdoppelt. Auch bei der Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes haben wir den bundesweit höchsten Prozentsatz von Mitteln an die Kommunen weitergeleitet.

Meine Damen und Herren, weil Herr Behrens diesen Punkt ebenfalls angesprochen hat, will ich auch gerne zum Ersten auf die Frage der Kompetenzverteilung, also der Zuständigkeitsverlagerung, und zum Zweiten auf die Frage, ob es im GFG die Möglichkeit einer zweckgebundenen Zuweisung gibt, eingehen.

Meine Damen und Herren, die Krise der öffentlichen Haushalte, die das Land genauso trifft wie die Kommunen, kann kein Grund sein, an dieser Zuständigkeitsverteilung, die in Nordrhein-Westfalen Tradition hat, etwas zu ändern. Herr Behrens, Sie haben das ja beschrieben mit den großen Verdiensten in diesen 40 Jahren. Sie haben Johannes Rau genannt mit seiner Einschätzung der Bedeutung von Kultur. Aber Sie haben es fast 40 Jahre lang so für richtig befunden. Dann kann man nicht bei der erstbesten Gelegenheit, zugegebenermaßen einer großen Krise, dieses 40 Jahre lang richtige Prinzip infrage stellen, wenn eine andere Regierung dran ist.

(Beifall von der CDU)

Das geht nicht, das ist inkonsequent. Sie haben aus Ihren kulturpolitischen Leitlinien aus dem No-

vember zwei Maßnahmen zitiert. Dabei geht es zum einen um die Frage, ob aus den freiwilligen Ausgaben der Kommunen – Sie haben es sehr weich formuliert, ich habe mir die Formulierung angeschaut – vielleicht Pflichtaufgaben werden sollten. Die Formulierung heißt: „Deshalb wollen wir prüfen, ob die Kulturförderung zu einer rechtlich verbindlichen Pflichtaufgabe ausgestaltet werden kann.“

Zu dem zweiten Thema, GFG mit Zweckbindung, heißt die Originalformulierung: „Daneben ist denkbar ...“ Ich glaube, die Finanzpolitiker haben da ein wenig mit über die Schulter geguckt und den Kulturpolitikern gute und nachvollziehbare Hinweise gegeben, denn die Formulierungen sind – so glaube ich – nicht durch Zufall so windelweich geraten.

(Claudia Scheler [SPD]: Wie sind denn Ihre Vorschläge!)

Eines kann man aber nicht machen, nämlich die Frage, wer zuständig ist, so beantworten, dass wir vonseiten des Landes durch eine Veränderung der Zuständigkeiten helfen und reinregieren. Meine Damen und Herren, man kann nicht sonntags das Hohelied der kommunalen Selbstverwaltung singen und dann in der Woche, wenn es gerade passt, nötig oder erforderlich erscheint, diese Grundsätze in den Wind schlagen. Das muss man sich vorher überlegen.

Das Zweite – das weiß jeder, das wissen nicht nur unsere Finanzpolitiker –: Wenn man die Kulturförderung, so wie Sie es zumindest prüfen wollen, zu einer rechtlich verbindlichen Pflichtaufgabe von Kommunen machen will, dann muss man konsequenterweise nach dem Konnexitätsprinzip diese Pflichten zum einen konkret im Gesetz definieren und zum anderen für deren komplette Finanzierung sorgen. Das ist die Konsequenz aus der Umgestaltung in eine kommunale Pflichtaufgabe.

Ich bin sehr gespannt. Sie haben keinen einzigen Vorschlag zur Finanzierung in Ihren Leitlinien. Prüfen Sie gut zu Ende, und berichten Sie uns, wie Sie das finanzieren möchten, wenn Sie aus den freiwilligen Aufgaben Pflichtaufgaben machen wollen.

Das Nächste ist auch zumindest diskussionswürdig: Wenn man im GFG für Kulturförderung zweckgebunden Mittel vorsehen möchte, dann empfehle ich, nicht nur die Gutachten zur Überarbeitung des GFG zu lesen, sondern auch mit Ihren SPD-Oberbürgermeistern zu reden. Wir hören jedenfalls: möglichst keine Zweckbindung mehr, alles in die Verbundmasse. – Das ist die Botschaft der sozialdemokratischen Bürgermeister. Sie tun hier genau das Gegenteil. Ich glaube also, es wäre sehr sinnvoll, wenn Sie mit Ihren Kommunalpolitikern über die Umgestaltung des GFG noch einmal in engeren Kontakt träten.

(Beifall von CDU und FDP)

Beide Vorschläge sind jedenfalls nicht zu Ende gedacht. Deshalb glauben wir, dass die Art und Weise, wie in dieser Wahlperiode auf der Basis der bewährten Lastenverteilung zwischen Land und Kommunen Kulturpolitik gemacht worden ist, richtig und ermutigend ist. Denn, meine Damen und Herren, lassen wir nicht außer Acht: Nordrhein-Westfalen verdankt seinen kulturellen Reichtum vor allem eben nicht der staatlichen Förderung, sondern dem Bürger- und Gemeinsinn der Menschen, die hier leben.

(Beifall von der FDP)

Es ist sehr erfreulich, dass aus der Antwort auf die Große Anfrage auch hervorgeht, dass das bürgerschaftliche Engagement in den letzten Jahren durch Stiftungen etc., durch viele Initiativen noch bunter, noch breiter, noch wertvoller geworden ist. Diese Aktivitäten sind für die Landesregierung nicht Notstopfen in schwieriger Zeit, sie sind für uns Leuchttürme, ermutigend für bürgerschaftliches Engagement. Das wollen wir unterstützen. Das wollen wir noch mehr sehen. Das ist eine wichtige Säule von kulturellem Engagement in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, Sie entnehmen – das abschließend – dieser Großen Anfrage: Neben der Frage, ob sich das Land durch eine Änderung der Zuständigkeiten stärker engagieren soll – wir haben uns gerade darüber ausgetauscht –, kann man unter dem Strich stolz auf die Kulturlandschaft Nordrhein-Westfalens sein. Die ersten Tage von RUHR.2010 machen uns stolz und froh, dass dieses Projekt zu einem wunderbaren Aushängeschild werden kann. Aber das sind genauso die Kreativquartiere von RUHR.2010, wo preiswerter Wohn- und Arbeitsraum für Künstler und Kreative geschaffen wird. Das sind Programme wie „Jedem Kind ein Instrument“. Die kulturelle Landschaft in Nordrhein-Westfalen blüht und gedeiht auch in schwierigen finanziellen Zeiten unter wunderbaren Rahmenbedingungen. Wir unterstützen alle, die auch in Zukunft daran mitarbeiten möchten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Krautscheid. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung und stelle fest, dass die **Große Anfrage 35** der Fraktion der SPD **erledigt** ist.

(Claudia Scheler [SPD]: Erledigt ist sie noch lange nicht!)

Wir kommen jetzt zu:

7 Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika weiter stärken und ausbauen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/10517

Ich eröffne die Beratung. Als erste Rednerin wird Freifrau von Boeselager von der CDU-Fraktion das Wort erhalten. Bitte schön.

Ilka von Boeselager (CDU): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Es war fast vor einem Jahr, als wir hier im Obama-Fieber waren, als wir auf großen Leinwänden beobachtet haben, ob der jetzige amerikanische Präsident das Rennen macht. Ich war sehr erstaunt, dass er, als er Berlin besuchte, dort über 200.000 Menschen vorfand, die seine Rede angehört haben. Das hat mich schon sehr beeindruckt. Welcher deutsche Politiker bekommt schon so viele Bürgerinnen und Bürger zu einem Termin? Das fand ich sehr interessant.

Wir haben diesen Antrag eingebracht, weil wir die gute Beziehung, deren Geschichte bis in das 17. Jahrhundert zurückreicht, noch einmal bekräftigen wollten. Es waren 13 Familien aus Krefeld – das steht auch in dem Antrag –, die sich auf dem Gebiet der heutigen USA angesiedelt und Wurzeln geschlagen haben. Immerhin sind es heute noch rund 50 Millionen Amerikaner, die stolz darauf sind, dass sie deutsche Wurzeln haben. Diese Geschichte verbindet die Bundesrepublik Deutschland mit den USA. Sie hat uns über die Jahrhunderte geprägt und hat eine besondere Bedeutung für beide Länder. Ich freue mich sehr, dass wir heute diesen Antrag diskutieren.

Über die Zeiten hinweg waren und sind wir nicht immer einer Meinung und vertreten auch sehr unterschiedliche Ansichten. Das muss in einer Freundschaft auch möglich sein. Wir haben sehr unterschiedliche Ansichten über den wirtschaftlichen Ablauf. Gerade bei der im letzten Jahr aufgetretenen Wirtschaftskrise haben sich die Unterschiede deutlich gezeigt. Wir haben teilweise ganz andere Ansätze. Unsere Beziehungen wirken auf eine intensive wirtschaftliche Zusammenarbeit hin. Immerhin sind bei uns in Nordrhein-Westfalen über 580 amerikanische Unternehmen tätig. Aus Nordrhein-Westfalen sind um die 600 Unternehmen in den Vereinigten Staaten. Wechselseitig finden hier sehr viele Menschen ihre Arbeit und verdienen ihr Brot. Hier ist eine sehr enge Verflechtung gegeben.

Wir sind immerhin die drittstärkste Nation. Im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sind die Vereinigten Staaten für Nordrhein-Westfalen der wichtigste Handelspartner außerhalb Europas. Es ist nicht ohne Grund so, dass unser Ministerpräsident im letzten Jahr wieder die Vereinigten Staaten besucht hat und wir überlegen, nach dem Frank-

reich-Jahr demnächst ein USA-Jahr ins Leben zu rufen.

Es gibt viele Partnerschaften auf kommunaler Ebene. Das wollen wir weiter ausbauen. Wir haben engen Kontakt zum Generalkonsulat. Das Amerika Haus wird von uns gefördert. Diese Kontakte sind für uns von großer Bedeutung.

Wir haben auch nicht vergessen, dass uns die amerikanische Bevölkerung damals geholfen hat. Nach dem verheerenden Krieg hat man uns eine Chance gegeben und wirtschaftlich sehr unterstützt. Das sind wichtige Voraussetzungen, die eine Freundschaft und gute partnerschaftliche Zusammenarbeit geprägt haben und prägen.

Mit diesem Antrag wollen wir noch einmal deutlich machen, wie wichtig es für uns ist, diese Zusammenarbeit langfristig noch weiter auszubauen. Es würde mich sehr freuen, wenn Sie von der Opposition diesen Antrag unterstützen würden. Es gibt eigentlich keinen Grund, warum man da nicht mitziehen kann. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin von Boeselager. – Jetzt hat für die FDP-Fraktion Frau Kollegin Freimuth das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland und insbesondere Nordrhein-Westfalen haben eine sehr enge historische Verbindung zu den Vereinigten Staaten. In dem Antrag ist ausgeführt, dass sich nach wie vor jeder sechste Amerikaner als deutschstämmig empfindet und bezeichnet.

Wenn man durch das Land reist, findet man in fast allen Bundesstaaten sehr deutsche Ansiedlungen, in denen das Brauchtum gepflegt wird. In Pennsylvania, unserem Partnerstaat, in Wisconsin, in Minnesota und selbst in Texas konnte ich deutsches Brauchtum, deutsche Kultur erleben. Sie wird sehr lebendig gehalten. Weil wir das selbst gar nicht mehr so richtig im Blick haben, ist das immer wieder eine sehr interessante Beobachtung. Wenn man sich vor Augen führt, dass beinahe nicht Englisch, sondern Deutsch die amerikanische Nationalsprache geworden wäre, dann zeigt das noch einmal unsere historische Verbundenheit.

Als Land Nordrhein-Westfalen haben wir uns in der Vergangenheit immer wieder um sehr intensive Beziehungen zu den Vereinigten Staaten gekümmert. Ich will ausdrücklich anerkennen, dass in den vorherigen Legislaturperioden zum Beispiel zum Staat North Carolina Beziehungen auf den Weg gebracht wurden. Das hatte sicher auch etwas mit Unternehmenspartnerschaften und Niederlassungen zu tun.

In dem Antrag haben wir dargestellt, wie eng die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und den Vereinigten Staaten von Amerika sind. Auf der Reise der Parlamentariergruppe im vergangenen Oktober konnten wir innerhalb von fünf Tagen in den Städten Washington, Philadelphia und New York viele Gespräche führen und uns selbst einen Eindruck davon verschaffen, wie wichtig das Engagement unseres Landes Nordrhein-Westfalen in den Vereinigten Staaten ist. Dies gilt zum Beispiel für den Bereich Renewable Energy. Dort gibt es sehr gute Kooperationen, wie es im Antrag bereits beschrieben ist. Es wird sehr sorgsam beobachtet, wie sich gerade Nordrhein-Westfalen auf diesem Gebiet bewegt. NRW hat mit dem Partnerstaat Pennsylvania sehr, sehr gute Verabredungen treffen können.

Das Gleiche gilt für den gesamten Bereich der Life-Sciences, natürlich auch dadurch bedingt, dass wir als Heimatland des Pharmaunternehmens Bayer ein großes und daneben viele mittelständische innovative Unternehmen in diesem Bereich haben.

Es war interessant, zu beobachten – das ist heute schon an anderer Stelle angesprochen worden –, wie gerade die aktuelle Debatte über die Einführung einer gesetzlichen Krankenversicherung in den USA Dynamik in den Life-Sciences-Bereich hineingebracht hat. Insofern ist es sehr, sehr lohnenswert, diesen Weg weiterzugehen.

Ich will ausdrücklich darauf hinweisen, dass wir den Fokus nicht nur auf die sehr wichtigen wirtschaftlichen Beziehungen richten sollten, sondern durchaus auch auf den kulturellen Bereich, auch auf die uns verbindenden gemeinsamen Werte, die wir trotz aller Unterschiede im Detail haben.

Ich will deswegen noch eine Bemerkung zum Amerika Haus machen. Wir haben ursprünglich in Nordrhein-Westfalen mit dem Amerika Haus Köln ein Kulturzentrum des amerikanischen Außenministeriums gehabt. Die amerikanische Regierung hat sich sehr zu unserem Bedauern aus dieser wichtigen Kulturarbeit zurückgezogen. Es ist aber mit großem bürgerschaftlichem Engagement, mit Unterstützung der Stadt Köln, aber auch mit Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen gelungen, ein Amerika Haus in Form eines eingetragenen Vereins zu einem aktiven Bestandteil des transatlantischen Dialogs zu machen. Wir sind alle sehr, sehr froh, wie positiv die Arbeit dort in den letzten anderthalb Jahren Gestalt angenommen hat, wie wichtig Veranstaltungen auch in der Fläche unseres Landes sind und nicht nur in den Zentren Düsseldorf oder Köln.

Meine Damen und Herren, wir haben in dem Antrag auch eine ganze Reihe Anregungen gegeben. Ich will dazu ausdrücklich sagen: Ich würde es mir wünschen, dass die Landesregierung die hohe Motivation der Parlamentarier in diesem Haus, das

hohe Interesse, diesen transatlantischen Dialog mit noch mehr Leben zu erfüllen, zum Anlass nimmt, neben den Wirtschaftsdelegationen auch Parlamentarier in ihre Arbeit mit einzubeziehen und auf deren Unterstützung zurückzugreifen

Wir haben beim Besuch unserer Parlamentariergruppe in Philadelphia erfahren, wie viel Dynamik wir ganz plötzlich hineinbekommen konnten, wie sehr NRW plötzlich Ansprechpartner auch für amerikanische Abgeordnete waren.

Ich darf diese Gelegenheit nutzen und mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen von der deutsch-amerikanischen Parlamentariergruppe herzlich für das große transatlantische Engagement bedanken. Bei allen Bürgerinnen und Bürgern und den zivilen Vereinen, die wir in unserem Land haben, bedanke ich mich herzlich für den Ausbau und die Stärkung des transatlantischen Austausches.

Wir als Landtag Nordrhein-Westfalen sollten dem Ministerpräsidenten bei seiner bevorstehenden USA-Reise eine geschlossene Rückendeckung geben, dass wir als Landtag Nordrhein-Westfalen hinter dieser Kooperation, hinter dem transatlantischen Dialog stehen. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Jetzt erhält für die SPD-Fraktion der Herr Abgeordnete Kuschke das Wort.

Wolfram Kuschke (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Einige wenige Anmerkungen zu dem vorgelegten Antrag!

Erste Anmerkung. Man fragt sich natürlich schon, Frau von Boeselager, Frau Freimuth, warum der Antrag gerade zum jetzigen Zeitpunkt kommt. Ich biete eine Antwortmöglichkeit an: Der Ministerpräsident fährt in den nächsten Tagen in die USA, und Sie wollten ihm noch eine Orientierung zukommen lassen.

(Bodo Wißen [SPD]: Zufall! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Reiner Zufall!)

– Aber das glaube ich auch nicht. Dann ist es vielleicht doch Zufall.

Zweite Anmerkung. Um gleich irgendwelche aufkommenden Ängste und Sorgen zu nehmen: Wir als SPD-Fraktion werden dem Antrag zustimmen.

(Beifall von Bodo Wißen [SPD] und Ilka von Boeselager [CDU])

Wir können das, weil vieles – beispielsweise in den Bereichen Migration, Geschichte, bestehende Partnerschaften – richtig dargestellt worden ist. Man hätte vielleicht noch etwas deutlicher formulieren können, weil das in der deutschen Nachkriegsgeschichte, in der jüngsten Geschichte ein besonderer

Moment gewesen ist, bis zur Rede des damaligen Bundespräsidenten von Weizsäcker, welchen Stellenwert der 8. Mai 1945, also die Befreiung vom Faschismus durch die Alliierten und insbesondere durch die USA, gehabt hat. Aber Sie haben es erwähnt.

(Beifall von Bodo Wißen [SPD])

Wir können dem Antrag auch deshalb zustimmen, weil wir glauben, dass wir – aufgrund des nahen Endes dieser Legislaturperiode – in der nächsten Legislaturperiode – das wäre jedenfalls unsere Bitte und Anregung – sowieso noch einmal sehr konzentriert überlegen müssen, wie wir an die Dinge herangehen, die dort genannt worden sind, und auch an die Dinge, die nicht genannt worden sind.

Ich will Überarbeitungs- und Ergänzungsbedarf gleich nennen. Ich räume gerne ein – auch aus eigener Erfahrung –, dass es ausgesprochen schwierig ist, eine solche Struktur aufzubauen, gerade für eine Allianz oder Partnerschaft zwischen Nordrhein-Westfalen und den USA. Ich glaube, wir sollten auf die drei Kriterien zurückgreifen, die auch im Antrag angelegt sind, diese vielleicht noch etwas deutlicher herausarbeiten:

Punkt 1: Wir brauchen die zentrale Kooperation. Es gibt Dinge, da kommt man – platt formuliert – an Washington nicht vorbei. Punkt 2: regionale Partnerschaften. Man muss höllisch aufpassen, dass die Entwicklung nicht von Zeitläufen und Beliebigkeiten abhängig wird. Punkt 3 – Sie haben dafür Beispiele genannt –: die fachlich-inhaltliche Zusammenarbeit bei Energiewirtschaft, Klimaschutz usw.

(Frank Sichau [SPD]: Life-Sciences!)

Ein vierter Punkt: Ich sehe schlichtweg die Notwendigkeit, dass wir auch über die transatlantischen Beziehungen sprechen. So wie Sie sie thematisiert haben, ist das, wie ich finde, etwas sehr simpel: dass sich nämlich aufgrund der Veränderung weltpolitischer Rahmenbedingungen und aufgrund von Meinungsumfragen auf einmal ein bestimmtes Amerikabild ergeben hat. Sie gehen in der Beschreibung des Antrags jedenfalls nicht weiter.

Ich denke, es ist sinnvoll und notwendig, gerade unter Freunden, auch darüber zu rasonieren, was der Hintergrund für diese Entwicklung gewesen ist. Dann stoßen wir natürlich darauf – das ist etwas, was man aussprechen kann –, dass es in zentralen Fragen der Weltpolitik einen Dissens zwischen europäischen Auffassungen und nordamerikanischen Auffassungen, also den Auffassungen der USA, gibt.

Ich will das deutlich machen. Welchen Stellenwert haben beispielsweise die Vereinten Nationen im Rahmen der internationalen Politik nach wie vor trotz Obama? Und damit verbunden: Welches Modell von Konfliktbewältigung soll verfolgt werden?

(Beifall von den GRÜNEN)

Ein zweites Beispiel: Die Klimaschutzkonferenz in Kopenhagen ist noch nicht lange her. Obwohl sich dort Bewegung abgebildet hat, besteht nach wie vor Dissens in der Frage der Klimapolitik. Es gibt natürlich eine grundlegende Differenz in den Auffassungen. Diese will ich mit einigen Stichworten kurz benennen: Sozialstaatsmodell, europäischer Weg – was bedeutet das? –, soziale Marktwirtschaft, Bedeutung der Städte für das Zusammenleben von Menschen.

Das sind Bereiche, in denen wir oftmals sogar sehr stolz und sehr offensiv für unseren Weg, für das europäische Modell, eintreten, und zwar quer durch alle Parteien und Fraktionen, Frau von Boeselager, und es in die Diskussionen einbringen. Ich denke, das sind gerade unter Freunden zulässige Diskussionen. Darüber hinaus kann man bei diesen Diskussionen und Auseinandersetzungen möglicherweise auch voneinander lernen, Informationen gewinnen und Vorurteile abbauen; das ist sinnvoll und notwendig.

Abschließend möchte ich sagen: Gerade wenn man – das halte ich für richtig – den Bereich der Partnerschaften verstärken will und dort noch stärker als bislang auch auf den Austausch von Schülern und Jugendlichen setzt, dann wird man feststellen, dass sie diese Diskussionen wollen. Für sie sind diese Diskussionen etwas ganz Selbstverständliches, und sie werden diese Diskussionen auch führen.

Ich wollte damit andeuten, dass wir Überarbeitungs- und Ergänzungsbedarf in dem Sinne sehen, dass wir dieses Thema in der neuen Legislaturperiode über das hinaus, was Sie genannt haben, noch einmal gemeinsam angehen sollten.

Wir werden dem Antrag zustimmen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Kuschke. – Für die Grünen erhält jetzt Frau Kollegin Löhmann das Wort.

Sylvia Löhmann (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe noch heute ein Gespräch mit Frau Betty Bernstein von der amerikanischen Botschaft geführt. Letztens hatte ich eine sehr nette Einladung bei Frau Weinert, die anlässlich des Thanksgiving-Days eine Frauenrunde mit weiblichen Führungskräften zu sich nach Hause eingeladen hat.

(Zurufe: Oh!)

Ich glaube, ich war aus diesem Parlament die Einzige, die eingeladen war oder kommen konnte; das weiß ich nicht so genau. Das zeigt: Wir Grüne pfle-

gen gerne den Kontakt zu unseren amerikanischen Freundinnen und Freunden und finden es auch in Ordnung, dass wir uns damit befassen. Ich unterstelle jetzt nicht, dass Sie den Antrag deshalb heute platziert haben, weil Sie wussten, dass ich heute dieses nette Gespräch hatte.

(Bodo Wißen [SPD]: Das ist die Vorbereitung für Schwarz-Grün!)

Vielmehr vermute ich, dass Sie sich mal wieder ein wenig zelebrieren wollten.

Wenn Sie sich die Unterstützung und ein interfraktionelles Agieren wünschen, dann ist es eigentlich gute Tradition, im Vorfeld auf alle Fraktionen des Hauses zuzugehen. Das haben Sie zum wiederholten Male nicht getan, weil Sie das einfach nicht wollen. Jetzt müssen Sie direkt abstimmen, weil Sie sonst mit Ihrem Zeitplan durcheinanderkommen. Im Hauptausschuss wären wir sicherlich zu einem gemeinsamen Ergebnis gekommen, wenn es die FDP nicht mal wieder blockiert hätte.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie haben außerdem die Parlamentariergruppe nicht eingebunden. So etwas empfinde ich einfach als einen schlechten Stil.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: So ist das!)

Wenn einem daran gelegen wäre, dann würde man es eigentlich anders machen. – Dies vorweg.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Stilllose Gesellen!)

Hinsichtlich der Auflistung Ihrer Forderungen fallen mir im Wesentlichen drei Punkte ein. Sie beschreiben, dass sich die deutsch-amerikanischen Beziehungen verbessert hätten. Ich behaupte, das liegt nicht an dieser Landesregierung und auch nicht an diesem Ministerpräsident, sondern ich behaupte, das liegt an Präsident Barack Obama, über dessen Wahl wir alle uns hier gefreut haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Insofern überhöhen Sie das doch nicht immer alles so, sondern lassen Sie die Kirche im Dorf.

Ein zweiter Punkt: Die Themenfelder, die Sie ansprechen, sind sehr ausschnitthaft, und manche Ihrer Beschreibungen entspricht nicht unserer Wahrnehmung. Sie führen das Thema der erneuerbaren Energien auf. Hier muss man doch feststellen, dass die Landesregierung die erneuerbaren Energien im eigenen Land nicht fördert und beim Thema Windkraft eine ausgesprochene Verhinderungsstaktik fährt.

(Ralf Witzel [FDP]: Alles nicht wettbewerbsfähig! Sie können nur subventionieren!)

Die Landesregierung setzt auf neue Großkraftwerke zulasten der dezentralen Kraft-Wärme-Kopplung und der erneuerbaren Energien. Hierdurch droht Nordrhein-Westfalen Kompetenzbereiche und damit

Arbeitsplatzpotenziale zu verlieren, die von anderen Regionen übernommen werden. Das ist eine Politik, die nicht zukunftsfähig ist – das haben wir heute schon besprochen –, und das führt dazu, dass in Nordrhein-Westfalen kein einziger Windanlagenbauer angesiedelt ist, dem das Büro Märkte in den USA erschließen könnte. Die Kooperation zwischen Nordrhein-Westfalen und den USA hat in diesem Bereich daher eher Alibicharakter.

(Beifall von den GRÜNEN – Widerspruch von CDU und FDP)

Nordrhein-Westfalen mit 18 Millionen Einwohnern und die USA mit 300 Millionen Einwohnern gehören zu den weltweit größten Klimasündern, die sich nun zusammentun, um die erneuerbaren Energien zu fördern. Also, wenn Reisen bildet, dann wäre es doch schön, wenn der Ministerpräsident nicht nur loben würde, dass Herr Schwarzenegger etwas für erneuerbare Energien tut, sondern wenn er auch hier in NRW in diesem Bereich etwas machen würde. Man hat ja den Eindruck, die Vorliebe des Ministerpräsidenten für die erneuerbaren Energien wächst, je weiter er von Nordrhein-Westfalen entfernt ist.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Zum Thema Sozialsysteme; das will ich auch ansprechen. Der amerikanische Präsident ist dabei, in seinem Land eine neue Gesundheitspolitik mit einer Grundabsicherung aller Menschen durchzusetzen. Das ist eine große Errungenschaft, und das ist ein großer Fortschritt.

(Ralf Witzel [FDP]: Das sehen die Amerikaner aber nicht so!)

In dem Fall ist es doch absurd, dass dafür geworben und gekämpft wird, eine sozialpolitische Errungenschaft durchzusetzen, während hier die FDP mit der Gesundheitsprämie dabei ist, dieses hohe Gut aufs Spiel zu setzen, in Berlin mit dem Koalitionsvertrag ständig darauf rumreitet und dafür Lobbyisten ins eigene Haus holt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das zeigt mir, dass das Ganze unausgegoren ist und Sie hier wieder einmal einen kleinen Show-Antrag platzieren wollen.

Natürlich unterstützen wir Grünen die deutsch-atlantischen und nordrhein-westfälisch-atlantischen Beziehungen. An diesen beteiligen wir uns auch weiterhin gerne. Das spricht für ein Pro, aber die Art und Weise, wie Sie manches ausführen und zuspitzen, spricht für ein Contra. Also wird sich die grüne Fraktion weise und klug für eine Enthaltung hier entscheiden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Löhrmann. – Als nächster Redner hat

Herr Minister Krautscheid für die Landesregierung das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Andreas Krautscheid, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schade, dass in dem einen oder anderen Beitrag die Innenpolitik mit doch recht kleinem Karo wieder eingeführt wird in einen Antrag, der ein spannendes und wichtiges Thema beschreiben soll.

Wir alle haben gemerkt – spätestens in Kopenhagen mit Ablauf und Ergebnis des Weltklimagipfels –, dass mittlerweile sehr stark darüber diskutiert wird, inwieweit die Vereinigten Staaten von Amerika noch eine globale Führungsmacht sind, sein können oder sein wollen oder ob sie diesen Status mittlerweile eingebüßt haben.

Wirtschaftlich bleiben die USA mit Sicherheit die für uns wichtigste Volkswirtschaft mit der mit Abstand größten Wirtschaftsleistung, doch leben sie seit Jahren auf Pump und sind, wie die letzten Monate gezeigt haben, auch wirtschaftlich und finanziell verwundbar.

Politisch sind die Vereinigten Staaten derzeit ohne Zweifel die einzige Supermacht der Welt, dennoch erkennen wir – siehe Kopenhagen –, dass sie in Teilen nicht die Kraft haben, in wichtigen Fragen eine globale Führungsrolle zu spielen. Wie wir in den letzten Tagen gesehen haben, ist auch Präsident Obama nach einem Jahr Amtszeit auf dem Boden der Tatsachen angekommen. Er hat große Mühe, in ohne Zweifel wichtigen sozialpolitischen Fragen die Mehrheit in der Bevölkerung hinter sich zu bringen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wie die Bundesregierung nach dem 9. Mai! – Bodo Wifßen [SPD]: Wenigstens regiert der, im Gegensatz zur Regierung in Berlin!)

Sogar militärisch und mit Blick auf die Gewährleistung der eigenen Sicherheit haben die USA ihre Grenzen erkennen müssen.

Kulturell schließlich, auf der Ebene der Werte, sind sie ohne Zweifel prägend, aber durch den einen oder anderen Fehler der letzten Jahre wurde ihre moralische Integrität in Mitleidenschaft gezogen.

Meine Damen und Herren, das transatlantische Verhältnis gibt also durchaus Anlass, sich Gedanken zu machen. Unser europäischer Kontinent wirkt im Vergleich zu anderen Erdteilen und Regionen oft weniger dynamisch. Europa verfügt heute nicht über die Ressourcen, die erforderlich wären, um eine entscheidende und eigenständige Rolle in der Weltpolitik zu spielen. Zugleich ist unser Kontinent, Gott sei Dank, politisch überaus stabil. Es darf also nicht verwundern, wenn das Interesse der USA an Europa, am transatlantischen Verhältnis und auch an

Deutschland vor dem Hintergrund ganz anderer Sorgen nachzulassen scheint.

Gerade dieses komplexe Bild der transatlantischen Beziehungen und die Rolle der USA in der Weltpolitik haben dazu geführt, dass wir in den letzten Jahren einen Handlungs- und Gestaltungsauftrag für die Landesregierung gesehen haben, unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu stärken und beispielsweise durch jährliche Reisen des Ministerpräsidenten in die USA voranzutreiben.

Eine Reise steht in der Tat in wenigen Tagen bevor. Dabei sind wichtige Gespräche mit der Administration, dem Kongress und Thinktanks in Washington vorgesehen. Anschließend wird der Ministerpräsident zu Energiethemen nach Kalifornien weiterreisen, und ich werde mit einer Delegation von Medienunternehmern Gespräche über Kooperationen in New York führen.

Bei diesen Aktivitäten haben wir uns von zwei Aspekten leiten lassen. Zum einen hat sich für uns nichts daran geändert, dass die USA die Führungsmacht unserer westlichen Wertegemeinschaft sind und auch bleiben, zu der wir in Deutschland zählen.

Die Zugehörigkeit zu dieser Wertegemeinschaft war und ist der Garant für den Erfolg der Bundesrepublik. Gerade in Zeiten, in denen die Bedeutung unserer transatlantischen Gemeinschaft gelegentlich einer Bewährungsprobe ausgesetzt ist, ist es für uns eine selbstverständliche Verpflichtung, den Dialog und den Austausch mit unseren Freunden in den Vereinigten Staaten zu suchen und wo immer möglich zu stärken.

Zum Zweiten bleibt es dabei, dass wohl von keinem anderen Land derzeit so viele Impulse, so viele Innovationen ausgehen, wie von den Vereinigten Staaten: Von Google bis Yahoo, von iPhone bis zu Innovationen im Internet – die USA sind und bleiben ein globaler Trendsetter. Man muss dort nicht alles mögen, aber man muss sich damit zumindest auseinandersetzen.

Meine Damen und Herren, wir haben in den Jahren seit 2005 in unseren Beziehungen zu den Vereinigten Staaten eine Menge erreicht, viele Kontakte in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur geknüpft, neue Projekte angestoßen, auch im Rahmen unserer Partnerschaft mit Pennsylvania.

Ich möchte zum Schluss eines hervorheben: Ich freue mich besonders über den Erfolg des Amerika Hauses. Wir haben mitgeholfen, eine Neugründung in Nordrhein-Westfalen zu betreiben. Im letzten Jahr sind etwa 40 Veranstaltungen in ganz Nordrhein-Westfalen im kulturellen und im politischen Bereich durchgeführt worden. Das ist ein wichtiger Pfeiler für unsere gemeinsame Partnerschaft.

Wir werden diese Arbeit weiter ausbauen und hoffen dabei auch auf Unterstützung des gesamten Parlaments. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor, sodass wir am Schluss der Beratungen sind.

Wir kommen zur direkten Abstimmung, die von den antragstellenden Fraktionen von CDU und FDP beantragt wurde. Ich darf um ihr Votum über den Inhalt des **Antrags Drucksache 14/10517** bitten. Wer dem zustimmen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP und der Fraktion der SPD. Enthaltungen? – Die Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Keine. Damit ist der Antrag **angenommen**.

Als Nächstes rufe ich auf:

8 Dreizehnter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Dreizehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2
der Landesverfassung
Drucksache 14/10436

erste Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Fraktion der CDU dem Herrn Abgeordneten Schick das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thorsten Schick (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Da es sich um die Einbringung handelt, mache ich es im Interesse der meisten Anwesenden sehr kurz.

Im Landtag wird nun der 13. Rundfunkänderungsstaatsvertrag beraten, und mit der Zahl 13 ist bekanntlich jede Menge Aberglauben verbunden. Für die einen ist die Zahl 13 eine Glückszahl; für andere steht sie hingegen für drohendes Unheil. Wendet man sich vom Aberglauben ab und schaut einzig und allein auf die mit dem 13. Rundfunkänderungsstaatsvertrag verbundenen Fakten, dann handelt es sich in diesem Fall bei der Zahl 13 für viele Betroffene um eine Glückszahl.

Ich will nur ganz kurz auf den Punkt Rundfunkwerbung eingehen. Ich glaube, hier ist ein goldener Mittelweg gefunden worden, der die Interessen der

Verbraucher auf der einen Seite und die Interessen der Fernsehsender auf der anderen Seite wahr. Zwar bleiben Produktplatzierungen im Fernsehen grundsätzlich verboten, aber es gibt eine Reihe von Ausnahmetatbeständen, die dazu beitragen, dass sich vor allem private Fernsehsender bei der Finanzierung in Zukunft auf breitere Beine stellen können. Dies ist gerade vor dem Hintergrund der immer stärker ins Internet abwandernden Werbung ein ganz wichtiger Punkt. Wenn man Qualität im Fernsehen – auch im privaten Fernsehen – haben möchte, muss man an dieser Stelle natürlich auch entsprechende Einnahmemöglichkeiten gewähren.

Auf der anderen Seite ist es allerdings auch notwendig, in Bezug auf Produktplatzierungen und Produktbeistellungen Grenzen zu ziehen. Als Beispiel für eine gelungene Grenzziehung sind hier die Kindersendungen anzuführen.

Das Fazit ist: Der Mittelweg, der hier gefunden worden ist, die Abwägung der Interessen, ist gelungen. Deswegen freue ich mich auf die Beratungen im Ausschuss. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Schick. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Kollege Kuschke das Wort.

Wolfram Kuschke (SPD): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte drei Anmerkungen machen.

Punkt 1: Herr Kollege Schick, der Gedanke an die Zahl 13 wird uns nicht allzu lange beschweren; denn die Vorbereitungen für den 14. Rundfunkänderungsstaatsvertrag sind schon in vollem Gange.

Punkt 2: Sie haben zu Recht das Ausbalancieren der Positionen angesprochen, das es so schwierig gemacht hat, zu einem Ergebnis zu kommen. Man kann sicherlich im Einzelnen darüber diskutieren, ob die Balance nach der einen oder anderen Seite richtig und vernünftig ausgefallen ist.

Punkt 3: Wenn man über einen Staatsvertrag berät, unter dem schon die Unterschriften aller Ministerpräsidenten stehen, ist es sowieso ausgesprochen schwierig, zu kritikastern. Aber wir werden uns in der Hauptausschusssitzung, in der wir über den Entwurf beraten, noch einmal große Mühe geben, auch über solche Punkte zu diskutieren.

Im Interesse einer zügigen Beratung heute herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Kuschke. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Kollege Witzel das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mein Vorredner hat recht: Es ist kein parlamentarisches Highlight, sich zu spätabendlicher Stunde über Staatsverträge zu unterhalten, die von der Regierungsseite schon fest ausgehandelt sind. Ich möchte für unsere Seite vier Anmerkungen zum 13. Rundfunkstaatsvertrag machen, dessen Ziel auch die Anpassung insbesondere des werbefinanzierten kommerziellen Rundfunks an den technologischen Fortschritt und an neue Marktgegebenheiten ist.

Erste Bemerkung. Wir begrüßen die Liberalisierung von Handlungsspielräumen für Rundfunkveranstalter in der Werbung. Das betrifft auch die dort möglichen sachgerechten Unterbrechungsmöglichkeiten im Programm. Wir glauben, dass diese Modernisierung bei der Werbung insgesamt zu einer besseren Aufstellung führt.

Wir begrüßen deshalb die hier auch auf den Weg gebrachten Veränderungen bei anderen Werbeschriften. Wir sind sehr wohl der Auffassung, dass es für Werbung Grenzen geben muss, die zu Recht benannt worden sind. Wir wollen keine Schockerwerbung und auch keine Ekeleffekte haben. All das ist im Rahmen der Werbewirtschaft und der Ausstrahlung von kulturellen Programmen sicherlich nicht wünschenswert.

Der Begriff der Werbung wird zukünftig allein dadurch, dass die Multimediagesellschaft mit dem Internet neue Anforderungen an uns stellt, erweitert werden müssen. Dort sind im neuen rechtlichen Sinne auch Veröffentlichungen von Privatpersonen im Internet werbegängig und somit tatbestandsmäßig zu berücksichtigen.

Wir brauchen neue Definitionen im Umgang mit neuen Diensten und Kanälen wie zum Beispiel YouTube. Auch dort bestehen Nutzungsmöglichkeiten für die Werbung, die es in der Vergangenheit nicht gab und für die es sich lohnt, sachgerechte, zukunftsfähige rechtliche Regelungen zu finden.

Was die angesprochenen Punkte betrifft, gilt dies ebenso für die Produktplatzierung seitens der Produzenten in Kinofilmen und bei Sportveranstaltungen. Wir glauben, all das ist vernünftig geregelt. Den Erfordernissen, die sich durch die Beachtung der Menschenrechte und der Menschenwürde stellen, wird dort in Form einer Rahmenbedingung für die Werbung sachgerecht Rechnung getragen. Insofern sagen wir ausdrücklich: Verhaltensweisen, die die Darsteller von Werbung als Personen diskreditieren würden, sollten zu Recht auch zukünftig nicht in der Werbung gezeigt werden.

Zweite Bemerkung: Werbeunterbrechungen. Aus unserer Sicht ist ebenfalls ausdrücklich zu begrüßen, dass Rundfunkveranstalter hier weitgehende Freiheiten bei ihrer Programmgestaltung eingeräumt werden. Das sind Dinge, die letzten Endes der Markt entscheiden muss. Wer sein Programm zu häufig durch als unangenehm empfundene Werbung unterbricht, hat eben zukünftig keine Zuschauer mehr und schneidet sich damit in sein eigenes Fleisch.

Gerade bei Sportveranstaltungen gab es bislang Restriktionen, die nicht sachgerecht und marktgängig waren. Gerade dort kann es sportartenspezifische Unterbrechungszeiten geben, die für die Ausstrahlung von Werbebotschaften sinnvoll genutzt werden können. Wir wissen, dass Veranstalter auf die Werbefinanzierung mit angewiesen sind. Wenn wir kulturelle Vielfalt hier erhalten wollen, sollten wir das auch ermöglichen.

Dritte Bemerkung. Es ist aus unserer Sicht fraglich, ob es notwendig ist, dass Landesmedienanstalten zusätzlich die Kompetenz zum Anbieten weiterer öffentlich-rechtlicher Hörfunkprogramme bekommen. Wie das konkret aussieht, ist aber in den Ländern zu entscheiden. Insofern wird hier nur eine Generalnorm geschaffen, die in den Ländern im Einzelnen bewertet werden muss. In Nordrhein-Westfalen würden wir angesichts der Breite, die wir auch jetzt schon bei öffentlich-rechtlichen Programmveranstaltungen haben, aktuell keinen Anwendungstatbestand sehen, wissend, dass all das, was im öffentlich-rechtlichen Programm stattfindet, über die Rundfunkgebühren letzten Endes jeden Einzelnen finanziell belastet.

Vierte Bemerkung. Eines bedauern wir – das muss bei den zukünftigen Rundfunkstaatsverträgen angegangen werden –: Wenn man sich über die Finanzierung von Programmen unterhält, gehört sicherlich auch die Debatte darüber dazu, wie das heutige, überholte System der Gebührenfinanzierung zu reformieren ist. Wir sind der Auffassung, es wäre gut gewesen – da auch andere Finanzfragen geregelt werden –, wenn man das Tor zu einer personenbezogenen Medienabgabe aufgestoßen hätte. Nach allen Berechnungen, die es dazu vom Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestags und auch aus anderen Ländern gibt, wäre es erheblich kostengünstiger, wenn jede Person eine personenbezogene Medienabgabe entrichten würde.

Viele Unplausibilitäten, die das jetzige System mit seinem gerätebezogenen und anlassspezifischen Ansatz der Finanzierung mit sich bringt, wären damit gelöst. Das hat nicht Eingang gefunden in den 13. Rundfunkänderungsstaatsvertrag, wird uns aber sicherlich perspektivisch in der Debatte über weitere Rundfunkänderungsstaatsverträge beschäftigen.

Insofern freuen wir uns auf die weiteren fachlichen Beratungen im Ausschuss und gehen davon aus, noch innerhalb dieser Legislaturperiode zu einer Verabschiedung zu kommen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Abgeordnete Keymis das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Keymis.

Oliver Keymis (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Ich will es ganz, ganz kurz machen. Wir werden ja im Hauptausschuss beraten. Der 13. Rundfunkänderungsstaatsvertrag ist der Vorläufer des 14. Der 14. ist der Vorläufer des 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrages. Viele Fragen wurden bisher immer weiter nach hinten geschoben. Das betrifft zum Beispiel die Diskussionen, die wir im Petitionsausschuss zum Thema „Sozialverträglichkeit der Gebühren“ geführt haben.

(Beifall von Barbara Steffens [GRÜNE])

Insofern gibt es eine ganze Menge Punkte, die dringend geregelt werden müssen, aber auch in diesem Rundfunkänderungsstaatsvertrag wieder nicht geregelt worden sind.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Da habt ihr gekniffen!)

Es ist aber offenbar wichtiger, Regelungen für Werbung und Produktplatzierung zu schaffen als für Leute im Land, die Probleme mit den Gebühren haben.

Es geht weiter. Wir haben noch zwei, drei oder vier Folgeverträge, über die wir diskutieren werden. Deshalb freue ich mich auf die weitere Debatte, bedanke mich für die Einbringung und hoffe, dass wir zu einem fruchtbaren Ergebnis kommen, nachdem wir im Ausschuss diskutiert haben. – Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Keymis. Exzellent. Das bezieht sich selbstverständlich auf Ihr Zeitmanagement. Ich würde mir nie erlauben, von dieser Stelle aus eine inhaltliche Wertung vorzunehmen.

Als nächster Redner hat der das Wort, der eigentlich als Antragsteller als Erster hätte reden sollen. Vielen Dank, Herr Minister Krautscheid, dass Sie den Parlamentariern den Vortritt ließen. Sie haben jetzt das Wort für die Landesregierung. Bitte schön, Herr Minister.

Andreas Krautscheid, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir setzen die audiovisuelle Richtlinie der Europäischen Union in nationales Recht um. Das ersetzt die Fernsehrichtlinie aus dem Jahre 1989.

Schwerpunkt ist der Umgang mit Werbung. Zukünftig sind Schleichwerbung, Produkt- und Themenplatzierung grundsätzlich unzulässig, und zwar im öffentlichen wie im privaten Rundfunk. Ausnahme: Kinofilme, Filme, Serien und Sportsendungen. Ausdrücklich verboten bei öffentlichen und privaten Anbietern ist die Produktplatzierung in Kindersendungen, in Nachrichtensendungen, politischen Sendungen, Ratgeber- und Verbrauchersendungen sowie Gottesdiensten. Besonders verschärft wird das Ganze im Hinblick auf die Gebühreneinnahme bei Eigenproduktionen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Auch das ist in punkto Glaubwürdigkeit erforderlich und dient dem Verbraucherschutz.

Schließlich – das haben wir bereits im neuen Landesmediengesetz antizipiert – eröffnet diese EU-Richtlinie die Möglichkeit, Regelungen für Fensterveranstalter zu erweitern. Das haben wir getan, weil wir die Regionalfenster schätzen und für nötig halten.

Herr Kollege Keymis, wie seit Jahren zwischen den Ländern vereinbart, wird die von Ihnen angesprochene Frage im 14. Rundfunkstaatsvertrag endgültig geregelt.

Ich freue mich auf die Debatten im Hauptausschuss.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Schluss unserer Beratungen, da mir weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt nicht mehr vorliegen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrats, den **Antrag** der Landesregierung auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag **Drucksache 14/10436** an den **Hauptausschuss** zu **überweisen**. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ich stelle die Zustimmung aller Fraktionen fest.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende unserer heutigen Sitzung angelangt.

Die **nächste Sitzung** findet statt am Mittwoch, 3. Februar 2010, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:42 Uhr

^{*)} Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.